RËMELENGER CALEPIN

Bulletin communal édité par le collège des bourgmestre et échevins de la Ville de Rumelange



Foto: Photoclub Rëmeleng

N° 239

STAD RËMELENG

Inhaltsverzeichnis ■ Sommaire

Bericht über die Gemeinderatssitzung vom 25. September 2025 03

Rapport sur la séance du 25 septembre 2025 30

Bericht über die Gemeinderatssitzung vom 14. November 2025 35

Rapport sur la séance du 14 novembre 2025 82

Stad Rëmeleng
Ville de Rumelange I

Gemeindeverwaltung – Öffnungszeiten
Administration communale – Heures d'ouverture V

IMPRESSUM

Herausgegeben vom Schöffenrat der Stadt Rümelingen
2, place G.-D. Charlotte ■ L-3710 Rumelange ■ T. +352 56 31 21 – 1 ■ F. +352 56 57 04
Redaktion: Jérôme Vael
Fotos: René Scho / Archives de la commune
Konzeption und Gestaltung: Imprimerie Schlimé S.à r.l. Bertrange



Gemäß Artikel 13 des abgeänderten Gemeindegesetzes vom 13. Dezember 1988, lädt der Schöffenrat die Gemeinderatsmitglieder dazu ein, sich am Donnerstag, den 25. September 2025 um 09:00 Uhr im Sitzungssaal des Stadthauses einzufinden, um über nachfolgende Punkte zu befinden:

TAGESORDNUNG
In öffentlicher Sitzung:

1. Informationen:
   1.1. Informationen des Schöffenrates

2. Umwelt:
   2.1. Forstbewirtschaftungsplan – Haushaltsjahr 2026

3. Bildung und Schule:
   3.1. Genehmigung der endgültigen Schulorganisation für das Schuljahr 2025/2026
   3.2. Genehmigung eines Vertrags für den Schülertransport

4. Mobilität:
   4.1. Genehmigung einer Vereinbarung betreffend die Organisation des interkommunalen Syndikats TICE

5. Verträge und Konventionen:
   5.1. Genehmigung eines Wartungsvertrags – Ausbau Maison Relais

6. Gemeindebauten:
   6.1. Genehmigung einer neuen Heizung – Précoce
   6.2. Genehmigung einer neuen Alarmanlage – Vorschule

7. Gemeindefinanzen:
   7.1. Genehmigung eines zusätzlichen Kredits – Ausbau SEA Roude Fiels

8. Beratende Kommissionen:
   8.1. Rücktritt und Ernennung eines neuen Mitglieds der Sportkommission

9. Fragen an den Schöffenrat

In geheimer Sitzung:

10. Gemeindepersonal:
   10.1. Genehmigung von zwei definitiven Ernennungen
   10.2. Genehmigung zur Schaffung eines Postens
   10.3. Genehmigung verschiedener Entschädigungen

Rümelingen, der 19. September 2025
Der Schöffenrat,

Der Präsident, der Gemeindesekretär,
Henri HAINE Jérôme WINCKEL

Conformément à l'article 13 de la loi communale modifiée du 13 décembre 1988, le collège des bourgmestre et échevins invite les conseillers communaux de se réunir dans la salle du conseil communal de l'Hôtel de Ville, jeudi, le 25 septembre 2025 à 09.00 heures, afin de délibérer sur les points suivants :

ORDRE DU JOUR
En séance publique

1. Informations :
   1.1. Informations du collège des bourgmestre et échevins

2. Environnement :
   2.1. Plan de gestion de la forêt – exercice 2026

3. Éducation et Enseignement :
   3.1. Approbation de l'organisation scolaire définitive pour l'année scolaire 2025/2026
   3.2. Approbation d'un contrat pour le transport écoliers

4. Mobilité :
   4.1. Approbation d'une convention au sujet de l'organisation du syndicat intercommunal TICE

5. Contrats et conventions :
   5.1. Approbation d'un contrat d'entretien – extension maison relais

6. Bâtiments communaux :
   6.1. Approbation d'une nouvelle chaudière – bâtiment précoce
   6.2. Approbation d'un nouveau système d'alarme – bâtiment préscolaire

7. Finances communales :
   7.1. Approbation d'un crédit supplémentaire – extension SEA Roude Fiels

8. Enseignement fondamental :
   8.1. Démission et nomination d'un nouveau membre de la commission des sports

En séance à huis clos :

10. Personnel communal :
   10.1. Approbation de deux nominations définitives
   10.2. Approbation d'une création de postes
   10.3. Approbation de différentes indemnités

Rumelange, le 19 septembre 2025
Le collège des bourgmestre et échevins,

Le président, le secrétaire communal,
Henri HAINE Jérôme WINCKEL

Gemeinderatssitzung vom Donnerstag, den 25. September 2025

Sitzungsbeginn: 9:00 Uhr
Sitzungsschluss: 12:00 Uhr

Anwesend:
Bürgermeister Henri HAINE (LSAP),
Schöffe Elvedin MUHOVIC (LSAP), Schöffe Jimmy SKENDEROVIC (LSAP)
Ratsmitglieder: André THEISEN (CSV), Carole MARX (LSAP), Monique SCHELINSKY (CSV), René BREMER (LSAP), Jessica TINTINGER (LSAP) und Karin SEYWERT (CSV)

Abwesend: Edmond PEIFFER (KPL), Patrick WAGNER (DP)

Gemeindesekretär: Jérôme WINCKEL

Urne: Jessica TINTINGER

In öffentlicher Sitzung:

Um 09:00 Uhr begrüßt **Bürgermeister Henri Haine** die Gemeinderäte, alle Zuhörer und den Förster Daniel Sannipoli, welcher heute den Forstbewirtschaftungsplan vorstellen werde. Dann entschuldigt er die Gemeinderäte Edmond PEIFFER und Patrick WAGNER. Außerdem teilt er mit, dass Gemeinderat André THEISEN der Sitzung etwas später beitreten werde.

Anschließend wird seitens dem Schöffen Elvedin Muhovic ein Los aus der Urne gezogen, welches **Rätin Jessica Tintinger** die Ehre erteilt in dieser Sitzung als Erste abzustimmen.

Sodann bittet **Bürgermeister Henri Haine** den Gemeindesekretär Jérôme Winckel, den Bericht über die letzte Sitzung vom Freitag, den 11. Juli 2025, vorzutragen.

**** Der Bericht wird einstimmig angenommen.**

PUNKT 2 DER TAGESORDNUNG
Umwelt:

2.1. Forstbewirtschaftungsplan – Haushaltsjahr 2026

Bürgermeister Henri Haine schlägt vor den ersten Punkt erst nach der Präsentierung des Forstbewirtschaftungsplan anzugehen und gibt Förster Daniel Sannipoli das Wort.

Förster Daniel Sannipoli bedankt sich beim Bürgermeister und begrüßt alle Anwesenden. Er unterstreicht, dass diese Präsentation nichts Neues sei und somit brauche er nicht weit auszunehmen. Wie jeder wisse würde der jährliche Bewirtschaftungsplan auf einem zehnjährigen Plan basieren. Jedoch müsse der jährliche Bewirtschaftungsplan jedes Jahr wegen dem Budget im Gemeinderat vorgestellt und angenommen werden. Die erste Seite sei die Zusammenfassung von Allem und er wolle erst zum Schluss darauf eingehen. Deswegen schlage er vor auf der Seite 1/7 anzufangen.
Bei der ersten Kategorie handele es sich um den Naturschutz und das gleich zweimal. Einmal im offenen Teil und einmal im Wald selbst. Der Lannebierg wo die früheren Bergbauminen waren, sei ein offener Teil. Dort würden sie regelmäßig die Wege kontrollieren. Manchmal würde es vorkommen, dass Bäume, durch schlechtes Wetter, so wie in den letzten Tagen, auf die Gehwege fallen. Im Sommer würden diese Flächen auch gemäht werden. Leider müssten sie immer noch Dreck entsorgen, weil eine Person den Weg zum STEP wieder einmal nicht gefunden habe. All das würde auch innerhalb des Waldes umgesetzt werden. Auch dort sei ab und zu Dreck zu entsorgen. Hinzu komme dann der Unterhalt der Biotope, vor allem der Biotopbäume. Wegen der Zertifizierung und der Mitgliedschaft im Naturpakt müsse die Gemeinde eine gewisse Anzahl von Biotopen vorzeigen. Sie würden diese Biotopbäume kennzeichnen und ihre Koordinaten mit Hilfe eines GPS speichern. Die Standorte dieser Bäume könnten inzwischen, wenn er sich Recht erinnere, auf dem Geoportal angeschaut werden. Diese Bäume würden dann aber meistens etwas weiter im Wald stehen und nicht nahe eines Weges, weil die Äste wegen des hohen Alters des Baumes doch schneller abbrechen könnten. Um all diese Lebensräume zu unterhalten sei ein kleines Budget nötig. Bei den Altholzinseln (Ilots de vieillissement) handele es sich auch um eine Art Biotop, mit dem Unterschied, dass es eine größere Fläche sei, manchmal bis zu einem Hektar. In diesen Bereichen würde der Natur freien Lauf gelassen, jedoch müssten sie ab und zu kontrollieren ob die Begrenzungen immer noch existieren.

Auf der zweiten Seite seien die Arbeiten aufgelistet, welche von der Bevölkerung am meisten wahrgenommen werden und zwar das Schneiden der Bäume. In den letzten 6 bis 7 Jahren würden sie wegen des Klimawandels davon absehen in alten Beständen zu arbeiten damit diese dicht beieinanderstehen. Das bedeute, dass sie hauptsächlich in den jungen Beständen, sprich den Beständen aus den 90er Jahren, arbeiten würden. Wegen des Sturms waren damals sehr viele Bäume umgefallen. Deswegen wurden diese Bestände neu angepflanzt beziehungsweise habe die Natur sich selbst erholt. Mittlerweile hätten diese Bestände aber ein Alter erreicht so dass selektive Schneidarbeiten ausgeführt werden können, was eine gesunde und vitale Mischung gewährleiste. Dort würde dann manuell geschnitten, mit dem Pferd rausgeschleppt und anschließend mit einer Maschine entsorgt werden. Dieses Holz würde der Bevölkerung dann später als Brennholz geliefert werden. All das andere Schnittgut, auch

das der Gärtner, würde bei ihnen gelagert und zu Hackschnitzel für die hiesige Heizung von 300kW verarbeitet. Der Rest werde als Brennholz verwertet. Die Gemeinde verkaufe seit 5 oder 6 Jahren kein Holz mehr an externe Händler. Das ganze Holz würde für eigene Zwecke genutzt, auch das wertvollere Holz werde gehalten. Durch die gute Zusammenarbeit mit den Gemeindediensten, vor allem dem Straßendienst, würde dieses Holz dann mit Hilfe ihrer Säge zu Brettern oder Sonstigem verarbeitet.

Dann sei der CIGL aufgelistet, welcher sich um die Lieferung des Brennholzes an die Bürger kümmere. Dieser Dienst würde ihm dann verrechnet werden.

Der nächste Punkt betreffe die Infrastrukturen, damit seien die Waldwege gemeint. Jedes Jahr müssten die bestehenden Wege gepflegt werden. Es würden keine neuen Wege angelegt werden, jedoch müssten die bestehenden Wege während des Winters vom Heckenbewuchs befreit werden. Zudem würden sie gekehrt und frisch gewalzt werden. Beim nächsten Punkt handele es sich um die Waldkulturarbeiten. Zu diesem Thema sei nur zu erwähnen, dass es bei der Seilbahn einen Bestand an Borkenkäferbefallenen Fichten gibt, welcher immer mehr abstirbt. In diesem Bereich würde auch Naturverjüngung stattfinden, doch sie hätten versucht andere Pflanzenarten beizusetzen, die resilienter gegen den Klimawandel sind wie z.B. Esskastanien oder Linden. Damit diese jedoch nicht von Wildtieren, vor allem von den zahlreichen Rehen, gefressen werden, mussten sie mit hölzernen Gattern geschützt werden. Letztere müssten auch unterhalten werden. Dies sei noch 2 bis 3 Jahre vorgesehen, dann seien die Pflanzen ausreichend gewachsen damit dieser Schutz hinfällig sein werde. Anschließend komme er auf den nächsten Punkt, die Jagd, zu sprechen. Die Gemeinde erhalte, wegen der zahlreichen Gemeindegrundstücke im Jagdgebiet, eine kleine Miete. Es handele sich also um eine Einnahme. Wegen der Zertifizierung müsste aber auch ein Monitoring mit Hilfe von Weisergattern gemacht werden. Pro 100 Hektar müsse die Gemeinde ein Weisergatter vorzeigen. Letztes Jahr seien diese erneut worden. Eines würde, wenn man über den asphaltierten Weg vom Arbedshaff zur Seilbahn gehe, etwas vor der Seilbahn auf der rechten Seite, stehen. Damit würde die Dichte des Wildbestandes kontrolliert. Im umzäunten Bereich, in welchen die Wildtiere nicht gelangen können, müssten nach 5 bis 6 Jahren mehr Pflanzen stehen, als auf der anderen Seite. Wegen der hiesigen fruchtbaren Böden sei dies aber nicht immer zu erkennen. Hier habe man das Glück, dass die Naturverjüngung so stark sei, dass sogar die zahlreichen Rehe nicht alles auffressen könnten. Doch in anderen Teilen des Landes, wo der Boden schwerer sei weswegen die Pflanzen langsamer wachsen würden, sei das ein ernstes Problem. Wie bereits erwähnt sei es wegen der Zertifizierung vorgeschrieben ein solches Weisergatter pro 100 Hektar zu haben. Dann komme er auf einen sehr wichtigen Punkt, die Sensibilisierung. Diesbezüglich seien einige Aktivitäten vorgesehen, hauptsächlich mit den Kindern während der Sommerzeit, wie z.B. der Tag in der Natur. Die größte Aktivität sei am letzten Schultag wo ein Dutzend Schulklassen sich im Wuedert einfinden würden und eine Rallye organisiert werde.

Dann müsse er zugeben, dass eine Zeile im Dokument verrutscht sei. Der Vermerk Aménagement et acquisition d'un graveur laser (1/3) gehöre zum nächsten Punkt, dem Waldfriedhof. Wenn er sich recht erinnere, habe er dem Gemeinderat letztes Jahr bereits erläutert, dass gemeinsam mit dem Schöffenrat überlegt wurde, einen Waldfriedhof im Gebrannte Bësch anzulegen. Dies dauere leider noch etwas, weil noch Verordnungen erstellt und Genehmigungen angefragt werden müssten. Das Projekt sei in seinen Augen ausreichend ausgereift weswegen er etwas Geld für das nächste Jahr vorgesehen habe. Letzteres würde z.B. für das Errichten eines Pavillons aus Holz benutzt werden, sowie es bereits auf dem Waldfriedhof Kayl /Schifflingen gemacht wurde. Damit könnten die Menschen, während einer Zeremonie, nicht im Regen, sondern unter einem Überdach stehen. Diese Konstruktion würde von ihnen selbst gebaut werden, deswegen habe er etwas Geld für das nötige Material vorgesehen. Dann sei angedacht worden, dass entweder eine Plakette am Baum oder in einer Aushängetafel angebracht werde. In Kayl /Schifflingen würden die Plaketten am Baum befestigt, doch hier habe man entschieden, dass die Plaketten in einer hölzernen Aushängetafel angebracht werden, was zudem einfacher umsetzbar sei. Der Name eines Verstorbenen, dessen Asche dort verstreut wurde, würde auf eine solche Plakette eingraviert werden. Kayl und Schifflingen würden die Plakette vom Baum nehmen und sie dann einer externen Firma zwecks Gravierung zuschicken. Dies dauere manchmal 1 bis 2 Monate, weil sie nicht jede einzelne Plakette verschicken, sondern mehrere miteinander. Deswegen sei die Idee aufgekommen, dass sie als Natur- und Forstverwaltung, für die drei Gemeinden, eine Graviermaschine kaufen würden und die Kosten aufteilen. Sie würden dann vom Totengräber die nötigen Informationen erhalten um die Plaketten anschließend bei ihnen auf dem Hutberg zu gravieren. Dies beschleunige den Prozess auf einige Tage und es dauere keine Woche mehr. Letztendlich würde es auch billiger für die Gemeinde werden. Deswegen sei hier die Anschaffung dieses Lasers vermerkt, jedoch an der falschen Stelle. Er gehe davon aus, dass es sich um einen Fehler des Programms handelt.

Der nächste Punkt handele über den Aufbau sowie den Unterhalt der Sitzbänke und Beschilderungen. Das alles koste auch Geld, denn es gäbe sehr viele Gehwege in seinem Revier, ungefähr 60 km, ohne die Waldwege. Im Falle eines guten Sommers, wenn die Pflanzen schnell wachsen, müssten sie diese Wege sogar mehrmals säubern. Aber auch bei schlechtem Wetter mit Sturm und Gewitter würde seine Mannschaft ständig auf den Wegen unterwegs sein um zu räumen, weil ihnen ständig umgefallene Bäume gemeldet würden.

Bei der nächsten Kategorie Surveillance-Police sei kein Betrag vermerkt, weil die Kontrollen von ihm und seinen Försterkollegen durchgeführt werden und ihre Gehälter nicht über diesen Plan abgedeckt seien.

Bei der Rubrik Logistik handele es sich um das Material und den Fuhrpark, wobei letzterer den größten finanziellen Impakt habe. Das Gebäude auf dem Hutberg in welchem sie untergebracht sind, sei Staatseigentum, so dass das meiste vom Staat

übernommen werde. Falls doch eine Kleinigkeit am Gebäude zu machen sei, würde dies auf das Budget der Gemeinde verbucht werden. Deswegen habe er einen kleinen Betrag von 500 Euro vorgesehen. Dann hätten sie sehr viele Werkstattarbeiten zu verrichten. Bald sei Vatertag und sie hätten rund 22 Bestellungen zur Herstellung von Holzscheiben erhalten, damit das Schulpersonal etwas mit den Kindern basteln könne. Diese Scheiben würden sich nicht von selbst herstellen, denn neben einigen Arbeitsschritten müssten sie auch geschliffen werden, weshalb es sich doch um eine aufwendige Arbeit handele.

Der siebte Punkt betreffe die Dienstleistung für Dritte. Dabei handele es sich um Hilfestellungen für die Gemeinde, wenn z.B. ein Baum in einem Wohngebiet geschnitten werden soll und die Gemeindearbeiter sich nicht trauen würden es selbst zu machen. Dies seien also Arbeiten außerhalb des Waldes, deswegen der Titel Dienstleistungen an Dritte.

Der letzte Punkt betreffe das Personalmanagement. Die hiesigen Waldarbeiter würden auch einen dreizehnten Monat erhalten und hätten Recht auf Urlaub, weswegen dies unter einem separaten Punkt aufgelistet ist.

Dann komme er zurück auf die Zusammenfassung auf der ersten Seite. Wie jeder sehen könne würde die Gemeinde 102.000 Euro in seine Wälder investieren. Hiesige Gemeinde habe 150 ha Wald was für seine Größe gar nicht mal so schlecht sei. Neben der Gemeinde gäbe es nur noch einen Großgrundbesitzer und zwar Arcelor Mittal. Auch der Staat habe einige Teile des Waldes, doch die Gemeinde sei der größte Besitzer.

**** Rat Andrée Theisen tritt der Sitzung bei.**

Wie bereits erwähnt habe er eine Investition von 102.000 Euro vorgesehen. Durch die Subventionen wegen dem Schleppen mit den Pferden und dem Brennholzverkauf würde die Gemeinde insgesamt 21.500 Euro an Einnahmen erhalten. Es würde ungefähr 450 m3 Holz gehackt werden, was der Quantität entspreche, welche jedes Jahr im gesamten Wald, also 150 ha, nachwachse. Es solle nämlich nicht mehr Holz gehackt werden als nachwachse, sondern eher weniger, damit das überschüssige Holz faulen und somit zur Biodiversität beitragen könne. 450m3 Holz sei im Vergleich zu 150 ha Wald nicht zu viel, sondern entspreche der Norm. Man würde nicht einmal merken, dass etwas rausgenommen worden sei. Von den 450 m3 würden bereits 300 für die Heizung der Gemeinde gebraucht und die andern 150 würden als Brennholz an die Bürger ausgeliefert werden. Dann würden sie auch noch einige Wertholzstämme, also resistenteres Holz, verarbeiten um daraus Geländer oder Bretter für die Gemeinde anzufertigen. Insgesamt würden sich die Unterhaltskosten für die Gemeindewälder auf rund 80.000 Euro belaufen. Bei einer Einwohnerzahl von 5.750 sei dies dann ungefähr 14 Euro pro Einwohner. Angesichts der wunderbaren Natur rundherum sei diese Investition sinnvoll. Als Monnericher beneide er hiesige Bewohner, denn er müsse erstmal zwei Kilometer fahren um den ersten Baum zu sehen. In Rümelingen gehe man nur 100 Meter zu Fuss und erreiche bereits den ersten Baum.

Bürgermeister Henri Haine scherzt, dass man doch immer bergauf gehen müsse um in den Wald zu gelangen.

Förster Daniel Sannipoli antwortet, dass das gut für die Gesundheit sei. Das sei es für seinen Teil gewesen. Falls es Fragen gäbe, würde er gerne darauf antworten.

Bürgermeister Henri Haine bedankt sich für die Präsentation und die gute Zusammenarbeit. Außerdem begrüßt er, dass der Förster mitsamt seiner Belegschaft öfters an den lokalen Veranstaltungen teilnehmen würde. Demnächst sei auch eine Unterredung mit SICONA vorgesehen damit sie dem Schöffenrat ihr Programm für das kommende Jahr vorstellen können. Zur Umsetzung müsse dann ein Betrag im Budget vorgesehen werden. Bezüglich dieser Ausgaben würde die Gemeinde aber auch finanzielle Hilfsmittel des Staates erhalten. Wie bereits erwähnt, würde immer gut zusammengearbeitet werden. Er habe noch eine Frage zu einem Thema, das bereits in der Vergangenheit besprochen worden war und die Grundstücke von Arcelor Mittal betreffe. Im Hinblick auf das Absterben der Nadelbäume durch Borkenkäferbefall, ungünstige Witterungsbedingungen oder, wenn er so sagen darf, infolge des Klimawandels, wurde damals erklärt, dass die Bäume am Waldrand aufgrund des Umfallrisikos gefällt würden, während die übrigen stehen bleiben. Er möchte wissen, ob in Luxemburg, ähnlich wie in Frankreich, ein Wiederaufforstungsprogramm mit Hilfe von klimaresistenteren Baumarten in diesen Beständen vorgesehen sei.

Förster Daniel Sannipoli erklärt, dass sie leider keinen Einfluss auf die Grundstücke von Arcelor Mittal hätten. Letztere würden keinen Cent in ihre Wälder investieren, weswegen der Staat, immer noch, an einer Konvention mit Arcelor Mittal arbeite. Die Dokumente würden bei den jeweiligen Juristen liegen und es sei eine endlose Angelegenheit. Wenn dies dann einmal abgeschlossen sei, habe der Staat andere Befugnisse und es könne mehr unternommen werden. Auf dem Gemeindegrundstück bei der Seilbahn, habe es Borkenkäferbefall gegeben und die Natur habe sich aufgrund des guten Kalkbodens selbst erholt. Dort seien klimaresistente Pflanzen gewachsen und wenn sie es schaffen würden, 10 oder 20 Jahre zu überleben, würden sie auch langfristig überleben. Diese Pflanzen seien sozusagen für diesen Standort geeignet. Außerdem hätten sie mit Hilfe von Hordegattern versucht andere Baumarten wie die Esskastanie, die Winterlinde oder Eichen anzupflanzen. Die Natur würde sich zum größten Teil jedoch selbst regenerieren und das sei der Verdienst der vorhandenen Kalkböden. Der Rembour sei vor ungefähr 10 Jahren noch ein regelrechter Nadelwald gewesen. Mittlerweile seien die Nadelbäume mehr braun als grün und unterhalb würden zahlreiche neue Laufholzarten, wie Ahorn, Eschen, Birken, Weiden, Buchen und auch vereinzelt Eichen herangewachsen. Durch diese Mischung habe er keine Bedenken, dass dieser Wald später klimaresilient sein werde. Aufgrund des guten wasserdurchlässigen Kalkbodens, gehe er davon aus, dass dort in 20 bis 30 Jahren ein schöner Wald stehen werde. Falls die Konvention bis dahin in Kraft sei, könne dort gezielt im Stangenholz gearbeitet werden um Brennholz oder Hackschnitzel herzustellen. Inzwischen würde die Natur dafür sorgen, dass sich alles so entwickele wie es sein muss.

Rat André Theisen entschuldigt sich für sein verspätetes Beitreten und hat auch direkt eine Frage. Für das Jahr 2025 sei eine Investition von 97.500 Euro vorgesehen gewesen und für das kommende Jahr sei es 102.000 Euro. Er wolle wissen woher diese Differenz stamme. Es sei gut möglich, dass er das bereits erklärt habe, jedoch sei er zu dem Zeitpunkt noch nicht anwesend gewesen.

Förster Daniel Sannipoli erklärt, dass dieser Unterschied hauptsächlich wegen der Gestaltung des Waldfriedhofes sei. Der Schöffenrat sei einverstanden gewesen einen Waldfriedhof im Gebrannte Bësch anzulegen. Aus unterschiedlichen Gründen sei dieses Projekt aber nicht wirklich vorangeschritten. Es müsste eine Waldfriedhofsverordnung ausgearbeitet und ein paar grundsätzliche Genehmigung bei der Naturverwaltung angefragt werden. Trotzdem habe er bereits etwas Geld vorgesehen, damit er, sobald dies alles abgeschlossen sei, einige Arbeiten verrichten könne. Die Bäume für die Aschenverstreuung seien bereits ausgesucht worden, müssten aber noch gekennzeichnet werden. Dann sei auch vorgesehen einen kleinen Unterstand zu errichten damit die Leute nicht im Regen stehen werden. Hinsichtlich der Gravierung der Namensplaketten, sei die Idee aufgekommen eine eigene Graviermaschine für die 3 Gemeinden, Schifflingen, Kayl und Rümelingen zu kaufen, anstatt die Plaketten einer Firma zu schicken. Deshalb sei ein Drittel des Einkaufspreises in diesem Budget vorgesehen. Die Graviermaschine sei nicht billig, denn sie koste ungefähr zwischen 20.000 Euro und 25.000 Euro. Damit sollen hauptsächlich die Plaketten für den Waldfriedhof graviert werden, jedoch könnte die Maschine auch für Gravierung im Holz genutzt werden. Dieser Drittel des Einkaufspreises mache die Differenz im Budget aus.

Rat André Theisen geht dann auf seine zweite Frage ein. Vorhin habe der Förster von den Fichten auf den Grundstücken von Arcelor Mittal geredet. Es gäbe aber auch noch viele andere private Wälder.

Förster Daniel Sannipoli widerspricht, dass es hier keine privaten Fichtenwälder gäbe.

Rat André Theisen ist jedoch anderer Meinung.

Förster Daniel Sannipoli bittet ihn die Namen der Besitzer aufzuzählen.

Rat André Theisen nennt die Familie Kihn.

Förster Daniel Sannipoli widerspricht, dass die Familie Kihn keinen Fichtenwald besitze, sondern 2 alte Eichenbestände.

Rat André Theisen nimmt das so an. Dann erklärt er, dass er eine Statistik für Deutschland gelesen habe, welche belegen würde, dass im großen Ganzen nur noch 20% der Bäume gesund seien. Rümelingen sei nicht vom Klimawandel verschont und es sei klar, dass es auch hier ungesunde Wälder geben würde. Er stelle die Frage was dagegen gemacht werden könne. Es sei ihm bewusst, dass es schwieriger sei in privaten Wäldern zu intervenieren, dennoch sei der Förster verantwortlich für den Unterhalt der Wälder.

Förster Daniel Sannipoli erklärt, dass der Förster des Staates, im Falle privater Wälder, nur eine beratende Funktion habe. In Frankreich sei das anders, die dortige Natur- und Forstverwaltung habe auch die Befugnis privaten Waldbesitzern Anordnungen zu machen. In Luxemburg hätten sie aber nur eine beratende Funktion. Wenn Arcelor Mittal entscheide keine Waldarbeiten vorzunehmen, dann sei das so. Einzige Ausnahme sei, wenn ein Sicherheitsrisiko bestehen würde. Dann würden sie Arcelor Mittal ein Aufforderungsschreiben zukommen lassen. Diese Zusammenarbeit gäbe es bereits. Es sei aber nicht so dass sie, wie die Gemeinden oder der Staat, viel Geld in den Unterhalt ihrer Wälder investieren würden. Deswegen sei es gut, wenn die zuvor erwähnte Konvention endlich unterzeichnet werde. Auf der anderen Seite habe er dem Bürgermeister vorhin erklärt, dass er trotzdem keine Bedenken habe, dass ihre Wälder dadurch schlechter werden. Diese Wälder seien voller Fichten gewesen, doch mittlerweile seien alle verschwunden oder zumindest seien sie dabei zu verschwinden. Darunter würde ein junger Wald aus zahlreichen Laufholzbäumen heranwachsen. Diese Mischung verschiedener Baumarten gewährleiste, dass dieser Wald sich in Zukunft durchsetzen werde.

Rat André Theisen will wissen ob das mit dem Boden zu tun habe. Denn an anderen Orten sei das nicht der Fall.

Förster Daniel Sannipoli erläutert, dass die Naturverjüngung bei schwerem Boden sehr schwierig sei. In erster Linie sei es, weil dort weniger Pflanzenarten seien, welche gut in schwerem Boden gedeihen würden. Des Weiteren würden sie langsamer wachsen so dass die Wildtiere mehr Zeit haben alles zu fressen. Wenn hier in Rümelingen, durch einen Sturm, ein dicker Baum umfalle, würde dort wegen der schnellen Naturverjüngung dermaßen viele neue Pflanzen heranwachsen, dass es den Wildtieren nicht gelinge alles zu fressen. Das sei der Vorteil der lokalen Böden. Eigentlich bräuchten sie hier keinen Förster, weil der Wald alles alleine regeln würde.

Schöffe Jimmy Skenderovic erhält das Wort und bedankt sich ebenfalls für die Präsentation sowie die gute Zusammenarbeit. Letzte Woche hätten sie eine Naturpaktsitzung gehabt. Dabei sei viel über hiesige Wälder gesprochen worden und er sei dankbar, dass sie immer auf den Förster zählen könnten um jeden erdenklichen Punkt im Naturpakt umzusetzen. Dann habe er doch eine Frage. Bald sei Herbst und die Heizungen würden aufgedreht werden. Ab dem Moment würden die Bürger auf der Gemeinde nachfragen ob und wann sie Brennholz erhalten würden. Der Förster habe bereits erklärt wieviel Brennholz maximal produziert wird. Doch es würde ihn interessieren wie es in anderen Gemeinden ablaufe. Und ob sie ihre Bürger, wenn alles ausgeliefert wurde, auf eine andere Gemeinde verweisen könnten. Denn momentan würde den Bürgern mitgeteilt werden, dass sie privat Brennholz kaufen müssten, jedoch wisse er nicht wie es bei anderen Gemeinden gehandhabt würde.

Förster Daniel Sannipoli offenbart, dass es in all seinen Gemeinden ähnlich ablaufen würde. Außerdem würden diese Richtlinien nicht nur in seinem Revier gelten, sondern für den gesamten Süden, denn es sei schließlich ein Verwaltungsbezirk.

Jeder Förster solle diese Richtlinien so gut wie möglich einhalten. Sie hätten sich auf maximal 2 Ster Brennholz pro Haushalt geeignet. In Kayl würde es immer knapp werden. Das eine Jahr hätten sie genug, das andere Jahr nicht. Der Winter würde diesbezüglich auch eine Rolle spielen. In Schifflingen hätten sie wirklich Probleme ausreichend Brennholz zu produzieren, weil dort weniger Wald vorhanden sei. Sie hätten nur die Hälfte an Waldfläche als die hiesige Gemeinde, jedoch mehr Einwohner. Es gäbe auch mehr Mehrfamilienhäuser und deren Verbrauch sei auch höher. Gerade weil es immer wieder knapp wird, sei es nicht möglich diese Obergrenze zu erhöhen. Laut seinem Ermessen würde es aber ziemlich viele private Brennholzverkäufer geben. Außerdem hätten die Bürger die Möglichkeit das Restholz abzuholen. Davon würde auch ziemlich viel Gebrauch gemacht werden. Er möge es nicht, wenn sie, wie früher, im Wald herumschneiden würden. Aktuell würde es so gehandhabt, dass sie das nicht verarbeitete Holz auf dem Hutberg, lagern würden. Die Menschen müssten auf der Gemeinde einen Zettel ausfüllen und eine kleine Gebühr zahlen. Anschließend könnten sie auf dem Hutberg vorstellig werden, um Holz zu erhalten. Sie würden ihnen dann 5 Meter Holzstücke mit Hilfe des Teleskops auf den Parkplatz legen und die Menschen könnten sich das Holz dann selber klein schneiden. Das würde ziemlich gut ablaufen und würde auch viel von den Rümelinger und Kayler Bürgern genutzt werden. Die Schifflinger würden weniger vorstellig werden, weil es weiter weg sei. Auf diese Weise sei es locker möglich bis zu 4 Ster Holz für sich selbst zu erhalten, unter der Bedingung, dass selbst angepackt werde. Es würde aber auch ausreichend private Verkäufer geben, man müsse jedoch mehr dafür bezahlen. Eigentlich würde es sich um eine Geste der Gemeinde an seine Bürger handeln. Diese Geste könne jedoch nicht unendlich sein. Wenn ein Bürger einen jährlichen Verbrauch von 10 Ster für seine Heizung habe, könne er nicht erwarten, dass die Gemeinde ihm das ganze Holz schenke. Der Verkaufspreis der Gemeinde sei nämlich ganz fair. Es sei sowieso auch nicht mehr Holz vorhanden. Außer die Gemeinde würde entscheiden ohne Hackschnitzel zu heizen, dann würde es eine Reserve geben. Aber momentan sei, dass nicht der Fall und es würde das Maximum aus dem Wald rausgenommen werden. Seiner Erfahrung nach habe es dieses Problem in Rümelingen nie gegeben. Es sei immer ausreichend Holz vorhanden. Ein bekanntes Problem sei, dass einige Bürger mehr als die vorgeschriebene Menge pro Haushalt erhalten möchten. Doch er ist dann der Meinung, dass der Bürger 2 Ster für einen fairen Preis erhalte und wenn er mehr benötige, solle er es sich woanders beschaffen. Jeder solle gleichbehandelt werden.

Rat André Theisen ist mit dieser Aussage einverstanden und ergänzt, dass für jeden etwas übrigbleiben solle.

Rat René Bremer macht auf sich aufmerksam und möchte wissen ob durch die wärmeren und trockenen Sommer infolge des Klimawandels keine Brandgefahr vom zurückgelassenen toten Holz im Wald ausgehe. Er habe nämlich seine Bedenken, dass ein solches Feuer nicht einfach gelöscht werden könne. Ein Waldbrand sei nichts Schönes. Er habe einmal in Spanien ein solches Feuer miterlebt als sie mit dem Fahrzeug mitten auf der Autobahn standen und es sei ihnen nicht mehr egal gewesen.

Förster Daniel Sannipoli legt dar, dass es sich dabei um andere Bestände, welche sehr trocken seien, handeln würde. Dies sei hier nicht der Fall. Sie würden sehr wohl viel totes Holz im Wald liegen lassen, doch darunter würde die Naturverjüngung stattfinden. Deswegen sei es den ganzen Sommer über grün und infolgedessen würde es nicht schnell brennen. Er sei über 30 Jahre in diesem Revier und während seiner ganzen Laufbahn hätte es zwei Brände gegeben. Dabei hätte es sich aber nicht um Waldbrände gehandelt, sondern um Trockenrasenbrände. Das sei auf dem Lannebierg gewesen, wahrscheinlich weil Kinder dort gegrillt hatten.

Rat René Bremer erinnert, dass es nördlich von hier bereits Waldbrände gegeben hätte.

Förster Daniel Sannipoli wiederholt, dass sie hier glücklicherweise gute Böden haben. Deswegen würde viel Naturverjüngung entstehen welche per se etwas Lebendiges mit viel Feuchtigkeit sei. Und deswegen würde es nicht schnell brennen. Sogar im Falle eines sehr warmen Sommers bezweifele er, dass ein Brand ausgelöst werden könnte. Wie bereits erwähnt, sei es bei Trockenrasen anders, doch im Wald selbst, sei seiner Meinung nach, die Brandgefahr sehr gering.

Rätin Karin Seywert hinterfragt ob Hackschnitzel nur von der Rümelinger Gemeinde genutzt werden.

Förster Daniel Sannipoli antwortet, dass alle drei Gemeinden Hackschnitzel nutzen.

Bürgermeister Henri Haine schließt die Fragerunde ab und bedankt sich noch einmal beim Förster, welcher anschließend den Raum verlässt. Dann leitet er die Abstimmung ein.

**** Der Forstbewirtschaftungsplan wird einstimmig angenommen.**

PUNKT 1 DER TAGESORDNUNG Informationen:

1.1. Informationen des Schöffenrates

Bürgermeister Henri Haine geht dann zum ersten Punkt über und legt dar, dass er heute eigentlich nicht viele Informationen an den Gemeinderat habe. Jeder habe an der Einweihung der neuen Maison Relais teilgenommen und wisse das noch einige Arbeiten zu verrichten seien. Normalerweise würde die Installation des Fahrradunterstandes heute anlaufen. Sobald das Wetter gut sei, sei auch der Bau des Spielplatzes vorgesehen. Er habe in seiner Einweihungsrede bereits erklärt, dass die Gemeinde noch ein offenes Rückhaltebecken anlegen müsse. Dabei handele es sich um eine Verpflichtung des Wasserwirtschaftsamtes. In der cité Hierzesprong sei auch weitergearbeitet worden, auch wenn das Wetter nicht ideal war. Deswegen könne er auch keine genauen Zeitangaben hinsichtlich der Fräsarbeiten und der Aufbringung des neuen Asphalts preisgeben. Es sei vorgesehen, dass alles im November gemacht werde, jedoch müssten die Wetterbe-

dingungen stimmen. Ansonsten sei erst Anfang des nächsten Jahres mit diesen Arbeiten zu rechnen. Nichtsdestotrotz seien die Bordsteine der Bürgersteige bereits verlegt worden und die erste Bauphase sei abgeschlossen. Dann wolle er dem Gemeinderat mitteilen, dass sie mit der zuständigen Gemeindeabteilung überprüft hätten, den Fußgängerstreifen nahe dem Spielplatz in Richtung Hierzesprong leicht anzuheben und Berliner Kissen zu installieren. Dies wegen den regelmäßigen Beschwerden, dass dort zu schnell gefahren würde. Bezüglich des synthetischen Fußballspielfeldes sei zu sagen, dass demnächst die Abnahme erfolgen müsste. Anschließend könnte dann auch die Schlussabrechnung gemacht werden. Wenn er sich Recht erinnere sei die Bauabnahme am kommenden Tag geplant. Das Projekt der neuen Mülltonne schreite auch voran. Die erste Bestellung sei nach der Ausschreibung vorgenommen worden und die Gemeinde habe bereits einige neue Mülltonnen erhalten. Die Lieferung werde weiter während den nächsten Wochen erfolgen. Dann sei prioritär vorgesehen die grauen Tonnen für den Restmüll an die Bürger auszuliefern. Diese würden selbstverständlich im Vorfeld informiert werden. Es sei vorgesehen die neuen Abfalltaxen ab dem 1. Januar zu verrechnen. Schöffe Jimmy Skenderovic könne wahrscheinlich noch mehr dazu sagen.

Schöffe Jimmy Skenderovic erläutert, dass seit der letzten Gemeinderatssitzung im Juni hauptsächlich an den Formularen gearbeitet worden sei. Auf der einen Seite würden die eingereichten Formulare abgearbeitet werden, doch auf der anderen Seite würden zahlreiche Rückmeldungen fehlen. Deswegen müsste jetzt dafür gesorgt werden, dass diese Leute noch einmal informiert würden. Es sei bereits eine Erinnerung über die sozialen Medien sowie die eigene Internetseite der Gemeinde veröffentlicht worden und sie hätten davon abgesehen, erneut ein Aufforderungsschreiben an alle Haushalte zu versenden. Die eingegangenen Formulare seien unter den zuständigen Gemeindeabteilungen bearbeitet worden. Diese Daten müssten informatisch erfasst werden, weil sie auf mehreren Ebenen gebraucht würden. Momentan würde noch abgewartet, anschließend werde ein Erinnerungsschreiben an die fehlenden Haushalte verschickt werden. Doch um die fehlenden Haushalte zu ermitteln müssten erstmals die erhaltenen Formulare abgearbeitet werden. Das sei die aktuelle Sorge. Es sei ihnen von Anfang an bewusst gewesen, dass einige Bürger vergessen würden das Formular zurück zu senden. Wie der Bürgermeister bereits erläutert habe, sei die Ausschreibung abgeschlossen und die ersten neuen Mülltonnen seien geliefert worden. Die neuen Taxen seien zum Teil im informatischen System eingetragen, doch es müssten noch einige Anpassungen mit Hilfe des SIGI vorgenommen werden, damit hiesige Beamten die Eintragung abschließen können. Sie würden versuchen den vorgesehenen Zeitplan einzuhalten. Wenn das nicht möglich sei, würde dennoch nichts überstürzt werden. Als erstes würden die neuen grauen Tonnen ausgeliefert werden und dann schrittweise die Tonnen für Papier und Glas. Dies würde so gemacht um zu verhindern, dass die Bürger alles im Januar erhalten werden.

Rat André Theisen meint, dass er nicht genau durchblicken würde. Er wolle wissen über welchen Punkt der Tagesordnung gerade gesprochen werde.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass sie beim ersten Punkt, Informationen an den Schöffenrat, seien. Wegen der Präsentation des Försters sei dieser nach hinten verlegt worden.

Rat André Theisen meint, dass er tatsächlich etwas durcheinander war, weil er dachte, dass sie beim dritten Punkt, die Schulorganisation, seien. Dadurch, dass er etwas später gekommen sei, habe er nicht mitbekommen, dass der erste Punkt später besprochen werde. Dann fragt er ob das Reglement also im Januar in Kraft trete.

Schöffe Jimmy Skenderovic bejaht die Frage.

Bürgermeister Henri Haine erläutert, dass das Reglement bereits in Kraft sei, doch sie möchten auch die dementsprechenden Taxen umsetzen können.

Rat André Theisen ist einverstanden und meint, dass die Leute dennoch eine Mülltonne haben müssen.

Schöffe Jimmy Skenderovic bestätigt, dass die neuen Taxen ab dem 1. Januar in Kraft treten.

Rat André Theisen erklärt, dass er diese Frage gestellt habe, weil der Schöffe gesagt habe, dass einige Bürger noch nicht geantwortet hätten. Er könne sich das auch gut vorstellen.

Schöffe Jimmy Skenderovic legt dar, dass die alten Mülltonnen ab einem bestimmten Moment nicht mehr entleert würden, weil der Müllabfuhrwagen keinen Barcode erkennen werde. Spätestens dann würden diese Haushalte verstehen, dass sie eine neue Mülltonne bestellen müssen. Um das jedoch zu verhindern, würde auf mehreren Wegen versucht, so viel wie möglich ausgefüllte Formulare zu erhalten. Leider hätten sie nicht wirklich viel verschiedene Möglichkeiten.

Rätin Karin Seywert findet, dass doch schon viel passiert sei. Dann verweist sie auf einen Zeitungsartikel über die Umsetzung der neuen Mülltonnen in den Gemeinden Schüttringen, Niederanven, Kontern und Sandweiler.

Bürgermeister Henri Haine scherzt, dass sie doch ärmere Gemeinde nennen solle.

Rätin Karin Seywert erläutert, dass es nicht darum gehe. Sie wolle lediglich darauf hinweisen, dass ein solches Projekt auch hier in der Gemeinde umsetzbar sein muss. Die dortigen Bürger hätten mitgearbeitet, auch wenn dort, wie der Bürgermeister meine, eine andere soziale Bevölkerungsgruppe leben würde.

Rat André Theisen ist der Ansicht, dass es nicht unbedingt von der Bevölkerungsgruppe abhänge. Hiesige Bürger seien gewollt am Projekt teilzunehmen, wenn ihnen noch einmal alles genau erklärt würde und sie die neuen Mülltonnen haben. Er könne sich nicht vorstellen, dass es Probleme geben werde. Jeder sei um die Umwelt besorgt, weshalb er der Meinung sei, dass die Bürger das Projekt ernst nehmen.

Bürgermeister Henri Haine widerspricht, dass nicht jeder das Projekt ernst nehmen würde. Wie Schöffe Jimmy Skenderovic offenbart habe, würden 600 Formulare fehlen, was eine erhebliche Zahl sei. Man müsse sehen wie dieses Problem gelöst werden könne, denn die fehlenden Rückmeldungen seien ein ernstes Problem. Das sei die Realität und dieses Reglement müsse konsequent umgesetzt werden. Sie müssten aber noch genau klären wie sie schlussendlich vorgehen werden. Es sei vorgesehen die neuen Taxen ab dem 1. Januar anzuwenden, also würden die Rechnungen auch dementsprechend angepasst werden.

Schöffe Jimmy Skenderovic ergänzt, dass die Leute noch einmal von den Gemeindearbeitern, während der Ablesung der Wasserzähler, daran erinnert werden. Dies sei eine gute Möglichkeit die Leute zu erreichen, doch das Ergebnis müsse abgewartet werden. Weil sie aber nicht wüssten wer schon bestellt hat, würden auch die nicht betroffenen Bürger erinnert werden. In den nächsten Wochen würde auch ein Schreiben versandt werden um die Leute zu informieren, dass eine Kaution bezahlt werden müsse, bevor die neue Tonne geliefert wird.

Rätin Carole Marx meint, dass das alles zusätzliche Arbeit für einige Gemeindebeamte bedeuten würde. Diese würden also von ihrer regulären Arbeit abgeordnet, um dieser Aufgabe nachzukommen. Um die fehlenden 600 Haushalte zu erreichen müsse in den nächsten drei Monaten noch einmal richtig Gas gegeben werden.

Schöffe Jimmy Skenderovic bestätigt, dass es genauso gemacht werde. Während des ganzen Sommers hätten die verschiedenen Abteilungen sich untereinander geholfen. Drei oder vier Abteilungen hätten der Abteilung für Umweltangelegenheiten unter die Arme gegriffen. Langfristig würden auch alle anderen Abteilungen von dieser Thematik betroffen sein. Im August hätten die Studenten sogar bei der Auswertung der Formulare ausgeholfen. Wenn die Rechnungen angepasst würden, müsste geprüft werden ob in der zuständigen Abteilung kurzfristig für zwei oder drei Monate eine Aushilfe eingestellt werden müsse. Dies jedoch nur, wenn intern keine Person gefunden würde. Es handele sich um eine zusätzliche Arbeit, die einmal erledigt werden müsse, welche jedoch substantiell sei.

**** Unverständlicher Austausch.**

PUNKT 3 DER TAGESORDNUNG Bildung und Schule:

3.1. Genehmigung der endgültigen Schulorganisation für das Schuljahr 2025/2026

Bürgermeister Henri Haine leitet dann den nächsten Punkt, die Schulorganisation, ein und erklärt, dass diesbezüglich das Arbeitsdokument von Scolaria sowie die Anhänge wie der PEP, wie sie auch in der Schulkommission behandelt wurden, vorliegen. Dann gibt er das Wort an Schöffe Elvedin Muhovic.

Schöffe Elvedin Muhovic dankt dem Bürgermeister und legt sofort mit dem ersten Dokument, den Anlagen der Schulorganisation, los. Die ersten Seiten seien hiesigem Gemeinderat recht bekannt, weswegen er nicht auf jeden einzelnen Punkt eingehen werde. In diesem Dokument sei die Funktionsweise der Schule, die Anzahl an Schulklassen sowie die Stundenaufteilungen aufgelistet.

Bâtiment	Nombre de classes	Cycle
Bâtiment Précoce	2	cycle 1 précoce
Bâtiment Préscolaire « Sauerwiss »	9	cycle 1.1 et 1.2
Centre Scolaire « Sauerwiss »	5 5 5 4 4 5	cycle 2.1 cycle 2.2 cycle 3.1 cycle 3.2 cycle 4.1 cycle 4.2

Er wolle kurz auf den Punkt betreffend das Précoce eingehen. In der vorigen Gemeinderatsitzung habe Rätin Karin Seywert eine Frage zu einer Warteliste gestellt. Wie sie wissen würde, würden maximal 40 Kinder angenommen werden. Zu Schulbeginn seien zwei Kinder abgemeldet worden, so dass zwei Kinder der Warteliste aufgenommen wurden. Dies bedeute, dass aktuell 40 Kinder für das Précoce angemeldet und noch 6 Kinder auf der Warteliste seien. Die Entwicklung der nächsten Jahre werde im Auge behalten um zu sehen ob doch eine dritte Klasse eingeführt werden soll. Dies sei ein Punkt der durchaus diskutiert werden könne, auch mit dem zuständigen Ministerium. Hinsichtlich des internen Funktionierens würde er gerne auf die Punkte eingehen, auf die die Gemeinde einen Impakt habe. Diese seien unter der Rubrik allgemeine Bestimmungen zu finden. Im Ganzen würden 144 Kinder an den Schwimmkursen in Schifflingen teilnehmen. Betreffend des Transportes würde es eine Änderung geben auf welche er nachher eingehe. Hinsichtlich des sicheren Schulweges wolle er auf den Pedibus eingehen. Aktuell seien es 27 Kinder und 3 Begleiterinnen. Er wolle klarstellen, dass die Begleiterinnen momentan nicht fest eingestellt würden. Das sei bei den anderen Gemeinden anfangs auch so gewesen. Der Pedibus würde noch nicht ausreichend genutzt werden, um dem Begleitpersonal einen unbefristeten Arbeitsvertrag anbieten zu können. Es habe zwar eine Diskussion stattgefunden, doch der Schöffenrat habe das so entschieden. Deswegen seien sie nur für zwei Jahre eingestellt. Danach müssten sie sich einen neuen Arbeitsplatz suchen, außer die Situation hätte sich verändert. Für den Schulgarten seien die Lehrerinnen Pescatori und Da Cruz zuständig. Wenn das Wetter gut war, hätten letztes Jahr 12 Schulklassen, in regelmäßigen Abständen, den Schulgarten besucht. Neben diesen 12 Schulklassen hätten noch zwei Gruppen der SEA, sowie das Jugendhaus, Gebrauch davon gemacht. Dann wolle er auf Punkt 12 „Informatisches System“ zu sprechen kommen. Er erinnert, dass er nur auf jene Punkte eingehe, welche im Vergleich zum letzten Jahr eine Anpassung beinhalten. Betreffend das informatische Material verfüge man in diesem Jahr über 135 Computer und 163 Ipads. Im Vergleich zu letztem Jahr, also 2025, habe die Gemeinde 70 neue Ipads angeschafft. Diese würden dann in den verschiedenen Zyklen verteilt, damit die Kinder mithilfe der pädagogischen Applikationen arbeiten können. Die Ferienklassen des Zyklus 4.2 unter Punkt

14 werde auch weiterhin angeboten. Im letzten Haushalt seien 50.000 Euro vorgesehen gewesen und sie würden diesen Betrag beibehalten. Vor 13 Jahren habe er ein letztes Mal an solch einer Klasse teilgenommen. Es sei entschieden worden, dies weiterhin umzusetzen, da die Kinder seiner Meinung nach dadurch schöne Erinnerungen sammeln würden. In Rümelingen würde es auch Eltern geben die sich keinen Ferienaufenthalt oder Ausflug mit ihren Kindern leisten könnten. Nicht jede Familie könne einen Aufenthalt im Europapark oder Waligator bezahlen. Das sei Schade dennoch sei es eine Tatsache. Deswegen würde die Gemeinde dies weiter anbieten und finanzieren. Das sei es alles zu diesen Punkten. Es seien keine größeren Änderungen gemacht worden. Wenn jemand eine Frage habe, solle er sie stellen.

Rat André Theisen stellt fest, dass keine großen Änderungen im Vergleich zur provisorischen Schulorganisation gemacht worden seien.

Schöffe Elvedin Muhovic bestätigt diese Aussage.

Rat André Theisen fragt ob die Schulorganisation der UGDA nicht zeitgleich gestimmt werde.

Schöffe Elvedin Muhovic fragt den Gemeindesekretär, welcher zur Antwort gibt, dass er auf die Dokumente warten würde. In Bezug auf die endgültige Schulorganisation wolle er erinnern, dass Frau Bahovic bereits im Juli gestimmt wurde. Es gäbe aber auch hier keine großen Veränderungen, außer die Neubesetzung einiger Posten, sowie die zusätzlichen Posten im Zyklus 2 von Frau Bahovic und Frau Lata. Letztere sei auch hier zur Schule gegangen. Im Zyklus 4 besetzte Frau Spitzer-Lemoine einen zusätzlichen Posten. Dann will er wissen ob es noch andere Fragen geben würde.

Rat André Theisen unterstreicht, dass die Damen gestimmt wurden, also müssten auch keine Fragen gestellt werden.

Schöffe Elvedin Muhovic geht dann zum PEP über. Im Vorfeld wolle er Herrn Rohmann aus dem SEA, Frau Falkenstein und dem ganzen ESEB-Team seinen Dank aussprechen. Sie würden feststellen, dass die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bereichen von Jahr zu Jahr besser werde. Dadurch könnten auch immer mehr gemeinsame Projekte ausgearbeitet werden. Das erste gemeinsame Projekt sei der Schulgarten gewesen. Deshalb würde er nicht nur von der Schule genutzt, sondern auch vom ESEB-Team, der SEA, und dem Jugendhaus. Dann sei da noch das neue Projekt Lü wo Schulkassen in die Maison Relais gehen und mit einem Erziehungspersonal arbeiten. Das ESEB-Team und die Verantwortlichen der SEA würden auch weiterhin neue Projekte ausarbeiten. Der Psychomotorik Raum würde aktuell auch vom ESEB genutzt und zwar jeden Montag-, Mittwoch- und Freitagnachmittag. Dies sei das Resultat einer guten Zusammenarbeit. Es sei auch entschieden worden, dass ein Erzieher der SEA die Schüler mit besonderen Bedürfnissen zum Schwimmunterricht begleite, sodass das ESEB-Team in der Schule bleiben kann, um weiterhin mit den anderen Schülern mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen zu arbeiten. Das sei dann alles seinerseits gewesen und sie könnten dazu Fragen stellen.

Rat André Theisen legt dar, dass jeder an der Einweihung der Maison Relais teilgenommen habe und dass es ein gelungener Bau sei. Hinsichtlich der Pforten, um zu verhindern, dass die Kinder weglaufen, wolle er wissen ob sie ausreichend breit sind um den Durchgang eines Rettungswagens oder eines Feuerwehrfahrzeuges zu gewährleisten.

Bürgermeister Henri Haine bejaht die Frage und ergänzt, dass das alles zusammen mit der Feuerwehr überprüft wurde.

Rat André Theisen meint, dass aber noch keine Evakuationsszenario geübt worden sei.

Bürgermeister Henri Haine erinnert, dass das neue Gebäude noch nicht lange genutzt werde. Es sei aber alles auf Basis des Gutachtens des CGDIS sowie nach Rücksprache mit dem hiesigen CIS umgesetzt worden, so dass sie im Notfall problemlos durchfahren können. Deswegen sei dieser Teil auch recht viel betoniert. Dennoch würden noch einige grüne Inseln angelegt werden, aber so dass sie nicht hindern. Dann leitet er die Abstimmung ein.

**** Einstimmig wird die endgültige Schulorganisation angenommen.**

3.2. Genehmigung eines Vertrags für den Schülertransport

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass er nicht viel zu diesem Thema sagen möchte, da sie sich in einer öffentlichen Sitzung befinden. Bis jetzt habe die Gemeinde stets denselben Dienstleister beauftragt. Nachdem ein neues Angebot eingeholt wurde, hätten sie festgestellt, dass der bisherige Dienstleister für die Hin- und Rückfahrt nach Schifflingen ins Schwimmbad ziemlich teuer sei. Das vorliegende Angebot belaufe sich auf 150 Euro pro Fahrt und nicht wie bisher auf 575 Euro. Deswegen hätten sie entschieden dem Gemeinderat dieses Angebot von 150 Euro pro Fahrt vorzuschlagen.

Rat André Theisen erkundigt sich, ob die Mehrwertsteuer in diesem Betrag inbegriffen sei.

Bürgermeister Henri Haine bejaht die Frage.

Rat André Theisen erläutert, dass sie als Rümelinger froh seien, mit der lokalen Firma Siedler-Thill zu arbeiten. In ihrer Wahlbroschüre, sowie auch in der Broschüre des Schöffenrates, sei vermerkt, dass die Gemeinde die lokalen Betriebe unterstützen werde. Vor kurzem habe die Metzgerei geschlossen und jede Schließung eines lokalen Geschäftes sei bedauerlich. In dem Sinne finde er dies eine gute Lösung. Er wolle außerdem wissen, ob nur ein Angebot oder mehrere eingeholt worden seien.

Bürgermeister Henri Haine betont, dass er gerade eben erklärt habe, dass der bisherige Dienstleister viel teurer war, also hätten sie insgesamt zwei Angebote eingeholt.

Rat André Theisen merkt an, wenn er das Angebot des bisherigen Dienstleisters mitzähle, seien es tatsächlich zwei Angebote.

Bürgermeister Henri Haine lacht und fragt wie man sonst die Preise vergleichen könne.

Rat André Theisen meint, dass die Antwort des Bürgermeisters sehr schlau sei.

Bürgermeister Henri Haine zeigt sich überrascht und verweist auf die zwei Angebote. Abschließend leitet er die Abstimmung ein.

**** Einstimmig wird dieser Vertrag angenommen.**

PUNKT 4 DER TAGESORDNUNG Mobilität:

4.1. Genehmigung einer Vereinbarung betreffend die Organisation des interkommunalen Syndikats TICE

Bürgermeister Henri Haine leitet dann den nächsten Punkt betreffend die Konvention des TICE ein. Er sei froh, dass alles, was er zu diesem Thema in den früheren Gemeinderatssitzungen, aber vor allem in der Sitzung vom 14. Februar preisgegeben hat, der Wahrheit entspreche. Alles was er damals erklärt habe, sei im Grunde das, was in dieser Textvorlage verankert sei. Damals sei das alles noch nicht sicher gewesen, weil die Verhandlungen mit dem Staat noch im Gange waren. Er wolle daran erinnern, dass sie bereits über ein Jahr in Verhandlungen seien um eine langwierige Finanzierung des TICE zu gewährleisten. Am 14. Februar habe er dann bedauerlicherweise Erklärungen abgeben müssen, weil ein Zeitungsartikel mit vertrauenswürdigen Informationen publiziert worden war, obschon die Verhandlungen mit dem Staat noch liefen. Im Brief der Ministerin vom 24. Januar, sei der damalige Verhandlungsverlauf sowie ein Vorschlag für die Finanzierung des TICE dargelegt worden. Dieser Vorschlag sei von den Gemeinden verworfen worden, weil der finanzielle Impakt sowie die Anzahl an gewährleisteten Buslinien zu hoch gewesen seien. Der finanzielle Beitrag der Gemeinden pro Jahr hätte insgesamt zwischen 38,13 Millionen Euro und 50,63 Millionen Euro geschwankt. Am 14. Februar habe er den Gemeinderat dann informiert, dass die Verhandlungen mit dem Staat weitergeführt würden und inzwischen ein Vorschlag unterbreitet worden war, den finanziellen Beitrag der Gemeinden auf 150 Millionen Euro über einen Zeitraum von 10 Jahren, also im Durchschnitt 15 Millionen Euro pro Jahr, zu deckeln. Dies sei auch in der Konvention zurückbehalten worden. Der andere wichtige Punkt für alle Gemeinden sei gewesen, dass das Personal, also jeder Beamte, Angestellte und Arbeitnehmer, in seinem aktuellen Status übernommen werde, auch im Syndicat mixte. Dies sei vergleichbar mit einer Gemeindefusion. Wenn Rümelingen und Kayl fusionieren würden, würde das gesamte Personal zu den bestehenden Bedingungen von der zukünftigen Gemeinde übernommen werden. Wie bereits vor einigen Monaten erläutert, werde dieser Zweckverband zwischen den Gemeinden und dem Staat gegründet, damit der Staat, als Gegenleistung für seinen hohen finanziellen Beitrag, also 750 Millionen Euro über den Zeitraum von 10 Jahren, mehr Entscheidungsgewalt haben werde. Der vorerwähnte Betrag könnte sogar, im Laufe des kommenden Jahres, wegen eventuellen Gehälterabkommen, noch steigen. Die vorliegende Konvention regele vor allem den Übergang. Aktuell sei der TICE immer noch ein Gemeindesyndikat und es müssten neue Statuten für das zukünftige Syndikat ausgearbeitet werden. Er erinnere daran, dass die neun Mitgliedgemeinden im Juli, vor den Sommerferien, einen Grundsatzbeschluss angenommen haben um der Gründung dieses Syndikates zuzustimmen. Damals sei auch gesagt worden, dass die Statutenänderung vorgelegt werde, was aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich sei. Es sei aber wichtig heute über die Textvorlage abzustimmen. Die Konvention sei auch zeitlich auf den 31. Dezember 2027 begrenzt. Diese Dauer habe sich der Staat selbst gegeben um den Prozess in die Wege zu leiten denn es müssten einige Gesetze in der Abgeordnetenkammer gestimmt werden. Einerseits für die Gründung des Syndikates anderseits aber auch Finanzierungsgesetze. All das würde etwas Zeit in Anspruch nehmen. Ab dem Moment wo diese Gesetze gestimmt seien und die jeweiligen Gemeinden die neuen Statuten für das neue Syndikat auch gestimmt haben, würde diese Konvention verfallen. Idealerweise soll das alles vor dem 31. Dezember 2027 passieren. Im Artikel 4 sei die grundsätzliche Aufteilung der finanziellen Beiträge aufgelistet. 750 Millionen für den Staat und 150 Millionen für die Gemeinden. Wie bereits erwähnt sei der Beitrag der Gemeinden gedeckelt. Der Artikel 5 decke die Gründung des Zweckverbandes sowie die Dauer dieser Konvention ab. Der Punkt 5.2 sei sehr wichtig. Falls es nicht zur Gründung des neuen Syndikates kommen werde, weil z.B, eine Gemeinde gegen die neuen Statuten stimmen würde, würde das frühere Finanzierungsprinzip von 9 Euro inklusive Steuern pro gefahrenen km wieder angewandt. Dies bedeute jedoch, dass die Gemeinden finanziell noch mehr beitragen müssten, was ihnen schaden würde. Doch die Zukunft des TICE solle gewährleistet werden. Außerdem würden immer mehr Verpflichtungen auf sie zukommen. Im Mobilitätskonzept 2035 sei eine totale Neuorganisation des öffentlichen Transportes vorgesehen, unter anderem durch die Südtram. Deswegen würde es in Zukunft sowieso ständige Diskussionen über die bestehenden Buslinien geben. In anderen Gemeinderatsitzungen habe er auch von den Diskussionen zwischen der Stadt Rümelingen, der Gemeinde Kayl und dem Mobilitätsministerium gesprochen, weswegen auch noch Änderungen auf sie zukommen werden. Zu erwähnen sei auch, wenn die Linie 11 beim TICE eingeführt werde, würde die RGTR-Linie 650 Belval / Bettemburg in Zukunft auch durch Rümelingen, Tetingen und Kayl fahren. Somit hätten sie eine weitere interkommunale RGTR-Linie in Rümelingen. Außerdem sei zugesagt worden, dass die Frequenz der Züge im Kayltal, erhöht werde. Während den Spitzenstunden im Halbstundentakt und während den normalen Stunden dann stündlich. Zudem würden die beiden RGTR-Linien 601 und 805 so geplant werden, dass sie nicht zeitgleich mit dem Zug ankommen werden. Dies bedeute, dass während den Spitzenstunden ein 15-minütiger Takt gewährleistet sei um nach Luxemburg-Stadt zu

gelangen. Wie bereits erwähnt sei ihnen der finanzielle Aspekt sowie die Frage des Personals sehr wichtig gewesen. Es hätte in der Bevölkerung viele Diskussionen gegeben und sie würden bedauern wie es teilweise dargestellt worden sei. Es sei von einer Privatisierung des TICE sowie der Entlassung von Personal die Rede gewesen. Diesbezüglich wolle er klarstellen, dass niemand entlassen werde, außer jemand wolle den TICE freiwillig verlassen oder gehe in Rente. Jeder behalte seinen Status. Die restlichen Artikel würden die Verwaltung des Syndikates abdecken. Es sei klar, dass der Staat mit verwalten möchte. Der Vorstand sowie das Komitee würden paritätisch besetzt werden. Im Vorstand seien es jeweils drei Vertreter und im Ausschuss seien es jeweils neun. Er wolle an dieser Stelle daran erinnern, dass die aktuellen Buslinien, immer in Absprache mit dem Staat, organisiert wurden und das nicht alleine vom TICE entschieden wurde. Es sei also nicht so, dass sie bis jetzt alles alleine entscheiden konnten und der Staat jetzt auf einmal alles entscheiden würde. Diese Zusammenarbeit habe es immer gegeben und sie würde auch in Zukunft weitergeführt. Dieser Prozess sei wegen des gemeinsamen Syndikates unausweichlich. Sie alle würden wissen, dass die bestehenden Linien auch angepasst würden, darunter die Linie 5, welche dann bis zur ZARE fahre. Es würden zudem Anpassungen vorgenommen, damit nicht jede Buslinie am Bahnhof von Esch/Alzette starten oder enden müsse. Dies sei vergleichbar mit der Anpassung der städtischen Buslinien vor einigen Jahren, welche auch nicht mehr alle bis zum Bahnhof fahren. Dann gäbe es noch einen Artikel betreffend den Transfer der Eigentümer. Als erstes müsste der Wert aller Gebäude und Grundstücke geschätzt werden. Aktuell sei das alles Eigentum des TICE und die Übergangsprozedur würde über die Statutenänderung geregelt. Diese sei leider noch nicht fertig. Der Experte für die Wertschätzungen müsse von beiden Parteien angenommen werden. Es sei gut möglich, dass es bereits einige Bewertungen gibt. Aber auch der Transfer des beweglichen Eigentums, wie z.B die Busse, müsse schriftlich geregelt werden. Es sei logisch, dass alle Fahrzeuge in den Besitz des Syndicat mixte übergehen. Wichtig sei, dass alles korrekt geklärt werde, da die Gemeinden über 100 Jahre in diese Vermögenswerte investiert haben. Vor allem hätten die Grundstücke einen gewissen Wert. Dann seien auch noch die Auflösungsklauseln im Text vermerkt. Die bestehende Konvention könne nur mit beidseitigem Einverständnis abgeändert werden. Das Inkrafttreten sei auf den 01.01.2027 festgelegt. Unabhängig vom Inhalt der vorliegenden Konvention, sei klar, dass in den nächsten 10 Jahren 900 Millionen Euro vom Staat und den Gemeinden in das TICE investiert werde. Für die Gemeinden, aber auch für das Personal bedeute das, dass der Wille bestehe, den TICE weiterzuführen und so aufzustellen, dass er auch in Zukunft gut funktionieren und bessere Arbeitsbedingungen für das Personal geschaffen werden. Vor allem in Bezug auf die Büro- und Aufenthaltsräume sowie die Werkstatt. Alles weitere, wie z.B. die neue Funktionsweise des TICE, darunter auch die zukünftige Anzahl der Urlaubstage müsse intern, zwischen den Verantwortlichen, dem Personal und der Direktion, geklärt werden. Am 17. September habe auch eine Informationsversammlung in der Schungfabrik stattgefunden. Der ganze Vorstand, sowie wie ungefähr 100 Mitarbeiter: innen, seien anwesend gewesen. Ihnen sei die Fertigstellung der neuen Büroräumlichkeiten, der Ausbau der Karosseriewerkstatt sowie der Bau der neuen Kantine veranschaulicht worden, was mit sich bringe, dass dem Personal mehr Fläche zur Verfügung stehen werde. Momentan sei die Aufteilung nicht ideal. Er wolle auch erwähnen, dass das aktuelle Grundstück nicht sehr groß sei. Wenn sie also alles beibehalten würden, könne Einiges nicht mehr gewährleistet werden. Dann wolle er wiederholen, was er am 14. Februar erklärt habe, und zwar dass einige Anpassungen hinsichtlich der Buslinien gemacht werden. Die Buslinie 17 nach Monnerich würde vom RGTR übernommen. Die Gemeinde Monnerich habe geäußert dass der Staat diese Linie übernehmen soll, um zu vermeiden, dass sie sich finanziell am TICE beteiligen müssen. Die Buslinie 15 würde ab 2028/2029 auch vom RGTR übernommen werden. Seit Juli würden die Nachtbusse bereits nicht mehr fahren und der Schülertransport solle ab dem nächsten Jahr auch vom RGTR übernommen werden. Wie er damals bereits erläutert habe, seien sie die einzigen Gemeinden im ganzen Land gewesen, welche den Schülertransort noch selbst finanziert hätten. Die beiden City-Busse von Esch/Alzette und Düdelingen würden auch nicht mehr vom Staat subventioniert werden. Die betroffenen Gemeinden müssten sich selbst darum kümmern und, wenn er sich recht erinnere, seien bereits Ausschreibungen gemacht worden. Aktuell seien 504 Mitarbeiter beim TICE eingestellt. 434 dieser Angestellte seien in der Abteilung für Mobilität und Verkehr, darunter 354 Busfahrer. In der Werkstatt gäbe es 53 Angestellte und 17 Angestellte im administrativen Bereich. Aktuell habe der TICE 140 Busse. Es sei jedoch klar, dass in Zukunft, durch die Reduzierung der Buslinien, ohne den Schülertransport und die Nachtbusse, weniger Busse benötigt werden. All diese Fahrten würden einen großen Teil des Arbeitspensums ausmachen, insbesondere der Schülerbus. Wenn alles so beibehalten würde wie bisher, brauche der TICE für das kommende Jahr 14 neue Busse und 80 neue Fahrer. Das sei finanziell jedoch nicht mehr tragbar, weswegen diese Anpassungen entschieden wurden. Dann würde er bedauern, dass einige Ausschussmitglieder ein Interview gegeben haben, obwohl alle Gemeinderäte für die Abschaffung der Nachtbusse gestimmt haben. Er wolle unterstreichen, dass niemand froh sei, dass die Nachtbusse abgeschafft wurden. Auch er habe von diesem Angebot profitiert. Doch anhand einer Statistik aus dem Jahre 2023, welche dem Vorstand letztes Jahr vorgelegt worden war, sei veranschaulicht worden, dass es durchschnittlich 5 Leute pro Fahrt waren. Insgesamt seien es 9384 Fahrten gewesen. Während 6317 dieser Fahrten seien Zählungen gemacht worden. 897 Fahrten seien von Anfang bis zum Schluss ohne Passagier gefahren. Dann habe es noch zahlreiche Fahrten ohne zusteigende Fahrgäste gegeben. An Tagen wie Nationalfeiertag oder einem anderen speziellen Fest sei das Angebot mehr genutzt worden. Es dürfe auch nicht vergessen werden, dass sehr viele Nachtbusfahrten ausgeführt wurden, also nicht nur die lokale Buslinie, weswegen eine große Anzahl von Fahrern benötigt wurde. Aus dem Grunde sei entschieden worden die Nachtbusse abzuschaffen. Das sei alles seinerseits und er hoffe, dass alle zuständigen Gemeinderäte darüber abstimmen und es annehmen werden. Gestern habe Differdingen als erste Gemeinde darüber abgestimmt. Jedoch wisse er nicht wie es ausgegangen sei. Wenn er sich Recht erinnere, sollen alle Gemeinden bis zum 2. Oktober darüber entschieden haben, damit der Staat die Proze-

dur so schnell wie möglich einleiten könne. Ihm sei auch bewusst, dass jeder einen persönlichen Bezug zum TICE habe. Dadurch dass sein Vater für den TICE gearbeitet hat, habe er auch einen persönlichen Bezug. Es sei immer Schade, wenn es zu Veränderungen komme und er verstehe auch dass das Personal sich in den letzten Monaten viele Gedanken gemacht habe. Er selbst wolle sich nun auf die Konvention und Organisation konzentrieren, anstatt sich mit internen, wenn auch bedauerlichen Behauptungen zu befassen. Dann wolle er das Personal beruhigen, dass sie als Gemeinde selbstverständlich hinter dem TICE stehen. Der Namen würde beibehalten und der Hauptsitz bleibe auf der aktuellen Adresse. Das sei aber nicht das Wichtigste, sondern dass sie als Gemeinde immer hinter dem TICE und dem Personal stehen und bereit seien ihren finanziellen Beitrag zu leisten. Dennoch müsste jeder die enorme Tragweite der Investitionen der nächsten Jahre erkennen, vor allem in Bezug auf die Elektrifizierung der Busflotte. Neben allen anderen Ausgaben, wie z.B. der Ausbau der Kläranlage, könnten die Gemeinden das nicht alleine tragen. Außerdem seien die Verhandlungen mit dem Staat in den letzten Jahren auch härter geworden, weswegen bereits vom finanziellen Beitrag in Höhe von 70% auf 9 Euro pro gefahrenen Kilometer gewechselt worden war. Trotzdem sei er froh, dass der Staat diesen Weg mitgehe und sie finanziell unterstütze damit der TICE auch in Zukunft einen guten und modernen öffentlichen Transport anbieten könne. Er bedanke sich auch bei allen Mitarbeiter: Innen des TICE für die geleistete Arbeit und sie sollen wissen, dass die Gemeinden den TICE weiterhin unterstützen werden.

Rätin Jessica Tintinger bedankt sich für die objektive Zusammenfassung und wünscht dem TICE endlich etwas Ruhe. In letzter Zeit seien viele Gerüchte verbreitet worden und es habe viele Unsicherheiten gegeben. Diese Konvention erlaube es, den Angestellten, eine gewisse Sicherheit zu vermitteln und all die schlechten Themen wie z.B. Privatisierung seien somit vom Tisch. In dieser Konvention sei festgehalten, dass das Personal seinen Status und der TICE seinen Namen behalte. Außerdem brauche niemand Angst zu haben, dass der TICE komplett aufgelöst werde. Dies sei ein wichtiger großer Schritt, um dem Personal Sicherheit zu vermitteln. Wie der Bürgermeister bereits erklärt habe, würden Änderungen auch Ängste auslösen. Das habe man das ganze Jahr über gespürt, denn die Gegenstimmen seien sehr laut gewesen. Es sei ihr bewusst, dass intern viele Änderungen vorgenommen werden müssen, beziehungsweise bereits im Gange seien. Doch es sei klar unterstrichen worden, dass es sich dabei um Verbesserungen der Arbeitsbedingungen handele und nicht um Verschlechterungen. In dem Sinne hoffe sie, dass die gesamten Investitionen der Gemeinden dazu beitragen werden, den richtigen Weg einzuschlagen. Sie wolle dem Bürgermeister auch noch für seine Arbeit als Gemeindevertreter danken. Jeder wisse, dass er etliche Abende beim TICE verbracht habe. Zahlreiche Stunden seien geopfert worden und sie hätten viel Hintergrundarbeit geleistet, welche nicht in der Zeitung stand. Es habe viel Kritik gegeben und sie hoffe, dass sich nun alles zum Positiven wende.

Bürgermeister Henri Haine bedankt sich für die Stellungnahme und gibt das Wort weiter.

Rat André Theisen unterstützt die Aussagen der Rätin und wiederholt, dass endlich Ruhe einkehren müsse. In den Zeitungen hätte es ständig Berichte über Proteste oder Anderes gegeben. Jeder, sogar die Nutzer des TICE, hätten in Unwissenheit gelebt. Wenn Unruhe wegen Unklarheiten herrsche, würde auch das Personal, vor allem in diesen Zeiten, zittern. Seiner Meinung nach sei dies aber der Trend der Zeit. Vor 100 Jahren sei der TICE ins Leben gerufen worden und die Entwicklung habe mit sich gebracht, dass die neun Mitgliedsgemeinden die Unkosten nicht mehr tragen können. Deswegen finde er die Gründung des Syndicat mixte eine gute Lösung, um die Existenz des TICE zu gewährleisten. Seiner Meinung nach sei diese Konvention das Beste, was passieren konnte. Auf der einen Seite hätte das Personal gebangt aber auf der anderen Seite seien auch viele Stunden für den Vorstand drauf gegangen. Dann habe groß in einer Zeitung gestanden, dass es 2022 beziehungsweise 2023, besser war. Er selbst könne nicht mitreden, weil er kein Teil der Interna sei. Doch für sie alle sei wichtig, dass eine gute Lösung gefunden wurde und er wolle den Beteiligten beglückwünschen.

Bürgermeister Henri Haine bedankt sich und denkt, dass sie alle einer Meinung sind. Er sei dankbar dafür, dass jeder erkenne, dass es wichtig sei diesen Weg zu beschreiten damit der TICE weiterhin existieren könne. Auch wenn vieles in den Zeitungen berichtet wurde, wolle er trotzdem unterstreichen, dass die Verantwortlichen des TICE bereits im Februar eine Mitteilung hinsichtlich der Änderungen des City-Bus, der Nachtbusse und des Schülertransportes, welche vom RGTR übernommen würden, an das Personal gemacht hatten. Auch wenn zu dem Zeitpunkt noch nicht sicher war, dass ein Syndicat mixte gegründet würde, weil die Verhandlungen noch liefen. Um das Personal zu beruhigen sei damals auch klar vermittelt worden, dass der Beamtenstatus beibehalten werde. Es hätte nun einmal Menschen gegeben die es anders interpretiert und dementsprechend auch anders nach außen kommuniziert haben. Sie hätten jedoch versucht dem Personal alles mitzuteilen, was zu dem Zeitpunkt möglich war. Er wolle sich noch einmal für alle Stellungnahmen bedanken und gehe dann zur Abstim-

mung über. Die Konvention sei noch nicht unterschrieben, weil der Staat möchte, dass zuerst darüber abgestimmt werde. Anschließend müssten alle Gemeinden unterschrieben und die Ministerin unterschreibe als Letzte damit sie sehen könne, dass alle unterschrieben haben. Er hoffe, dass jeder die Konvention annehmen werde, weil es im Interesse aller sei.

**** Einstimmig wird diese Konvention angenommen.**

PUNKT 5 DER TAGESORDNUNG Verträge und Konventionen:

5.1. Genehmigung eines Wartungsvertrags – Ausbau Maison Relais

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass der nächste Punkt den Wartungsvertrag für den Fahrstuhl im Ausbau der Maison Relais betrifft.

Rat André Theisen weist daraufhin, dass es doch auch einen Fahrstuhl im alten Teil der Maison Relais gibt und möchte wissen ob es zwei verschiedene Dienstleister sind.

Bürgermeister Henri Haine bestätigt die Aussage und meint, dass der Wartungsvertrag bereits vor einiger Zeit gestimmt wurde.

Rat André Theisen wiederholt seine Frage.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, dass es sich beim Dienstleister auch um den Installateur des Fahrstuhls handelt.

Rat André Theisen fragt welche Firma für die Wartung des Fahrtsuhls auf der anderen Seite verantwortlich sei.

Bürgermeister Henri Haine offenbart, dass es sich dabei um eine andere Firma handelt.

Rat André Theisen schlussfolgert, dass also zwei verschiedene Firmen für die Wartung der Fahrstühle zuständig sind.

Bürgermeister Henri Haine bestätigt, dass der Wartungsvertrag damals, sowie auch heute, mit der Firma abgeschlossen wurde, welche den Fahrstuhl installiert habe. Er gibt zu, dass er die Frage des Rates anfangs nicht richtig verstanden hat.

Rat André Theisen meint, dass somit gewusst sei, dass also zwei verschiedene Firmen zuständig seien. Eine für den einen Teil und die andere für den anderen Teil. Dann scherzt er dass die Firmen über die Brücke gehen müssen um von einer Seite zur anderen zu gelangen.

Bürgermeister Henri Haine schmunzelt und entgegnet, dass die Firmen durch die Eingangstüren der jeweiligen Gebäudeteile gehen können.

**** Einstimmig wird der Wartungsvertrag angenommen.**

PUNKT 6 DER TAGESORDNUNG Gemeindebauten:

6.1. Genehmigung einer neuen Heizung – Précoce

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass der Regiedienst der Gemeinde eine neue Heizung für das Gebäude des Précoce vorschlagen habe. Es sei auch entschieden worden die Heizung nicht einfach nur zu ersetzen, sondern auf eine Wärmepumpe umzusteigen, was auch teurer sei. Jedoch könnte eine finanzielle Hilfe beantragt werden und er hoffe, dass auch daran gedacht werde.

Rat André Theisen möchte wissen wie alt diese Heizung sei, denn die Container würden noch nicht solange dort stehen.

Bürgermeister Henri Haine unterstreicht, dass diese Container bereits sehr lange dort stehen würden. Tatsächlich habe er das Alter der Heizung auch wissen wollen und hakt beim Gemeindesekretär nach, ob sie eine Antwort erhalten haben. Dieser verneint die Frage, weswegen der Bürgermeister dann erklärt, dass er also keine genaue Antwort geben könne. Doch als er das Wort vétuste gelesen habe, habe er auch die Frage nach dem Alter der Heizung gestellt, aber leider keine Antwort erhalten. Er fragt dann ob das ein Grund sei um nicht über diesen Punkt abzustimmen.

Rat André Theisen verneint und erläutert, dass der Bürgermeister ihnen die Antwort ein anderes Mal geben soll. Wenn sie eine Frage stellen würden, seien sie auch froh eine Antwort zu erhalten.

Bürgermeister Henri Haine wiederholt, dass er gerne sofort antworten wolle, jedoch habe er selbst keine Antwort erhalten.

Rat André Theisen meint, dass der Bürgermeister hartnäckiger sein müsse.

Bürgermeister Henri Haine möchte noch klarstellen, dass es sich beim Précoce nicht um Container handelt, sondern um ein modernes Gebäude und dass die Heizung damals nicht ersetzt wurde. Demnach sei es immer noch die alte Heizung.

Rat André Theisen meint, dass der Bürgermeister trotzdem das Alter der Heizung fragen solle. Anschließend kommt es zur Abstimmung.

**** Einstimmig wird der Vorschlag für eine neue Heizung angenommen.**

6.2. Genehmigung einer neuen Alarmanlage – Vorschule

Rat André Theisen möchte noch zum vorigen Punkt wissen, ob in den Fällen immer nur ein Kostenvoranschlag angefragt werde.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass die Gemeinde bereits mit einigen Dienstleistern zusammenarbeiten würde und die zuständige Gemeindeabteilung würde demnach auch ihren

Vorschlag machen. Es würde mit bestimmten Firmen, welche die Heizungen auch installiert haben, zusammengearbeitet wie z.B. für die große Heizung in den Sauerwiesen. Bei einer kleineren Heizung würde versucht werden einer anderen Firma eine Chance zu geben.

Rat André Theisen ist dennoch der Meinung, dass es besser sei, wenn zwei Kostenvoranschläge vorliegen würden. Er verlange nur zwei Kostenvoranschläge und nicht drei, auch wenn in der Regel drei Kostenvoranschläge vorliegen sollten. Bei der Diskussion über den Schülertransport habe der Bürgermeister auch zwei Kostenvoranschläge gehabt.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass in dem Fall, nach langer Zeit, nachgeschaut wurde, was der Transport über ein Jahr koste. Nachdem sie dann den jährlichen Betrag vorliegen hatten und es recht teuer erschien, entschieden sie ein weiteres Angebot anzufragen. In diesem Fall sei es anders. Es müsse eine neue Heizung installiert werden, weswegen ein Kostenvoranschlag angefragt wurde und anschließend würde dann eine Entscheidung genommen. Außerdem weist er darauf hin, dass sie sich in einem finanziellen Rahmen bewegen, in dem es nicht erforderlich sei, mehrere Angebote einzuholen.

Rat André Theisen antwortet, dass er das wisse.

Bürgermeister Henri Haine ergänzt, dass auch berücksichtigt wird, welche Firmen die bisherigen Heizungen installiert haben und ob die darauffolgende Zusammenarbeit zufriedenstellend verlaufen ist, weswegen man also mit diesen Firmen weiter arbeiten wolle.

Rat André Theisen wiederholt, dass sie es trotzdem begrüßen würden, wenn nächstes Mal zwei Angebote vorliegen würden.

Bürgermeister Henri Haine erwidert, dass er dem Rat nächstes Mal eine Liste aller Heizungsinstallateure vorlegen werde um zu zeigen, dass sie mit mehreren Firmen zusammenarbeiten.

Dann geht er zum nächsten Punkt über und geht davon aus, dass Rat André Theisen dieselbe Bemerkung machen werde. Es handele sich um eine neue Alarmanlage im Gebäude der Vorschule. Bis jetzt sei noch keine Anlage ausgerüstet gewesen weswegen es von Vorteil sei.

Rat André Theisen neckt, dass er zu diesem Punkt keine Bemerkung machen werde, weil er es bereits für den vorigen Punkt gemacht habe.

**** Einstimmig wird das Angebot für die neue Alarmanlage angenommen.**

PUNKT 7 DER TAGESORDNUNG Gemeindefinanzen:

7.1. Genehmigung eines zusätzlichen Kredits – Ausbau SEA Roude Fiels

Bürgermeister Henri Haine unterstreicht, dass für den nächsten Punkt kein Angebot angefragt werden musste, weil über 25 verschiedene Firmen am Ausbau der Maison Relais tätig seien. In seiner Rede zum Haushalt habe er bereits einige Erklärungen abgegeben und am 13.12.2024 sei bereits der größte Teil in Höhe von rund 3,2 Millionen Euro nachträglich angepasst worden. Dadurch, dass langsam aber sicher alles abgeschlossen werde, könnten genauere Ausrechnungen gemacht werden, vor allem wegen der Preisanpassungen. Leider würde das Gesetz den Firmen erlauben jahrelang, also während 10 Jahren, Preisanpassungen vorzunehmen. Deswegen würde er den Gemeinderat fragen, einen zusätzlichen Kredit in Höhe von rund 760.000 Euro anzunehmen. Bis jetzt sei ein angenommenes Budget in Höhe von 11,82 Millionen Euro vorgesehen gewesen. Mit diesem zusätzlichen Kredit würden die gesamten Ausgaben, wenn sie es dann annehmen würden, auf 12,5 Millionen Euro steigen. Am 1. Februar 2019 sei ein initialer Betrag von 8,6 Millionen Euro gestimmt worden und im Dezember habe er bereits einige Erläuterungen preisgegeben. In seiner Rede habe er auf die Ursachen, wie COVID, das Problem im SUEZ-Kanal und der Krieg in der Ukraine, hingewiesen. Das alles seien Argumente um die Preise zu erhöhen. Die nicht initial geplanten Arbeiten würden auch noch hinzukommen, wie z.B. die Bohrungen wegen des verseuchten Bodens sowie die Preissteigerungen der letzten Jahre. Schon alleine wegen COVID hätte das Projekt der Maison Relais auch länger gedauert als geplant. Sie seien froh, dass jetzt wenigstens das Gebäude fertiggestellt sei. In der alten Küche würden aktuell noch Arbeiten verrichtet werden um neue Räumlichkeiten zu schaffen. Sie würden sich freuen, wenn alles abgeschlossen sei.

Rat André Theisen legt dar, dass er kein Problem damit habe dem zusätzlichen Kredit zuzustimmen. Doch er weist darauf hin, dass der Unterschied von 4 Millionen im Verhältnis zum initialen Budget von 8.625.000 Euro doch sehr hoch sei. Die Aussage des Bürgermeisters über die Bodenbohrungen könne er nicht wirklich nachvollziehen, denn als noch nichts dastand, sei eine Bodenanalyse durchgeführt worden und das hätte damals bereits auffallen müssen.

Bürgermeister Henri Haine erläutert, dass er diesbezüglich bereits mehrere Male Erklärungen abgegeben habe. Zusätzlich habe er in der Sitzung vom Dezember alle zusätzlichen Gebühren mit Hilfe einer Auflistung veranschaulicht. Allein die entstandenen Unkosten wegen der Stilllegung der Baustelle sowie der bedingten Wiederaufnahme der Arbeiten durch COVID seien von der Gemeinde zu tragen und nicht von den Firmen. Dann seien noch andere unerwarteten Schwierigkeiten aufgetreten, wie z.B. das Problem mit der Überführung. Für Luxcontrol sei anfangs alles in Ordnung gewesen, dann sei doch entschieden worden, dass eine zusätzliche Schicht aufgetragen werden müsse. Auch das habe wiederrum Geld gekostet. Selbstver-

ständlich keine 3 Millionen, doch all das sei hinzugekommen. Es sei gewusst gewesen, dass früher dort eine Firma war und mit Hilfe eines Kostenvoranschlages sei geschätzt worden was diese Analysen kosten würden. Doch niemand habe das ganze Ausmaß gesehen. Das Wasserwirtschaftsamt hätte am liebsten gefordert, dass alles bis auf den letzten Tropfen Öl im Boden gefunden werde. Sie hätten damals zu 12 Personen vor diesem riesigen Loch gestanden und er selbst habe schriftlich in Frage gestellt wie tief sie denn noch bohren müssten und dass doch irgendwann Schluss sein müsse. Genau dieses Ausmaß sei keinem bewusst gewesen. Insgesamt seien 1400 Tonnen Boden ins Ausland, teilweise nach Belgien und teilweise nach Deutschland antransportiert worden, weil es in Luxemburg keine Möglichkeiten gibt. Das habe tausende von Euro gekostet.

Rat André Theisen fragt ob das ursprünglich nicht so vorgesehen war.

Bürgermeister Henri Haine wiederholt, dass es nicht in diesem Ausmaß vorgesehen war.

Rat André Theisen unterstreicht, dass der Ausbau doch 50% teurer wurde.

Bürgermeister Henri Haine erwidert, dass doch jeder die Explosion der Preise während COVID usw. miterlebt habe. Die Energie-, Holz-, Produkt-, und auch die Stahlpreise seien explodiert. Alles sei teurer geworden und auch wenn er es nicht so sagen wolle, habe jeder profitiert. Zusätzlich habe sich der Bau um Einiges in die Länge gezogen und weil sie sich in einer öffentlichen Ausschreibung befinden und die gesetzlichen Bedingungen klar sind, sei es den Firmen erlaubt die Gemeinde schriftlich zu informieren, dass es teurer werde. Dann hätten sie einige Funktionsräume angepasst, welche 2019 nicht geplant waren. Es seien auch einige Gesetzesänderungen in Kraft getreten wodurch sie dann auch anders bauen mussten. Außerdem mussten sie dem Gutachten des Bildungsministeriums Folge leisten und Anpassungen vornehmen. Dann seien da noch die ITM und deren Sicherheitsvorschriften. Das Hauptproblem sei gewesen, dass das Projekt in die COVID-Krise fiel und während dieser Krise gebaut wurde. Leider würden sie nicht dafür belohnt. Er habe versucht dem Minister zu erklären, dass sie sich auch sehr über die 15.000 pro Stuhl gefreut hätten anstatt der vorgesehenen 10.000 Euro. Doch die Antwort sei gewesen, dass das nur für neue Projekte sei. Er selbst habe es damals auch als COVID-Maßnahme verstanden um dem Bausektor einen weiteren Impuls zu geben, weil weniger gebaut wurde.

Rat André Theisen meint, wenn er die Rede des Bürgermeisters richtig in Erinnerung habe, belaufe sich der staatliche Zuschuss auf 2 Millionen.

Bürgermeister Henri Haine präzisiert, dass es 2,2 Millionen sind.

Rat André Theisen wiederholt, dass es also 2,2 Millionen sind, doch in seinen Augen sei das nicht viel.

Bürgermeister Henri Haine teilt diese Meinung und ergänzt das es auch teurer werde, wenn so gebaut werden müsse, wie hier in Rümelingen, anstatt auf einer schönen flachen grünen Wiese, wo ein eingeschossiges Gebäude ohne Fahrstuhl und Sonstiges gebaut werden könne. Das schmerze die Gemeinde sehr, denn sie sei klein und arm. Trotzdem müssten sie mehr in ein solches Gebäude investieren als Gemeinden mit mehr Grundstücken. Wenn sie die 15.000 Euro erhalten hätten, hätten sie auch 1 Million mehr staatlichen Zuschuss erhalten. Diese würde jetzt fehlen.

Rat André Theisen erinnert an die endlosen Diskussionen bezüglich des alten Gebäudes, im Jahre 2009, als alles auf einem Stockwerk gebaut werden musste. Seine Anmerkung habe er nur preisgegeben, weil alles dermaßen teurer wurde.

Bürgermeister Henri Haine meint, dass die Diskussion über die eingeschossigen Gebäude vorüber sei, weil der Staat seit Jahren eine dichte Besiedlung vorzieht und vor allem weil das Bauland sehr teuer wurde. Wenn alles eingeschossig gebaut werde, würde auch viel teures Bauland verschwendet werden.

**** Einstimmig wird der zusätzliche Kredit angenommen.**

PUNKT 8 DER TAGESORDNUNG Beratende Kommissionen:

8.1. Rücktritt und Ernennung eines neuen Mitglieds der Sportkommission

Bürgermeister Henri Haine leitet den nächsten Punkt ein. Dabei handele es sich um den Rücktritt von Frau Marx als Präsidentin und Mitglied der Sportskommission. Das sei aber schon länger bekannt. Er wolle Frau Marx für die jahrelange Arbeit in dieser Kommission danken. Sie bleibe aber weiterhin tätig in der Kulturkommission. Die Sportskommission sei die Kommission in der am meisten Arbeit anfalle, weil viele Veranstaltungen organisiert würden. Mittlerweile sei das aber auch der Fall für die Kulturkommission, weil sie durch das Spektrum weitere Möglichkeiten haben. Mit einem Blick auf den Schöffen Jimmy Skenderovic, welcher Präsident der Umweltkommission ist, ergänzt er, dass auch viel in der Umweltkommission organisiert und im Allgemeinen in jeder Kommission viel gearbeitet werde. Klassischerweise würden doch viele Veranstaltungen in der Sportskommission organisiert werden und man habe viel mit den Vereinen zu tun. Frau Marx habe das jahrelang gemacht, deswegen wolle er ihr danken. Wenn er sich Recht erinnere hat Herrn Kirsch dieses Amt vor ihr bekleidet. Seiner Meinung nach sei es eine interessante Kommission und man erlebe viele schöne Momente. Es müsse also ein neues Mitglied für die Sportskommission gestimmt werden und ich diesem Fall habe sich Kevin Fischer aus Rümelingen beworben um Frau Marx zu ersetzen. Dann fragt er den Gemeindesekretär ob er die Stimmzettel dabei hat.

Rat André Theisen erläutert, dass er auch jahrelang in der Sportskommission tätig war und er wolle Frau Marx ein großes Lob für ihre geleistete Arbeit aussprechen. Er habe sie auch immer draußen bei den Leuten gelobt, deswegen könne er das auch hier sagen. Doch er verstehe nicht warum eine Bewerbung vorliegen würde. In seiner Erinnerung, mit Ausnahme, dass das Reglement geändert habe, sei ein neues Mitglied von der Partei vorzuschlagen. Er kenne diesen Mann nicht und dem Namen nach sei es ein Rümelinger welcher nicht immer hier gewohnt habe. Dann tauche am 17. September ein Bewerbungsschreiben an den Schöffenrat, beziehungsweise an den Bürgermeister, auf, doch niemand wisse woher dieser Mann komme. Es sei immer gesagt worden, dass das Mandat der Person gehöre und die Partei mache lediglich einen Vorschlag. Deswegen wolle er wissen warum es hier anders gemacht werde.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass Frau Marx bekanntermeise Vertreter der LSAP sei und die LSAP schlage Herrn Fischer vor.

Rat André Theisen erwidert, dass das nirgends stehen würde.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, dass er es ihm ja nun mitgeteilt habe. Außerdem würden sie immer bemängeln, dass keine Menschen ohne Parteikarte als Kommissionsmitglied angenommen würden. Doch als Partei hätten sie das Recht eine Person vorzuschlagen.

Rat André Theisen meint, dass das eine andere Diskussion sei. Dennoch müsste die Person von der Partei vorgeschlagen werden.

Bürgermeister Henri Haine bestätigt die Aussage des Rates und wiederholt, dass sie, als LSAP-Partei, die Person vorschlagen würden.

Rat André Theisen stellt fest, dass sie ihn jetzt auf einmal vorschlagen würden. Und vorhin sei das vergessen worden.

Bürgermeister Henri Haine wiederholt den Vorschlag und fragt ob er der Meinung sei dass diese Person sich aus heiterem Himmel beworben hätte.

Rat André Theisen meint, dass es doch den Anschein habe.

Bürgermeister Henri Haine liest vor, dass das Bewerbungsschreiben an ihn, also den Bürgermeister adressiert sei. Dann wiederholt er, dass sie Herrn Fischer, im Namen der LSAP, vorschlagen.

Rätin Jessica Tintinger ergänzt, dass Herrn Fischer Rümelinger sei und hier zur Schule ging.

**** Unverständlicher Austausch zwischen mehreren Gemeinderatsmitgliedern.**

Rat André Theisen fährt fort und stellt die Prozedur weiterhin in Frage. Er wolle dazu ein Beispiel geben. Als Kayser Rol damals von der Kommunistischen Partei zur Linken Partei wechselte, sei er nicht angenommen worden. Das Mandat habe zwar ihm gehört doch er war von der kommunistischen Partei vorgeschlagen worden. Es könne doch nicht sein, dass das jetzt anders gehandhabt werde. Er sei davon ausgegangen, dass ein neues Reglement in Kraft sei.

Bürgermeister Henri Haine antwortet genervt, dass jetzt nicht eine halbe Stunde über diese Bewerbung diskutiert werden müsse.

Rat André Theisen erwidert, dass noch keine halbe Stunde diskutiert worden sei.

Bürgermeister Henri Haine erinnert, dass es in früheren Gemeinderatssitzungen bereits vorgekommen sei, dass Kandidaten angenommen wurden, welche den Ratsmitgliedern erst während der Sitzung vorgestellt wurden. In solchen Fällen habe er nur nachgefragt, ob jemand Einwände habe, damit der Posten neu besetzt werden konnte, was auch gut sei. Außerdem weist er darauf hin, dass sie manchmal auch E-Mails erhalten hätten, mit der Bitte, kurzfristig einen zusätzlichen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Abschließend fragt er Rat André Theisen, ob er für die nächste Sitzung recherchieren solle, wie viele ähnliche Vorgehensweisen es bereits gegeben habe, bei denen kein Parteiname genannt oder thematisiert worden sei.

Rat André Theisen meint, dass der Bürgermeister sich nicht verteidigen müsse. Es sei wie es sei.

Bürgermeister Henri Haine stellt klar, dass er sich nicht verteidigen würde, er wolle lediglich darauf hinweisen was sie anderen Parteien bereits durchgehen gelassen haben, wenn kurzfristig daran gedacht worden sei ihren freien Posten zu besetzen. Er habe dann gefragt ob jeder damit einverstanden sei und anschließend sei abgestimmt worden, manchmal sogar ohne Wahlzettel.

Rätin Jessica Tintinger ergänzt, dass sie bis jetzt auch keine Bewerbung vorlegen konnten. Dies sei das erste Mal.

Rat René Bremer erläutert, dass dieser Mann in der vorletzten Fraktion der LSAP angenommen worden sei.

**** Unverständlicher Austausch zwischen mehreren Mitgliedern.**

Rat René Bremer fährt fort, dass diese Person anschließend eine Bewerbung geschrieben habe und hätte tatsächlich erwähnen können, dass er Mitglied der LSAP ist.

Rat André Theisen gibt zu verstehen, dass das nicht von Belang ist, doch die Person hätte von der LSAP vorgeschlagen werden müssen.

Rat René Bremer antwortet, dass sie das doch gerade eben getan haben.

Rat André Theisen legt dar, dass aus dem Brief hervorgehen müsse, wer den Brief geschrieben habe.

Schöffe Jimmy Skenderovic antwortet, dass das Logo auf dem Brief steht.

Bürgermeister Henri Haine möchte noch einmal klarstellen, dass dieser Mann gar kein Mitglied der LSAP sein muss. Davon abgesehen gehe es niemanden an in welcher Partei er sei. Man müsse nicht Mitglied in seiner Partei sein.

Rat André Theisen offenbart, dass das draußen herumerzählt würde.

Bürgermeister Henri Haine weist Rat André Theisen daraufhin, dass er außerhalb der Sitzungen von Dingen sprechen würde, die niemanden etwas angehen. Außerdem hätten sie auch schon parteilose Kandidaten angenommen.

Rat André Theisen erwähnt, dass er damit auch kein Problem habe.

Bürgermeister Henri Haine versteht nicht warum also darüber diskutiert würde.

Rat André Theisen legt dar, dass sie auch Vertreter in den Kommissionen hätten, welche nicht Mitglied seiner Partei seien.

Bürgermeister Henri Haine meint außerdem das draußen oft egal was erzählt würde. Sie würden immer wieder davon sprechen, dass ihnen draußen Dinge erzählt würden, die aber nicht stimmen.

Rat André Theisen stichelt, dass der Bürgermeister in das falsche Schanklokal gehen würde, ansonsten würden ihm diese Dinge auch erzählt werden.

Bürgermeister Henri Haine kontert, dass er in das richtige Schanklokal gehen würde. Er wisse nicht wo der Rat sich aufhalte, jedoch würde er nicht dieselben Dinge hören.

Rat André Theisen stellt klar, dass sie diese Person annehmen würden, doch er wolle, dass die Form richtig ist. Der Bürgermeister habe jetzt lang und breit erklärt, dass der Mann Mitglied in der LSAP ist.

Bürgermeister Henri Haine verbessert, dass er das nicht gesagt habe. Er habe im Namen der LSAP nur den Vorschlag unterbreitet. Der Mann brauche nicht in der LSAP zu sein um vorgeschlagen zu werden. Dann wiederholt er, egal um welche Partei es sich handelt, LSAP, CVS oder DP, der Gemeinderat stimme lediglich über ein neues Kommissionmitglied ab, mehr nicht. Wenn sie ihn nicht annehmen wollen dann sei es so.

Rat André Theisen bestätigt, dass sie für diese Person stimmen werden, jedoch sei der Weg falsch. Er bleibe dabei.

Bürgermeister Henri Haine versteht nicht warum Rat André Theisen gerade diese Bewerbung in Frage stellt. Sie hätten auch schon Bewerbungen morgens vor der Sitzung erhalten und dann sei gefragt worden ob es möglich sei darüber abzustimmen.

Rat André Theisen begründet, dass diese Bewerbungen auch vorschriftsgemäß gewesen seien.

Bürgermeister Henri Haine hinterfragt, inwiefern diese Bewerbungen vorschriftsgemäß gewesen seien, wenn erst am Morgen vor der Gemeinderatssitzung darum gebeten worden sei.

Schöffe Jimmy Skenderovic ergänzt, dass sie erst morgens den Namen mitgeteilt bekamen, kurz vor dem Gemeinderat. Noch vor ein paar Monaten sei das der Fall gewesen. Erst auf dem Zettel hätten sie den Namen gelesen. Es habe damals keine Bewerbung vorgelegen und es habe sich auch nicht um seine Partei gehandelt.

**** Unverständlicher Austausch zwischen einigen Gemeinderatsmitgliedern.**

Bürgermeister Henri Haine schlussfolgert, dass es damals auch kein Problem war und möchte die Abstimmung einleiten.

Rätin Carole Marx bittet vor der Abstimmung um das Wort. Sie erzählt, dass sie erstmals im Jahr 1982 von der Sport- und Kulturkommission hörte, als sie mit den Fillettes die Coupe de Luxembourg gewann. Damals sei Eck Marcel noch Präsident gewesen. Dann sei sie, um das Jahr 2000, nachdem Guy sie beworben hatte, um in der Kommission mitzuarbeiten, als Mitglied beigetreten. Seit 2005 sei sie dann Präsidentin und während der ganzen Zeit sei viel gearbeitet worden. Damals sei es noch eine gemeinsame Kommission gewesen und es sei nie Politik gemacht worden. Sie hätten immer dem Wohle der Vereine, den Rümelinger Bürgern und dem Sport gedient und hätten einige Erlebnisse gehabt. Aktuell sei sie das älteste Mitglied und sie wolle jedem der über all die Jahre dabei war sagen, dass sie immer gut miteinander gearbeitet haben. Es sei immer dasselbe halbe Dutzend gewesen auf welches sie sich verlassen konnte. Diese waren immer anwesend, vor allem um zu arbeiten, deswegen wolle sie sich bei ihnen bedanken. Aber auch bei den Arbeitern der Gemeinde welche immer beim Auf- und Abrichten der Veranstaltungen mitanpackten. Dann wolle sie auch noch den Vereinen danken die immer anwesend waren, wenn sie gerufen wurden, und ihr Bestes gaben um etwas beizutragen. Die rezenteste neue Veranstaltung welche sie ins Leben gerufen haben, sei die Nuit du Sport. Inzwischen seien sie bei der dritten oder vierten Edition. Außerdem wolle sie ihrem Kollegen, Henri Haine, welcher all die Jahre, während ihrer Präsidentschaft, Bürgermeister war, danken.

**** Unverständlicher Austausch zwischen einigen Rastmitgliedern.**

Rat André Theisen meint, dass Will Hoffmann während den ersten Jahren ihrer Präsidentschaft der Bürgermeister war.

Rätin Carole Marx verbessert, dass Will Hoffmann in den ersten fünf Jahren Bürgermeister war und Henri Haine dieses Amt anschließend übernommen hat. Sie denke, dass er durch sie und ihre Anliegen einige graue Haare mehr bekommen habe. Dennoch wolle sie sich bedanken, da er sowie die Kollegen aus dem Schöffenrat sie stets unterstützt haben, weswegen sie so lange und so gut mit ihnen arbeiten konnte. Nun sei die Zeit gekommen, dass neuer Wind in die Kommission komme. Sie würde den aktuellen Kommissionsmitgliedern noch einen ausgeben, um ein wenig zu feiern. Die Überraschung sei groß gewesen, als sie ihren Entschluss bekannt gegeben hat. Doch auch sie werde nicht jünger, und zudem sei sie noch Präsidentin von zwei anderen Kommissionen. Ihrer Meinung nach dürfte es kein Problem sein, eine neue Nachfolge zu finden. Dem neuen Mitglied Kevin wünsche sie eine glückliche Hand, und sie hoffe, dass er ein Mitglied sei, das stets anwesend ist um mitanzupacken. Nach 20 Jahren sei die Sportskommission für sie nun Vergangenheit.

Bürgermeister Henri Haine bedankt sich und gibt das Wort weiter.

Rätin Monique Schelinsky hofft, dass der Nachfolger auch eine glückliche Hand haben werde, denn Rätin Carole Marx habe sehr viel auf die Beine gestellt. Doch sie hoffe auch, dass die Kulturkommission weiterhin mit der Sportskommission in Bezug auf das Subventionsreglement, welches immer noch ausstehe, arbeiten werde. Die nächsten Anfragen würden demnächst versandt werden, beziehungsweise seien bereits versandt worden und sie hoffe, dass es doch endlich vorangehen werde.

Rätin Carole Marx verdeutlicht, dass der letzte Vorschlag von der Sportskommission an den Schöffenrat gemacht wurde. Sie hätten damals entschieden, dass alles beim Alten bleiben soll, doch der Schöffenrat wolle Anpassungen vornehmen.

Schöffe Muhovic Elvedin ergreift das Wort und erklärt, dass er sich mit anderen Bürgermeistern aus anderen Gemeinden ausgetauscht habe. Jede Gemeinde sei verschieden, doch er habe einige Kriterien, welche seiner Meinung nach gut passen würden, mitgenommen. Hier sei es ja nicht so wie in anderen Gemeinden wo es 100 Vereine gibt, so dass sie dem Gemeinderat normalerweise bis zum Ende des Jahres etwas präsentieren werden.

Rätin Karin Seywert spricht Rätin Carole Marx im Namen von Jérôme Tintinger auch Lob aus. Er würde sich für die gute Zusammenarbeit über all die Jahre bedanken.

Rätin Carole Marx bedankt sich.

Rat René Bremer weist daraufhin, dass Rätin Carole Marx damals auch nicht von der LSAP vorgeschlagen wurde, sondern von Guy Kirsch.

Bürgermeister Henri Haine gesteht, dass das bereits solange her sei, dass er sich nicht mehr erinnern würde wie das abgelaufen war. Es könne aber gerne recherchiert werden.

Schöffe Jimmy Skenderovic erwähnt, dass er 2011, als Henri Haine Bürgermeister wurde, also nach Rat André Theisen, Mitglied in der Kultur- und Sportskommission wurde. Damals sei es noch die gemeinsame Kommission gewesen. Damals sei sehr gut gearbeitet worden. Als die Kommission aufgeteilt wurde, er könne sich nicht mehr an das genaue Jahr erinnern, sei in beiden Kommissionen gut weitergearbeitet worden. Die Kulturkommission, sowie die Sportskommission seien sehr aktiv. Seiner Meinung nach seien es die aktivsten Kommissionen der Gemeinde. Dann bedankt er sich bei Rätin Carole Marx für ihren Einsatz in der Sportskommission. Sie werde weiterhin in die anderen beiden Kommissionen arbeiten, dort würde sich also nichts ändern. Als ehemaliges Mitglied der Sportskommission hatte er das Bedürfnis ihr auch zu danken.

Der Gemeindesekretär Jérôme Winckel teilt die Zettel bezüglich der Demission sowie der Ernennung des neuen Mitgliedes aus.

**** Einstimmig werden der Rücktritt sowie die Ernennung angenommen.**

PUNKT 9 DER TAGESORDNUNG
Fragen an den Schöffenrat:

Bürgermeister Henri Haine kommt auf den nächsten Punkt und gibt das Wort an Rat André Theisen, welcher etwas schneller auf sich aufmerksam gemacht hat als Rätin Carole Marx.

Rat André Theisen spricht den schlechten Zustand des Kinderspielplatzes in der rue des Martyrs beim alten Bahnhof an.

Schöffe Elvedin Muhovic will wissen ob er vom Spielplatz auf der anderen Straßenseite spricht.

Rat André Theisen verneint und erklärt, dass er vom Spielplatz im Quartier Fenderie rede.

Schöffe Elvedin Muhovic offenbart, dass er davon keine Kenntnis habe.

Rat André Theisen wiederholt, dass er vom Spielplatz beim alten Bahnhof spreche. Dieser sei damals kostenintensiv angelegt worden doch der aktuelle Zustand sei katastrophal. Wenn er schon dabei sei, wolle er wissen was mit dem leerstehenden Gebäude passiert. Darüber sei bereits diskutiert worden. Damals sei es dem Kinderheim aus Reckingen zur Verfügung gestellt worden und sei sehr schön dekoriert gewesen. In dem Sinne wolle er wissen ob darüber nachgedacht wird, dieses Gebäude bewohnbar zu machen. Seine zweite Frage betreffe die Handwerkszone im Laangegronn. Für das Grundstück ganz hinten, dort wo damals der Erdrutsch war, sei im Januar 2023 eine Baugenehmigung erteilt worden und er wolle wissen was dort passieren wird. Damals sei es verkauft worden, was er auch bedauere, denn die CSV sei der Meinung gewesen diese Parzelle zu halten um mit dem dahinterliegenden Teil, dem Weltesch-

gronn, eine neue Gemeindewerkstatt zu errichten. Nun gut, dass sei nun einmal nicht passiert. Doch es würde ihn interessieren was dort gemacht werde, auch wenn die Genehmigung aus dem Jahre 2023 stammt. Dann wolle er wissen ob die Toiletten beim Haus Gonner erneut werden. Es sei eine Schweinerei, dass sie sabotiert wurden und er verstehe, dass der Schöffenrat Zweifel habe die Toilette noch einmal aufzustellen. Doch genau das wolle er wissen. Abschließend stellt er die Frage was beim Kulturzentrum, 1, rue du Parc, los sei, denn es sei alles abgeriegelt.

Schöffe Elvedin Muhovic fragt ob er den Musiksaal meint.

Rat André Theisen bejaht die Frage und erklärt, dass das früher das Kulturzentrum war. Er habe aber noch eine weitere Frage.

Bürgermeister Henri Haine scherzt ob das andere keine Fragen waren.

**** Allgemeines Gelächter.**

Rat André Theisen meint, dass es sich eher um einen Vorschlag handelt. Die rue de la Fontaine sei durch die Sackgasse nicht mehr durchgängig. Doch im Volksmunde würde immer noch gesagt, dass man beim Winckel einbiegen müsse. Deswegen ist er der Meinung, dass es eventuell an der Zeit sei, diesem Teil der Sackgasse einen neuen Straßennamen zu geben, so dass dieser Teil nicht mehr zur rue de la Fontaine gehöre. Wegen dieser Abgrenzung, müsse man über den Parkplatz fahren um aus der Sackgasse rauszukommen. Früher sei das anders gewesen. Wohlwissend, dass es die Entscheidung des Schöffenrates sei, habe er einen Namen im Kopf. Der Vorschlag sei, diesen kleinen Teil nach Henri Winckel zu benennen. Letzterer sei 20 Jahre Mitglied im Gemeinderat gewesen und sei auch ein immenser Widerstandskämpfer gewesen. Während der Resistenz habe er bewiesen, dass er zu den Leuten, zu Rümelingen und dem Luxemburger Land stand. Deswegen sei es eine Idee, diese kleine Ecke, wobei es sich nicht einmal um eine richtige Straße handelt, sondern um eine Sackgasse, Henri Winckel zu widmen. Der Schöffenrat solle über diesen Vorschlag nachdenken.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, dass es er den Vorschlag verstehe, doch es sei immer noch die rue de la Fontaine. Dieser Vorschlag sei doch etwas Neues.

Rat André Theisen meint, dass die CSV auch gute Ideen hat.

Bürgermeister Henri Haine erläutert, dass mittlerweile mehr über Frauennamen nachgedacht werde und es sei klar, dass in Rümelingen keine neuen Straßen hinzukommen werden. Es sei nicht wie in anderen Ortschaften wo neue Wohngebiete entstehen. Auch wenn es sich um eine Sackgasse handelt, sei es trotzdem immer noch die rue de la Fontaine und es sei doch normal, dass niemand durch den Hof der Maison Relais fahren dürfe. Der Vorschlag werde zur Kenntnis genommen. Betreffend den Spielplatz beim alten Bahnhof müssten sie den Zustand in Erfahrung bringen. Für das Bahnhofsgebäude sei nichts geplant, denn andere Projekte hätten Priorität. Auf letztere würde er in einer nächsten Sitzung zu sprechen kommen, denn sie hätten demnächst eine Unterredung mit den Planungsbüros. Während den Verhandlungen habe CFL Immo, welche Eigentümer ist, zu verstehen gegeben, dass sie alles als Ganzes betrachten und nicht aufteilen möchten. Leider hätte der Schöffenrat nicht die gleiche Auffassung, deswegen hätten sie als Gemeinde auch die Initiative ergriffen einen neuen PAP zu erstellen. Für CFL Immo sei dieses Projekt nicht prioritär. Doch die Gemeinde würde diesen PAP erstellen lassen um ihnen ein Vorschlag unterbreiten zu können, um in Zukunft mit der Erneuerung des Stadtkerns voranzukommen. Abgesehen davon seien sie inzwischen doch etwas unabhängiger, weil sie eine andere Idee für ein Parkhaus an einer anderen Stelle haben, was dem Gemeinderat auch bereits vorgestellt wurde. Das Problem sei, dass das Bahnhofsgebäude nicht einzeln betrachtet werden kann und deswegen sei auch kein konkretes Projekt vorgesehen über welches diskutiert werden könne. Bezüglich die Handwerkszone Langegronn gesteht er, dass er nicht wisse wann die CSV diesen Vorschlag gemacht hat und fragt ob das vor der Ausweisung der Handwerkszone war.

Rat André Theisen bejaht die Frage und erläutert, dass das alles im Besitz der Gemeinde war.

Bürgermeister Henri Haine weiß, dass damals alles der Gemeinde gehörte und dass es durchaus möglich gewesen sein muss, dies anders zu regeln, doch die Vergangenheit könne nicht zurückgedreht werden.

Rat André Theisen fragt was dort gemacht werde.

Bürgermeister Henri Haine erklärt das sie das auch nicht genau wissen würden. Vor einiger Zeit seien dort bereits einige Genehmigungen angefragt worden um dort Gebäude mit Büroräumlichkeiten zu errichten. Das sei bis dato aber nicht gebaut worden.

Rat André Theisen erwähnt, dass auf dem Dokument stehen würde, dass eine Halle errichtet werde.

Bürgermeister Henri Haine bestätigt diese Aussage und erläutert, dass es sich um ein großes und breites Grundstück handelt. Doch bis jetzt sei noch nichts passiert. Es sei auch eine Verlängerung beantragt worden, gerade eben, weil noch nichts umgesetzt wurde. Außerdem seien sie mehr als einmal an die Gemeinde herangetreten um zu erfahren ob die Gemeinde an einem Kauf interessiert sei. Doch er müsse zugeben, dass der Preis einfach zu hoch war. Dier Erneuerung der Toilette bei der Skaterpiste sei vorgesehen. Die Ersatzteile seien bestellt, so dass das demnächst umgesetzt werde. Obwohl, der Winter stehe vor der Tür. Doch es sei klar, dass sie erneuert werde. Dann müsse das Dach des Kulturzentrums in der rue du Parc neu belegt werden. Dort seien schon Schieferplatten heruntergefallen weswegen die Umgebung abgesichert wurde.

Rat André Theisen meint, dass auch anderswo aufgepasst werden muss, damit dort nicht auch abgesichert werden müsse.

Bei Arendt, bei der Kreuzung rue de la Croix, bestehe ein gewisses Risiko. Wenn nämlich ein stärkerer Wind blasen würde, könne Einiges herunterfallen.

Bürgermeister Henri Haine offenbart, dass sie morgen eine Unterredung mit den Planungsbüros haben, dann würden sie Genaueres wissen. Sie würden das alles ansprechen und nachfragen wie sie das angehen sollen. Es sei auch eine Analyse betreffend den Asbest gemacht worden, das müsse alles entsorgt werden. Es sei auch ein Geldbetrag im Haushalt vorgesehen um dieses Gebäude teilweise abzureißen. Der Schöffenrat möchte auch dass es vorangehe, doch dies müsse auch im Rahmen der Erneuerung der rue de la Croix betrachtet werden. Sie würden in einer nächsten Sitzung darauf zurückkommen.

Rat André Theisen meint, wenn zu lange gewartet würde, riskiere jemand zu Schaden zu kommen.

Bürgermeister Henri Haine widerspricht, dass er das nicht denke, denn es sei ausreichend stabil.

Rat André Theisen unterstreicht, dass das Gebäude trotzdem abgerissen werden müsse.

Rätin Carole Marx erhält das Wort und bekundet, dass beim Café du Coin jedes Wochenende Ramba Zamba sei. Sie wolle wissen ob das Lokal jedes Mal im Besitz einer freien Nacht sei. Dort sei immer sehr viel Lärm und zwar von 10 Uhr beziehungsweise halb 11 abends bis tief in die Nacht. Es nehme einfach kein Ende, obwohl die Polizei immer wieder vor Ort komme. Doch eine halbe Stunde später sei dann erneut Lärm. Das Lokal befinde sich mitten in einem Wohngebiet, doch die Musik laufe auf voller Lautstärke. Wenn sie vor ihrem Haus steht, würde sie genau hören was dort abläuft. Hinzu komme dann noch der Lärm, wenn die Kunden nach Hause gehen. Letztes Mal hätten alle Nachbarn auf den Türen gestanden, weil sie dachten, dass etwas passiert war, denn es sei wie die Wilden herumgeschrien worden. Es müsse unbedingt etwas unternommen werden. Vielleicht könnten die Verantwortlichen vorgeladen werden um mit ihnen zu reden. Die Polizei sei jedes Wochenende vor Ort. Letztere würde anordnen leiser zu sein, doch nachdem sie dann weggefahren sind, würde es wieder losgehen. Das sei inzwischen ermüdend. Niemand hätte etwas dagegen, wenn mit Musik gefeiert wird, doch es könne nicht sein, dass jedes Mal, wenn die Eingangstür geöffnet wird, die Nachbarn aus den Betten fallen, weil die Musik dermaßen laut ist. Es müsse endlich durchgegriffen werden, denn so könne es nicht weiter gehen.

Rat André Theisen fragt, welche Handhabung die Gemeinde in einem solchen Fall hat.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, dass es Sache der Polizei sei.

Rätin Carole Marx schlägt vor, dass das Lokal keine freie Nacht mehr erhält, damit die Polizei, wenn sie um 2 Uhr nachts vor Ort kommen, Protokoll erstellen können.

Rat André Theisen erinnert daran, dass es beim Schanklokal neben der Kirche ähnlich war. Der Pfarrer sei manchmal hinübergegangen, um zu bitten, dass es leiser sei, weil man in der Kirche nichts mehr verstand

Rätin Carole Marx ergänzt, dass es in ihrem Fall von freitags bis sonntags sei.

Bürgermeister Henri Haine meint, dass sich die Situation bei der Kirche aber beruhigt habe.

Rat André Theisen bestätigt diese Aussage.

Bürgermeister Henri Haine wiederholt, dass die Polizei dorthin geschickt wird. Wenn dann doch weiterhin Lärm gemacht werde, sei das natürlich nicht gut. Das Lokal müsste geschlossen werden.

Rätin Carole Marx wiederholt, dass sie vorgeladen werden müssten um ihnen das zu erklären.

Bürgermeister Henri Haine merkt an, dass vorerst herausgefunden werden muss wer vorgeladen wird.

Rätin Carole Marx fährt fort, dass sie doch noch etwas Erfreulicheres mitzuteilen habe. Stellvertretend für ihre beiden Kollegen wolle sie etwas zum Bike&Breakfast sagen, welcher am vergangenen Sonntag stattgefunden hat. Es sei Land unter gewesen, und sie wolle sich bei der Gemeinde für ihre Flexibilität bedanken, da sie auf das Gebäude der Sparkasse sowie auf das Gemeindegebäude ausweichen konnte. Es sei nicht alltäglich, dass in der Gemeinde ein Flohmarkt stattfindet und dass auf dem zweiten Stockwerk ein faires Frühstück angeboten wird. All das habe ihnen doch sehr geholfen. Vor allem wolle sie sich aber bei den Gemeindearbeitern bedanken welche ihrer Aufforderung nachkamen, den Getränkewagen von der Seite des Gebäudes, vor das Gebäude umzustellen, obwohl bereits alles angeschlossen war. Ihre Überlegung sei gewesen, wenn der Wagen vor der Gemeinde steht, würden die Bürger sehen, dass etwas im Gemeindegebäude los ist. Deswegen mussten sie wieder alles abklemmen und vor die Gemeinde bringen. All das bei strömendem Regen, weshalb sie sich ausdrücklich bedanken will. Dann seien die Mitglieder ihrer Kulturkommission sowie der Sportkommission den ganzen Tag vor Ort gewesen um hätten das Beste aus der Veranstaltung gemacht. Trotz des schlechten Wetters hätten sie Alles gegeben und deswegen wolle sie auch ihnen ihren Dank aussprechen. Gegen 14 Uhr hätten sie dann doch entschieden Schluss zu machen, weil jedem kalt war. Außerdem hätte es nicht aufgehört mit regnen, so dass das die richtige Entscheidung war. Das habe sie noch mitteilen wollen und das sei dann alles ihrerseits.

Bürgermeister Henri Haine bedankt sich auch bei den Ausstellern für ihr Entgegenkommen und ihren Mut, doch letztendlich habe das Wetter alles verdorben.

Rätin Monique Schelinsky geht ebenfalls auf die Veranstaltung Bike&Breakfast ein und teilt mit, dass auf dem Flugblatt

vermerkt war, dass die Veranstaltung bei schlechtem Wetter im Kulturzentrum stattfinden würde. Diese Information habe einige Aussteller verunsichert, da sie nicht genau wussten, wo sie hingehen sollten. Diesbezüglich müsste man konsequenter sein und die richtige Information ins Flugblatt schreiben beziehungsweise die getroffene Entscheidung einhalten. Zudem sei an sie herangetragen worden, dass die älteren Bewohner der cité Kiirchbierg sowie des Hochhauses den Anstieg in der rue de la Bruyère nicht mehr gut bewältigen würden. In diesem Zusammenhang frage sie, ob es möglich sei, auf Höhe des Spektrums eine Sitzbank zu errichten, damit diese Personen dort eine Pause einlegen können, bevor sie den restlichen Weg in Angriff nehmen. Dann sei sie informiert worden, dass am 31. August sehr viel Lärm im Kulturzentrum war. Sie selbst sei zu dem Zeitpunkt nicht in Rümelingen gewesen dennoch würde es sie interessieren was da los war, beziehungsweise wer dort gefeiert hat. Anscheinend sei die Polizei um 1 Uhr vorstellig geworden, weil zu viel Lärm war und gegen 2 Uhr sei dann aber Schluss gewesen. Wie bereits erwähnt wisse sie nicht wer dort gefeiert habe.

Rätin Carole Marx offenbart, dass sie zu dem Zeitpunkt in Urlaub war.

Rätin Monique Schelinsky teilt diese Aussage. Ihr sei das erzählt worden, weil es sehr laut war. Deswegen wolle sie wissen ob den Veranstaltern kein maximaler Lärmpegel vorgeschrieben wird. Dann komme sie zu ihrer dritten Frage betreffend die Jugendwohnungen. Es habe einige befristete Verträge gegeben und sie wolle diesbezüglich wissen ob es inzwischen Zusatzvereinbarungen beziehungsweise Verlängerungen gab. Sie habe einen Vertrag in Erinnerung welcher nur bis Februar 2025 gültig war. Es würde sie interessieren, wenn die Mieter dann doch bleiben würden, ob Zusatzvereinbarungen getroffen und dem Gemeinderat vorgelegt würden. Wie sei die aktuelle Situation und wieviele Menschen würden insgesamt dort wohnen. Im großen Ganzen seien sie in letzter Zeit unzureichend über die Wohnungen informiert worden.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass er nächstes Mal auf diese Informationen antworten werde. Im Prinzip würde dem Gemeinderat jede Zusatzvereinbarung zwecks Verlängerung vorgelegt. Es gäbe jedoch einige Ausnahmen wo Frau Welter mit den Mietern eine Lösung finden muss. Es sei ja z.B. entschieden worden eine Mieterin weiterhin dort wohnen zu lassen, weil sie inzwischen ein Kind hat. Dies verkompliziere die Situation und ursprünglich sei das auch nicht vorgesehen gewesen.

Rätin Monique Schelinsky ist der Meinung, wenn sie sich dann Recht erinnere, dass dem Gemeinderat noch nie dementsprechenden Zusatzvereinbarungen vorgelegt wurden.

Bürgermeister Henri Haine erwidert, dass er sich ganz sicher sei, dass dem Gemeinderat Zusatzvereinbarungen vorgelegt wurden. Noch letztes Mal.

Rat André Theisen behauptet, dass ihnen Zusatzvereinbarungen vorgelegt worden seien, jedoch nicht für dieses Gebäude.

Bürgermeister Henri Haine ist nicht einverstanden und sagt, dass er das genau nachsuchen werde.

Rätin Monique Schelinsky fügt hinzu, dass auch noch einige Probleme mit der Infrastruktur seien.

Schöffe Jimmy Skenderovic erinnert daran, dass sie letztes Mal eine Diskussion hatten, weil im Dokument „contrat“ stand. Rat André Theisen habe dann vorgeschlagen, dass „avenant“ vermerkt werden solle anstatt „nouveau contrat“. Eigentlich sei nur der Titel falsch gewesen.

Rätin Monique Schelinsky verbessert, dass es sich dabei um einen Vertrag für die Sozialwohnungen handelte.

Schöffe Jimmy Skenderovic nimmt dies so an und erwähnt, dass im letzten Gemeinderat doch auch etwas betreffend die Jugendwohnungen vorgelegt worden war.

Rat André Theisen erwidert, dass das nicht der Fall war.

Rätin Monique Schelinsky insistiert, dass sie länger keine Informationen erhalten haben.

Gemeindesekretär Jérôme Winckel unterstreicht, dass in der letzten Gemeinderatssitzung sehr wohl über die Jugendwohnungen gesprochen worden sei.

Rat André Theisen fragt um was es genau ging.

Gemeindesekretär Jérôme Winckel erläutert, dass es sich um einen Mietvertrag für eine Jugendwohnung handelte.

Schöffe Jimmy Skenderovic wiederholt, dass Rat André Theisen daraufhin wies, dass auf dem Vertrag „avenant“ vermerkt sein sollte anstatt „contrat“. Der Titel sei falsch gewesen.

Rat André Theisen erinnert sich und gibt dem Schöffen Recht.

Bürgermeister Henri Haine nimmt noch Stellung zu der Anmerkung betreffend die Sitzbank beim Spektrum. Er meint, wenn man beim Spektrum angekommen ist, habe man doch fast den ganzen Weg geschafft.

Rätin Carole Marx erinnert daran, dass dort eine Sitzbank stand, jedoch sei sie gestohlen worden.

Bürgermeister Henri Haine scherzt, wenn sie dort oben eine Sitzbank aufstellen würden, seien die Leute doch oben angekommen.

**** Unverständlicher Austausch zwischen einigen Ratsmitgliedern.**

Rätin Monique Schelinsky meint, dass es doch noch ein Stück Weg sei.

Bürgermeister Henri Haine versteht, dass sie den Anstieg bis zur cité Kiirchbierg meint.

Rätin Karin Seywert fügt hinzu, dass auf der Seite der Kalköfen keine Bank gesetzt werden könne weil dort bereits Bäume wachsen würden.

Bürgermeister Henri Haine scherzt, dass sie eine Sitzbank direkt bei den Kalköfen aufstellen werden damit die Leute die Öfen anschauen können.

Rat René Bremer offenbart, dass in Richtung Museum eine Sitzbank sei. Pier habe immer dort gesessen.

Bürgermeister Henri Haine bestätigt diese Aussage und meint, dass die Leute nicht dorthin gehen wollen. Außerdem sei noch eine Sitzbank beim Transformator. Er wisse auch nicht wo die zusätzliche Sitzbank aufgestellt werden könnte.

**** Unverständlicher Austausch zwischen einigen Ratsmitgliedern.**

Rat André Theisen legt dar, dass es sich um einige Bewohner des Hochhauses handele.

Bürgermeister Henri Haine wiederholt, dass doch eine Sitzbank vorhanden sei.

Rat André Theisen erklärt, dass diese Bewohner den Anstieg nicht gut bewältigen würden, weil es doch sehr steil sei. Wenn man nicht ausreichend Ausdauer habe, müsse man stehen bleiben.

Bürgermeister Henri Haine fragt erneut wo diese Sitzbank aufgestellt werden solle.

Rat André Theisen antwortet, dass das eine gute Frage sei.

Rätin Karin Seywert meint, dass es zusätzlich ziemlich gefährlich sei dort eine Sitzbank nahe der Straße aufzustellen, denn niemand würde sich an die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30km/h halten.

Rätin Carole Marx betont, dass es dort lebensgefährlich sei.

Rat André Theisen meint, dass der Schöffenrat sich die Situation mal anschauen solle.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass überall wo Platz sei, bereits eine Sitzbank installiert wurde. Unten in der rue de la Bruyère, nahe dem kleinen Hang, sei eine Sitzbank, und oben sei auch eine Sitzbank. Auf halbem Weg sei einfach keinen Platz für eine Sitzbank.

Rat André Theisen merkt an, dass die Sitzbank unten jedoch vor dem Anstieg sei. Er wisse sehr genau wie steil die Straße ist, denn wenn nicht gestreut war, sei er mit seinem Lieferwagen rückwärts gerutscht.

Rätin Jessica Tintinger erinnert sich, dass sie sich als Kind immer einen Sessellift gewünscht hat, weil es nicht einfach war, mit dem Schulranzen auf dem Rücken, bergauf zu gehen.

**** Unverständlicher Austausch zwischen einigen Ratsmitgliedern.**

Schöffe Jimmy Skenderovic möchte noch auf die Bemerkung von Rätin Monique Schelinsky betreffend die Information auf dem Flugblatt der Veranstaltung Bike&Breakfast antworten. Dieses Jahr sei für den Zeitpunkt ein Familienfest im Kulturzentrum hinzugekommen. Auf dem Flugblatt sei tatsächlich vermerkt gewesen, dass die Veranstaltung im Falle von Regen im Kulturzentrum abgehalten werde. Letztes Jahr sei das auch so gewesen. Doch eine Woche vor der Veranstaltung hätten sie zusammengesessen und festgestellt, dass das ohne konkreten Aufteilungsplan nicht umsetzbar sei. Auf Facebook sei dann die Mitteilung veröffentlich worden, dass es doch ins Gemeindegebäude verlegt würde. Es sei zu spät gewesen um neue Flugblätter drucken zu lassen. Dann, ohne zu wissen ob viele Kinder anwesend sein würden, sei die Hüpfburg ein zusätzliches Problem gewesen. Außerdem hätten sie nicht gewusst wie viele Stände es schlussendlich sein würden. Sie würden eine gewisse Anzahl an Anmeldungen erhalten doch dann würde nur die Hälfte antreten. Das sei dieses Mal für die Flohmarktstände der Fall gewesen. Für all das und noch die Familien sei im Kulturzentrum nicht ausreichend Platz gewesen. Die Mitteilung sei nur auf Facebook und der Internetseite publiziert worden. Für die Flyer sei es jedoch zu spät gewesen.

Rätin Monique Schelinsky meint, dass sie auch schon wetterfreundlichere Jahre hatten.

Rätin Carole Marx fügt hinzu, dass bis jetzt meistens gutes Wetter war.

Rätin Monique Schelinsky erläutert, wenn die Veranstaltung eine Woche früher stattgefunden hätte, sei das Wetter gut gewesen.

**** Unverständlicher Austausch zwischen einigen Ratsmitgliedern.**

Rat André Theisen scherzt, dass Schöffe Jimmy Skenderovic also für den Lärm mit verantwortlich war.

Schöffe Jimmy Skenderovic fragt ob er den Lärm vom letzten Sonntag meine.

Rätin Jessica Tintinger antwortet, dass Rat André Theisen vom Lärm am 31. August sprechen würde.

Rätin Karin Seywert deutet an, dass Rätin Monique Schelinsky den Lärm im Kulturzentrum angesprochen hat.

Schöffe Jimmy Skenderovic gibt an, dass er damit nichts zu tun hatte.

Rat André Theisen meint, dass er lediglich gefragt habe.

Schöffe Jimmy Skenderovic erklärt, dass er von letztem Sonntag gesprochen habe, doch vom Lärm im August wisse er nichts.

Schöffe Elvedin Muhovic klärt auf, dass an dem Tage eine Rente gefeiert wurde. Er wolle aber wissen was mit der Aussage zu viel Lärm gemeint war.

Rätin Monique Schelinsky erzählt, dass die Polizei gegen 1 Uhr vor Ort gewesen sei, weil zu viel Lärm war. Mehr könne sie nichts sagen.

Schöffe Elvedin Muhovic meint, dass die Polizei vielleicht doch wegen dem Schanklokal vorstellig wurde.

Bürgermeister Henri Haine scherzt, dass im Kulturzentrum Lärm verursacht wurde und die Polizei sei ins Schanklokal gegangen.

**** Allgemeines Gelächter.**

Bürgermeister Henri Haine erklärt anschließend, dass den Leuten selbstverständlich erklärt würde, dass sie ab einer gewissen Uhrzeit leiser sein sollen. In der Vergangenheit sei auch manchmal Lärm gewesen, wenn eine Hochzeit gefeiert wurde. Das Kulturzentrum würde sich nun einmal direkt in einem Wohngebiet befinden. Eigentlich sei das mit allem hier der Fall, egal wo man sich befindet. Wenn man im Sommer bei offenem Fenster Musik laufen lässt, würde man das auch sofort hören. So oft würde das doch nicht vorkommen.

Schöffe Elvedin Muhovic unterstützt die letzte Aussage des Bürgermeisters und unterstreicht, dass man die Leute auch leben lassen soll.

Rat André Theisen meint, dass die Leute also Lärm machen sollen.

Schöffe Elvedin Muhovic stimmt dieser Aussage schmunzelnd zu.

Bürgermeister Henri Haine schildert, dass der Straßenverkehr im Kulturzentrum ohne Geräuschkulisse sehr gut zu hören sei. Das würde er jedes Mal feststellen, wenn er dort ein Konzert besuche.

Rat André Theisen offenbart, dass das wegen den Fenstern sei. Es seien immer noch dieselben Fenster eingebaut wie zu seiner Schulzeit.

Bürgermeister Henri Haine zeigt sich erstaunt und neckt ob sie damals schon Fenster hatten.

**** Allgemeines Gelächter.**

Rätin Karin Seywert fragt sich das Wort und spricht die Themen Vandalismus und Sicherheit an. Diese Themen würden auch in anderen Gemeinden diskutiert werden, beispielsweise in Differdingen. Leider würden diese Themen zunehmend an Bedeutung gewinnen. Auch in Rümelingen höre man immer häufiger, dass sich viele Menschen nicht mehr sicher fühlen würden und wenn man sich nicht sicher fühlt, würde man sich auch nicht mehr wohl fühlen und das sei nicht gut. Deshalb wolle sie nachfragen, wie der Stand der Dinge beim Polizeireglement sei. In der letzten Sitzung, also vor den Sommerferien im Juli, habe der Bürgermeister erklärt, dass im Zusammenhang mit dem neuen Abfallreglement vieles aufgearbeitet werden müsste. Sie begrüße das und sei froh, dass dies nun umgesetzt werde. Allerdings sei auch erwähnt worden, dass man sich nun hinter das neue Polizeireglement klemme. Diesbezüglich wolle sie nachfragen, ob die Arbeiten bereits im Gange seien und ob das Reglement entsprechend aktualisiert worden sei. Anschließend habe sie noch eine Frage im Zusammenhang mit dem Gesetz über die sogenannten Kaffiszëmmeren, wie sie im Volksmund genannt würden. Dabei handele es sich um das Gesetz vom 20.12.2019 und liest dann den Titel vor: Loi relative aux critères de salubrité, d'hygiène, de sécurité et d'habitabilité des logements et chambres donnés en location ou mis à disposition à des fins d'habitation. Zusätzlich gebe es auch eine Ausführungsverordnung und es würde sie interessieren, ob dieses Gesetz auch in Rümelingen angewandt wird. In anderen Gemeinden, wie beispielsweise Dippach oder Esch/Alzette, informiere das Bürgeramt den technischen Dienst über Gebäude, in denen sechs, acht, zwölf oder mehr Personen angemeldet sind beziehungsweise wo mehrere Briefkästen vor der Tür vorhanden sind, um eine Kontrolle durchzuführen. In solchen Fällen werde der Eigentümer kontaktiert und ein Termin vereinbart. Manchmal würden auch der CGDIS, das Gesundheitsamt sowie die Polizei an den Kontrollen teilnehmen. Diesbezüglich wolle sie wissen, ob das Gesetz auch in Rümelingen angewandt werde. Dann habe sie noch eine Bitte im Namen der CSV zum Punkt 4.3 Fixation et adaptation des loyers der Gemeinderatssitzung vom 11. Juli 2025. Sie bitte um Einsicht in die Akte, da in diesem Zusammenhang viele Gerüchte kursieren und sie darauf angesprochen würden. Es sei nicht alles transparent und sie äußere lediglich den Wunsch nach Akteneinsicht.

Bürgermeister Henri Haine fragt welchen Einblick sie genau haben möchte.

Rätin Karin Seywert erläutert, dass der Gemeinde anhand von Nachweisen andere Informationen vorliegen würden und sie möchte wissen, ob sie das Recht haben, diese einzusehen.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass diese Daten von den Gemeindebeamten angefordert werden und dass die Gehälter sowie Renten privater Personen nicht einfach offengelegt werden können.

Rätin Karin Seywert erwidert, dass der Bürgermeister damals keine konkrete Antwort auf ihre damalige Frage, ob diese Person angestellt oder selbstständig sei, geben konnte.

Es sei nicht gegen eine einzelne Person gerichtet. Sie wollen wissen wie das genau abgelaufen ist, weil noch andere Anfragen von sozialschwachen Menschen für diese Wohnung vorlagen. Sie würden ständig darauf angesprochen, könnten jedoch keine Antwort geben.

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass die Miete auf Basis eines Gehalts, einer Rente oder eines anderen Verdienstes sowie auf Grundlage der Quadratmeteranzahl und der Anzahl der Bewohner berechnet werde, und zwar konform zum Gesetz bzw. zum großherzoglichen Reglement.

Rätin Karin Seywert schlussfolgert, dass sie also keine Einsicht erhalten werden.

Bürgermeister Henri Haine betont, dass er draußen nicht über die Gehälter anderer sprechen würde.

Rat André Theisen und Rätin Karin Seywert meinen gleichzeitig, dass es nicht darum gehe.

Rat André Theisen deutet an, dass der Bürgermeister genau wisse, worum es gehe. Der betroffenen Person sei eine Sozialwohnung zur Verfügung gestellt worden, was viele Fragen aufwerfen würde. Als CSV hätten sie damals gefordert einzeln darüber abzustimmen. Er hätte gern gesehen, wie der Bürgermeister reagiert hätte, wenn er sich in ihrer Situation befunden hätte. Vermutlich hätte er noch fester mit der Faust auf den Tisch geschlagen, als sie es getan haben.

Bürgermeister Henri Haine meint, dass es vermutlich andere Fälle geben würde, in denen er mehr unternommen hätte als sie in diesem. Er verstehe nicht, warum das Thema immer wieder aufgegriffen werde, erkenne jedoch, worauf es hinauslaufe. Bei anderen Personen hätten sie sich diese Frage hingegen nie gestellt.

Rat André Theisen begründet, dass die anderen Personen nicht in derselben Ausgangslage waren. Das sei ein anderer Fall gewesen.

Bürgermeister Henri Haine fragt, um welchen anderen Fall es sich handelt. Er kenne Personen, die Eigentümer einer Wohnung waren, bevor ihnen eine Gemeindewohnung zur Verfügung gestellt worden sei. Zudem hätten diese Personen nicht unbedingt als Sozialfälle gegolten und würden sich anschließend wundern, wenn sie plötzlich eine höhere Miete zahlen müssten. Letztere würden auf Grundlage ihres Gehalts oder ihrer Rente berechnet werden. Darüber hinaus habe es Fälle gegeben, in denen die altersbedingte Mietanpassung, die vor einigen Jahren aus dem Gesetz gestrichen wurde, bereits vor dem vorgesehenen Alter angewendet wurde. Einfach nur weil die Betroffenen der Auffassung waren, das stehe ihnen zu, weil es andernorts ebenfalls so gehandhabt wurde. Darüber sei jedoch nie diskutiert worden, vielmehr hätten sie diese Person während der Sitzung sogar noch verteidigt. Es handele sich dabei um jene Dame, die den Rat ständig ansprechen würde.

Rat André Theisen will wissen welche Dame er meint.

Bürgermeister Henri Haine ergänzt, dass er damit die Dame meine, welche ihn immer wegen der Mieterhöhung ansprechen würde.

Rat André Theisen versteht, dass es sich um eine Bewohnerin der cité Hierzesprong handelt und erwähnt, dass sie den Bürgermeister verrückt machen würde.

Bürgermeister Henri Haine widerspricht, dass das nicht der Fall ist.

Rat André Theisen meint, dass sie jeden verrückt mache.

Rätin Karin Seywert weist daraufhin, dass ihre Fragestellung noch nicht abgeschlossen sei.

Bürgermeister Henri Haine fordert, dass Rat André Theisen ruhig sein soll, während sie ihre Fragen stellt.

Rat André Theisen gibt ihm Recht, jedoch würde es ihm schwer fallen den Mund zu halten.

Rätin Karin Seywert erläutert, dass sie noch einen letzten Punkt habe. Es handele sich um eine positive Aussage im Zusammenhang mit dem Spektrum. In der virtuellen Vorstellung mittels künstlicher Intelligenz erkläre Albert Hames dass er in den Jahren 1942-1943 nach München gegangen war um sich weiterzubilden. Damals habe München als eine Hochburg der Nazis gegolten und einige Personen hätten sich die Frage gestellt ob er etwas mit ihnen zu tun hatte. Es sei eine berechtigte Frage und es sei ihre Aufgabe, als Beteiligte, eine Antwort auf die Frage zu geben. Da diese Frage ihr sehr am Herzen gelegen hat, sowie vermutlich allen anderen auch, hätte sie eigenständig einige Historiker kontaktiert. Einer davon habe sich bereit erklärt, entsprechende Recherchen durchzuführen, vor allem weil der Name Kratzenberg gefallen sei. Ein weiterer Historiker habe andere Verpflichtungen gehabt. Inzwischen habe sie eine Antwort des Historikers Jean Reitz erhalten. Die Antwort sei positiv ausgefallen und sie wolle sie gerne teilen: An den Joeren 1920 an 1930 hunn lëtzebuerger Kënschtler am Ausland studéiert, ëmmer do wou et interessant woar. De Nico Klopp (Weimar), Théo Kerg (Düsseldorf, Paris), Michel Stoffel (Weimar), Jos Sünnen (Düsseldorf), Claus Cito (Düsseldorf, Bréissel), Joseph Kutter (Strossbuerg, Preis). Also den Albert Hames passt an dat Schema (Oberammergau, München). Oberammergau woar e bekannten Zentrum fir Holzschnitzer a München fir zäitgenösseg Konscht. De Kratzenberg woar bekannt als gudden Holzschnëtzer, do hunn och aner Leit hir Formatioun gemaach, zum Beispil den Aloyse Kreins, den duerno bei de Claus Cito an den Atelier komm ass. Dës Formation an de Kontakt zum Kratzenberg huet näischt matt deitscher Gesënnung ze dinn. De Albert Kratzenberg ass ni virum Krich duerch säin Optrieden opgefall. Fir eng genau Informatioun ze kréien, misst een d'Dokument "Epuration de la vie Artistique et Littéraire" vum Albert Hames an den Nationalarchiven ufroen. Ihrer Meinung nach sei das jedoch nicht nötig, weil diese Information positiv ist.

Rätin Carole Marx ergänzt, dass ihnen vom Nationalarchiv in Berlin mitgeteilt wurde, dass Albert Hames nie etwas mit dem Nationalsozialismus zu tun hatte. Sie hätten dies entsprechend nachgefragt und diese Antwort erhalten, so dass diese Angelegenheit für sie geklärt sei. Sie würden weiterhin Nachforschungen betreiben. Die Anfrage sei direkt beim Nationalarchiv gestellt worden, weil von Anfang an klar war, dass sie auch eine Antwort erhalten wollten.

Rätin Karin Seywert unterstreicht, dass es wichtig sei den Leuten eine Antwort zu geben.

Rätin Carole Marx wiederholt, während sie vergeblich versucht das Dokument auf ihrem Laptop zu finden, dass das offiziell von Luca angefragt wurde. Die Antwort sei gewesen, dass ihm nie etwas nachgewiesen werden konnte und dass er nirgends gespeichert war.

Rätin Karin Seywert freut sich über diese Antwort.

Bürgermeister Henri Haine meint, dass diese Frage also beantwortet sei.

Rätin Karin Seywert fragt noch einmal ob die Gemeinde das Gesetz bezüglich der Zimmervermietung anwenden würde.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, dass das Gesetz selbstverständlich angewandt werde. Bei jeder neuen Anfrage werde es entsprechend berücksichtigt. Herr Vael würde sich darum kümmern und alles im Blick behalten. Zudem seien auch schon mehrere Kontrollen durchgeführt worden. Demnächst sei außerdem ein Austausch mit der regionalen Spezialpolizei im Schöffenrat geplant, auch wenn der genaue Termin noch nicht feststehe. Soweit er sich erinnere, seien vor kurzem mehrere Kontrollen erfolgt, unter anderem auch im Café de la Gare.

Rätin Karin Seywert erwähnt noch einmal das Thema Vandalismus, vor allem bei der Toilette beim Haus Gonner.

Bürgermeister Henri Haine meint, dass sie einerseits von Vandalismus und andererseits von Sicherheit sprechen würde. Die Bewohner würden sich unsicher fühlen, doch müsse zunächst geklärt werden, wodurch dieses Unsicherheitsgefühl entstehe. Er wolle dennoch klarstellen, auch wenn das Polizeireglement eine wichtige Rolle spiele, könne es die Polizei in Fällen von Aggressionen, Einbrüchen usw. jedoch nicht ersetzen. Deshalb stehe man, genau wie Kayl und andere Ortschaften, in ständigem Kontakt mit der regionalen Polizeidirektion und um sich einmal jährlich zu treffen um sich ein Gesamtbild der aktuellen Lage zu machen. Abschließend fragt er die Rätin, worin sie die Ursache des Unsicherheitsgefühls sehe und was ihr von den Bürgern berichtet werde.

Rätin Karin Seywert erwähnt, dass der nahegelegene Park nachts nicht sicher sei. Sie könne dies bestätigen, da sie selbst nicht weit davon entfernt wohne. Dennoch könne man den Menschen nicht raten, den Park zu meiden. Sie würden sich dort einfach nicht mehr sicher fühlen, sie selbst ebenfalls nicht. Dies gelte vor allem nachts während der Sommerzeit. Bei Regen sei die Situation weniger problematisch. Weitere unsichere Orte seien der Bereich hinter dem Kulturzentrum sowie die enge Passage bei der Treppe in der rue de la Fontaine, wo auch Personen herumlungern würden. Der Bürgermeister könne zwar argumentieren, dass dies auch in anderen Gemeinden der Fall sei, doch genau das trage zum Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung bei. In Rümelingen sei eine Person, die für den Muttertag bei Manuel einkaufen wollte, am helllichten Tag, also am Nachmittag überfallen worden. Auch solche Vorfälle seien überall zu beobachten, die Zeitungen seien voll davon. Das Unsicherheitsgefühl wachse allgemein, auch hier in Rümelingen.

Schöffe Elvedin Muhovic meint, dass es doch ein nationales Problem sein.

Rätin Karin Seywert ist nicht ganz einverstanden denn die Gemeinde Differdingen würde versuchen dem entgegen zu wirken. Es sei ein nationales Problem, dennoch müssten die Gemeinde auch nach sich selbst schauen und versuchen Lösungen zu finden.

Schöffe Elvedin Muhovic bittet die Rätin, sich vorzustellen, wie es in Rümelingen sei, wenn überall Kameras aufgestellt würden.

Rätin Karin Seywert erwidert, dass sie dies nicht geäußert habe. Sie stelle lediglich eine Frage im Zusammenhang mit dem was ihr von Bürgern berichtet werde. Sie sei zudem der Meinung, dass sie nicht die Einzige sei, der dies zugetragen werde.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass die Maßnahmen in Differdingen auf nationaler Ebene entschieden worden seien. Diese lokale Polizeieinheit würde nicht in kleinen Ortschaften eingesetzt werden. Es handele sich derzeit lediglich um ein Pilotprojekt, das bestimmt weitergeführt werde, sodass es möglicherweise auch in Rümelingen umgesetzt werden könnte. Es sei selbstverständlich, dass sie in ständigem Kontakt mit der örtlichen Polizeidienststelle sind. Die Rätin spreche von der lokalen Polizei in Differdingen, doch er bezweifle, dass dadurch tatsächlich weniger Vorfälle passieren oder dass die Polizei überall von morgens bis abends präsent sein wird. Wenn solche Vergleiche aufgrund eines Unsicherheitsgefühls gezogen würden, müsse man auch behaupten können, dass in Rümelingen dasselbe Ausmaß herrsche wie in Differdingen. Nur weil einige Jugendliche irgendwo unter einem Dach stehen, bedeute das nicht, dass sie andere belästigen. Sie hätten immer noch das Recht irgendwo herum zu stehen.

Rätin Karin Seywert erwidert, dass doch bereits Leute am helllichten Tage belästigt wurden, also sei das nichts was man noch nicht gesehen habe.

Bürgermeister Henri Haine findet, dass die Diskussion so geführt würde, als würde hier jeden Tag jemand überfallen werden.

Rätin Karin Seywert antwortet, dass sie das nicht behauptet habe.

Bürgermeister Henri Haine stellt erneut den Vergleich von Rümelingen mit anderen Gemeinden, vor allem Differdingen, in Frage. Außerdem seien diese Maßnahmen auf Ebene der Polizei entschieden worden und nicht der Gemeinde.

Rätin Karin Seywert meint, dass gerade deswegen hiesiges Polizeireglement von 1938 aufgearbeitet werden müsste.

Bürgermeister Henri Haine fragt die Rätin warum sie sich unsicher fühlen würde und ob sie ihre Umstände schildern könnte.

Rätin Karin Seywert gibt zu, dass sie sich als Frau nicht besonders sicher fühlen würde, wenn sie abends an einer besoffenen, aggressiven oder herumschreienden Gruppe vorbeigehen müsse. Anschließend fragt sie den Bürgermeister ob er auch bereits dort vorbeigegangen sei.

Bürgermeister Henri Haine bejaht die Frage.

Rat André Theisen meint, dass in Rümelingen doch sehr viele alte Menschen wohnen. Es gäbe nicht viele jungen Menschen, weil es keine Baulücken gibt. Deswegen sei der größte Teil der Bevölkerung in einem gewissen Alter. Auf der anderen Seite würde er Frau Seywert Recht betreffend das Unsicherheitsgefühl Recht geben. Doch dieses Gefühl habe man inzwischen überall. Wenn er nach Esch/Alzette geht, sei er auch nicht sorglos. Esch sei aber nicht Rümelingen und wenn es so akut sei, dann müssten sie als Rümelinger nach sich schauen, denn sie hätten nichts mit Differdingen oder mit Esch zu tun. Wenn die älteren Bürger sich nicht sicher fühlen, dann müsste die Gemeinde etwas unternehmen. Das sei seiner Meinung nach der richtige Weg oder zumindest solle eine Studie in Auftrag gegeben, beziehungsweise die Köpfe zusammen gesteckt werden um diesen Menschen zu helfen. Man solle sich ein Bewohner der Cité Hierzesprong vorstellen welcher ins Dorf gehen möchte. Er begrüße zwar, dass dort ein Weg angelegt wurde, damit niemand in die Löcher fallen könne, doch dieser Weg sei für eine ältere Person doch nicht sehr sicher. Er würde es nicht machen.

Bürgermeister Henri Haine fragt was sein Vorschlag sei.

Rat André Theisen antwortet, dass er keinen Vorschlag gemacht, sondern nur gesagt habe, dass sie die Köpfe zusammenstecken sollten. Es solle nicht behauptet werden, dass es in Rümelingen keine Zwischenfälle geben würde. Man solle sich mit der Polizei zusammensetzen um zu versuchen die Situation zu verbessern.

Rätin Karin Seywert sei auf einer Veranstaltung von einer Person angesprochen worden. Diese habe vorgeschlagen eine Bürgerversammlung zu organisieren wo jeder mit reden könnte um Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Diese Überlegung sei nicht so falsch.

Bürgermeister Henri Haine wiederholt, dass all die zukünftigen Initiativen auf nationaler Ebene getroffen werden. Sie würden nicht entscheiden welche Polizei sie vor Ort haben werden und wie groß die Besatzung sein wird. Nur der Bau einer neuen Polizeidienststelle sei zusammen mit den Kayler Kollegen entschieden worden. Ab dann werde das Kommissariat nicht mehr in Rümelingen sein, sondern auf der Schlackenhalde zwischen Tetingen und Rümelingen. Doch all diese Entscheidungen würden nicht auf Ebene der Gemeinde genommen. Sie seien sehr wohl mit der hiesigen Polizei sowie der Regionaldirektion der Polizei in Kontakt um über die lokalen Probleme zu diskutieren, jedoch würde die Gemeinde keine Polizisten einstellen.

Rätin Karin Seywert erinnert, als damals in der cité Hierzesprong öfters eingebrochen wurde, die Nachbarn aufeinander aufgepasst haben. Man könne doch Sensibilisierungsarbeit leisten.

Rat André Theisen erwähnt, dass die Polizei Sensibilisierungskampagnen abhalten würde um den Leuten zu erklären wie sie sich verhalten sollen. Seiner Meinung nach sei es wichtig so etwas anzugehen.

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass das bereits im Penning organisiert wurde. Damals seien 15 ältere Personen anwesend gewesen. Des Weiteren würden auch solche Informationsrunden im Clubhaus An de Sauerwiesen angeboten. All das seien doch solche Initiativen. Doch mit der Information, dass eine Person sich auf dem Weg vom Hierzesprong bis ins Dorf unsicher fühlt, könne er nicht wirklich etwas anfangen.

Schöffe Jimmy Skenderovic erläutert, dass der Schöffenrat vor ungefähr einem Jahr in Kayl mit der Regionaldirektion zusammengekommen sei. Warum die Versammlung in Kayl stattgefunden hat, wisse er nicht. Es sei über Sicherheit geredet worden und ihnen seien Statistiken und Zahlen vorgestellt worden, welche viel besser ausfielen als gedacht. Außerdem war es zu einem Austausch über verschiedene Themen gekommen, darunter Vandalismus und stärkere Polizeipräsenz. Laut Aussagen des Regionaldirektors des Südens gäbe es jedoch mehr Probleme in anderen Ortschaften als in Rümelingen. Es sei auch die Aufgabe der Polizei und nicht der Gemeinde, mit Hilfe von bestimmten Faktoren, Vergleiche zu ziehen. Im Vergleich zu anderen Gemeinden habe Rümelingen gut abgeschnitten. Wenn er sich Recht erinnere sei die Zahl der Meldungen in Grenzgemeinden sowieso etwas höher, weil alles was in Frankreich passiert auf der ersten luxemburgischen Dienststelle gemeldet werden muss. Das sei eine Regel und deswegen sei die Zahl der Meldungen für Rümelingen und Esch, also Grenzgemeinden, höher. Das bedeute, dass die eigentliche Zahl der Meldungen theoretisch noch kleiner ist, weil alles was in Frankreich passiert, hier gemeldet werden muss. Es sei jedoch schwer auf Basis eines Gefühls zu reagieren. Er habe während des „Bike & Breakfast“ mit rund 30 Leuten geredet, doch niemand habe ihn auf dieses Thema angesprochen. Er sei auch nicht auf den Park angesprochen worden. Er würde regelmäßig durch den Park gehen und hätte noch nie jemanden begegnet.

Rätin Karin Seywert fragt zu welcher Uhrzeit der Schöffe durch den Park gehen würde.

Bürgermeister Henri Haine unterbricht, dass das Thema abgehakt werden soll. Vorhin habe auch jemand die Nachtbeleuchtung angesprochen, doch er wolle darauf hinweisen, dass es Ortschaften gibt, wo nachts um 1 Uhr alles ausgeschaltet wird und es stockfinster ist. Dies sei z.B in Bettemburg der Fall. Man könne alles in Frage stellen. Dann würde wieder eine Initiative in die Wege geleitet um Energie zu sparen, so dass einige Gemeinden die Beleuchtung ganz ausschalten. Doch in Rümelingen würde das dann nicht ausreichen und es müsse noch mehr unternommen werden. Wie bereits erwähnt seien sie in Kontakt mit der Polizei. Demnächst sei auch eine Unterredung mit der Spezialpolizei wegen der Zimmervermietung. Nächstes Jahr würden sie erneut Statistiken erhalten und zu dem Zeitpunkt könnten sie dann diese Probleme mit der lokalen Dienststelle sowie der Regionaldirektion besprechen. Vielleicht werde diese Versammlung in Kayl stattfinden. Auch in während der vorherigen Zusammenkunft, seien bereits all diese Diskussionen geführt worden. Die Problematik in der rue du Parc sei auch thematisiert worden, weil sich dort auch viele Menschen aufhalten. Es seien auch schon mehrere Kontrollen durchgeführt worden. Es würden also etwas unternommen werden, doch es sei auch klar, dass keine Gemeinde Polizisten einstellt. Seiner Meinung nach seien alle ihre Fragen beantwortet. Wenn keine weiteren Fragen seien, würde er sich bedanken und zur geheimen Sitzung übergehen.

In geheimer Sitzung:

PUNKT 10 DER TAGESORDNUNG Gemeindepersonal:

10.1. Genehmigung von zwei definitiven Ernennungen
10.2. Genehmigung zur Schaffung eines Postens
10.3. Genehmigung verschiedener Entschädigungen

Séance du conseil communal du jeudi, 25 septembre 2025

Début de la séance: 09.00 heures
Fin de la séance: 12.00 heures

Présents:
Henri HAINE (LSAP), bourgmestre
Elvedin MUHOVIC (LSAP), Jimmy SKENDEROVIC (LSAP), échevins ;
André THEISEN (CSV) Carole MARX (LSAP), Monique SCHELINSKY (CSV), René BREMER (LSAP), Jessica TINTINGER (LSAP), Karin SEYWERT (CSV), conseillers.

Absent: Edmond PEIFFER (KPL), Patrick WAGNER (DP)

Secrétaire communal: Jérôme WINCKEL

Urne: Jessica TINTINGER

En séance publique:

À 9h00, **le bourgmestre Henri Haine** salue les conseillers communaux, le public ainsi que le garde forestier Daniel Sannipoli, qui présentera le plan de gestion de la forêt. Il excuse les conseillers communaux Edmond PEIFFER et Patrick WAGNER et informe également que le conseiller André THEISEN rejoindra la séance un peu plus tard.

**** Le rapport du secrétaire de la séance du vendredi, 11 juillet 2025, est approuvé unanimement.**

Ensuite le bourgmestre propose de commencer avec le 2ième point de l'ordre du jour.

POINT 2 DE L'ORDRE DU JOUR
Environnement:

2.1. Plan de gestion de la forêt – exercice 2026

Le garde forestier Daniel Sannipoli donne quelques informations au sujet des prestations fournies par l'Administration de la nature et des forêts (ANF). Ensuite il présente le budget pour l'année 2026 lequel s'élève à un montant total de 102 000 euros. Toutefois il explique de soustraire le subside étatique de 20 000 euros suite au débardage à cheval ainsi que le loyer de 1 500 euros provenant de la location des lots de chasse, donc en total 21 500 euros en recettes.

Forêt soumise au régime forestier d'une contenance de 150 ha

Le plan de gestion annuel vaut notification suivant l'article 8 (1) de la loi du 23 août 2023 sur les forêts.

Le propriétaire donne par la présente son accord de vendre une partie du bois d'industrie par contrat d'approvisionnement.

	Investissements (EUR)			Revenus (EUR)		
	Salaires	Factures	Total	Subsides	Recettes	Total
Gestion durable des forêts	8 000,00	33 000,00	41 000,00	20 000,00		20 000,00
Protection de la nature	2 500,00	1 000,00	3 500,00			
Sensibilisation	10 500,00	13 500,00	24 000,00			
Ressources cynégétiques	500,00		500,00		1 500,00	1 500,00
Surveillance et Police						
Logistique et personnel	20 000,00	13 000,00	33 000,00			
Grand total :	**41 500,00**	**60 500,00**	**102 000,00**	**20 000,00**	**1 500,00**	**21 500,00**

Synthèse des récoltes de bois	Vol sur écorce en m³ Grume	Trituration	Total
Hêtres		150,00	150,00
Autres feuil.		150,00	150,00
-		150,00	150,00
	0,00	**450,00**	**450,00**

A 80000 euros s'élève donc l'investissement net pour l'entretien de 150 hectares de forêt communal. En divisant ce montant par le nombre d'habitants, plus ou moins 5.750, cela correspondra à environ 14 euros par habitant par an. Considérant la belle nature tout autour, cet investissement serait judicieux.

*** Le conseiller André Theisen rejoint la séance pendant la présentation du forestier.**

**** Le plan de la gestion de la forêt est approuvé unanimement.**

POINT 1 DE L'ORDRE DU JOUR
Informations :

1.1. Informations du collège des bourgmestre et échevins

Le bourgmestre Henri Haine rappelle que quelques travaux resteraient à faire après l'inauguration de la Maison Relais, notamment l'installation d'un abri à vélos et la construction d'une aire de jeux, selon les conditions météorologiques. Un bassin de rétention devrait également être réalisé, conformément aux exigences de l'administration de l'eau. Dans la cité Hierzesprong, les travaux avanceraient, mais les délais resteraient incertains à cause de la météo. La nouvelle couche serait prévue pour novembre, sinon reportée au début de l'année prochaine. La première phase, notamment la mise en place des bordures des trottoirs, serait toutefois terminée. Il serait aussi envisagé de sécuriser le passage piéton près de l'aire de jeux dans la rue Henri Lück en le surélevant et en installant des ralentisseurs. Le terrain de football synthétique devrait prochainement être réceptionné, permettant de finaliser les comptes. Enfin, le projet des nouvelles poubelles progresserait. Les premiers récipients auraient été livrés et la distribution, en priorité des poubelles grises, se ferait dans les semaines à venir. Les nouvelles taxes sur les déchets entreraient en vigueur au 1er janvier. Ensuite il donne la parole à l'échevin Jimmy Skenderovic pour plus amples informations.

L'échevin Jimmy Skenderovic explique que, depuis la dernière séance en juin, le travail porterait surtout sur les formulaires. Beaucoup auraient été traités, mais de nombreuses réponses manqueraient encore. Les données reçues devraient encore être encodées. Une fois ce travail terminé, les ménages manquants seraient identifiés et relancés. Concernant les déchets, les premières nouvelles poubelles auraient déjà été livrées et le système de taxes serait en cours d'encodage avec l'aide du SIGI. La distribution commencerait par les poubelles grises, suivie de celles pour le papier et le verre, de manière progressive afin d'éviter une distribution massive en janvier.

POINT 3 DE L'ORDRE DU JOUR
Éducation et Enseignement :

3.1. Approbation de l'organisation scolaire définitive pour l'année scolaire 2025/2026

L'échevin Elvedin Muhovic remercie le bourgmestre pour la parole et présente le document sur l'organisation scolaire en soulignant les principaux points.

Bâtiment	Nombre de classes	Cycle
Bâtiment Précoce	2	cycle 1 précoce
Bâtiment Préscolaire « Sauerwiss »	9	cycle 1.1 et 1.2
Centre Scolaire « Sauerwiss »	5 5 5 4 4 5	cycle 2.1 cycle 2.2 cycle 3.1 cycle 3.2 cycle 4.1 cycle 4.2

Au précoce, 40 enfants seraient inscrits et 6 resteraient sur liste d'attente après deux désistements. Une éventuelle troisième classe serait envisagée selon l'évolution des besoins. Il indique la participation de 144 enfants aux cours de natation et annonce un changement au sujet du transport des écoliers vers la piscine. Concernant le Pedibus, il compte 27 enfants et 3 accompagnatrices, engagées pour deux ans, sans contrat à durée indéterminée, car le service ne serait pas encore suffisamment utilisé. L'année dernière, le jardin scolaire aurait été visité par 12 classes ainsi que de groupes de la SEA et de la maison des jeunes. En matière d'informatique, la commune disposerait de 135 ordinateurs et 163 iPads, dont 70 nouveaux répartis dans les cycles. Les classes de vacances seraient maintenues avec un budget de 50 000 euros, car à Rumelange, beaucoup de familles n'auraient pas les moyens financiers pour un tel séjour. Au sujet du PEP, il remercie M. Rohmann du SEA, Mme Falkenstein ainsi que toute l'équipe de l'ESEB. Il souligne une collaboration de plus en plus étroite entre les services, permettant le développement de projets communs. Parmi ceux-ci figure le jardin scolaire, utilisé par l'école, l'ESEB, le SEA et la maison des jeunes. Il mentionne également le projet Lü, dans lequel des classes travaillent à la maison relais avec du personnel éducatif. Le local de psychomotricité serait désormais utilisé par l'ESEB trois après-midis par semaine, et un éducateur de la SEA accompagnerait les élèves à besoins spécifiques à la piscine, permettant à l'ESEB de se concentrer sur d'autres élèves.

**** Approuvé unanimement.**

3.2. Approbation d'un contrat pour le transport écoliers

Le bourgmestre Henri Haine explique que la commune aurait toujours travaillé avec le même prestataire. Après consultation d'une nouvelle offre, il aurait été constaté que l'ancien prestataire facturait les trajets aller-retour vers la piscine de Schifflange à un prix relativement élevé. La nouvelle offre s'élèverait à 150 euros par trajet, contre 575 euros auparavant. De ce fait il proposerait au conseil communal d'approuver cette nouvelle offre à 150 euros par trajet.

Le conseiller André Theisen félicite le bourgmestre pour la collaboration avec l'entreprise locale Siedler-Thill. Il rappelle que, dans leur brochure électorale ainsi que celle du collège des bourgmestre et échevins, il serait indiqué que la commune soutiendrait les entreprises locales.

**** Approuvé unanimement.**

POINT 4 DE L'ORDRE DU JOUR
Mobilité :

4.1. Approbation d'une convention au sujet de l'organisation du syndicat intercommunal TICE

Le bourgmestre Henri Haine présente en détail la convention du TICE et confirme que les éléments discutés lors des séances du conseil communal précédentes se retrouvent bien dans le texte final. Il rappelle qu'il s'agit de l'aboutissement de plus d'un an de négociations entre les communes et l'État. Le financement sera désormais encadré, notamment 750 millions d'euros pour l'État et 150 millions d'euros maximum pour les communes sur 10 ans, soit environ 15 millions par an. Le premier projet de l'État avait été rejeté car il aurait été trop coûteux pour les communes membres. Un point central sera la création d'un syndicat mixte État-communes, qui reprendra le TICE. Le personnel, notamment tous les chauffeurs, employés et ouvriers, conservera son statut actuel, sans perte de droits. La convention servira de cadre transitoire jusqu'à fin 2027, le temps de créer les nouvelles bases légales et d'adopter les nouveaux statuts. Ensuite, dans le cadre du plan de mobilité 2035, une réorganisation complète des transports publics ainsi qu'une meilleure intégration entre bus et rail seraient prévues. Certaines lignes du TICE seront modifiées dans leur itinéraire, comme par exemple la ligne 5, dont le terminus sera situé dans la ZARE. D'autres lignes seront reprises par le RGTR, comme la ligne 11 (Belval–Bettembourg) ainsi que la ligne 17 (Mondercange). Par ailleurs, le TICE ne gérera plus certains services, notamment les bus de nuit, qui ne sont plus exploités depuis juillet de cette année. Le transport scolaire sera également repris par le RGTR à partir de l'année prochaine. Enfin, le City-Bus devra être assuré par les communes intéressées et ne serait plus subventionné par l'État. Il précise qu'actuellement le TICE compte 140 bus et 504 employés, dont 354 chauffeurs. Avec la réduction des services, moins de personnel et de véhicules seraient nécessaires pour garantir les lignes. Concernant les critiques sur la suppression des bus de nuit, il rappelle qu'elle repose sur des chiffres : en 2023, la fréquentation moyenne aurait été d'environ 5 passagers par trajet, avec de nombreuses courses sans voyageurs.

Malgré certains jours de forte affluence, l'ensemble du service avait été jugé inefficace par rapport aux coûts. Il souligne que la gouvernance du futur syndicat sera paritaire entre État et communes et il rappelle que les décisions passées avaient déjà été prises en concertation avec l'État, contrairement à l'idée d'une privatisation ou d'une perte totale de contrôle communal. Enfin, il souligne que le TICE restera un service public, le personnel sera entièrement maintenu et que les investissements visent à moderniser le réseau et améliorer les infrastructures existantes. Il conclut en remerciant le personnel du TICE et appelle le conseil communal à approuver la convention afin de permettre la poursuite du processus avant l'échéance de 2027.

LE GOUVERNEMENT DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de la Mobilité et des Travaux publics

LE GOUVERNEMENT DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère des Affaires intérieures

LE GOUVERNEMENT DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère des Finances

TICE

DIDDELENG VILLE DE DUDELANGE
KÄLTEITENG
STADT RÉMELENG
GEMENG SCHËFFLENG
ESCH
GEMENG SUESSEM
Ville de Differdange
pétange MOTIVATION COMMUNE
Gemeng Käerjeng

La conseillère Jessica Tintinger remercie le bourgmestre pour le résumé et elle souhaite plus de calme pour le TICE. Elle explique que de nombreuses rumeurs et incertitudes auraient circulé récemment mais cette convention permettra de rassurer les employés et écartera des craintes d'une privatisation. Le personnel gardera son statut et le TICE conservera son nom. Malgré les inquiétudes liées aux changements, il s'agira toutefois d'améliorations des conditions de travail. Elle espère que les investissements permettront d'aller dans la bonne direction et remercie le bourgmestre pour son engagement.

Le conseiller André Theisen soutient les propos de la conseillère et souligne que de nombreux articles de presse auraient alimenté les incertitudes. Même les usagers du TICE ne sauraient plus à quoi s'en tenir et cette situation d'instabilité aurait également inquiété le personnel. Selon lui, l'évolution aurait fait que les communes membres ne peuvent plus assumer les coûts et que la création du syndicat mixte représente donc une bonne solution pour garantir l'avenir du TICE.

**** Approuvé unanimement.**

POINT 5 DE L'ORDRE DU JOUR
Contrats et conventions :

5.1. Approbation d'un contrat d'entretien – extension maison relais

Le bourgmestre Henri Haine explique que le point suivant concerne le contrat de maintenance de l'ascenseur dans le cadre de l'extension de la Maison Relais.

**** Approuvé unanimement.**

POINT 6 DE L'ORDRE DU JOUR
Bâtiments communaux :

6.1. Approbation d'une nouvelle chaudière – bâtiment précoce
6.2. Approbation d'un nouveau système d'alarme – bâtiment préscolaire

** Les deux points sont approuvés unanimement.

POINT 7 DE L'ORDRE DU JOUR
Finances communales :

7.1. Approbation d'un crédit supplémentaire – extension SEA Roude Fiels

Le bourgmestre Henri Haine précise que dans son discours budgétaire, il avait déjà donné plusieurs explications et, le 13.12.2024, la majeure partie des coûts avait déjà été ajustée, pour un montant d'environ 3,2 millions d'euros. Comme les travaux se terminent progressivement, des décomptes plus précis pourraient être établis, principalement en raison des ajustements de prix. De ce fait il demande au conseil communal d'approuver un crédit supplémentaire d'environ 760 000 euros. Jusqu'à présent, un budget de 11,82 millions d'euros avait été prévu. Avec ce crédit supplémentaire les dépenses totales s'élèveraient à environ 12,5 millions d'euros. Il justifie cette augmentation par plusieurs facteurs : la crise du COVID-19, la hausse des prix (énergie, matériaux, etc), des travaux imprévus comme la dépollution du sol, ainsi que des adaptations techniques et légales. Il souligne que certains coûts supplémentaires auraient été impossibles à prévoir au départ.

Le conseiller André Theisen accepte le crédit, mais critique l'augmentation importante de 4 millions d'euros par rapport au budget initial. Il remet en question les forages au sol coûteux, estimant qu'ils auraient pu être anticipés suite à l'étude de sol préliminaire.

Le bourgmestre Henri Haine répond que l'ampleur réelle des problèmes n'auraient pas été connue et rappelle que de nombreuses contraintes, retards et hausses de prix ont impacté le projet. Il explique qu'il a tenté d'obtenir le subside de 15 000 euros par chaise, au lieu des 10 000 euros initialement prévus. Toutefois, cette aide supplémentaire serait réservée aux nouveaux projets, selon la réponse du ministre.
Il précise que la subvention de l'État s'élève finalement à 2,2 millions d'euros et si le montant de 15 000 euros par chaise aurait été accordé, la commune aurait bénéficié d'environ un million d'euros supplémentaire.

** Approuvé unanimement.

POINT 8 DE L'ORDRE DU JOUR
Commissions consultatives :

8.1. Démission et nomination d'un nouveau membre de la commission des sports

Le bourgmestre Henri Haine introduit le point suivant, concernant la démission de Mme Marx de son poste de présidente et membre de la commission des sports. Il la remercie pour ses nombreuses années d'engagement au sein de cette commission. Il indique ensuite qu'un nouveau membre doit être désigné pour remplacer Mme Marx. Dans ce contexte, M. Kevin Fischer de Rumelange a présenté sa candidature.

Le conseiller André Theisen explique qu'il était aussi membre de la commission des sports pendant de nombreuses années et souhaite adresser de vives félicitations à Mme Marx pour le travail accompli. Cependant, il ne comprend pas pourquoi une candidature individuelle aurait été introduite. Selon ses souvenirs, sauf modification récente du règlement, un nouveau membre devrait être proposé par le parti concerné.

Le bourgmestre Henri Haine explique que le candidat est proposé par la LSAP et insiste sur le fait que le candidat n'a pas nécessairement besoin d'être membre d'un parti politique. Ensuite il rappelle que des situations similaires ont déjà été acceptées par le passé.

Le conseiller André Theisen continue à contester la procédure, estimant que la nomination doit être clairement proposée par le parti et que la démarche actuelle manque de cohérence par rapport aux pratiques précédentes.

Plusieurs conseillers du parti LSAP interviennent pour rappeler que des cas similaires ont déjà eu lieu, parfois sans dossier formel complet lors de la présentation en séance.

Le bourgmestre Henri Haine maintient sa position, soulignant que le conseil vote uniquement sur la personne proposée et non sur son appartenance politique, et qu'il s'agit d'une pratique déjà utilisée.

Avant le vote, **la conseillère Carole Marx** prend la parole pour revenir sur son parcours au sein de la commission des sports. Elle rappelle avoir découvert la commission des sports et de la culture la première fois en 1982 quand elle avait gagné la Coupe de Luxembourg avec les fillettes. En 2000 elle est devenue membre de la commission et depuis 2005 elle a occupé le poste de la présidente. Ensuite elle souligne que, durant toutes ces années, la commission aurait toujours travaillé dans un esprit non politique, au service des clubs sportifs et des citoyens de Rumelange. Elle insiste sur la bonne collaboration entre les membres fidèles, les employés communaux ainsi que les associations sportives et remercie toutes ces personnes. Elle mentionne la création récente de la « Nuit du Sport », qui connaît déjà plusieurs éditions, et conclut en remerciant le bourgmestre Henri Haine et ses échevins pour la bonne collaboration tout au long de sa présidence.

Le conseiller André Theisen rappelle que Will Hoffmann était bourgmestre durant les premières années.

La conseillère Carole Marx rectifie en précisant que Will Hoffmann a été bourgmestre durant les cinq premières années. Ensuite elle souhaite bonne chance à son successeur, M. Kevin Fischer, en espérant qu'il soit un membre assidu et prêt à s'investir activement. Après vingt ans, elle considère désormais son parcours au sein de la commission des sports comme terminé.

La conseillère Monique Schelinsky souhaite également bonne chance au successeur de la conseillère, qui aurait accompli beaucoup de choses. Par la suite elle espère que la commission de la culture continuera de collaborer avec la commission des sports au sujet du nouveau règlement des subsides, qui reste toujours en suspens.

L'échevin Elvedin Muhovic prend position à ce sujet et explique s'être entretenu avec des bourgmestres d'autres communes. Chaque commune étant différente, toutefois il aurait retenu quelques critères et indique qu'une proposition pourrait normalement être présentée au conseil communal d'ici la fin de l'année.

**** La démission ainsi que la nomination sont approuvées unanimement.**

POINT 9 DE L'ORDRE DU JOUR
Questions au collège échevinal :

Diverses questions, critiques, remarques ou suggestions ont été adressées au collège des bourgmestre et échevins de la part de :

Le conseiller André Theisen :
- au sujet de l'état vétuste de l'aire de jeux près de l'ancienne gare au quartier Fenderie ;
- au sujet de la rénovation de l'ancien bâtiment de la gare au quartier Fenderie afin de le rendre habitable ;
- au sujet de l'autorisation de bâtir sur la dernière parcelle se trouvant dans la zone artisanale au Laangegronn ;
- au sujet de la toilette endommagée près de la maison Gonner ;
- au sujet du périmètre de sécurité autour de l'ancien centre culturel ;
- au sujet de la dénomination de l'impasse de la rue de la Fontaine en l'honneu de M. Henri Winckel ;

La conseillère Carole Marx :
- au sujet du non-respect répété de la tranquillité nocturne par l'exploitateur et les clients du café du coin à Rumelange ;
- au sujet de l'événement "Bike & Breakfast", afin de remercier les membres et la commune pour leur flexibilité et leur engagement malgré de fortes pluie ;

La conseillère Monique Schelinsky :
- au sujet du flyer pour l'événement « Bike&Breakfast » ;
- au sujet de la forte pente de la rue de la Bruyère pour les personnes âgées et la mise en place d'un banc sur la moitié du chemin ;
- au sujet du non-respect de la tranquillité nocturne lors d'une festivité privée au centre culturel le 31 août 2025 et les consignes d'utilisation ;
- au sujet des contrats de bail à durée déterminée et ses avenants pour les logements pour jeunes ;

La conseillère Karin Seywert :
- au sujet de vandalisme et du sentiment d'insécurité des citoyens rumelangeois ainsi que du nouveau règlement de police communal ;
- au sujet des chambres meublées et l'application de la loi y relative au niveau communal ;
- au sujet du point 4.3 « fixation et adaptation des loyers » de la séance du 11 juillet 2025, notamment la consultation d'un dossier particulier en raison de nombreuses rumeurs et d'un manque de transparence ;
- au sujet d'une réponse à une question importante concernant la personne de M. Albert Hames, notamment sur d'éventuels contacts avec les nazis lors de son perfectionnement à Munich ;

<u>En séance à huis clos:</u>

POINT 10 DE L'ORDRE DU JOUR
Personnel communal :

10.1. Approbation de deux nominations définitives
10.2. Approbation d'une création de postes
10.3. Approbation de différentes indemnités

Gemäß Artikel 13 des abgeänderten Gemeindegesetzes vom 13. Dezember 1988, lädt der Schöffenrat die Gemeinderatsmitglieder dazu ein, sich am Freitag, den 14. November 2025 um 09:00 Uhr im Sitzungssaal des Stadthauses einzufinden, um über nachfolgende Punkte zu befinden:

TAGESORDNUNG
In öffentlicher Sitzung:

1. Qualitätsnachweis im Hinblick auf die Erlangung des Labels QRS:
   1.1. Vorstellung und Genehmigung eines Beratungsvertrages

2. Informationen und Korrespondenz:
   2.1. Informationen des Schöffenrates
   2.2. SYVICOL – Bericht des Komitees

3. Kommunale Projekte:
   3.1. Genehmigung des endgültigen Projekts betreffend die Kreuzung rue de la Croix, Grand-Rue und rue du Cimetière

4. Kommunale Verordnungen:
   4.1. Anpassung der kommunalen Abfallentsorgungsverordnung

5. Städtebau:
   5.1. Genehmigung einer notariellen Urkunde eines Grundstückes – rue du Cimetière

6. Wohnungswesen:
   6.1. Genehmigung mehrerer Nachträge zu Mietverträgen für Jugendwohnungen
   6.2. Genehmigung mehrerer Nachträge zu Mietverträgen

7. Resolutionen:
   7.1. Resolution über politische Gerechtigkeit, demokratische Grundsätze und die Verantwortung der Mitglieder des Gemeinderats, eingebracht von der LSAP-Fraktion
   7.2. Resolution betreffend den Ausstieg aus der Kernenergie und die Entwicklung erneuerbarer Energien

8. Fragen an den Schöffenrat

9. Beratende Kommissionen
   9.1. Rücktritt und Ernennung von Mitgliedern in zwei beratenden Kommissionen

In geheimer Sitzung:

10. Gemeindepersonal:
   10.1. Definitive Ernennung eines Gemeindebeamten
   10.2. Genehmigung der Schaffung eines Postens
   10.3. Genehmigung verschiedener Entschädigungen

Rümelingen, der 7. November 2025
Der Schöffenrat,

Der Präsident, der Gemeindesekretär,
Henri HAINE Jérôme WINCKEL

Conformément à l'article 13 de la loi communale modifiée du 13 décembre 1988, le collège des bourgmestre et échevins invite les conseillers communaux de se réunir dans la salle du conseil communal de l'Hôtel de Ville, vendredi, le 14 novembre 2025 à 09.00 heures, afin de délibérer sur les points suivants :

ORDRE DU JOUR
En séance publique

1. Certificat de démarche qualité en vue de l'obtention du Label QRS :
   1.1. Présentation et approbation d'un contrat d'intervention de consultance

2. Informations et correspondance :
   2.1. Informations du collège des bourgmestre et échevins
   2.2. Syvicol - Compte rendu du comité

3. Projets communaux :
   3.1. Approbation du projet définitif concernant le croisement rue de la Croix, Grand-Rue, rue du Cimetière

4. Règlements communaux :
   4.1. Adaptation du règlement de la gestion des déchets

5. Urbanisme :
   5.1. Approbation d'un acte de vente d'un terrain – rue du Cimetière

6. Logement :
   6.1. Approbation de plusieurs avenants aux contrats de bail pour les logements pour jeunes
   6.2. Approbation de plusieurs avenants aux contrats de bail

7. Résolutions :
   7.1. Résolution sur l'équité politique, le respect démocratique et la responsabilité des membres du conseil communal présenté par le groupe LSAP
   7.2. Résolution relative à la sortie du nucléaire et au développement des énergies renouvelables

8. Questions au collège échevinal

9. Commission consultative
   9.1. Démission et nomination de membres pour deux commissions consultatives

En séance à huis clos :

10. Personnel communal :
   10.1. Nomination définitive d'un fonctionnaire communal
   10.2. Approbation d'une création de poste
   10.3. Approbation de différentes indemnités

Rumelange, le 7 novembre 2025
Le collège des bourgmestre et échevins,

Le président, le secrétaire communal,
Henri HAINE Jérôme WINCKEL

Gemeinderatssitzung vom Freitag, den 14. November 2025

Sitzungsbeginn: 09:00 Uhr
Sitzungsschluss: 12:40 Uhr

Anwesend:
Bürgermeister Henri HAINE (LSAP),
Schöffe Elvedin MUHOVIC (LSAP),
Schöffe Jimmy SKENDEROVIC (LSAP)
Ratsmitglieder: André THEISEN (CSV), Carole MARX (LSAP),
Edmond PEIFFER (KPL), Monique SCHELINSKY (CSV),
Patrick WAGNER (DP), René BREMER (LSAP),
Jessica TINTINGER (LSAP) und Karin SEYWERT (CSV)

Abwesend: /

Gemeindesekretär: Jérôme WINCKEL

Urne: Patrick WAGNER

In öffentlicher Sitzung:

Um 09:00 Uhr begrüßt **Bürgermeister Henri Haine** die Gemeinderäte und erklärt, dass sie mit dem Punkt über den Qualitätsnachweis im Hinblick auf die Erlangung des Labels QRS beginnen werden.

Anschließend wird seitens dem Schöffen Elvedin Muhovic ein Los aus der Urne gezogen, welches **Rat Patrick Wagner** die Ehre erteilt in dieser Sitzung als Erster abzustimmen.

Sodann bittet er den Gemeindesekretär Jérôme Winckel, den Bericht über die letzte Sitzung von Donnerstag, den 25. September 2025, vorzutragen.

**** Der Bericht wird mit 9 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen (Peiffer und Wagner) angenommen.**

PUNKT 1 DER TAGESORDNUNG
Qualitätsnachweis im Hinblick auf die Erlangung des Labels QRS:

1.1. Vorstellung und Genehmigung eines Beratungsvertrages

Bürgermeister Henri Haine leitet den ersten Punkt ein und erklärt, dass Herr Christian Bos sich und seine multidisziplinarische Mannschaft vorstellen werde. Einleitend weist er darauf hin, dass der Schöffenrat über dieses Projekt beraten und anschließend beschlossen habe, daran teilzunehmen, da die Gemeinde in den letzten Jahren neue Abteilungen aufgebaut und zusätzliches Personal eingestellt hat. Vor drei Jahren habe die Gemeinde zusätzlich das Personal der Maison Relais sowie deren Verwaltung übernommen. Letztere seien in einem ganz anderen Kollektivvertrag als die Arbeiter und dann habe man noch die Beamten. Vor kurzem hätten auch noch Verhandlungen über den neuen Kollektivvertrag der Arbeiter stattgefunden. Es seien viele junge Beamte hinzugekommen und die Teams seien gewachsen. Sie würden sich auch viele Gedanken über die Büroräumlichkeiten, auch hier im Gebäude, machen, um in Zukunft gut zusammen arbeiten zu können. Außerdem sei festgestellt worden, dass in den letzten Jahren, auch in anderen Gemeinden, viele Diskussionen waren. Als Vorstandsmitglied im TICE habe er das auch miterlebt. In diesem Sinne würden sie gerne präventiv vorgehen und das Personal miteinbinden, im Hinblick auf die Erlangung dieses Qualitätslabels. Deshalb hätten sie sich entschieden an diesem Projekt teilzunehmen, welches über längere Zeit laufen werde, was ihnen gleich erklärt werde. Jeder würde auch in ein individuelles Gespräch eingeladen werden. Die Gemeinde habe auch die gesetzliche Verpflichtung seine Beamten zu schützen, auch von Aggression von außerhalb. Diesbezüglich sei auch wahrgenommen worden, dass, vor allem in Abteilungen die viel mit Menschen zu tun haben, insbesondere im Bürgeramt, Menschen mit verschiedenen Problemen ziemlich aggressiv werden können. Also müssten sie ihr Personal schützen und für dessen mentale und körperliche Gesundheit sorgen. Es sei wichtig mit ständig größer werdenden Mannschaften zusammen zu arbeiten und es würden einige Ausbildungen angeboten werden. Auch der Gemeinderat werde daran teilnehmen, damit jeder, von Anfang, sehen kann, wie das ablaufen werde. Seiner Meinung nach werde es sich um eine lange Prozedur handeln. Sie würden dies als Aufgabe sehen, um zu verhindern, dass es in Zukunft zu möglichen Problemen kommt, welche in anderen Gemeinden zu sehen sind. Es sei auch von Vorteil im Vergleich zu anderen Gemeinden, die bislang noch keine solche Initiative ergriffen haben, wenn die hiesige Gemeinde ein solches Label vorweisen könne. Damit würde man nach außen zeigen, dass die Gemeinde sich auch

Gedanken über die mentale und körperliche Gesundheit sowie die Zusammenarbeit der Mitarbeiter macht. Deswegen habe der Schöffenrat entschieden dieses Projekt zu lancieren und gibt das Wort an Herrn Christian Bos damit dieser sich, seine Gruppe und den Ablauf des Projektes, zusammen mit dem Gemeindepersonal, vorstellen kann.

**** Christian Bos (MAAT) hält den Vortrag in französischer Sprache.**

M. Christian Bos de la société MAAT remercie le bourgmestre pour la parole et le conseil communal de l'accueillir. Il pense que le bourgmestre aurait pratiquement tout dit au sujet des obligations. L'administration communale pourrait être comparé à une entreprise parce qu'une entreprise aurait également une hiérarchie souhaitant d'assurer une bonne santé mentale et physique pour ses collaborateurs. Aujourd'hui, il aurait une recrudescence de situations présumées de harcèlement moral ou sexuel, de discrimination ou de sexisme. La loi, l'homme, les réseaux sociaux ainsi que les rumeurs évolueraient. La rumeur, comme Victor Hugo l'aurait expliqué à l'époque, lance quelque chose de vrai ou de faux, mais quand elle se termine au bout, elle fait des dégâts. Il en serait de même pour une personne mise en cause d'une situation, ce qui entraînerait également des dégâts. Maintenant, en 2025, il s'apercevrait que ça devienne de pire en pire ou, selon le point de vue, de mieux en mieux. La qualité de vie au travail et les comportements humains seraient très importants, d'où la mention dans leur logo **L'humain au cœur de nos actions**. Le comportement humain serait leur intérêt principal. MAAT serait une société qui existerait déjà pendant 20 ans, dont 15 ans sur le territoire luxembourgeois. Afin d'expliquer leur légitimité d'existence au Luxembourg, il cite un exemple. En tant que juge au tribunal de la chambre social et médiateur, il aurait donné, il y a presque 15 ans, une conférence sur la médiation, à laquelle l'ancien ministre de la Justice, Félix Braz, aurait participé. Ce dernier lui aurait dit qu'au Luxembourg il manquerait de médiateur formé au niveau du Ministère de la Justice. De ce fait il l'aurait demandé que les français viennent faire leur formation au Luxembourg, ce qu'il aurait accepté. Et, par respect, il aurait mise en place une autre formation, adapté au pays accueillant, ce qu'il trouve tout à fait normal. Donc, depuis 15 ans, il œuvrerait sur tout ce qui est situation conflictuelle dans le domaine professionnel ainsi que privé. A cet effet, le groupe MAAT aurait été créé. Le siège social se trouverait à la Chambre des Métiers au Kirchberg. Leur fonction consisterait à améliorer la qualité de vie au travail, laquelle serait également mise en question au sein de la structure communale. Tous les formations seraient référencées au Luxembourg pour être adaptées au territoire luxembourgeois, notamment la formation du non-verbal. Dès son entrée dans la pièce, il aurait commencé à analyser en permanence les comportements, les regards et la communication non verbale de toutes les personnes présentes, y compris celles qui seraient plus difficiles à analyser. Chaque élément qu'il aurait observé lui aurait fourni des informations sur le lieu et la structure en question. Déjà la manière dont le conseil communal l'aurait salué, aurait été exceptionnelle. Malheureusement la formation sur le non verbal ne serait pas accessible pour tout le monde, ce qui serait dommage, car celle-ci permettrait éventuellement d'anticiper certaines problématiques. Concernant l'audit, il travaillerait avec un audit systémique sur la qualité du travail, dont il communiquerait les modalités plus tard. Tout à l'heure il aurait expliqué, comme il est aussi conseiller pour les ministères, il constaterait une recrudescence de situations d'harcèlement. En fait, il n'y aurait pas d'augmentation ni de diminution significative, mais les gens en parleraient plus. Les procureurs et juges des juridictions luxembourgeoises, notamment ceux du travail, dont il collabore, lui auraient dit à un moment donné, qu'ils auraient énormément de dossiers à traiter. Donc, des dossiers suite à une plainte d'harcèlement moral, avant que le fond aurait été examiné. Après avoir entendu cette déclaration, il se serait interrogé. Au niveau de la loi, notamment à cause de l'article non-assistance à une personne en danger, les employeurs seraient responsables pour la qualité de vie de leurs collaborateurs et auraient une obligation d'intervenir en cas d'une éventuelle situation d'harcèlement. Une grande partie des démarches commencerait au niveau de l'ITM, puisqu'il formerait également des inspecteurs de l'ITM à devenir des enquêteurs. Au niveau relationnel, comme tout deviendrait de plus en plus compliqué, tout se professionnaliserait. De ce fait il aurait créé l'institut supérieur des enquêteurs en risques professionnels ayant pour mission unique de traiter toutes les situations d'harcèlement moral, sexuel, de discrimination ou de sexisme, plus généralement, les comportements toxiques, grâce à une équipe d'enquêteurs spécialisés. Par la suite, il existerait une école nationale de formation en France ainsi qu'un institut au Luxembourg qui formerait des futurs enquêteurs. Donc, dans ces situations, et puisque l'employeur aurait l'obligation d'intervenir au minimum par un entretien individuel, ces professionnels interviendraient sur place en tant que contrôleurs. De dire que les déclarations seraient des « conneries », ne suffirait plus, mais il faudrait enquêter. En citant la phrase : « La perception n'est jamais le constat d'une réalité objective et pourtant elle guide nos comportements et alimente nos certitudes », il explique que si tout le monde adoptait cette idée, il ne devrait pas être présent aujourd'hui, ni dans les autres entreprises luxembourgeoises, françaises ou européennes. Tout serait une question de perception. Puis il demande le nom du conseiller René Bremer et le remercie de lui permettre d'utiliser sa personne comme exemple. Il s'interroge ensuite sur le fait que René se trouverait dans une posture de fermeture ou non, tout en précisant qu'il s'agit uniquement de sa propre perception.

De retour chez lui, après la présentation et sans changer sa perception, il se dirait que tout le monde aurait été satisfait, sauf René, qui se serait ennuyé et aurait été complètement fermé. Or, il s'agirait uniquement de sa propre interprétation, laquelle pourrait avoir des effets négatifs. En tant que spécialiste du non verbal, il saurait que cette posture ne serait pas une posture de fermeture, mais de confort, ce qui serait également le cas pour le conseiller André Theisen.

Le conseiller René Bremer explique qu'il serait simplement concentré.

M. Christian Bos répète qu'il se trouvait donc dans une position de confort, ce qui ne lui posait aucun problème. Plus bas dans la salle, une autre personne adopterait une posture dubitative. Tout cela ne serait que des interprétations possibles du langage non-verbal. L'objectif unique de son entreprise serait d'améliorer la qualité de vie des conditions de travail (QVCT). Du côté formation, les gens seraient entourés par des personnes spécialisées dans le comportement humain, donc une équipe d'experts. Il saurait très bien que le terme collaborateur n'est pas utilisé dans le cadre d'une mairie, mais il l'utiliserait pour citer une phrase : « Un collaborateur heureux est un collaborateur performant ». Bien entendu, ici, on ne parlerait pas de performance, même si elle est exigée des salariés, sans toutefois l'exprimer. Si un collaborateur se sentait bien dans son entreprise, il ferait un travail de meilleure qualité. Dans le cas contraire, il viendrait uniquement pour accomplir ses tâches et effectuer le travail pour lequel il est rémunéré, sans engagement supplémentaire et sans réflexion approfondie. Alors il s'agirait d'une démotivation, une forme laquelle pourrait être trouvé dans les structures. Grâce à des audits et grâce à une méthodologie, il aurait créé le label QRS – qualité relation sociale. Au total, son entreprise aurait quinze ans d'expérience, près de 12 000 personnes auditées et 8 000 salariés formés. Il énumère ensuite quelques-unes de ses références, au Luxembourg, en France et en Europe. Il aurait formé des enquêteurs et/ou des médiateurs à la Chambre des métiers, à la Cour de justice, au Parlement européen et auprès de la magistrature. Il disposerait donc d'une reconnaissance institutionnelle. Lors de la création de l'école de formation il aurait eu la chance d'accueillir le Ministre du Travail luxembourgeois ainsi que des personnes comme Nora Back. Mais pour être clair, la société serait politiquement neutre et n'aurait aucune appartenance patronale ou salariale. Remarquant le regard dubitatif de la conseillère Seywert, il s'adresse à elle.

La conseillère Karin Seywert confirme qu'elle aurait des doutes par rapport aux noms énumérés. Elle ajoute qu'elle pourrait également observer et constater, précisant que l'être humain serait doté d'une intuition de lire le langage du corps. En fait, elle aurait réagi à une phrase de sa collègue.

M. Christian Bos se dit d'accord avec le point de vue de la conseillère, mais affirme de ne pas avoir entendu cette phrase.

La conseillère Monique Schelinsky indique qu'elle connaîtrait Nora Back depuis son enfance, mais elle n'apprécierait pas trop sa façon.

Christian Bos affirme avoir perçu une réaction lors de son discours sur la neutralité politique, patronale et salariale.

La conseillère Monique Schelinsky précise qu'elle n'aimerait pas la façon de Nora Back, sans plus.

M. Christian Bos espère qu'il existe, sur cette terre, des personnes qui ne l'apprécient pas, toutefois il aimerait qu'on le lui fasse savoir. Si un jour quelqu'un pense qu'il aurait pris une position politique, patronale ou syndicale, il se retirerait. Mais uniquement s'il existe des preuves, car chacun peut juger une personne comme bonne ou mauvaise, mais cela resterait toujours une interprétation. Il aurait rencontré Nora Back, de ce fait, il connaîtrait son travail. Au sujet de la retraite, elle aurait quand-même réussi de mobiliser les gens dans la rue. On peut l'apprécier ou non, mais elle ferait bouger les choses. Elle serait intervenue lors d'une conférence consacrée à l'importance de la lutte contre le harcèlement. Tous les partis politiques auraient été invités à cette conférence, et les conseillers auraient probablement reconnu, sur les photos, certains de leurs députés. Tout le monde aurait été présent, car le sujet du harcèlement n'aurait pas de couleur politique. Il s'agirait uniquement de s'assurer que les collaborateurs se sentent bien dans l'entreprise et surtout qu'ils ne se retrouvent pas en situation de dégradation en raison des partis politiques ou des idéologies. Dans le cadre de la reconnaissance institutionnelle il précise qu'il travaillerait aussi avec les Canadiens, les Belges et les Suisses. Il existerait donc plusieurs structures et institutions. De plus il serait également référencé en tant que médiateur et enquêteur expert auprès de l'Organisation Internationale du Travail. En cas d'un grand conflit international, les Nations unies feraient appel à leurs compétences pour intervenir. Afin de garantir la neutralité, l'indépendance et l'impartialité il exigerait de son équipe qu'elle laisse ces idées en dehors de l'entreprise. En conséquence, il aimerait seulement être jugé sur des éléments factuels. Il continue ensuite sur les équipes dédiées c-à-d celles qui encadrent les gens. Lui-même serait également juge à la chambre sociale et aurait prêté serment. Sylvie Lagodat serait auditrice et cheffe de projet du dossier communal. Thierry … serait un ancien policier spécialisé dans la lutte antiterroriste. Ensuite, l'ensemble de l'équipe comprendrait des docteurs en psychologie et en ressources humaines, ainsi que des juges et magistrats intervenant lors des formations d'enquêteurs. S'y ajouteraient des spécialistes du langage non verbal, des avocats franco-luxembourgeois, ainsi que des gendarmes et policiers. L'équipe inclurait également des docteurs en droit européen, français et luxembourgeois, ainsi que d'autres avocats et des spécialistes du domaine scolaire. Selon son opinion, si le harcèlement reste présent dans le milieu scolaire, il se maintiendrait dans le monde professionnel.

Aujourd'hui les gens oublieraient trop souvent d'éduquer leurs enfants. Le débat autour de l'éducation nationale serait toujours mené, mais selon lui, il s'agirait plutôt d'instruction nationale et l'éducation relèverait avant tout des parents, et non des enseignants. Puis il continue avec les formations clefs pour former des consultants médiateurs. L'avantage serait, comme déjà mentionné tout au début, que Félix Braz aurait accordé qu'un tel médiateur, dès l'achèvement de sa formation, pourrait être reconnu comme médiateur agréé auprès du Ministère de la Justice. Cette formation existerait au Luxembourg et aurait 184 heures, un minimum de 150 requis pour obtenir l'agrément. En outre, il proposerait une formation d'enquêteur en risques professionnels comportement toxique, une formation d'agilité comportement mental, principalement pour les managers et des formations destinées aux référents des travailleurs désignés, délégués syndicaux ou membres d'une société. Tous ces for-

mations seraient accessibles à la Chambre des Salariés. Débutant l'explication du projet il précise que Rumelange serait une commune de taille moyenne, attachée aux valeurs de solidarité, de proximité et de respect. L'objectif de cette démarche serait de fédérer les équipes, valoriser les actions existantes et renforcer les équipes. Pour accomplir ce dernier point, il mettrait en place un audit QRS, dont il s'agirait d'une analyse systémique, menée en deux phases c-à-d que le projet au sein de la commune de Rumelange se ferait dans deux années. Pendant la première année les efforts seraient concentrés sur la certification de la démarche qualité c-à-d sur la labellisation QRS. Les différents objectifs seraient : prévenir les difficultés relationnelles, améliorer les conditions de travail, prévenir les risques, renforcer l'engagement des collaborateurs, optimiser la productivité et la performance des organisations, favoriser la montée de compétence et l'évolution des collaborateurs, diminuer les turnovers et le taux d'absentéisme. De nos jours il serait très compliqué de trouver du personnel, mais à partir du moment où les gens sauraient que la commune serait dans une démarche pour un label qualité, en respectant ses collaborateurs, ils préféreraient de venir travailler à la commune. Il y aurait même des gens qui quitteraient leur administration afin de venir travailler à la commune de Rumelange parce qu'aujourd'hui, ils ne seraient plus à la recherche d'un bon salaire, comme il y a 20 ans, mais d'une bonne qualité de vie au travail et ils accepteraient même une baisse du salaire. Le label QRS serait une finesse attribuée à la fin du processus. La première année serait importante pour recevoir un certificat attestant que la commune est dans une démarche label QRS. D'abord un comité de pilotage aurait dû être créé. Afin de désigner ces personnes, il aurait déjà parlé avec différentes personnes et concerté une liste de tous les collaborateurs. La deuxième étape serait l'évaluation des RPS - risques psychosociaux. Ces dossiers seraient couplés à des entretiens individuels c-à-d toutes les personnes passeraient dans un entretien personnel et confidentiel pour pouvoir recueillir les éléments d'amélioration. Etape 4 consisterait dans la rédaction des pré-rapports et leur restitution. Ensuite une première formation serait entamée. Concernant le comité de pilotage, il s'agirait d'un groupe de travail chargé d'élaborer les plans d'action et de faciliter l'organisation des entretiens. Ces acteurs internes seraient en lien avec le responsable politique et les consultants externes. Il serait proposé que ces personnes participent à des réunions encadrées par les partenaires sociaux, le cabinet ainsi qu'une session de formation. La composition proposée du comité serait la suivante : Henri Haine, Kai Wilhelm, Gilles Krier, Raphaëlle Greco, Jérôme Winckel, Régis Kirsch, Jill Boever, Tanja Kovacevic, Yves Noesen, Mimoza Avdiu, Sacha Rohmann et Lisa Bremer. À l'exception de deux personnes, il ne connaîtrait pas personnellement les membres proposés. Ces derniers auraient été sélectionnés parce qu'il aurait l'impression qu'ils seraient représentatifs pour la masse salariale, parce qu'ils travaillent dans différents domaines, ce qui serait essentiel. Il aurait besoin de personnes capables de le renseigner sur les différents domaines et non pas d'une personne précise, qu'elle soit provoquante, trop gentille ou manipulatrice. Ils devraient apporter des informations sur leur métier et non pas sur leur personnalité. Le comité de pilotage serait dirigé par lui-même et pourrait encore être agrandi par d'autres personnes. Toutefois il serait inutile de faire un comité de pilotage avec trop de personnes. Le comité travaillerait pendant huit demi-journées sur les résultats afin de faire des propositions. Bien évidemment, il ne s'agirait que de propositions, et il faudrait ensuite décider de celles qui seraient appliquées. Ensuite le comité préparerait des plans d'actions. Alors il explique comment évaluer la qualité de travail. Chaque euro investi dans la qualité de vie au travail générerait un retour significatif : de 2 à 4 euros grâce à la diminution de la fatigue physique et jusqu'à 10 euros grâce à la prévention des problèmes de santé mentale. En effet, la dégradation de la santé mentale d'un collaborateur pourrait avoir des répercussions sur l'ensemble de l'équipe. Par la suite le résultat mesurable serait présenté par des schémas illustrant des points rouges, oranges et verts. Il se concentrerait uniquement sur la zone des points rouges afin de travailler sur le comportement humain. Imaginant une personne qui gagne 3.000 euros mais elle aimerait gagner 30.000 euros. L'écart entre ce qu'elle a et ce qu'elle rêve est si grand que cela dégraderait sa qualité de vie. Il s'agirait d'un rêve, et plus la différence entre ce que l'on a et ce que l'on rêve est grande, plus la qualité de vie serait mauvaise. En fin de compte, il reviendrait sur l'idée que tout serait une question d'interprétation et que tous les audits devraient viser à remettre en perspective l'écart entre ce que l'on a et ce que l'on souhaiterait avoir. La personne souhaitant gagner 30.000 euros devrait réduire son objectif à 5.000 euros, afin qu'il soit réalisable et qu'elle soit motivée à l'atteindre. Le but des audits serait de donner la parole à chaque collaborateur et d'identifier les risques psychosociaux. Chaque salarié pourrait, pendant une heure, s'échanger avec un professionnel afin d'exprimer librement ce qui fonctionne bien ou moins bien dans son environnement de travail. Cette démarche permettrait ensuite de construire des plans d'action concrets. Tous les domaines seraient pris en compte: rémunération, évolution de carrière, horaires, relations avec les collègues et la hiérarchie, organisation du travail, environnement physique, équipements et outillage, support, répartition des tâches, relations sociales et syndicales, ainsi que la reconnaissance du travail effectué, en total 34 domaines seraient développés avec chaque collaborateur. Toutefois il serait rare qu'une administration donnera la parole à tout le monde. En général il prendrait une masse salariale de 10% à 20% et il y aurait toujours des collaborateurs qui réclament parce qu'ils auraient voulu participer. La commune de Rumelange aurait décidé de donner la parole à tout le monde. Les entretiens individuels, notamment l'étape 3, serait fait dans la stricte confidentialité. Chacun signerait une attestation de présence et personne ne saurait ce que l'autre a dit. Il ne serait pas important de savoir qui aurait dit quoi, mais ce qu'ils ont dit. Ensuite un pré-rapport serait rédigé afin de proposer des éléments et plans d'action concrets pour déterminer les champs de travail. Si un des conseillers aimerait être entendu dans le cadre du label QRS, il faudrait juste l'en informer. Ils ne seraient pas d'office accueillis pendant l'audit comme ils ne seraient pas des salariés communaux, mais il serait à leur disposition. Personne ne serait refusé et il aurait la main libre sur sa démarche. Il féliciterait la commune de Rumelange pour cette approche. Pendant l'étape 5, tous les collaborateurs suivraient une formation intitulée « Savoir-être

pour savoir-faire», afin de prendre conscience de l'impact de leurs comportements sur les collègues. En effet, le comportement aurait toujours un impact et cette formation viserait à améliorer la communication. Par ailleurs, les conseillers communaux participeraient également à une journée de formation spécialement conçue pour eux. Dans le cadre de l'attribution finale du label QRS, une deuxième phase de formation serait mise en place, incluant les modules sur les droits et devoirs ainsi que sur le harcèlement moral. Il s'agirait d'une obligation afin que l'ensemble des collaborateurs soient informés de ce que prévoit la loi en matière de harcèlement moral, sexuel, etc., dans le but de prévenir ces situations et de les traiter correctement Les collaborateurs suivraient également une formation sur la gestion des incivilités, un phénomène en hausse permanente. Toutes les personnes qui accueillent du public auraient ainsi la compétence, face à un interlocuteur insultant, de répondre de manière respectueuse. Il ne s'agirait pas de la loi du plus fort, mais d'apprendre à adopter un comportement respectueux. Une obligation serait également de veiller à ne pas laisser les collaborateurs souffrir dans les services après-vente ou à l'accueil, où ils seraient en permanence confrontés par les plaintes. Il conviendrait de les former afin qu'ils puissent gérer ces situations et répondre de manière respectueuse. Le collaborateur n'interviendrait pas en son propre nom, mais en tant que représentant de la commune. Une autre formation, intitulée «Agité comportementale», serait destinée à tous les managers de la structure. Cette formation s'appuierait sur un questionnaire portant sur le profil et les valeurs humaines. L'étape 6 consisterait en la restitution finale avec la mise en place d'une charte de qualité relationnelle. Celle-ci serait mise en place dans toute la structure, suivie et signée par tous les collaborateurs. De cette manière, chacun s'engagerait à respecter une charte dont il aurait contribué, ce qui serait mieux qu'imposer une charte. L'étape 7 consisterait en un accompagnement à la mise en œuvre et au suivi du plan d'actions à l'aide du comité de pilotage. Une réévaluation systémique serait ensuite réalisée, sur la base du même diagnostic qu'au départ, afin de mesurer les améliorations (passage du rouge à l'orange ou au vert). En cas de résultats positifs, le label QRS serait attribué à la commune. Ce label serait valable deux ans lors de la première attribution, puis cinq ans par la suite. Ensuite, personne ne pourrait se débarrasser de lui facilement et comme il a été mandaté, il assurerait encore un suivi d'au moins de 5 ans. En cas de souhait, il pourrait également s'impliquer dans l'organisation communale. La Ville de Rumelange serait la première structure communale au Luxembourg à recevoir ce label QRS. Actuellement, deux autres communes seraient en phase d'étude, mais la Ville de Rumelange serait la première à avoir démarré le processus. Enfin, il remercie les conseillers communaux pour leur attention.

Le bourgmestre Henri Haine remercie M. Christian Bos pour les informations présentées et constate que les membres auraient presque bénéficié d'une formation. Il souligne l'importance de disposer de l'ensemble de ces éléments afin de bien comprendre les intentions de la commune. Il invite ensuite les membres du conseil à poser d'éventuelles questions.

La conseillère Karin Seywert aimerait savoir si cette présentation aurait été faite dans le but que la commune recevrait ce label, comme mentionné dans le titre du point 1 QRS.

M. Christian Bos répond que la commune commencerait par l'obtention du certificat de démarche label QRS. Le suivi serait étape par étape. La première étape serait le certificat et ensuite le label.

La conseillère Karin Seywert demande de nouveau si le but serait de recevoir ce label.

M. Christian Bos espère que la commune recevrait le label, ce qui serait bien évidemment l'objectif. La certification serait faite dans le but d'obtenir le label QRS. Les conseillers iraient constater que tout le monde serait impliqué. Il mettrait seulement en place une locomotive et l'ensemble des collaborateurs aurait un objectif commun. Le rôle de son équipe serait uniquement d'accompagner les collaborateurs en leur montrant une autre façon de travailler.

Le conseiller André Theisen trouve, en tant qu'ancien petit commerçant ayant employé 15 personnes, ce label serait une bonne idée, parce que la société aurait évolué. De ce fait il félicitera la commune d'avoir pris cette initiative. Selon lui, le personnel actuel ne serait pas suffisamment formé, y compris les responsables. A l'époque il aurait toujours dit à son personnel qu'ils formaient un ensemble. Au sujet du comité de pilotage il aimerait savoir, comme M. Bos Christian a expliqué qu'il ne connaisse personne à part de Monsieur le bourgmestre, comment ces personnes auraient été désignées.

M. Christian Bos explique qu'il aurait reçu une liste de l'ensemble des collaborateurs avec leurs fonctions et leur secteur d'activité. Logiquement, en fonction des secteurs, il ne choisirait pas quatre personnes du service technique s'ils étaient quinze au total, mais uniquement un représentant. Si l'effectif total de l'office social était de vingt-cinq personnes, il en sélectionnerait trois. L'objectif serait que le comité soit représentatif de l'ensemble de la structure.

Il choisirait donc ces personnes en tenant compte de leur ancienneté, de leur poste et de leur fonction. Peut-être certains représentants ne seraient pas intéressés d'y participer, donc d'autres personnes seraient désignées. Il attendrait des membres du comité de pilotage un certain engagement, notamment celui de constater si la commune a évolué. À l'époque, une parole était une parole: on se serrait la main et l'engagement était considéré comme acquis. Aujourd'hui, ce ne serait plus forcément le cas. Un autre élément aurait fortement diminué, notamment le respect, comme il l'aurait constaté lors de la présentation. Le respect signifierait accepter que l'autre personne peut avoir un point de vue différent du sien. Le fait de regarder un collègue, de faire des mimiques pendant une intervention serait déjà un manque de respect envers l'interlocuteur.

Le conseiller André Theisen est absolument d'accord avec cette déclaration.

M. Christian Bos continue que cela devrait être expliqué au gens, car ils ne seraient pas toujours conscients de cet impact. En montrant un désaccord à une personne qui parle, à cause de ses propres convictions et valeurs, serait déjà un manque de respect. Malheureusement à ce moment elles n'auraient plus de sens parce qu'elles seraient mal exposées. La commune serait encadrée par une équipe pluridisciplinaire. En cas de constat de situation de harcèlement ou de conflits internes, des médiateurs et enquêteurs pourraient intervenir rapidement. Toutefois, ces interventions se feraient toujours sous la gouvernance de la direction, et aucune décision ne serait prise sans accord. Par la suite, il remet des documents d'information à l'ensemble des conseillers, les remercie à nouveau pour leur attention.

**** Herr Christian Bos bereitet sich vor den Saal zu verlassen und die Sitzung wird in luxemburgischer Sprache weitergeführt.**

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass der Gemeinderat einige Erklärungen erhalten habe. Der Vertrag für die erste Etappe würde bereits vorliegen und er geht davon aus, dass der Gemeinderat verstanden habe, dass dies über länge Zeit laufen werde. Sie hätten ausreichend Erklärungen erhalten um zu belegen warum sie dies mit einer großen Firma, welche viel Erfahrung in diesem Bereich hat, aber auch bereits in Luxemburg anerkannt ist, zu machen. Deswegen würden sie vorschlagen den Vertrag mit MAAT anzunehmen. Wenn jeder damit einverstanden sei, könnten sie zur Abstimmung übergehen.

Rat André Theisen möchte wissen warum der CIGL, welcher eine eigenständige Verwaltung ist, dabei ist.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass die Gemeinde seit längerer Zeit mit dem CIGL zusammenarbeite, auch wenn letzterer eine eigenständige Verwaltung sei. Bei der Durchführung gemeinsamer Arbeiten zwischen dem CIGL und der Regieabteilung der Gemeinde komme es jedoch manchmal zu Situationen, in denen nicht eindeutig sei, wer für welche Aufgaben verantwortlich ist. Deswegen seien sie der Meinung, dass es von Vorteil sei eine Person des CIGL im Lenkungsausschuss zu integrieren, damit sie mitbekommen was auf Gemeindeebene geplant ist. Dies betreffe hauptsächlich die Betreuer und nicht die Begünstigten, da diese lediglich über befristete Arbeitsverträge verfügen würden und nur wenige von ihnen der französischen Sprache mächtig seien. Der Fokus liege also auf den Betreuern, weil diese doch sehr aktiv seien. Außerdem stelle der CIGL ein Team zur Verfügung, das sich ausschließlich um den Unterhalt der Umgebung des Museums kümmere, sodass die Gemeinde diese Aufgabe nicht mehr selbst übernehmen müsse.

Rat André Theisen weist daraufhin, dass das Ganze doch 135.425 Euro kosten werde. Und die Ausgaben für den CIGL seien im aktuellen Haushalt auf 700.000 Euro festgelegt worden. Diese Ausgabe sei also für den Haushalt des Jahres 2026.

Bürgermeister Henri Haine bestätigt, dass diese Ausgabe erst im Rahmen des Haushalts 2026 beschlossen werde, auch wenn bereits einige Dienstleistungen begonnen hätten. Es gebe jedoch auch einen Haushaltsposten für Studien im laufenden Jahr 2025. Dem Gemeinderat sei erklärt worden, dass mit jeder Person ein Gespräch geführt werde und für alle entsprechende Schulungen angeboten würden. Insgesamt würde das Personal der Gemeinde, der Maison Relais sowie des CIGL deutlich über 100 Personen hinausgehen. Es werde auch nicht eine einzige Schulung für 100 Personen stattfinden, sondern vielmehr mehrere Gruppenschulungstage von etwa 10 bis 12 Personen. Es handele sich um eine umfangreiche Vorgehensweise, die viele Stunden in Anspruch nehme und die Erstellung von Berichten erfordere, was den Preis rechtfertige. Um im folgenden Jahr weiterarbeiten zu können, müsse erneut ein entsprechender finanzieller Betrag im Haushalt vorgesehen werden. Er wolle jedoch klarstellen, dass dieses Vorgehen rein präventiv sei, um das Label zu erhalten und sich nach außen als soziale Gemeinde zu präsentieren. Dadurch würden, oder zumindest hoffe er dies, indem man sich vorbereite und entsprechende Prozeduren ausarbeite, Problemfällen, wie sie in anderen Gemeinden bekannt sind, vorgebeugt werden. Denn im Nachhinein wäre die Lösung solcher Probleme deutlich teurer, als wenn man präventiv gearbeitet hätte. Dann möchte er zur Abstimmung übergehen, doch Rätin Schelinsky macht auf sich aufmerksam.

Rätin Monique Schelinsky möchte wissen ob der restliche Betrag im zuständigen Artikel für dieses Jahr, also 2025, ausreichen werde.

Bürgermeister Henri Haine bejaht die Frage.

Rätin Monique Schelinsky weist darauf hin, dass man sich aufgrund dieses Betrags im gesetzlichen Rahmen des Vergaberechts befinde und daher ein Verhandlungsverfahren ohne Veröffentlichung einer Bekanntmachung (procédure négociée sans publication) hätte durchführen müssen. Dabei hätten mindestens drei Dienstleister zur Angebotsabgabe aufgefordert werden müssen. Auch wenn von Anfang an beabsichtigt gewesen sei, mit diesem Unternehmen zusammenzuarbeiten, hätten dennoch mindestens zwei weitere Dienstleister angefragt werden müssen. Schließlich gebe es auch andere Unternehmen, die ein solches Verfahren anbieten würden. Sie würden seit längerer Zeit ein solches Audit befürworten, wenn auch nicht unbedingt in diesem Umfang. Mit Hilfe des Audits könne festgestellt werden wie effizient die einzelnen Abteilungen arbeiten und wie ihre Leistungsfähigkeit, auch in Bezug auf das Organigramm, verbessert werden könne. Da es auch andere Anbieter gebe, möchte sie wissen, ob die Bestimmungen des Vergaberechts berücksichtigt wurden.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass man sich an die gesetzlichen Bestimmungen gehalten habe. Man habe durchaus auch andere Unternehmen in Betracht gezogen. Aufgrund der Erfahrung, über die dieses Unternehmen verfüge, sei man jedoch überzeugt gewesen, die richtige Wahl zu treffen. Im Übrigen habe die Rätin selbst darauf hingewiesen, dass es sich um ein Verhandlungsverfahren ohne Veröffentlichung einer Bekanntmachung (procédure négociée sans publication) handele. Zudem liege der Auftragswert unterhalb des vorgeschriebenen Schwellenwerts.

Rätin Monique Schelinsky meint, wenn der Betrag des zweiten Jahres hinzugerechnet werde, sei der Schwellenwert überschritten. Es sei immer wieder dasselbe Problem. Solche Aufträge dürften nicht in Teilaufträgen aufgeteilt werden.

Bürgermeister Henri Haine erläutert, dass sie sich in einem ganz speziellen Bereich bewegen würden, für welchen man keine öffentliche Ausschreibung machen würde. Seiner Meinung nach hätten sie eine sehr gute Firma ausgesucht und es würde auch kein Zweifel bestehen, dass sie sich an die gesetzlichen Vorschriften gehalten haben.

Rätin Karin Seywert will wissen ob andere Dienstleister gefragt wurden und ob ein Beschluss des Schöffenrates bestehe.

Bürgermeister Henri Haine verneint die erste Frage und bestätigt die Existenz eines schriftlichen Beschlusses, dass der Schöffenrat sich für diese Firma entschieden hat.

Rätin Karin Seywert fragt erneut ob auch andere Dienstleister gefragt wurden.

Bürgermeister Henri Haine wiederholt, dass sie andere Dienstleister in Betracht gezogen, jedoch keine anderen Angebote angefragt haben. Sie hätten im Schöffenrat entschieden diese Firma zu beauftragen.

Die Rätin Karin Seywert meint, dass es sich um einen marché de faible envergure handeln würde. Im Falle eines Betrags zwischen 79.000 und 140.000 Euro sei dies der Fall. Daher müssten drei Dienstleister angefragt werden.

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass man selbstverständlich auch andere Dienstleister kenne. Durch den bereits bestehenden Kontakt im Rahmen einer eintägigen Schulung für einen Teil des Personals sei man jedoch ins Gespräch gekommen. Aufgrund der vorhandenen Erfahrungswerte habe der Schöffenrat einen schriftlichen Beschluss gefasst, mit dieser Firma zusammenzuarbeiten, und dies alles im Rahmen der von ihr genannten Beträge.

Rätin Karin Seywert fragt ob sie den Beschluss des Schöffenrates, dass sich an die Vorschriften der Auftragsvergabe gehalten wurde, sehen könne.

Bürgermeister Henri Haine erwähnt, dass es kein Problem sei den Beschluss, in dem schriftlich festgehalten wurde, dass sie sich für diese Firma entschieden haben, zu sehen.

Rätin Karin Seywert hakt nach wo denn die anderen Dienstleister seien.

Bürgermeister Henri Haine erklärt erneut, dass der Schöffenrat einen Beschluss gefasst habe, mit dieser Firma zusammenzuarbeiten. Letztere sei anschließend in den Gemeinderat eingeladen worden, um eine Präsentation abzuhalten. Nun werde darüber abgestimmt. Wenn sie dagegen stimmen wolle, könne sie das machen.

Rätin Karin Seywert betont, dass ihre Frage damit nicht beantwortet sei. Es würde ihr erklärt, dass sie sich ans Gesetz gehalten wurde, doch wenn sie nach den anderen Dienstleistern frage, würde er nur antworten, dass daran gedacht wurde.

Bürgermeister Henri Haine weist daraufhin, dass sie den Schwellenwert doch selbst genannt habe.

Die Rätin Karin Seywert meint, dass sich der Betrag noch ändern könne, da man das Label erhalten wolle.

Bürgermeister Henri Haine unterstreicht, dass erstmals dieser Auftrag in Höhe von 135.000 Euro ohne Steuern vergeben werde.

Rätin Karin Seywert liest aus dem Punkt 6 des Vertrages vor, dass bis zum 31.10 ein Vorschuss von 30%, also 47.534 Euro, bezahlt werden müssen. Diese müssten also bereits bezahlt worden sein.

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass er zuvor erklärt habe, dass im Haushalt 2025 ein Posten für Studien vorgesehen sei. Der Artikel 25 würde ihnen die Möglichkeit geben, diese Ausgaben darüber zu finanzieren.

Rätin Karin Seywert geht davon aus, dass das Ziel dieses Verfahrens sei, das Label zu erhalten, weswegen die Rechnung wahrscheinlich verdoppelt werde. Sie wolle wissen was mit dem bezahlten Geld, also den 47.534 Euro, geschehen werden, falls im nächsten Jahr entschieden würde, das Projekt nicht weiterzuführen.

Bürgermeister Henri Haine erwidert, dass heute über den Vertrag in Höhe von 135.425 Euro ohne Steuern abgestimmt werde. Mit diesem Betrag werde im kommenden Jahr das umgesetzt, was zuvor erläutert worden sei. Dieser Vertrag habe nichts mit dem genannten Vorschuss zu tun; dieser gehe nicht verloren. Er verstehe nicht, worauf die Rätin hinauswolle.

Rätin Karin Seywert meint, dass dieser Vorschuss nicht verloren sei, wenn das Verfahren durchgezogen werde. Es handele sich doch um eine beachtliche Summe.

Rätin Jessica Tintinger stellt die Frage, aus welchen Gründen das Verfahren nicht umgesetzt werden soll.

Rätin Karin Seywert schildert, dass sie als erstes gefragt habe, ob das Ziel sei, dieses Label zu erhalten. Anschließend habe sie wissen wollen ob 3 Dienstleister gefragt wurden. Die Antwort sei, dass daran gedacht wurde, doch das sei nicht konform zum Gesetz.

Rätin Jessica Tintinger weist daraufhin, dass der Schöffenrat schriftlich entschieden habe mit dieser Firma zu arbeiten.

Mehrere Räte der CSV sind der Meinung, dass sich nicht an das Gesetz gehalten worden sei.

Bürgermeister Henri Haine unterbricht und betont, dass sie sich an das Gesetz halten würden. Der gesetzliche Schwellenwert sei nicht überschritten.

Rätin Monique Schelinsky kritisiert, dass drei Angebote hätten eingeholt werden müssen und diese Vorgabe sei nicht eingehalten worden.

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass sie sich in einer speziellen Situation befinden und es sich um eine spezielle Firma mit den nötigen Erfahrungswerten handelt, weswegen dies möglich sei. Der Artikel 20 des Gesetzes über öffentliche Verträge sei ganz klar eingehalten worden.

Rätin Karin Seywert will wissen ob das also die einzige Firma im Land sei welche fähig sei dieses Verfahren zu leiten.

Schöffe Jimmy Skenderovic weist daraufhin, dass vorhin ganz klar gesagt worden sei, dass sie die erste Gemeinde sein werden, welche dieses Label erhalten werde. Wer, ihrer Meinung nach, habe denn noch dieses Label.

Rätin Karin Seywert findet, dass es sich doch um eine große Summe handelt. Die Gemeinde sei kein Unternehmen.

Bürgermeister Henri Haine wiederholt, dass der Schöffenrat einen Beschluss gefasst habe und dass er diesen Punkt nur auf die Tagesordnung gesetzt habe, damit sie die nötigen Erklärungen erhalten. Eine Abstimmung im Gemeinderat sei hierfür eigentlich nicht nötig. Der Punkt sei aus Gründen der Transparenz auf die Tagesordnung gesetzt worden, damit dem Gemeinderat alle Informationen präsentiert werden, doch im Prinzip müsse nicht darüber abgestimmt werden.

Rat André Theisen wundert sich über diese Aussage.

Bürgermeister Henri Haine wiederholt erneut, dass es eine Entscheidung des Schöffenrates ist. Sie müssten sich lediglich ans Gesetz halten und das hätten sie auch getan. Ob das ihm nun gefalle oder nicht. Es bräuchte nicht einmal darüber abgestimmt werden.

Rat Edmond Peiffer legt dar, dass er das Verfahren nach den Erklärungen des Bürgermeisters und von Herrn Bos befürworte, weil diese Initiative die Zusammenarbeit und Sicherheit des Personals der Gemeinde, der Maison Relais und des CIGL, sowie die Kommunikation mit dem Schöffenrat verbessern werde.

Bürgermeister Henri Haine bedankt sich für seine Stellungnahme und bekräftigt, dass es ein Beschluss des Schöffenrates sei und kein Votum des Gemeinderates erforderlich sei. Dieser Punkt sei lediglich auf der Tagesordnung um den Gemeinderat einzubinden. Das Gesetz über öffentliche Aufträge sei auch eingehalten, so dass keine 3 Dienstleister gefragt werden müssen. Außerdem sei es die einzige Firma, wie Schöffen Skenderovic klar gesagt habe, welche dieses Label anbiete. Dem Gemeinderat sei auch mitgeteilt worden, dass Gespräche mit anderen Gemeinden geführt würden und es sei auch veranschaulicht worden mit welchen Partnern sie bereits zusammenarbeiten. Deswegen seien sie davon überzeugt die richtige Firma ausgewählt zu haben, da es sich um eine der wenigen Unternehmen handeln würde, die diese Umsetzung ermöglichen könne. Daher schlage er vor die Vergabe des Auftrages anzunehmen. Wie bereits erwähnt, sei keine Abstimmung erforderlich; doch er würde die Abstimmung jetzt einleiten.

**** Mit 8 Ja-Stimmen (LSAP, KPL, DP) und 3 Enthaltungen (CSV) wird der Vertrag angenommen**

Rat René Bremer erhält das Wort und meint, wenn die Vertreter der CSV überzeugt seien, dass sie etwas falsch gemacht hätten.

Rätin Karin Seywert unterbricht, dass es nichts mit der CSV zu tun habe, es sei ein Gesetz.

Rat René Bremer bittet darum aussprechen zu dürfen. Seiner Meinung nach sollten sie sich beim Innenministerium erkundigen, beziehungsweise eine Klage einreichen. Das nächste Mal sollen sie ihnen dann schriftlich vorlegen, ob sie etwas falsch gemacht haben. Falls sie einen Fehler gemacht hätten, seien sie selbstverständlich bereit diesen zu berichtigen. Es sei jedoch besser, wenn sie sich als erstes informieren würden, anstatt die ganze Zeit darüber zu diskutieren. Sie solle ihnen eine Antwort des zuständigen Ministers vorlegen.

Rätin Karin Seywert fällt Rat Bremer erneut ins Wort und erklärt, dass sie zunächst im Gemeinderat nachfragen wolle. Sie wolle kooperieren und nicht auf Konfrontation setzen. Die Antwort würde selbstverständlich auch zur Kenntnis genommen.

Bürgermeister Henri Haine ergreift das Wort und erklärt, dass es nun genug sei. Er habe ihr das Wort nicht erteilt und sie nur sprechen dürfe, wenn er ihr es ausdrücklich erteile, da er der Präsident dieses Rates ist.

Rätin Karin Seywert hebt die Hand um das Wort zu erhalten.

Bürgermeister Henri Haine verweigert ihr das Wort, weil der Punkt ausreichend diskutiert worden sei. In seinen Augen wolle sie nicht kooperieren, da sie das Thema immer wieder aufgreifen würde. Auch ihre wiederholten Nachfragen bei Ministerium, ob das Gesetz eingehalten wurde, zeige, dass sie nicht kooperativ sei. Damit sei für ihn alles zu diesem Punkt gesagt.

PUNKT 2 DER TAGESORDNUNG
Informationen und Korrespondenz:

2.1. Informationen des Schöffenrates
2.2. SYVICOL – Bericht des Komitees

Bürgermeister Henri Haine leitet den nächsten Punkt ein und legt dar, dass dem Gemeinderat bekannt sei, dass mehrere Projekte derzeit in Umsetzung seien, unter anderem auf dem Hierzesprong. Aufgrund der Wetterbedingungen hätten einige

Arbeiten nicht ausgeführt werden können, sodass die Fräsarbeiten sowie die Erneuerung des Asphalts möglicherweise erst im März oder April des kommenden Jahres erfolgen könnten. Andere Arbeiten der Phase 1 seien bereits abgeschlossen worden. Wie bereits zuvor angedeutet, solle der weiter unten gelegene Fußgängerstreifen im Bereich des Spielplatzes mit Berliner Kissen und einer Erhöhung ausgestattet werden, um die Sicherheit zu verbessern. Gestern habe er festgestellt, dass auf Facebook eine Information zum vorerwähnten Spielplatz bei Servior veröffentlicht worden sei. Dieser werde über einen längeren Zeitraum nicht zugänglich sein, nicht nur aufgrund der Errichtung des neuen Spielplatzes, sondern auch wegen umfangreicher Arbeiten an der Brücke. Da der genaue Zeitrahmen nicht im Voraus festgelegt werden könne, sei ein Zeitraum bis Ende 2027 angegeben worden. Es könne jedoch sein, dass die Arbeiten früher abgeschlossen würden, da die wesentlichen und größeren Maßnahmen innerhalb dieses Zeitraums vorgesehen seien. Dann hätten sie auch über die Wohnungen in der Rue de la Fontaine gesprochen. Die Endbearbeitung laufe, und es seien mehrere Abnahmen durch Luxcontrol für Ende November vorgesehen. Er hoffe, dass die Fristen eingehalten werden könnten. Zusätzlich seien noch Umgebungsarbeiten erforderlich, unter anderem bei der Maison Relais, wo noch ein Spielplatz errichtet werden müsse sowie ein Fahrradabstellraum vorgesehen sei. Er hoffe, dass die Sozialwohnungen im Frühjahr, gemeinsam mit dem zuständigen Minister, eingeweiht werden können, denn man sei besonders stolz, dass weitere Sozialwohnungen in Rümelingen geschaffen wurden. Diese würden auch vom Staat mitfinanziert. Zum neuen Abfallreglement werde er sich nicht äußern, dies werde Schöffe Jimmy Skenderovic unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt übernehmen. Die Arbeiten des neuen synthetischen Spielfeldes seien abgeschlossen, sodass nun die Beantragung der letzten Subventionsrate vorbereitet werden könne. Dies seien alle Punkte, über die er berichten wollte, gewesen. Dann würde noch ein Bericht des Syvicol vorliegen und ob jemand Fragen dazu habe. Alsdann gibt er das Wort an Rat André Theisen.

Rat André Theisen zeigt sich erstaunt, dass er das Wort erhält, denn er habe nicht auf sich aufmerksam gemacht.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass er seine Handgeste so gedeutet habe.

Rat André Theisen hat dann doch eine Anmerkung betreffend dem Punkt 5 des Berichtes von Syvicol und liest vor: […] portant sur l'accessibilité à tous des lieux ouverts au public, des voies publiques et des bâtiments d'habitation collectifs … relative au patrimoine culturel […]. Diesbezüglich wolle er wissen ob in Rümelingen alle öffentlichen Gebäude und Orte für gehbehinderte Personen zugänglich sind.

Bürgermeister Henri Haine erläutert, dass dies in älteren Gebäuden sicherlich nicht der Fall sei. Soweit er sich erinnere, gebe es ein Gesetz, das vorschreibe, dass entsprechende Anpassungen innerhalb von etwa zehn Jahren, mittlerweile seien es wahrscheinlich nur noch acht Jahre, gemacht werden müssten. Im Rahmen des Wohnungspaktes würde dies überprüft und umgesetzt werden. Demnächst würden zudem die Arbeiten beim Hotel Penning beginnen, damit dieses besser zugänglich sein werde. Es sei jedoch möglich, dass für einige Gebäude künftig eine Ausnahmegenehmigung beantragt werden müsse. Die Anpassung älterer Gebäude an die gesetzlichen Vorgaben sei in ihrem aktuellen Zustand schwierig. Bei Neubauten oder älteren Gebäuden mit ausreichendem Platz sei dies hingegen problemlos umsetzbar. Im Haus Berens sei dies beispielsweise nicht möglich, da das Treppenhaus sehr klein sei. Daher sei dieses Gebäude künftig nur für bedingte Nutzungen vorgesehen oder es müsse eine andere Lösung gefunden werden. Für dieses Gebäude müssten sie ziemlich sicher eine Ausnahmegenehmigung beantragen. Ob diese erteilt werde, werde sich dann zeigen.

PUNKT 3 DER TAGESORDNUNG
Kommunale Projekte:

3.1. Genehmigung des endgültigen Projekts betreffend die Kreuzung rue de la Croix, Grand-Rue und rue du Cimetière

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass der nächste Punkt über das endgültige Projekt in der rue de la Croix handele. Es sei vorgesehen, dass der Ingenieur der technischen Abteilung das Projekt präsentieren werde.

**** Der Ingenieur Tom Ostrihon betritt den Raum.**

Bürgermeister Henri Haine begrüßt ihn und fährt fort, dass ihnen ein endgültiger Ausführungsplan (PDD - plan définitif détaillé) des Planungsbüros Schroeder&Associés vorliegen würde. Dies sei auch nichts Neues für den Gemeinderat, es sei bereits öfters darüber diskutiert worden. Außerdem sei bereits im Haushalt 2025 eine größere Summe vorgesehen. Er wolle nur noch einmal daran erinnern, dass es ihnen darum gehe, diese gefährliche Kreuzung, wo bereits einige schwere Unfälle waren, sicherer, aber auch gehbehindertengerecht zu gestalten. Vor allem weil es die einzige Möglichkeit sei, von der rue du Cimetière ins Zentrum von Rümelingen zu gelangen, ohne Treppen gehen zu müssen. Deswegen sei vorgesehen gewesen ein Ampelsystem zu installieren, welches auch im endgültigen Projekt festgehalten wurde. Außerdem wolle er noch klarstellen, dass die Ausgabe für den Kauf des anliegenden Gebäudes nicht im Betrag von rund 830.000 Euro, über welchen abgestimmt werden soll, inbegriffen ist. Diese Summe sei tatsächlich nur für die Umgestaltung der Kreuzung sowie die Errichtung der Verkehrsampeln. Dieses Haus würde aber, vor der Fertigstellung dieses Projektes, abgerissen werden, weil sie vermeiden wollen, dass die Kreuzung neu mit Verkehrsampeln gestaltet wurde und dann erst das Haus abgerissen werde. Der Schöffenrat habe auch entschieden, dass nach dem Abriss dieses Hauses kein kleiner Neubau errichtet, sondern dieser Platz so beibehalten werde. Er erteile dem Ingenieur Tom Ostrihon das Wort um das Projekt kurz vorzustellen.

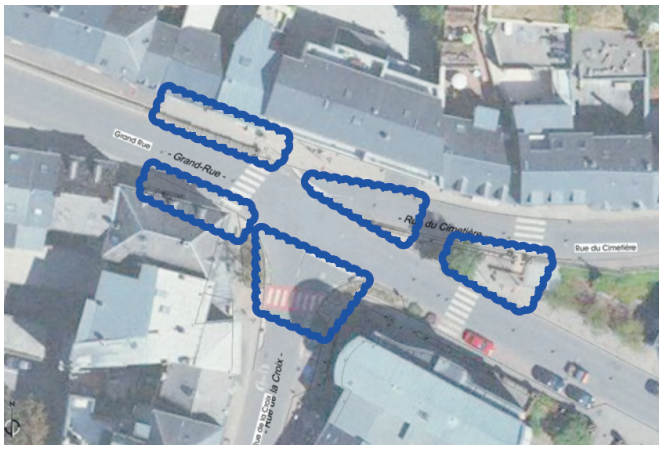
Ingenieur Tom Ostrihon bedankt sich beim Bürgermeister und begrüßt alle Anwesenden. Er stelle nun das Projekt in der rue de la Croix vor. Jeder kenne die berüchtigte Kreuzung. Es sei bereits viel darüber gesprochen worden, und es seien auch zahlreiche notwendige Vorstudien durchgeführt worden, um die Verkehrssituation auf der gesamten N33 – Grand-Rue – rue d'Esch, insbesondere die Anzahl der Verkehrsteilnehmer, zu ermitteln. Die Studie stamme aus dem Jahr 2022, und es sei festgestellt worden, dass täglich rund 9.000 Fahrzeuge diese Straße passieren, davon etwa 4.000 in die eine und 4.000 in die andere Richtung. Außerdem sei der Wochenverkehr sowie die Belastung der betroffenen Kreuzung geprüft worden. Diese Studien seien nicht nur wichtig für die Umsetzung des Projektes, sondern würden auch von der zuständigen Verwaltung Ponts&Chaussées verlangt werden, da diese Straße dem Mobilitätsministerium unterstehe. Aus diesem Grunde habe es länger gedauert, doch nun liege das endgültige Projekt vor

Bürgermeister Henri Haine ergreift das Wort und erinnert daran, dass auch darüber diskutiert und abgestimmt worden sei, die rue du Cimetière sowie die rue de la Fontaine auf Kayler Seite in lokale Straßen, beziehungsweise in Gemeindestraßen umzuklassieren. Dies trage dazu bei, dass die hiesige Straße verkehrsberuhigter sein werde. Erst recht, wie bereits letztes Mal erwähnt, weil die Kayler nun doch vorhaben, Poller in der rue de la Fontaine zu setzen, nachdem sie umklassiert wurde. Eine neue Verbindungsstraße zwischen der rue de la Fontaine und der rue de Rumelange würde auf der Schlackenhalde angelegt werden.

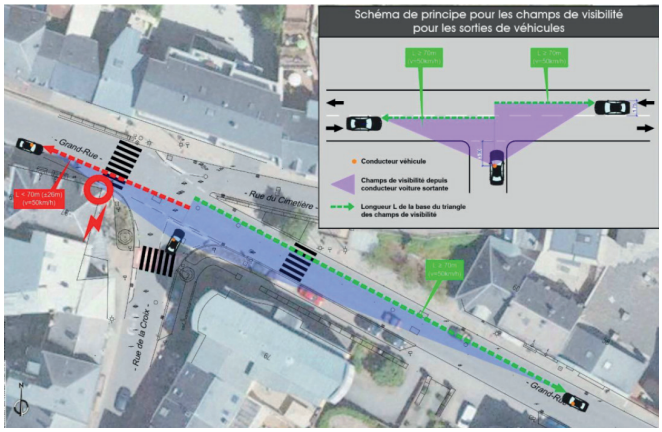
Ingenieur Tom Ostrihon fährt fort, dass die Belastung der Kreuzung zu den Spitzenstunden geprüft worden sei und welche Möglichkeiten es geben würde um die Situation zu verbessern. Neben der Verkehrsstudie sei auch noch eine Problemanalyse ausgeführt worden. Es seien ein paar Punkte identifiziert worden, darunter das Haus, 87, Grand Rue, welches der Bürgermeister erwähnt habe. Wenn man dort als Fußgänger über die Straße gehen wolle, habe man eine eingeschränkte Sicht. Außerdem sei der Bürgersteig an dieser Stelle sehr eng, also nicht PMR-konform. Hinzu komme noch, dass die schnell vorbeifahrenden Fahrzeuge eine große Gefahr für den Fußgänger darstellen. Im großen Ganzen sei der Bürgersteig entlang der Häuser nicht ideal, weswegen dort Maßnahmen ergriffen werden müssen. Auf der anderen Seite sei man dann von einer Mauer sowie einer Treppe eingekesselt, welche auch nicht PMR-konform ist. Dann befinde sich auf der anderen Seite der Kreuzung eine weitere nicht ordnungsgemäße Treppe. Außerdem sei kein Bürgersteig vorhanden, der Übergang sei zu eng und der Fußgängerstreifen entspreche nicht mehr den Normen. Aufgrund der Höhenunterschiede sei die Topografie der Kreuzung nicht optimal, weswegen die Fahrzeuge beim Hinauffahren in die rue du Cimetière, aufsetzen würden.

Bürgermeister Henri Haine wirft ein, dass dies vor allem bei erhöhter Geschwindigkeit der Fall sei. Aus dieser Sicht sei es dann doch gut.

Ingenieur Tom Ostrihon erwähnt weiter, dass der Bürgersteig auf der anderen Seite auch nicht PMR-konform sei. Ein weiteres Problem sei die Sichtbarkeit der Fußgänger welche in der rue de la Croix über die Straße gehen wollen. Dadurch dass die Fahrzeuge nahe am Fußgängerstreifen parken, würden die Fußgänger übersehen. Dies sei auch in der Grand Rue der Fall.

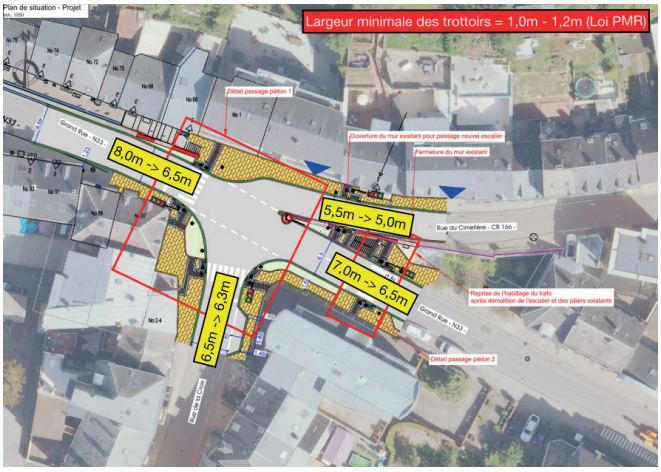


Dann, in Bezug auf die Sichtweite der Autofahrer, habe man anschließend eine optimale Sicht, genauso wie das Reglement es vorschreiben würde, wenn man aus der rue de la Croix in Richtung Dorfkern fahre. Allerdings sei das in die andere Richtung, durch das Eckhaus, nicht der Fall. Es seien nur 26 Meter, doch es müssten mehr als 70 Meter sein.

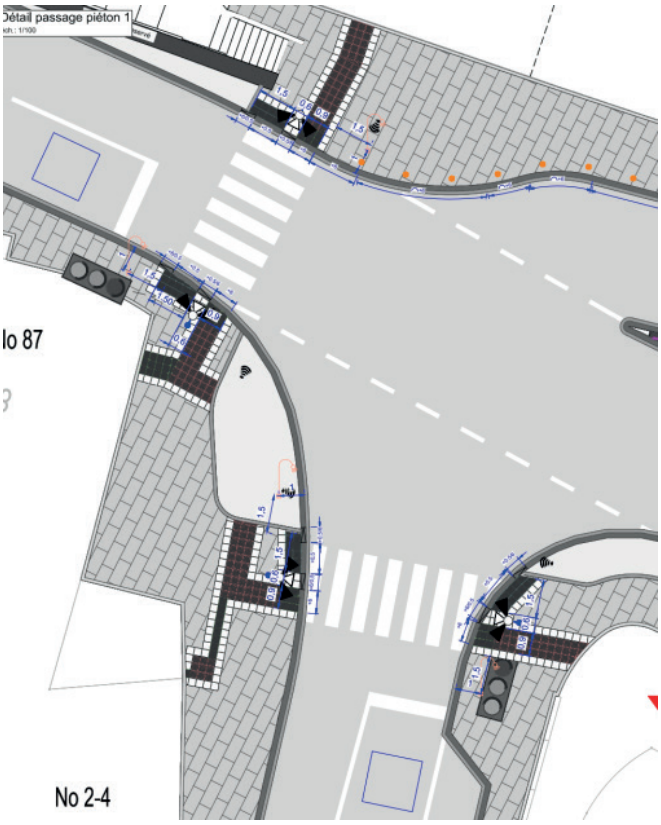


Bürgermeister Henri Haine ergänzt, dass außerdem die Fußgänger, die am Fußgängerstreifen warten, nicht frühzeitig erkannt würden, wenn man aus dem Dorfzentrum hinauffahre. Man würde sie erst auf Höhe der Kreuzung sehen. Das sei auch sehr gefährlich.

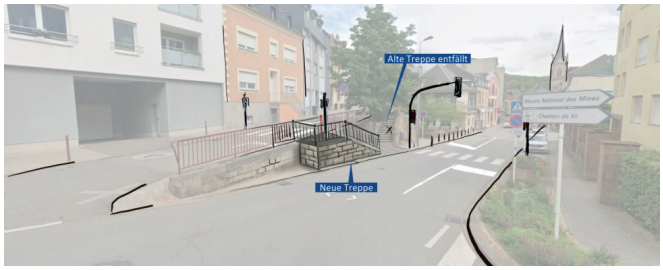
Ingenieur Tom Ostrihon erklärt weiter, dass die Autofahrer, aus der rue du Cimetière eine gute Sicht in Richtung Esch/Alzette, aber nur eine eingeschränkte Sicht in Richtung Zentrum. Also sei darüber nachgedacht worden welche Maßnahmen in Frage kommen könnten. Diesbezüglich sei erstmals der Straßenabschnitt, welcher komplett überarbeitet werden soll, festgelegt worden. Es würde sich um eine komplette Überarbeitung handeln. Inbegriffen seien die Bordsteine, der Asphalt, die Fußgängerstreifen sowie die Fahrbahn. Alle vorgeschriebenen Normen, wie z.B. die Breite der Bürgersteige, seien nach Abschluss des Projektes, eingehalten.



Damit das Projekt jedoch so umsetzbar sei, müsste die Straßenbreite an verschiedenen Stellen angepasst werden, z.B. von aktuellen 8 Meter auf 6.50 Meter, was auch die vorgeschriebene Breite von Ponts&Chaussées sei. Die Straßenbreite in der rue de Cimetière würde von 5 Meter auf 5.50 Meter erhöht und in der Grand Rue von 7 Meter auf 6.50 Meter reduziert werden. Wie bereits erwähnt seien das Haus sowie die Mauer welche alles einkesseln, die größten Probleme und durch die Straßenverengung würde der Verkehr etwas beruhigt werden. Auf dem nächsten Bild erkenne man die Kreuzung in seiner Vollendung.



Die neuen Fußgängerüberwege würden ebenfalls beleuchtet werden. Derzeit seien sie bereits teilweise beleuchtet, jedoch noch nach älteren Vorschriften. Das bedeute, dass auf beiden Seiten der Fußgängerstreifen in der Grand Rue und in der rue de la Croix jeweils eine Beleuchtung sowie Ampeln für den motorisierten Verkehr und für Fußgänger installiert würden. Zudem würden die Fußgängerüberwege PMR-konform ausgestaltet. Zwischen der Grand Rue und der Rue du Cimetière werde eine neue, weniger steile Treppe errichtet. Diese werde näher an die Kreuzung verlegt, damit die Fußgängerüberwege regelkonform angelegt werden könnten. Das Resultat dieses Projekts sei eine deutliche Verbesserung der Sichtverhältnisse für die Autofahrer. Auch die Sicht der Verkehrsteilnehmer aus der Rue de la Croix werde verbessert. Hierbei spiele das vom Bürgermeister erwähnte Eckhaus eine Rolle, da dieses die Sicht weiterhin einschränke. Es sei daher entschieden worden, das Gebäude nicht umzubauen, sondern vollständig abzureißen, ohne Ersatzneubau. Dadurch werde nicht nur den geradeaus fahrenden Fahrzeugen, sondern auch dem Verkehr in Richtung Ortszentrum eine bessere Sicht gewährleistet. Die Schleppkurven der Feuerwehr- und Müllfahrzeuge seien selbstverständlich ebenfalls berechnet worden. Anschließend präsentiert er ein 3D-Modell der neuen Treppe und der Ampelanlage.



An der Topografie könne leider nicht viel verändert werden. Nur die Neigung in der rue du Cimetière könne etwas abgeflacht werden. Durch die Einführung der Ampelanlage, würden die Verkehrsteilnehmer nicht mehr in der Kreuzung stehen bleiben um abzubiegen. Überall seien Bodenmarkierungen zum Anhalten definiert und die Ampelanlage regele alles andere.

Rätin Carole Marx hakt nach, ob es weiterhin verboten sein werde, aus der Grand rue in die rue du Cimetière einzubiegen.

Ingenieur Tom Ostrihon bestätigt die Aussage und ergänzt, dass es technisch nicht machbar sei.

Rätin Monique Schelinsky meint, dass man das doch ab und zu sehen würde.

Ingenieur Tom Ostrihon antwortet, dass es dann an der Polizei sei, durchzugreifen.

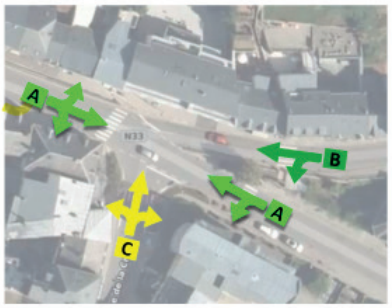
Rätin Monique Schelinsky will wissen ob die Ampelanlage nur für die Fußgänger sei oder auch für die Fahrzeugführer.

Ingenieur Tom Ostrihon bestätigt, dass sie für alle Verkehrsteilnehmer sei, dadurch würde die Straße sicherer werden. Durch eine Ampelanlage würde der Verkehr in die Länge gezogen werden. Aus der Verkehrszählung seien nicht nur die Anzahl der Autofahrer, sondern auch die jeweiligen Wartezeiten aller angren-

zenden Straßen ermittelt worden. Morgens habe die Kreuzung eine Qualitätsstufe von C und abends von B. Das bedeute, dass es zu Wartezeiten bis zu 70 Sekunden kommen würde. Durch die Ampelanlage würde die Kreuzung morgens bei C bleiben, doch der Verkehr würde in einigen Straßen abgebremst werden. Abends hingegen, während der Spitzenstunden, würde die Qualitätsstufe aufgrund des starken Verkehrs und der längeren Wartezeiten an den Ampeln auf D sinken. Der Vorteil sei jedoch, dass sich Ampeln beim Précoce, in der rue de la Croix sowie vor der Gemeinde befinden, so dass der Verkehr abgebremst werde und nicht mehr mit überhöhter Geschwindigkeit über die Kreuzung gefahren werden könne. Es sei selbstverständlich möglich die Ampelanlagen miteinander abzustimmen damit nicht jedes Fahrzeug inmitten des Dorfes für Stau sorge. Das sei später eine Frage der Einstellung.

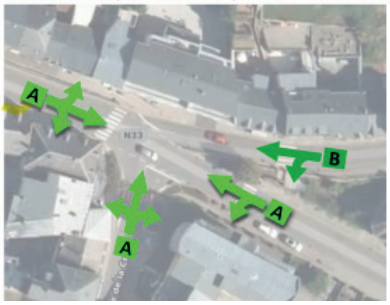
Bestandsanalyse
HBS Berechnung - Bestand

Morgendliche Spitzenstunde (07h00 – 08h00 Uhr)



Verkehrsstrom		Wartezeit [s]	QSV HBS
K1		3,6	A
K2		22,1	C
K3		3	A
K4		15	B
Σ			C

Abendliche Spitzenstunde (17h30 – 18h30 Uhr)



Verkehrsstrom		Wartezeit [s]	QSV HBS
K1		2,7	A
K2		7,4	A
K3		2,3	A
K4		11,7	B
Σ			B

Verkehrstechnische Analyse
HBS Berechnung – LSA + neue Treppe

Morgendliche Spitzenstunde (07h00 – 08h00 Uhr)



Verkehrsstrom		Wartezeit [s]	QSV HBS
K1		14	A
K2		38	C
K3		21	B
K4		53	C
Σ			C
Fußgänger			D

Abendliche Spitzenstunde (17h30 – 18h30 Uhr)



Verkehrsstrom		Wartezeit [s]	QSV HBS
K1		21	B
K2		46	C
K3		28	B
K4		53	D
Σ			D
Fußgänger			D

Dann komme er zur Kostenschätzung. Alleine für die Arbeiten sei ein Betrag von 605.000 Euro ohne Steuern vorgesehen. Inbegriffen seien zahlreiche Arbeiten.

Schroeder & Associés

Réaménagement du carrefour N33/CR166 à Rumelange

Devis estimatif

Montant des travaux (hors TVA)	605 000,00 €
Honoraires ingénieur (hors TVA)	105 105,71 €
TVA sur travaux 17%	102 850,00 €
TVA sur honoraires 17%	17 867,97 €
Total travaux, honoraires et TVA comprise	830 823,68 €
Arrondi à	831 000,00 €

Dann müssten auch noch die Planungsbüros, Geometer, usw. bezahlt werden. Dieser Betrag liege, ohne Steuern, bei 105.000 Euro. Dies alles zusammen gerechnet sei ein Gesamtbetrag von 831.000 Euro. Es sei auch die Frage aufgekommen wann damit begonnen werde. Die Ausschreibung soll im Dezember stattfinden, so dass die Firmen, während 30 Tagen, die Akte herunterladen und Angebote abgeben können. Sie hätte auch im November ausgeschrieben werden können, doch dann sei die Öffnung in die Urlaubszeit gefallen weswegen entschieden wurde, sie Anfang Dezember zu machen und im Januar zu öffnen. Anschließend habe das Planungsbüro 60 Tage Zeit alles zu kontrollieren und nötige administrative Dokumente anzufordern, bis der Schöffenrat dann den Auftrag vergeben kann. Es würden zwei Ausschreibungen gemacht werden, einerseits für den Tiefbau und anderseits für die Ampelanlage. Beide werden über das Portal der öffentlichen Aufträge gemacht und ob sie eine oder mehrere Angebote erhalten, sei abzuwarten. Die Arbeiten in der Kreuzung könnten dann im April anfangen. Die Bauzeit betrage jedoch 6 Monate, weil in den fließenden Verkehr eingegriffen werde, so dass das komplette Projekt, mitsamt den Betriebsferien, im November abgeschlossen sein müsste. Ponts&Chaussées sei das Projekt auch zugeschickt worden, damit man ihre Genehmigung erhalte. Sie würden hoffen die Antwort während der Ausschreibungsphase, spätestens bis März, zu erhalten um dann anfangen zu können. Er bedankt sich dann beim Gemeinderat für das Zuhören.

Bürgermeister Henri Haine fragt ob es Fragen an den Ingenieur geben würde.

Rätin Carole Marx möchte wissen ob die Einstellung der Ampelanlage von der Gemeinde gemacht werden könne oder ob es die Kompetenz von Ponts&Chaussées sei.

Ingenieur Tom Ostrihon erklärt, dass sich doch an Regeln gehalten werden müsse. Während den Spitzenstunden müsse vom Fußgänger auf den Schalter gedrückt werden, und die Ampel schalte dann auf Rot. Außerhalb dieser Zeiten bleibe sie auf Orange, genauso wie die Ampeln im Dorfzentrum. Für morgens und abends sei das alles zeitlich geregelt. Die Gemeinde habe ein gewisses Mitspracherecht, doch es müsste Ponts&Chaussées erstmals vorgelegt werden und sie würden es dann genehmigen.

Rätin Carole Marx fragt weiter ob die Ampeln nahe des Précoce zusammen mit der Ampelanlage programmiert werden können.

Ingenieur Tom Ostrihon antwortet, dass das möglich sei. Wenn es gewünscht sei, könnten sie zu den Spitzenstunden so programmiert werden, dass sie den Verkehr etwas drosseln.

Rätin Carole Marx will Wissen ob diese Ampel auf Rot schalten kann, wenn jemand zu schnell fährt.

Ingenieur Tom Ostrihon erwidert, dass das hier im Land nicht erlaubt sei.

Rätin Carole Marx meint, dass eine solche Ampel in der rue d'Esch doch wichtig sein könnte.

Ingenieur Tom Ostrihon legt dar, dass die Radarampeln in anderen Ländern erlaubt seien, hier jedoch nicht.

Rat André Theisen erhält das Wort und offenbart, dass schon lange über diese Sache gesprochen worden sei. Es sei gut, dass sie in dieser Sache endlich zum Ende kommen würden. Vorhin sei erklärt worden, dass es noch dauern würde bis Ponts&Chaussées seine Antwort geben, beziehungsweise seine Genehmigung erteilen werde. Es müsse jetzt abgewartet werden, denn früher sei immer gesagt worden, dass Ponts&Chaussées keine Genehmigung erteilen werde. Deswegen würden sie alle hoffen, dass es diesmal der Fall sein werde, denn er finde das Projekt sehr gut. Dann habe er noch eine Frage an den Bürgermeister. Er wolle wissen, wie es möglich sei, dass bei einem so wichtigen Projekt die Verkehrskommission nicht zusammengekommen sei. Seit Beginn der neuen Zusammensetzung, habe diese Kommission über anderthalb Jahre nicht betagt. Dies sei jedoch ein Projekt welches in der Kommission hätte vorgestellt werden, um die Leute zu informieren.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, dass dem Gemeinderat das Projekt nun vorgestellt worden sei und wenn das Projekt nicht in der Verkehrskommission gezeigt worden sei, sei das eine Tatsache. Warum das so sei, wisse er nicht.

Rat André Theisen weist daraufhin, dass es lediglich eine Frage sei, doch es würden noch andere Kommissionen geben die nicht tagen würden. Seiner Meinung nach sei dieses Projekt sehr wichtig für Rümelingen, weil es dort sehr viele Probleme gab. Jeder der aus der rue du Cimetière in die Grand Rue abbiegen wolle, wisse dass das nicht immer so einfach sei.

Rätin Karin Seywert ergänzt, dass die Mitglieder der Verkehrskommission es bedauern würden, dass während anderthalb Jahren keine Sitzung mehr stattgefunden habe.

Bürgermeister Henri Haine nimmt diese Aussage zur Kenntnis und leitet die Abstimmung ein.

**** Das Projekt wird einstimmig angenommen.**

PUNKT 4 DER TAGESORDNUNG Kommunale Verordnungen:

4.1. Anpassung der kommunalen Abfallentsorgungsverordnung

Bürgermeister Henri Haine leitet den nächsten Punkt über die Abfallverordnung ein. Es seien einige Anpassungen, auch betreffend der Kaution, sowie Verbesserungen unverständlicher Textpassagen gemacht worden. Anschließend erteilt er Herrn Skenderovic das Wort um die nötigen Erklärungen abzugeben.

Schöffe Jimmy Skenderovic bedankt sich beim Bürgermeister und begrüßt alle Anwesenden. Anschließend erklärt er, dass es nach mehr aussehen würde als tatsächlich angepasst

worden sei. Der Gemeindesekretär habe ihnen eine Version mit allen Veränderungen zugeschickt, damit sie sofort sehen was in der Verordnung geändert wurde. Nach der Abstimmung würde der Gemeinderat dann eine angepasste Version erhalten. Dies sei hauptsächlich um alle Abänderungen auf einen Blick zu veranschaulichen. Im Laufe der letzten Monate sei festgestellt worden, dass ganz viele Leute das Prinzip immer noch nicht richtig verstanden haben. Aktuell werde noch auf 500 Rückmeldungen gewartet, um die Straßen zuzuordnen und zu kodifizieren. Dann sei es eine Tatsache, dass ganz viele Menschen immer mehr Schwierigkeiten hätten ihre normalen Rechnungen zu bezahlen. Deswegen sei darüber nachgedacht worden die im Reglement vorgesehene Kaution, vorerst, abzuschaffen. Es handele sich hierbei um das Hauptargument dieser Abänderung in der Verordnung. Gleichzeitig sei dann davon profitiert worden einige Unklarheiten zu verbessern. Die wesentliche Änderung bestehe darin, dass den Bürgern keine Kaution mehr abverlangt werde. Es sei jedoch vermerkt worden, dass diese zu einem späteren Zeitpunkt wieder eingeführt werden könne, sodass sie schrittweise angewandt werden könne, sobald die Personen umziehen. Eine solche Kaution habe jedoch ihren Vorteil, weshalb sie ursprünglich eingeführt worden sei. Dennoch habe sich gezeigt, dass dadurch der vorgesehene Zeitplan nicht eingehalten werden könne. Die Kaution werde buchhalterisch nicht wie eine klassische Rechnung behandelt. Dieses Geld müsse zunächst eingezogen werden, bevor den Bürgern eine Mülltonne ausgehändigt werde.

Die Nichtzahlung der Kaution führe jedoch zu einer Situation, in der einige Bürger bereits bezahlt und ihre Mülltonne erhalten hätten, während andere noch keine Mülltonne erhalten haben, was wiederum zu Verzögerungen führen könne. Außerdem würden damit auch die aktuellen, jedoch nicht unbedingt die zukünftigen Bewohner, entlastet werden. Deswegen sei entschieden worden diese Kaution zu streichen. Alle anderen Anpassungen seien Vereinfachungen im Text, ohne den Inhalt des Reglements zu verändern. Wenn noch Fragen seien, würde er weitere Erklärungen geben.

Bürgermeister Henri Haine bedankt sich und gibt das Wort an Rätin Monique Schelinsky.

Rätin Monique Schelinsky möchte wissen ob bezüglich dieser Änderungen bereits einen Antrag beim Umweltministerium gestellt wurde, denn die Verordnung müsste im Falle einer Abänderung im Vorfeld dem Umweltministerium zugeschickt werden.

Schöffe Jimmy Skenderovic antwortet, dass es umgedreht sei. Es könne im Vorfeld ein Antrag gestellt werden, doch dann habe letzteres nur eine beratende Funktion.

Rätin Monique Schelinsky widerspricht, dass das Umweltministerium im Vorfeld gefragt werden müsste und erst dann darüber abgestimmt werden könne.

Schöffe Jimmy Skenderovic legt dar, dass es eine solche Verpflichtung nicht geben würde. Sie hätten diese Verpflichtung damals auch nicht gehabt, sondern erst nach der Abstimmung. Die Verordnung müsste jedoch noch einmal im Memorial publiziert werden, deswegen müssten diese Änderungen dem Umweltministerium zugeschkickt werden. Dafür müsste aber eine Abstimmung des Gemeinderates beiliegen. Wie erwähnt, würde der Antrag beim Umweltministerium gemacht werden, doch seiner Meinung nach habe dies überhaupt keine Auswirkungen.

Rätin Monique Schelinsky nimmt die Erklärungen an und meint, dass es ja eigentliche eine Vereinfachung sei.

Schöffe Jimmy Skenderovic bestätigt diese Aussage und wiederholt, dass die Verordnung an das Umweltministerium verschickt werde. Es würde die gleiche Prozedur eingehalten werden wie damals. Dies verhindere aber nicht, dass, wenn in Zukunft festgestellt werde, dass etwas nicht gut funktioniere, die Verordnung nicht einmal angepasst werden müsse.

Rätin Monique Schelinsky meint, dass das nicht ausbleiben würde und zeigt sich erschreckt, dass noch 500 Rückmeldungen fehlen. Dadurch würde das gesamte Projekt in Verspätung geraten, weil es nicht so laufen würde wie geplant.

Schöffe Jimmy Skenderovic bestätigt diese Aussage.

Rätin Monique Schelinsky fragt ob die bestellten Mülltonnen rechtzeitig geliefert würden.

Schöffe Jimmy Skenderovic offenbart, dass das gut aussehen würde. Einige Mülltonnen seien schon geliefert worden, aber noch nicht alle.

Rätin Monique Schelinsky stellt fest, dass zunächst ausreichend Mülltonnen vorhanden sein müssten, damit jede und jeder seine Mülltonne erhalten könne, bevor das Konzept richtig anlaufen könne. Ob letzteres planmäßig am 1. Januar anlaufen werde, bleibe noch abzuwarten.

Schöffe Jimmy Skenderovic erläutert, dass ein Teil geliefert wurde, er wisse die genaue Anzahl aber nicht. Ein anderer Teil sei vor einem Monat angekommen. Dann sei gestern oder heute noch eine zweite Lieferung eingetroffen. Die Lieferung schreite gut voran.

Rätin Monique Schelinsky meint, wenn ein genaues Datum festgelegt würde, sei die Umsetzung nicht immer so einfach.

Schöffe Jimmy Skenderovic legt dar, dass der Auftragnehmer sich an eine Lieferungsfrist halten müsse. Habe er Verspätung, müsse er eine Strafe zahlen und sie hätten einen anderen Lieferanten fragen können.

Rätin Monique Schelinsky meint, dass ein neuer Lieferant auch seine Zeit brauche.

Schöffe Jimmy Skenderovic weist daraufhin, dass der Auftragnehmer sich an seine Frist gehalten habe.

Rat André Theisen merkt an, dass er es vorhin schon angedeutet habe. Auch diese Änderung hätte in der Reglementskommissioun vorgestellt werden sollen. Die neue Verodnung sei auch in der Kommission vorgestellt und angenommen worden, was auch ganz gut war. Demnach sollte in der Kommission auch über die Änderungen gesprochen werden.

Bürgermeister Henri Haine erläutert, abgesehen von der Kaution, seien es nur textuelle Änderungen gewesen. Sowie Herrn Skenderovic erklärt habe, seien es nur Anpassungen im Text gewesen, weil letzterer nicht ganz klar war, insbesondere in Hinblick auf die variable Gebühr und feste Gebühr. Das sei etwas unverständlich gewesen und es handele sich um eine einfache Änderung zwecks Verbesserung.

Rat André Theisen erwidert, dass er es auch gut finden würde, wenn Verbesserungen in einer Kommission vorgestellt würden. Ansonsten bräuchte man keine Kommissionen..

**** Die Anpassungen werden einstimmig angenommen.**

PUNKT 5 DER TAGESORDNUNG Städtebau:

5.1. Genehmigung einer notariellen Urkunde eines Grundstückes - rue du Cimetière

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass er nun zu einem kleineren Punkt übergehen werde. Es handle sich um nichts Neues, da bereits über den Verkauf der Parzelle abgestimmt worden sei. Nun liege die notarielle Urkunde vor. Es wäre jedoch hilfreich gewesen, wenn erneut ein Auszug aus dem Katasterplan beigefügt worden wäre. Es handele sich um die kleine Parzelle in der Rue du Cimetière, an der Ecke, an der der Weg zum Tierasyl hinaufführe. Die Gemeinde habe einen Teil dieser Parzelle verkauft, damit der angrenzende Eigentümer die Möglichkeit habe, sein Grundstück zu erweitern. Nun liege die notarielle Urkunde vor. Der Kaufpreis belaufe sich auf lediglich 29.900 Euro, da es sich, wie bereits erwähnt, um eine kleine Parzelle von knapp einem halben Ar handele.

Rat André Theisen bedankt sich beim Gemeindesekretär für den Erhalt der verbesserten Urkunde, nachdem ihnen auch aufgefallen war, dass der Name einer anderen Gemeinde vermerkt war.

Bürgermeister Henri Haine lacht und meint, dass er nichts gegen mehr Grundstücke hätte, diese in der Tat jedoch weit entfernt gewesen wären.

**** Die notarielle Urkunde wird einstimmig angenommen.**

PUNKT 6 DER TAGESORDNUNG Wohnungswesen:

6.1. Genehmigung mehrerer Nachträge zu Mietverträgen für Jugendwohnungen

Bürgermeister Henri Haine leitet ein, dass es sich beim Punkt 6 um Nachträge zu Mietverträgen handelt. Der erste Teil handele um 3 Nachträge betreffend die Jugendwohnungen. Die betroffenen Wohnungen seien schon besetzt und sie würden lediglich Verlängerungen vorschlagen. In zwei Fällen würde vom 30.11 dieses Jahres bis zum 30.11 nächsten Jahres verlängert. Und im dritten Fall sei es vom 30.11 bis zum 28.02.2026. Es handele sich zum Teil um Personen welche von Frau Cathia Welter betreut werden, deswegen habe sie dies auch vorgeschlagen. Einige bräuchten mehr Betreuung als andere und es sei wie überall anders auch, die einen würden sich an alles halten, andere nicht. Doch in diesen Fällen schlage sie eine Vertragsverlängerung vor.

Rätin Monique Schelinsky möchte wissen ob es inzwischen auch schon vorgekommen sei, dass der Vertrag ausgelaufen ist und Personen umziehen mussten.

Bürgermeister Henri Haine bejaht die Frage.

Rätin Monique Schelinsky fragt wie der aktuelle Stand sei, insbesondere wie viele Wohnungen besetzt seien.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, dass momentan noch 2 oder 3 Zimmer frei seien. Diese würden, wegen der hohen Nachfrage, jedoch immer wieder schnell belegt werden. Frau Welter würde sich regelmäßig mit Antragsteller treffen um Gespräche zu führen und daraufhin würde sie dann Vorschläge unterbreiten um die Wohnungen neu zu besetzen. Wenn er sich Recht erinnere, sei vor kurzem eine Person ausgezogen oder sie stehe kurz davor. Ab dem Moment würden die Anfragen dann analysiert werden und ihre Vorschläge berücksichtigt. Sie habe ziemlich viel Arbeit, weil einige Fälle nicht so einfach seien. In Zukunft würde sie auch versuchen eine bessere Mischung zu gewährleisten. Es würden auch Anfragen von Menschen erhalten welche von sehr weit weg herkommen. Jedoch würden sie sich dann die Frage stellen ob es ihre Aufgabe sei in diesem Fall zu handeln. Es würde von Fall zu Fall abhängen, denn wenn dieser Antragssteller tatsächlich in einer sehr schwierigen Lebenslage sei, würden sie dann doch helfen, egal von woher sie kommen. Wenn diese Person eine Arbeit in der nahen Umgebung in Aussicht habe, sei es schon sinnvoll ihr auf die Beine zu helfen. Es würde aber versucht sich hauptsächlich auf die Menschen aus der Umgebung zu konzentrieren. Es würden nicht nur Rümelinger dort wohnen, sie seien eher in der Unterzahl. Dies verdeutliche, dass es ein großer Bedarf geben würde und es sei wie überall, ziemlich dramatisch.

Rätin Monique Schelinsky fragt ob also mehr Anträge gestellt würden als Zimmer vorhanden seien.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, dass das tatsächlich der Fall sei. Es würden jedoch nicht alle Anträge zurückbehalten werden. Die Antragsteller seien verpflichtet, einige Bedingungen einzuhalten. Insbesondere müssten sie die Teilnahme am sozialen Projekt mit der lokalen Mitarbeiterin gewährleisten, welche sich um die Betreuung und Begleitung kümmert.

Die Gemeinde biete drei verschiedene Modelle an. Einerseits gebe es Personen, welche eine starke Betreuung bräuchten, während sie beim zweiten Modell nur eine leichte Betreuung benötigten. Dennoch sei es viel Arbeit und viele Gespräche. Vor allem gehe es auch darum, hinter den Personen zu bleiben, damit sie eine Arbeit suchen, und wenn sie dann eine haben, dafür Sorge zu tragen, dass sie auch aufstehen und hingehen.

Rätin Monique Schelinsky fragt ob es also keine limitierte Nutzungsdauer geben würde, sodass eine Person zum Beispiel nach fünf Jahren endgültig ausziehen müsse. Wenn sie sich Recht erinnere sei das im Reglement nicht vorgesehen.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass diese Wohnungen unter die Kategorie Logements dédiés aux jeunes fallen würden und das neue Gesetz würde nur eine Altersgrenze von 32 Jahren vorschreiben. Es sei auf 30 begrenzt gewesen, doch nun sei es 32 Jahre.

Rätin Monique Schelinsky ist der Meinung, dass es 29 Jahre sei. Sie würde das dann nachschlagen.

Bürgermeister Henri Haine wiederholt, dass im Gesetz 32 Jahre stehen würde und es sei ihr überlassen, das nachzuschlagen. Er ergänzt, dass es also keine begrenzte Nutzungsdauer geben würde, sondern nur eine Altersgrenze.

Rätin Monique Schelinsky betont, dass es doch nicht der große Luxus sei.

Bürgermeister Henri Haine stimmt dem zu und erläutert, dass es kleine Zimmer, beziehungsweise kleine Studios, seien. Nichtsdestotrotz seien sie schön und modern.

Rätin Monique Schelinsky meint, dass die Bewohner sich nach einiger Zeit doch nach mehr Platz sehnen würden.

Bürgermeister Henri Haine stimmt dem zu und erklärt, dass dies davon abhänge, ob die Personen eine ordentliche Arbeit finden würden. Jeder kenne die katastrophale Situation auf dem privaten Wohnungsmarkt. Es würden sehr hohe Mieten verlangt und die Menschen würden dann tatsächlich in verschimmelten Wohnungen leben. Er stelle dies immer wieder fest. Erst vor kurzem habe er an einer Konferenz teilgenommen, auf der grausame Bilder gezeigt worden seien. Die Situation werde immer schlimmer.

Meistens betreffe dies Menschen aus anderen Ländern, die einer Arbeit nachgehen und dann in Zimmern oder Kellern ohne Fenster hausen. Auch hier gebe es häufig junge Menschen, die aufgrund ihrer früheren Probleme nur vorübergehend, beispielsweise bei einem Familienmitglied, unterkommen würden. Nach einigen Monaten werde dies jedoch oft problematisch, da sie lediglich auf einem Sofa schlafen würden. Genau deshalb sei es dann doch gut, dass sie ihre eigenen 16 oder 17 Quadratmeter, mit einem angenehmen Bett, einem Schrank und eine ordentliche Dusche, haben. Zusätzlich habe jedes Stockwerk eine Gemeinschaftsküche damit sie auch die anderen Bewohner sehen um sozialen Kontakt zu haben. Mit der Unterstützung der hiesigen Mitarbeiterin könne ihnen so geholfen werden, wieder auf die Beine zu kommen.

Rat André Theisen weist daraufhin, dass noch ein Nachtrag zu einem Mietvertrag für die Adresse 31, rue des Martyrs beiliegen würde.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, dass sie erst den Punkt der Jugendwohnungen abschließen und dann über den erwähnten Nachtrag sprechen werden.

Rätin Karin Seywert liest aus dem Gesetz vor : […] les logements dédiés aux jeunes. Est un jeune, une personne qui a moins de 26 ans au moment de l'attribution du logement […].

Bürgermeister Henri Haine bedankt sich für diese Information.

Rat Edmond Peiffer spricht Frau Welter seinen großen Dank für ihre Arbeit aus, da die ganzen Prozeduren sehr arbeitsintensiv seien.

Bürgermeister Henri Haine betont, dass sie mit diesem Projekt auch im sozialen Bereich tätig seien und dies nicht immer einfach sei. Wie bereits erwähnt, gebe es den einen oder anderen, der unter psychischen Problemen leide und zu Wutausbrüchen neige. All dies müsse die zuständige Mitarbeiterin bewältigen.

Rat André Theisen stellt fest, dass ein Vertrag nur um drei Monate verlängert werde, und möchte wissen, ob diese Person anschließend ausziehen werde. Im Vertrag sei festgehalten, dass dieser vom 30.11.2025 bis zum 28.02.2026 verlängert werde.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass dies auf dem Vorschlag der hiesigen Mitarbeiterin basiere. Er wolle die genauen Gründe jedoch nicht in einer öffentlichen Sitzung darlegen. Der Vorschlag beruhe auf der persönlichen Situation der betreffenden Person. Zudem habe diese bereits mehrere Arbeitsstellen angetreten. Leider habe sie dabei nicht immer Glück gehabt, da sie bei einer Firma beschäftigt gewesen war, die Insolvenz angemeldet hat. Inzwischen habe sie einen weiteren befristeten Arbeitsvertrag erhalten. Aus diesem Grund sei vorgeschlagen worden, den Mietvertrag um drei Monate zu verlängern, um ihr die nötige Motivation zu geben. Außerdem bleibe ihnen immer noch die Möglichkeit, sich anschließend erneut einen Eindruck zu verschaffen.

**** Die Nachträge werden einstimmig angenommen.**

D'STAD RËMELENG - LA VILLE DE RUMELANGE

01. SCHÄFFEROT – COLLÈGE DES BOURGMESTRE ET ÉCHEVINS

HAINE Henri, Buergermeeschter
MUHOVIC Elvedin, Schäffen
SKENDEROVIC Jimmy, Schäffen

02. DE GEMENGEROT – CONSEIL COMMUNAL

HAINE Henri, Buergermeeschter
MUHOVIC Elvedin, Schäffen
SKENDEROVIC Jimmy, Schäffen
BREMER René, Conseiller
MARX Carole, Conseillère
PEIFFER Edmond, Conseiller
SCHELINSKY Monique, Conseillère
SEYWERT Karin, Conseillère
THEISEN André, Conseiller
TINTINGER Jessica, Conseillère
WAGNER Patrick, Conseiller

03. SEKRETARIAT – SECRÉTARIAT

WINCKEL Jérôme, Gemengesekretär
NOESEN Yves, Fonctionnaire
KOVACEVIC Tanja, Fonctionnaire
NAEGELIN Gigi, Fonctionnaire
DAHM Kelly, Fonctionnaire
HEIL Max, Fonctionnaire
IVESIC Luca, Employé

04. BIERGERZENTER – BUREAU DE LA POPULATION / ÉTAT CIVIL

KIRSCH Régis, Préposé vum Populatiounsbüro
ARENDT Boris, Fonctionnaire
BOEVER Jill, Fonctionnaire
THILL Stéphane, Fonctionnaire

05. JUGENDWUNNEN – LOGEMENTS POUR JEUNES

WELTER Cathia, Éducatrice graduée

06. GEMENGEKEESS – SERVICE RECETTE

SCHMIT Jean-Philippe, Receveur
KOROGLANOGLOU Paule, Fonctionnaire
FALCHERO Sven, Fonctionnaire

07. FACTURATIOUN – SERVICE FACTURATION

SCHAEFFER Tania, Fonctionnaire

08. TECHNESCHEN DÉNGSCHT – SERVICE TECHNIQUE

OSTRIHON Tom, Fonctionnaire, techneschen Ingenieur
GOMES SANTOS Ivo, Informatiker
HANSEN Steven, Fonctionnaire
VAEL Jérôme, Fonctionnaire
MICARELLI Joé, Fonctionnaire

09. SERVICE REGIES

Chef de service: MOLITOR Serge, Fonctionnaire
Chef de service adjoint: KRIER Gilles, Fonctionnaire
Secrétariat: PITICCO Jeff, Fonctionnaire
DACONECIAO Matilde, Apprentie
Délégué à la sécurité: ZIMMERMANN Tim

a) Service Atelier, Service Voirie, Service Circulation:

Chef d'équipe dirigeant: WILHELM Kai
Chef d'équipe: MORCINEK Sven
Chef d'équipe remplaçant: GRECO Raffaele
Handwierker: TARANIS Edin
WAMPACH Gilles
DA SILVA Marco
HENRIQUES Louis
Hëllefshandwierker: GRÜN Romain
MARTINS FERNANDES Fernando
MATOS MARQUES José
Gemengenaarbechter: PEREIRA PENAS Joël
RAMDEDOVIC Eldat
DE ANGELIS Christian
Chauffeur: COELHO Ricardo
FERREIRA DA SILVA Roger
KERSCHEN Serge

b) Service de jardinage:

Chef d'équipe:	DECKER Ramon
Chef de file:	SANTIAGO David
Handwierker:	LAMBERT Fabien
	SKOPOSKI Marco
	RICHTER Keven
Gemengenaarbechter:	JAEGER Thierry
	SCHOLTES Christian
	STRAUS Alain
Doudegriewer:	BETZ Marcel

c) Opsiicht an Ënnerhalt vun de Gebaier – Surveillance et entretien des bâtiments

Concierge:	ZIMMERMANN Ben

d) Ënnerhalt vun de Gebaier – Entretien des bâtiments

Chef d'équipe:	KRIER Tamara
	AVDIU Mimoza

Équipe:

AGOVIC Zehra
ARENSDORFF Georgette
ASSAD Zineb
BABACIC Zlata
CEMAN Aldina
FLAMMINII-MINUTI Graziella
FRANÇOIS Véronique
GONCALVES FERREIRA Natalia
JUNCKEL Denise
KOLIADIOUK Elena
LEAL Maria Dalila
LEJEUNE Carole
MEHOVIC Aldijana
MIRATI Mounia
MUHOVIC Enesa
MURATOVIC Zumreta
MURIC Enisa
OANCEA Maria Camelia
PACARIZ Edina
PEREIRA RODRIGUES Luisa
PIZZAFERRI Diana
POPESCU Nicoleta
PRIETO BOHY Isabelle
RADINOVIC Gordana
RAMIC Sabina
RODRIGUES DOS SANTOS RIBEIRO BILHOTO Eugénia Maria
SCHANK Marie-Claire
STAFF Christine
WELTER Sandra
ZWANK Corinne

10. D'POMPJEEËN – CORPS GRAND-DUCAL D'INCENDIE ET DE SECOURS (CGDIS)

KRIER Gilles, Chef de centre

11. FIERSCHTER – GARDE-FORESTIER

SANNIPOLI Daniel, Fierschter, Chef vum Revéier Käl

12. D'POLICE – LA POLICE GRAND-DUCALE

CARDONI Carlo, Commissaire en chef
CHARLET Kevin, Commissaire en chef
CHARLET Mandy, 1er Commissaire
BLASEN Sam, 1er Commissaire
FAUTSCH Marc, Commissaire
STEINMETZ Tim, Commissaire-adjoint
WEYER Ben, Commissaire-adjoint
HIPPERT Frank, Inspecteur-adjoint
KOOB Max, Inspecteur-adjoint
DE IACO Simon, Inspecteur-adjoint
DI BIASE Emanuele, Civiliste

13. AGENT MUNICIPAL

SCHMIT Sylvie

14. SEA Roude Fiels

ROHMANN Sacha, Chargé de direction
VAZZOLER Kevin, Chargé de direction adjoint
FUMANTI Ines
GAMMAR Mehdi
KOESLING Malou
MARCHITELLI Valeria
MARTINS Isabelle
METZLER Conny
MOREIRA CARNEIRO Kilian
PERSONENI Amandine
POMPEI Béatrice
SABATELLI Maria
SCHAMBURGER Carole
SOARES Brasinda
STEFFEN Christiane
TAVARES Edison
TRIA Claudia
BHUTIA Sherap
DA SILVA SANTOS Daniela
GONCALVES Pedro
HEITZ Andrée
MARX Sheila
RAMOS COIMBRA Gonçalo
SAMPAIO Carla
TABAKOVA Natalia
LIBER Sally
SILVA MEDEIROS Sara
QUEIROS PEREIRA Lara
BOIANO Giandomenico
GOBAC Amélie, Apprentie
NUMANOVIC Semiha, Apprentie

15. D'RËMELENGER SCHOULEN – LES ÉCOLES DE RUMELANGE (2025/2026)

a) Fréierzéiungsunterrecht - Éducation précoce

KRAWZYK Nathalie, Enseignante
PRENTIC Ervin, Éducateur
MARX Tessy, Enseignante
WEBER Astrid, Éducatrice

b) D'Spillschoul - Éducation préscolaire

CYCLE 1 TITULAIRES:

DIDIER Isabelle – Cycles 1.1 et 1.2
DONDELINGER Tammy – Cycles 1.1 et 1.2
DRUART Danny, 50% Tâche – Cycles 1.1 et 1.2
FALKENSTEIN Anne, 16h Tâche – Cycles 1.1 et 1.2
KIMMEL Sonja – Cycles 1.1 et 1.2
KRIER Jessica – Cycles 1.1 et 1.2
OBERLINKELS Nathalie, 50% Tâche– Cycles 1.1 et 1.2
THILL Jessica – Cycles 1.1 et 1.2
WAGNER Cynthia – Cycles 1.1 et 1.2
ZWANK Nathalie, 75% Tâche – Cycles 1.1 et 1.2

CYCLE 1 – AUTRES INTERVENANTS:

GASPAR Mélanie, 100% Tâche Surnuméraire – Mesures de différenciation (appui supplémentaire autre que l'appui pédagogique)
WIES Laurence, 100% Tâche Surnuméraire – Mesures de différenciation (appui supplémentaire autre que l'appui pédagogique)
remplacée par M^{me} DAUBACH Nadine
DRUART Danny, 50% Tâche Surnuméraire – Mesures de différenciation (appui supplémentaire autre que l'appui pédagogique)
KIGGEN Lynn, 50% Tâche Surnuméraire – Mesures de différenciation (appui supplémentaire autre que l'appui pédagogique)

c) Primärschoul, Grondschoul - École primaire, Enseignement fondamental

CYCLE 2 TITULAIRES:

DI GIAMBATTISTA Claudia – Cycle 2.1
DA CRUZ MENDES Melany – Cycle 2.1
HERMES Martine – Cycle 2.1
PESCATORI Claudia – Cycle 2.1
WINTERSDORF Elisabeth – Cycle 2.1

ANDRIOLO Chiara – Cycle 2.2
DECKER Joé – Cycle 2.2
SABBATUCCI Rachel – Cycle 2.2
THOMMES Gisèle – Cycle 2.2
ZECHES Esther – Cycle 2.2

CYCLE 2 – AUTRES INTERVENANTS:

BAHOVIC Adela
LORANG Laurence
SERVE Tania

CYCLE 3 – TITULAIRES:

BERNARD Corinne – Cycle 3.1
HARDY Atêle – Cycle 3.1
KLEBER Kim – Cycle 3.1
KÜHN Steve – Cycle 3.1
TINTINGER Manon – Cycle 3.1
ESCHETTE Jennifer– Cycle 3.2
FREYMANN André – Cycle 3.2
GOEDERT Max – Cycle 3.2
TINTINGER Laurence – Cycle 3.2

CYCLE 3 – AUTRES INTERVENANTS:

PHILIPPE Lynn, 75 % Surnuméraire
MARTINS Vanessa, 100 % Surumméraire
WILMES Jean, 100 % Surnuméraire

CYCLE 4 – TITULAIRES:

HOFFMANN Georges – Cycle 4.1
MATHIAS Alain – Cycle 4.1
MOHNEN Glenn – Cycle 4.1
STEFFEN Malou – Cycle 4.1

BAUSCH Frank – Cycle 4.2
JUSTEN Yann – Cycle 4.2
LORANG Steve – Cycle 4.2
ROCK Lynn – Cycle 4.2
WILTGEN Anne-Marie – Cycle 4.2

CYCLE 4 – AUTRES INTERVENANTS:

CAMPORESE Sascha
DAUPHIN Cherryl, remplacée par ZIRVES Edmée
SPITZER-LEMOINE Julika

CYCLE 2,3 + 4 – AUTRES INTERVENANTS:

LATA DE JESUS Naomi, 100 % Tâche Surnuméraire

HORS-CYCLES:

Cours d'accueil : 3 x 23 hrs
BERNABEI Sandy, 75 % Tâche
KIGGEN Lynn, 50 % Tâche
LAROCHE Lynn, 75 % Tâche

Förderzentrum:
GOEBEL Anne, 75 % Mesures de différenciation
(appui supplémentaire autre que l'appui pédagogique)
MOLINA Caroline, 100 % Mesures de différenciation
(appui supplémentaire autre que l'appui pédagogique)

I-EBS (Instituteur spécialisé dans l'encadrement des élèves à besoins particuliers et spécifiques) : RIZZI Candi

A-EBS (Assistant pour élèves à besoins spécifiques) : SCHORN Tatjana

RP école d'attache Rumelange
DAUBACH Nadine
ZIRVES Edmée
TESSARO Carole
KEHL Benedikt
RODRIGUES Alexia

d) Schouldokteschdéngscht - Service médical scolaire

KOLBACH Josiane, Assistentin
Dr. ISLER Jean-Pascal, Dokter
Dr. THOMMES Ferd, Zänndokter

e) Comité des enseignants

FALKENSTEIN Anne, Presidentin vum Komitee
DA CRUZ MENDES Melany
HARDY Atêle
KIGGEN Lynn
KRAWZYK Nathalie
PESCATORI Claudia
ROCK Lynn
HOFFMANN Georges
WINTERSDORF Elisabeth

f) Direction de région

MISCHAUX Joël, Direkter
BELLAGAMBA Daniela, Sous-Direktesch
VAESSEN Paul, Sous-Direkter
GAFFINET Simone, Sous-Direktesch

ADMINISTRATION COMMUNALE - HEURES D'OUVERTURE

Hôtel de Ville	Central téléphonique	56 31 21 - 1
Collège échevinal	HAINE Henri, bourgmestre	56 31 21 – 201
	MUHOVIC Elvedin, échevin	56 31 21 – 202
	SKENDEROVIC Jimmy, échevin	56 31 21 – 202
Secrétariat (1er étage)	Bureaux ouverts au public du lundi au vendredi de 8.00 à 11.30 heures et de 13.30 à 16.30 heures	
	WINCKEL Jérôme, secrétaire communal	56 31 21 – 204
	NOESEN Yves, fonctionnaire	56 31 21 – 206
	KOVACEVIC Tanja, fonctionnaire	56 31 21 – 222
	NAEGELIN Gigi, fonctionnaire	56 31 21 – 219
	DAHM Kelly, fonctionnaire	56 31 21 – 234
	IVESIC Luca,	56 31 21 – 205
Logements pour jeunes (1er étage)	Bureaux ouverts au public du lundi au vendredi de 8.00 à 11.30 heures et de 13.30 à 16.30 heures	
	WELTER Cathia, éducatrice graduée	56 31 21 – 216
Service de la culture et des sports (1er étage)	Bureaux ouverts au public du lundi au vendredi de 8.00 à 11.30 heures et de 13.30 à 16.30 heures	
	DAHM Kelly, fonctionnaire	56 31 21 – 234
	HEIL Max, fonctionnaire	56 31 21 – 218
SEA Roude Fiels Rëmeleng	ROHMANN Sacha, chargé de direction	26 56 70 27
Bureau de la population État civil - Indigénat	Bureau ouvert au public du lundi au vendredi de 8.00 à 11.30 heures et de 13.30 à 16.30 heures et en dehors des plages d'ouverture sur rendez-vous le samedi et chaque deuxième jour férié de 10.30 à 11.30 heures pour les déclarations de naissance et de décès	
	KIRSCH Régis, préposé du bureau de la population	56 31 21 – 208
	ARENDT Boris, fonctionnaire	56 31 21 – 207
	BOEVER Jill, fonctionnaire	56 31 21 – 200
	THILL Stéphane, fonctionnaire	56 31 21 – 226
Recette communale	Bureau ouvert au public du lundi au vendredi de 8.00 à 11.30 heures et de 13.30 à 16.30 heures Comptes: IBAN LU14 1111 0003 2130 0000 (CCPLLULL) IBAN LU30 0019 7601 0090 8000 (BCEELULL) IBAN LU87 0030 0880 0560 0000 (BGLLLULL) IBAN LU42 0023 1420 0140 0000 (BILLLULL) IBAN LU12 0099 7800 0084 5040 (CCRALULL)	
	SCHMIT Jean-Philippe, Receveur	56 31 21 – 209
	FALCHERO Sven, fonctionnaire	56 31 21 – 210

Facturation

Bureau ouvert au public du lundi au vendredi
de 8.00 à 11.30 heures et de 13.30 à 16.30 heures

SCHAEFFER Tania, fonctionnaire	56 31 21 – 220

Service technique
(2e étage)

Bureau ouvert au public du lundi au vendredi
de 8.00 à 11.30 heures et l'après-midi sur rendez-vous

OSTRIHON Tom, fonctionnaire, ingénieur technique	56 31 21 – 212
VAEL Jérôme, fonctionnaire	56 31 21 – 211
HANSEN Steven, fonctionnaire	56 31 21 – 231
MICARELLI Joé, fonctionnaire	56 31 21 – 233
GOMES SANTOS Ivo, informaticien	56 31 21 – 333
KOROGLANOGLOU Paule, fonctionnaire	56 31 21 – 230

Police Lëtzebuerg

Bureaux à Rumelange ouverts au public du lundi au vendredi de 13.00 à 15.00 heures

Commissariat Kayldall
Tél.: 244 64 1000

Sur rendez-vous entre 7.00 et 21.00 heures

En dehors des heures de service:
Tél. : 244 50 1000

Commissariat de Police Esch/Alzette 24/24

EN CAS D'URGENCE : 113

6.2. Genehmigung mehrerer Nachträge zu Mietverträgen für Jugendwohnungen

Bürgermeister Henri Haine geht zum nächsten Punkt über und erklärt, dass diese Nachträge andere Wohnungen betreffen. Es habe den Anschein, dass es auch hier um drei Fälle gehe, er habe es jedoch nicht genau nachgeschaut. Es handele sich lediglich um Vertragsverlängerungen, darunter ein Vertrag, welcher bereits ein zweites Mal verlängert werde, und zwar für die Wohnung in der rue Nicolas Pletschette, wobei es sich um eine bekannte Straße handelt. Dieser Vertrag sei bereits letztes Jahr bis zum 1. Juni dieses Jahres verlängert worden und würde nun ein weiteres Mal für 2 Jahre, also bis zum 1.Juni 2027, verlängert. Die nächste Wohnung befinde sich auf dem Hierzesprong und würde auch um 2 Jahre, bis zum 1. Juni 2027, verlängert und der Vertrag betreffend eine Wohnung in der rue des Martyrs, im Grousse Bureau, würde ebenfalls um 2 Jahre, bis zum 1. August 2027, verlängert. Es handele sich jeweils um schwierige Situationen, deswegen würden sie die Verträge verlängern um den Leuten zu helfen, in der Hoffnung, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt andere Möglichkeiten finden, beziehungsweise die Gemeinde neue Wohnungen, wie die auf dem Hierzesprong gebaut hat und andere Möglichkeiten anbieten könne.

Rat André Theisen verweist auf den Nachtrag mit der Person Besnard Melissa und fragt ob in diesem Fall nicht doch ein neuer Vertrag aufgestellt werden müsse, weil sie eine andere Wohnung erhalten habe.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass sie bereits vor einiger Zeit, er wisse nicht ob es letztes oder vorletztes Jahr war, eine andere Wohnung erhalten hat.

Rat André Theisen wundert sich, dass es erst jetzt auf der Tagesordnung steht.

Bürgermeister Henri Haine widerspricht, dass es sich lediglich um einen Nachtrag zu einem bestehenden Vertrag handeln würde, welcher mit dieser Person, 2022, oder 2023, abgeschlossen worden war.

Rätin Monique Schelinsky ergänzt, dass die Wohnung im Jahre 2023 gewechselt worden sei.

Rat André Theisen weist anschließend daraufhin, dass die angegebene Adresse, 27, rue des Martyrs im Vertrag nicht stimmen würde. Das sei ein Fehler.

Bürgermeister Henri Haine erläutert, dass es sich um das Gebäude Grousse Bureau handelt.

Rat André Theisen betont, dass sich der Grousse Bureau auf 31, rue des Martyrs befinde.

Bürgermeister Henri Haine liest in den Unterlagen nach. Dann offenbart er, dass im Nachtrag doch 31, rue des Martyrs vermerkt sei.

Rat André Theisen meint, dass er vom Mietvertrag mit Adrovic Rafet sprechen würde.

Bürgermeister Henri Haine versteht, dass er vom alten Mietvertrag sprechen würde, doch jetzt würde es um den Nachtrag gehen. Er blättert weiter in seinen Unterlagen und ergänzt, dass diese Person vorher auf der Adresse 27, rue des Martyrs gewohnt hat und dann eine Wohnung auf dem Hierzesprong erhielt.

Rat André Theisen ist damit einverstanden und meint, dass die Hausnummer nicht richtig sei.

Bürgermeister Henri Haine hakt nach, ob er die Hausnummer 51 meine.

Rat André Theisen verneint und legt dar, dass er von der Hausnummer 27, rue des Martyrs spreche, denn es sei die Hausnummer 31.

Bürgermeister Henri Haine verbessert, dass dieser Herr in der rue des Martyrs gewohnt hat und vor einigen Jahren eine Gemeindewohnung auf der Adresse 51, cité Hierzesprong erhielt. Es könne im Jahre 2022 gewesen sein, oder sogar noch früher, er wisse es nicht mehr genau. Diese Person habe auf der Adresse 27, rue des Martyrs, gewohnt, wobei es sich um eine private Wohnung handelte und nichts mit der Gemeinde zu tun hatte. Dann habe sie eine Gemeindewohnung auf dem Hierzesprong erhalten.

Rat André Theisen nimmt diese Erklärungen an.

**** Die Nachträge werden einstimmig angenommen.**

PUNKT 7 DER TAGESORDNUNG Resolutionen:

7.2. Resolution betreffend den Ausstieg aus der Kernenergie und die Entwicklung erneuerbarer Energien

Bürgermeister Henri Haine schlägt vor, mit der Resolution zur Kernenergie zu beginnen, da die andere Resolution ein Thema betreffe, zu dem die Opposition bereits mehrere Fragen gestellt habe. Anschließend könne direkt der Übergang eingeleitet werden. Diese Resolution sei auf Initiative des Bürgermeisters der Gemeinde Roeser, Tom Jungen, entstanden. Vor einigen Wochen habe dieser die Südgemeinden zusammengerufen, um über frühere Initiativen gegen die Nuklearindustrie sowie gegen die nuklearen Anlagen in der näheren Umgebung, insbesondere in Frankreich und Belgien, zu sprechen. Letztere würden zu den ältesten Infrastrukturen weltweit gehören; in Europa seien es sogar die ältesten. Luxemburg sei direkt vom Atomkraftwerk in Cattenom betroffen. Dieses sei ursprünglich für eine Betriebsdauer von 40 Jahren genehmigt worden. Nach Ablauf dieser Frist sei die Genehmigung jedoch von den französischen Behörden erneut verlängert worden. Es seien alte Reaktoren und es sei einfach kein Ende in Sicht. Es bräuchte niemand mehr von der früheren

Sowjetunion zu sprechen, inzwischen sei man hier in derselben Situation. In der Zeitung könne man immer wieder über technische Probleme lesen. Auch wenn sie nicht direkt zu größeren Schwierigkeiten geführt haben, wisse niemand, ob alles offengelegt wurde. Leider habe es in der Vergangenheit bereits schwere Unfälle gegeben und obwohl es weltweit verbreitet wurde, sei nicht die ganze Wahrheit erzählt worden. Dies sei beispielsweise beim Unfall von Fukushima in Japan im Jahre 2011 der Fall gewesen, aber auch, für die, die damals bereits dabei waren, bei Tschernobyl im Jahre 1986. Selbst die eigenen Regierungen seien nicht mit der ganzen Wahrheit herausgerückt, insbesondere was die genaue Belastung für Europa sei und wo die radioaktiven Wolken hinfliegen würden. Die Nuklearindustrie sei, ob man wolle oder nicht, immer noch ein bedeutender Stromproduzent und Stromlieferant in Europa. Das sei eine Tatsache, doch es sei nicht gut, die Nutzung alter Anlagen immer wieder zu verlängern. Vor allem könne der Politik, die vor Jahren eine Schließung dieser Anlagen beschlossen habe, nicht mehr vertraut werden, denn bei einem politischen Wechsel oder einer Änderung würde dann doch einer Verlängerung zugestimmt. Für Luxemburg als kleines Land sei es noch problematischer, denn wenn es in Cattenom oder in Belgien zu einem schweren Unfall kommen würde, sei Luxemburg einer großen radioaktiven Belastung ausgesetzt. Dann könne dieses Land, wenn er es so ausdrücken dürfe, vergessen werden, was sehr dramatisch sei. Hinzu komme, dass auch niemand Atommüll-Endlager in seiner Umgebung haben möchte, weil dieses Problem immer noch nicht gelöst sei. Zusätzlich müsse sich auch noch mit den nuklearen Altlasten von früher auseinandergesetzt werden, doch nicht nur an Land, sondern vor allem im Meer. Früher seien tonnenweise Fässer mit nuklearem Müll ins Meer geworfen worden und diese würden anfangen zu rosten. Aus diesem Grund und weil die Politik auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene für erneuerbare Energien und gegen nukleare Energie ist, aber auch weil die Allianz gegen nukleare Energie gemeinsam mit den Gemeinden diese Initiative wieder aufleben lassen möchte, um sich gegen die Politik zu wehren, welche die weitere Nutzung der alten Werke befürworte, haben sie sich dazu entschlossen dem Gemeinderat diese Resolution vorzulegen. Sie enthalte ebenfalls Vorschläge der teilnehmenden Gemeinde sowie Forderungen an hiesige Regierung. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung für Cattenom, die von den Franzosen durchgeführt wurde, seien bereits Resolutionen verabschiedet worden. Deshalb sei es sinnvoll, wenn hiesige Gemeinde sich dieser Initiative anschließen würde.

Séance du conseil communal du 14 novembre 2025

Objet :

Résolution relative à la sortie du nucléaire et au développement des énergies renouvelables

Le collège des bourgmestre et échevins,

Considérant que l'Autorité de sûreté nucléaire et de radioprotection (ASNR) française a autorisé les prescriptions génériques pour la poursuite de l'exploitation de la centrale nucléaire de Cattenom au-delà de 2026, et que des prescriptions spécifiques pour la prolongation de la durée de vie du réacteur n°1 devraient être arrêtées début 2027 ;

Considérant que l'énergie nucléaire présente des risques technologiques majeurs, qu'elle reste une source d'énergie ni renouvelable, ni durable, et qu'aucun accident grave ne peut jamais être exclu, comme l'ont démontré Three Mile Island (1979), Tchernobyl (1986) et Fukushima (2011) ;

Considérant que la présence de fissures dues à la corrosion sous contrainte à Cattenom demeure sans solution technique définitive, et constitue une menace grave pour la sécurité des habitants et l'environnement naturel des communes luxembourgeoises ;

Considérant que les réacteurs de Cattenom, conçus pour une durée de vie initiale de 40 ans, présentent aujourd'hui des risques accrus liés au vieillissement des matériaux, à la difficulté d'inspection de certaines infrastructures, et à des protections jugées insuffisantes contre certains scénarios d'accident majeur, notamment les crashs d'avion ;

Considérant que l'énergie nucléaire produit des déchets radioactifs dont la gestion sûre et définitive n'est toujours pas garantie, et qu'elle transfère aux générations futures des risques et des coûts considérables, en contradiction avec les principes de durabilité et de précaution ;

Considérant que les réacteurs nucléaires, tels que ceux de Cattenom, dépendent fortement de la disponibilité en eau pour leur refroidissement, et que les effets du changement climatique (sécheresses accrues, hausse de température des cours d'eau) aggravent les difficultés de refroidissement et augmentent les risques pour la sûreté nucléaire ainsi que pour les écosystèmes aquatiques ;

Considérant que la prolongation de la durée de vie des centrales nucléaires ou la construction de nouveaux réacteurs mobilise des ressources financières considérables, qui, si elles étaient affectées au développement des énergies renouvelables et à l'efficacité énergétique, permettraient d'accélérer l'atteinte d'un approvisionnement énergétique sûr, durable et compétitif ;

Considérant que, malgré les aides substantielles accordées au niveau national et européen en faveur du développement des énergies renouvelables, la poursuite d'investissements considérables dans le nucléaire constitue une contradiction

majeure et risque de compromettre l'atteinte rapide de la neutralité carbone ;

Considérant que le Luxembourg, du fait de sa taille et de ses limites de production interne, doit renforcer ses coopérations européennes (Benelux, North Seas Energy Cooperation, Forum Pentalatéral de l'Énergie) et investir dans des projets transfrontaliers afin de garantir un accès à l'électricité renouvelable, notamment issue de l'éolien offshore en mer du Nord ;

Considérant que, depuis la précédente prolongation de la centrale de Cattenom, de nouvelles capacités de production d'énergie renouvelable (photovoltaïque, éolienne, biogaz) ont été mises en service au Luxembourg et dans la Grande Région, ce qui impliquerait la fermeture progressive d'installations nucléaires plutôt que la prolongation de leur durée d'exploitation ;

Considérant que la prolongation de la centrale de Cattenom devrait, conformément aux obligations internationales, faire l'objet d'une étude d'impact environnemental transfrontalière, et que la France n'a pas respecté cette exigence, contrairement au principe de coopération entre États voisins ;

Considérant que les communes allemandes voisines s'engagent également contre la prolongation de la centrale de Cattenom, et qu'une coopération transfrontalière renforcée est indispensable pour défendre la sécurité des populations de la Grande Région ;

Considérant que les communes luxembourgeoises, réunies dans l'Alliance contre l'énergie nucléaire, représentent aujourd'hui plus de trente collectivités qui partagent une position claire de rejet du nucléaire et d'engagement en faveur de la transition énergétique ;

Considérant que les communes, en tant qu'échelons de proximité, jouent un rôle central pour sensibiliser la population, promouvoir les énergies renouvelables locales (solaire, éolien, biogaz, géothermie, pompes à chaleur, réseaux de chaleur, électromobilité), et soutenir l'évolution vers un système énergétique décentralisé et résilient ;

Vu la délibération du 9 mai 1986 portant autorisation de représenter l'administration communale devant les tribunaux pour défendre les intérêts des citoyens contre la centrale nucléaire de Cattenom ;

Vu la délibération du 2 juillet 1987 portant décision de contester les décrets d'autorisation de la centrale nucléaire de Cattenom des 29 février 1984 et 24 juin 1982;

Vu la délibération du 12 décembre 1988 portant décision d'introduire un recours contre les arrêtés autorisant le rejet d'effluents radioactifs liquides et gazeux par le centre de production nucléaire de Cattenom ;

Vu la délibération du 26 avril 1995 décidant de faire appel du jugement du Tribunal administratif de Strasbourg rejetant les requêtes des communes luxembourgeoises contre les arrêtés autorisant le rejet d'effluents radioactifs par Cattenom ;

Vu la délibération de 2011 relative à la sortie du nucléaire et aux démarches intercommunales en la matière ;

Vu le Plan national intégré en matière d'énergie et de climat (PNEC) du Luxembourg pour la période 2021-2030 ;

Vu l'objectif de neutralité carbone du Luxembourg à l'horizon 2050 ;

Vu la loi communale modifiée du 13 décembre 1988.

propose

1. De réaffirmer son opposition ferme à l'énergie nucléaire et de rejeter toute prolongation de la durée de vie de la centrale de Cattenom, ainsi que toute construction de nouvelles unités nucléaires dans les pays voisins ;

2. De rappeler que la politique énergétique luxembourgeoise doit être guidée par le principe de précaution et par la justice intergénérationnelle, et de rejeter tout choix technologique qui reporte sur les générations futures des risques ou des charges liés aux déchets nucléaires ;

3. De confirmer son opposition explicite non seulement à la prolongation de Cattenom, mais plus généralement à l'énergie nucléaire comme option énergétique, car elle est incompatible avec les objectifs climatiques et de transition énergétique ;

4. D'exiger du gouvernement luxembourgeois une politique nationale claire et résolument anti-nucléaire, cohérente avec les objectifs climatiques et énergétiques du Luxembourg et de l'Union européenne ;

5. De soutenir activement le développement des énergies renouvelables et de l'efficacité énergétique, et de demander la suppression des obstacles administratifs et réglementaires qui entravent les initiatives locales en la matière ;

6. De participer activement aux consultations publiques relatives à la prolongation de Cattenom et, le cas échéant, d'introduire des recours afin de défendre les intérêts de la population ;

7. De renforcer la coopération intercommunale et transfrontalière au sein de l'Alliance des communes contre l'énergie nucléaire, en vue de démarches politiques, juridiques et citoyennes communes ;

8. De continuer à informer et sensibiliser la population sur les risques du nucléaire et sur les alternatives renouvelables existantes, notamment via l'utilisation d'électricité verte, l'autoconsommation et le partage d'énergie renouvelable ;

9. De mandater le bourgmestre ou son délégué pour représenter la commune dans le dialogue avec le ministre de l'Énergie, avec les autorités nationales et européennes compétentes, et au sein de l'Alliance des communes.

**** Die Resolution wird einstimmig angenommen.**

7.1. Resolution über politische Gerechtigkeit, demokratische Grundsätze und die Verantwortung der Mitglieder des Gemeinderats, eingebracht von der LSAP-Fraktion

Bürgermeister Henri Haine leitet den nächsten Punkt ein und erklärt, dass es sich dabei um eine Resolution der LSAP Rümelingen handele. Dann gibt er das Wort an Rätin Marx.

Rätin Carole Marx begrüßt alle Kollegen und Kolleginnen. Sie sei nun seit 20 Jahren, gemeinsam mit ihren Parteikollegen, welche im Laufe der Jahre gewechselt haben, Mitglied des Gemeinderates. Vor allem arbeite sie seit dieser Zeit, zusammen mit ihrem Parteikollegen und Freund Henri Haine, in der Mehrheitspartei, zum Wohle der Rümelinger Bürger und Bürgerinnen. Sie habe mit ihm in mehreren Gremien zusammengearbeitet, darunter im Jugendhaus, beim Roten Kreuz sowie in mehreren Gemeindesyndikaten, in denen er bis heute eine führende Rolle habe. Überall würde er für seine Fachkompetenz respektiert. Außerdem habe er ein enorm großes Wissen, dies merke man an seinen Reden und er kenne seine Akten sowie die Gesetze. Seine Minister- und Bürgermeisterkollegen würden ihn genau wegen diesen Eigenschaften respektieren. Er würde den menschlichen Aspekt, also das Wohl der lokalen Bürger, nie aus den Augen verlieren. Sie habe gedacht, dass hier immer respektvoll miteinander umgegangen werde und es um die Sache gehe und nicht um die Person. Doch die Art und Weise wie in den letzten Wochen wegen der Zuteilung einer Notwohnung über den Bürgermeister und eine junge Geschäftsfrau gesprochen, geschrieben und gelästert werde, würde sie revoltieren. Das habe sie zu dieser Stellungnahme veranlasst. Denn wenn sie sehe und lese wie Gerüchte verbreitet und Behauptungen aufgestellt werden, die teils nicht der Wahrheit entsprechen und sich nicht einmal bemüht werde dies zu überprüfen, sei das eine bewusste Verunglimpfung eines Menschen, welcher sein Leben in den Dienst seiner Gemeinde und der Bürger gestellt hat. Dafür habe er auf eine professionelle Karriere beim Staat oder sogar vielleicht im privaten Sektor verzichtet. Niemand wisse was die Zukunft gebracht hätte. Es würde versucht diese Person zu diskreditieren, in ein schlechtes Licht zu setzen und persönlich zu attackieren, weil sie es nicht anders können und niemand ihm das Wasser reichen könne. Darüber sei sie schockiert und angeekelt. Viele dieser Aussagen, sogar die meisten, würden nicht von anonymen Menschen aus den sozialen Medien kommen, sondern von politisch aktiven Personen die besser wissen müssten, was es bedeute, Verantwortung zu tragen. Auf einem solch niedrigen und respektlosen Niveau sei hier noch nie Politik gemacht worden. In dieser Schlammschlacht würden Politiker nur durch den Dreck gezogen und es würde auch kein Halt gemacht, im Leben einer jungen Geschäftsfrau zu schnüffeln und in der Öffentlichkeit Daten zu verbreiten, die eigentlich unter den Datenschutz fallen und niemanden etwas angehen. Jeder habe das Recht auf Privatleben. Auf der Facebookseite einer der größten lokalen Oppositionsparteien werde die Zuteilung der Wohnung so dargestellt, als würde sie unter anderem hinter verschlossenen Türen erfolgen. Sie wolle die Ratsmitglieder und alle Bürger daran erinnern, dass in der Gemeinderatssitzung vom 11. Juli im Rahmen der Mietanpassungen alle nötigen Erklärungen, unter Respekt des Datenschutzes, vom Bürgermeister gegeben wurden. Zusätzlich seien am 25. September noch einmal Erklärungen gegeben worden. Sie seien vom Volk gewählt um im Gemeinderat Politik zu betreiben und über Angelegenheiten zu diskutieren und zwar hier in der Sitzung, so dass jeder Bürger über das Streaming oder den Calepin die Möglichkeit habe, sich zu informieren. In dieser Sache sei der Inhalt nicht mehr maßgebend und es gehe nicht darum, dass einer Person in einer Notsituation geholfen wurde, sondern nur darum die Verantwortlichen fertig zu machen. In dem Sinne frage sie sich auf welchem Niveau man angekommen sei, wem das etwas bringen würde und ob solche Aktionen tatsächlich dazu beitragen, dass Geschäftsleute ermutigt werden, hier in Rümelingen, einer kommerziellen Aktivität nachzukommen. Es sei bereits vielen Menschen in Notsituationen geholfen worden. Dafür würde es entsprechende Regeln geben und es würde auch Regeln für die Zuteilung einer Sozialwohnung geben. Doch es habe den Anschein, dass das nicht jedem klar sei. In diesem Fall habe der Bürgermeister, der Schöffenrat, also die Gemeinde einer jungen Frau, welche ein Schanklokal in einem Gemeindegebäude betreibt, in einer Notsituation geholfen, genauso wie schon vielen anderen zuvor. Doch es sie nie darüber debattiert worden, auf Basis welchen Gehaltes, beziehungsweise welcher Bilanz, in diesem Fall handele es sich um Einzelunternehmerin, die Miete ausgerechnet werde. Es sei in vielen Fällen geholfen worden, sei es mit Hilfe der Gemeindewohnungen, oder mit Räumlichkeiten in den Gemeindegebäuden, welche die Geschäftsleute unter sehr guten Bedingungen nutzen können. Sie denke dabei an das Lebensmittelgeschäft Mario, die Gaststätte Musée des Mines und den Schreiner, welcher in den Räumlichkeiten der früheren Gärtnerei war. Auch während der Coronapandemie seien sofort finanzielle Hilfen an alle Geschäftsleute gewährt worden. Jedes Jahr werde das Kino Kursaal unterstützt und es würde regelmäßig in die Gemeindegebäude investiert, beziehungsweise neue Ausstattungen angeschafft werden, wie beispielsweise die neuen Sonnenschirme für die Gaststätte Musée des Mines diesen Sommer. Das alles seien Tatsachen und ein Beweis für Menschlichkeit. Sie und ihre Kollegen und Kolleginnen der Mehrheitspartei, und sie hoffe auch die Vertreter der DP und KPL, würden sich fragen, wie weit sie noch gehen wollen. Wieviel Menschen und Familien sollten noch ohne Rücksicht auf Verluste ins Leid gezogen werden, in der Hoffnung ein paar politische Punkte zu gewinnen und sich politisch zu profilieren. Sei das die neue Art und Weise Politik zu betreiben. Sie finde es mehr als fragwürdig, dass auf der Seite einer gestandenen Partei zu lesen sei und zitiert: Dat stäerkt leider den Verdacht dass unn den Rumeuren die am Duerf zirkuléieren eppes dru kéint sinn. Doch sie frage sich um welche Gerüchte es sich handeln würde. Die Vertreter der CSV seien schließlich anwesend und sollen hier und jetzt erklären, um welche Gerüchte es sich handelt. In ihrem Namen und auf ihrer öffentlichen Seite würden Gerüchte angeheizt und sie sollen das erklären. Oder könne es sein, dass sie nicht der Verfasser dieses traurigen Spektakels sind und sie es mit einem anonymen Schreiber zu tun haben. Falls dem so sei, sollten sie es preisgeben. Sie müssten auch keinen Namen nennen, doch es würde sie etwas beruhigen, zu wissen, dass hinter dieser verachtenden Kampagne keine gewählten Vertreter stecken. In dem Falle

hoffe sie, dass sie die Größe haben werden, sich zu entschuldigen. Sie gebe zu und es sei an ihrem Ton zu erkennen, dass sie nicht nur schockiert und enttäuscht sei, sondern sie empfinde auch Zorn und eine gewisse Trauer. Ein solch aggressives Klima voller Missgunst zerstöre nicht nur das Vertrauen in die Politik, sondern auch das Vertrauen unter den Menschen. Wie sollen sie Menschen überzeugen, sich politisch zu engagieren, wenn sie Gefahr laufen, Opfer solcher Gerüchte zu werden und dadurch nicht nur selbst Schaden davontragen, sondern auch ihre Familien. Es sei ein Punkt erreicht an dem es nicht mehr um die Ideen geht, sondern darum zu zerstören. Das sei gefährlich, für jeden, aber auch für die Demokratie. Man brauche nicht weit suchen zu müssen, um zu erkenne wie wichtig es sei, die eigenen Werte zu leben, zu respektieren und zu vermitteln. Deshalb bitte sie ganz ehrlich darum, dass aufgehört werde, so miteinander umzugehen. Es könne sich gestritten werden, diskutiert werden, anderer Meinung zu sein, doch sie bitte darum das aufgehört wird, Menschen in ihrer Qualität als Mensch anzugreifen. Es dürfe nie vergessen werden, dass hinter jedem Politiker eine Familie und Freunde stehen, die das alles mittragen müssen. Deshalb habe sie diese Resolution im Namen ihrer Partei vorgelegt, um ein Zeichen zu setzen. Die Forderung sei klar. Sie würden nicht mehr akzeptieren, dass Gerüchte, Beleidigungen und Halbwahrheiten ihre lokalen Politiker in Verruf bringen. Sie wollen wieder ein respektvolles, faires und menschliches Klima schaffen, beziehungsweise zurückerlangen. Für sich selbst, für die Bürger und Bürgerinnen, aber auch als gutes Beispiel für die junge Generation, welche auf sie aufschauen und davon profitieren werden. Wenn das nicht umgesetzt werde, hätten sie nicht nur als Politiker versagt, sondern auch als Menschen. In dem Sinne bitte sie jeden in sich zu gehen, darüber nachzudenken und diese Resolution mit Herz, Gewissen und respektvollem Füreinander anzunehmen.

Résolution sur l'équité politique, le respect démocratique et la responsabilité des membres du conseil communal présenté par le groupe LSAP

Le Conseil communal de la Ville de Rumelange

Considérant que :

- la démocratie locale repose sur la confiance mutuelle, la coopération et la responsabilité partagée entre les élus, quelles que soient leurs sensibilités politiques ;
- les élus communaux incarnent la première ligne du service public et ont donc un devoir d'exemplarité vis-à-vis des citoyens ;
- la société traverse une période où la désinformation, la rumeur et la polarisation fragilisent la vie démocratique et le lien social ;
- le conseil communal, en tant qu'institution représentative, doit être un exemple de courtoisie, de modération et de vérité dans la conduite du débat public ;
- la qualité du dialogue politique local influence directement la confiance des habitants dans leurs institutions ;

Le Conseil communal :

- réaffirme son attachement à la dignité du débat démocratique, au respect mutuel et à la vérité dans la communication publique ;
- souligne que la confrontation politique doit toujours porter sur les idées et les projets, et jamais sur les personnes ;
- s'engage à renoncer à tout langage injurieux ou discriminatoire dans les échanges publics ou privés liés à l'activité politique ;
- condamne de manière générale, mais tout particulièrement lorsque cela émane de représentants de partis politiques, les attaques politiques, la diffusion d'informations fausses, de rumeurs ou d'insinuations susceptibles de porter atteinte à la réputation d'autrui quelle qu'en soit la forme
- invite les partis politiques à ne pas soutenir, relayer ni propager de rumeurs ou d'informations non vérifiées concernant d'autres membres du Conseil communal ;
- encourage un climat de collaboration loyale et de respect mutuel, condition essentielle à la bonne gouvernance locale ;
- affirme que le comportement des élus doit servir de modèle civique pour la jeunesse et renforcer la confiance dans les institutions démocratiques ;
- exprime sa volonté collective de promouvoir une culture politique fondée sur la responsabilité, la transparence et la courtoisie

Bürgermeister Henri Haine bedankt sich für die Stellungnahme und gibt Rat Peiffer das Wort.

Rat Edmond Peiffer stimmt der Resolution von Rätin Marx vollkommen zu, doch die KPL stehe auch für Transparenz. Es könne aber nicht sein, dass auf Facebook eine Polemik über Dinge entstehe, die nicht alleine die Gemeinde betreffen. Die Leute, die Gerüchte verbreiten, sollen sich bewusst sein, dass das für die betroffene Person gesundheitliche, moralische aber auch politische Probleme mit sich bringen könnte. Wie bereits erwähnt, wenn Antworten unklar seien, solle das hier im Gemeinderat geklärt werden und nicht auf Facebook oder auf der Straße. Dann bedankt er sich.

Bürgermeister Henri Haine bedankt sich und erteilt Rat René Bremer das Wort.

Rat René Bremer richtet sich an Rat Theisen und legt dar, dass letzterer, wenn er richtig informiert sei, bereits sehr lange dem Gemeinderat angehöre. Seit 1986, unter dem Bürgermeister Zirves. Außerdem habe er bestimmt schon viele Diskussion mit ihnen gehabt, aber diese Diskussionen seien immer im Haus, mit dem nötigen Respekt, geführt worden. Und wenn die Sitzungen beendet waren, habe weiterhin jeder dem andern in die Augen schauen können. Aber so wie aktuell Politik betrieben würde, würde das nicht mehr zutreffen. Der Weg den sie momentan beschreiten würden, sei nicht gut, es sei eine Politik à la Trump, durch und durch. Es sei Populismus in seiner allerschlimmsten Form, treu dem Prinzip: Geheie mir mol een Eemer Dreck ronderëm, et bleift ëmmer eppes hänken. Politik sei immer das was die Politiker daraus machen und sie seien an einem besorgniserregenden Niveau angekommen. Sie sollen sich schämen. Und den beiden Frauen der CSV wolle er auch noch etwas sagen. Sie sollen ihn nie wieder über Menschen- und Frauenrechte belehren, denn eine junge Frau öffentlich derart an den Pranger zu stellen, sei kein Recht, sondern Mobbing. So sei es im Mittelalter gewesen und genau da sei die CSV Rümelingen angekommen. Sie sollen sich schämen und zurück auf den Weg des Respektes kommen. Um abzuschließen zitiert er eine Aussage des Vortragenden der Präsentation unter Punkt 1: „Les rumeurs font des dégâts“. Das sei seine Stellungnahme und er wolle auch nicht mehr darüber reden.

Bürgermeister Henri Haine bedankt sich und gibt Rat André Theisen das Wort.

Rat André Theisen bestätigt, dass er seit Oktober 1986 dem Gemeinderat angehöre. Und dies sei das zweite Mal, dass er mit einer solchen Sache konfrontiert würde. Rat Bremer könne jedoch nicht wissen das es das zweite Mal ist, doch er solle ihm glauben, denn es würde ihm weh tun. Sie hätten niemanden visiert, doch er wisse, genau wie Rat Bremer auch, wie es mit den Brauereien laufe und er habe sich nur darauf bezogen. Dann würde es so viele Menschen geben, die eine Wohnung suchen würden. Oben, in der rue Nicolas Pletschette, befinde sich eine Dame, welche nicht mehr gut zu Fuß sei. Diese hätte die Wohnung im Erdgeschoss erhalten sollen. Das sei sozial gewesen. Er sei in einem Haus groß geworden, wo Respekt immer wichtig war. Sie hätten auch Personal gehabt und es sei ihnen immer nahegelegt worden, Respekt vor dem Personal zu haben. Sein Vater habe es immer mit einem Puzzle verglichen. Wenn das kleinste Stück entfernt würde, selbst wenn es nur die Reinigungskraft betreffe, sei das Puzzle nicht mehr komplett. Sie hätten auch das Recht Fragen zu stellen. Damals habe er gefordert einzeln darüber abzustimmen. Der Bürgermeister habe geäußert, dass es gegen seine Person sei, doch so etwas würde ihm nicht einmal im Traum einfallen. Er habe nichts Derartiges getan und würde es auch nie tun. Der Bürgermeister wisse sehr wohl, dass er sein Mandat sehr respektiere. Aber das würde jetzt zu weit gehen, auch wenn etwas Kleines geschrieben wurde. Er brauche keine Rechnung zu machen, denn eine grobe Einschätzung reiche aus um zu wissen, dass diese Dame morgens um 7 Uhr im Lokal anfängt und nicht einmal Nebenkosten zu tragen hätte. Doch das sei ihre Angelegenheit. Dass der Bürgermeister dies jedoch persönlich nehmen würde, würde er nicht verstehen. Damals als er vereidigt wurde, habe er einen Eid geleistet: „ Je jure d’observer la constitution et les lois et de remplir ma fonction avec intégrité, exactitude et impartialité“. Das Wort intégrité bedeute respect de la dignité humaine, also brauche niemand ihm so etwas vorzuwerfen, denn er habe das immer praktiziert. Rat Bremer habe nur ihn visiert, also nur von ihm gesprochen.

Rat René Bremer zeigt mit dem Finger auf die beiden Damen der CSV.

Rat André Theisen ist der Meinung, dass er jeden respektiere, auch die LSAP. Sein Großvater sei sogar Mitglied in der LSAP gewesen, doch das sei hier nicht von Bedeutung. Es habe nichts mit einer Partei zu tun, sondern es gehe um Gerechtigkeit. Es sei hier gesagt worden, dass die Dame sich in einer Notsituation befand. Doch, wenn sich auf dem ersten Stockwerk eine Wohnung befindet, sei es keine Notsituation.

Rat René Bremer antwortet, dass die Wohnung besetzt sei.

Rat André Theisen meint, dass ihr doch eine Wohnung mitsamt eines Schanklokales vermietet werde. Er habe ein gewisses Alter und sei fast 40 Jahre im Gemeinderat, doch so etwas habe er bislang noch nicht erlebt. Anschließend korrigiert er sich, dass er in den 90er Jahren eine ähnliche Angelegenheit erlebt habe. Damals hätten die Gemeindeverantwortlichen, also die Vertreter der Partei von Rat Bremer, dem Gemeindepersonal untersagt, seine Bäckerei aufzusuchen.

Rat René Bremer gesteht, dass das nicht in Ordnung sei.

Rat André Theisen fährt fort, dass sie es erst in Erfahrung brachten, als einige von ihnen in Rente gegangen waren und es ihm dann erzählt haben. Damals habe es sich also auch nur um ein Gerücht gehandelt. Doch sie seien naiv gewesen und hätten in Acht genommen, dass Gemeindebedienstete ihnen den Rücken zudrehten. Und dann würde hier, von Rätin Marx, von Respekt gesprochen. Er finde es ganz schlimm. Er würde

weiterhin eidgetreu seiner Pflicht nachkommen. Wie lange er noch dabei sein werde, wisse er nicht. Auf jeden Fall sei sein Eid maßgebend und nicht eine Resolution der LSAP, der KPL oder DP.

Rat René Bremer möchte auf die Aussagen des Rates antworten. Er würde nicht kritisieren was Rat Theisen zu dieser Wohnung gesagt habe, denn das sei seine Meinung und er würde diese respektieren. Er kritisiere lediglich, dass das nicht ausschließlich hier im Gebäude besprochen wurde. Für heute hätten sie einen Brief mit Fragen aufgestellt und das sei der richtige Weg, aber nicht über Facebook.

Rat André Theisen erklärt, dass sie damals, nach der Sitzung, zum Gemeindesekretär gingen um Einsicht in die Akte zu bekommen. Er sei sehr freundlich gewesen, das sei keine Diskussion.

Rat René Bremer erwidert, dass er ihnen keine Einsicht geben darf.

Bürgermeister Henri Haine unterbricht und verweist auf die 18 Fragen welche sie eingereicht haben. Er würde sehr gerne noch darauf zurückkommen, doch momentan würden sie über diese Resolution und die Art und Weise wie das nach außen getragen wurde, diskutieren. Außerdem seien sie von Rätin Marx gefragt worden, welche Gerüchte gemeint seien.

Rätin Karin Seywert gibt die Frage zurück und möchte wissen welche Gerüchte der Bürgermeister meine.

Bürgermeister Henri Haine unterstreicht, dass sie von Gerüchten auf Facebook geschrieben haben und er wolle wissen welche Gerüchte sie meinen.

Rätin Karin Seywert fragt ob sie als erstes ihre komplette Antwort geben könne bevor sie auf diese Frage eingehe.

Bürgermeister Henri Haine ist damit einverstanden und überlässt ihr das Wort.

Rätin Karin Seywert erklärt, dass sie die Resolution sofort, nach Erhalt, durchgelesen habe. Sie wolle darauf hinweisen, dass sie schon besseres Französisch gelesen habe. Ihr sei dann unmittelbar ein Zitat von Nietzsche eingefallen: Sollte moralisieren, nicht unmoralisch sein.

Bürgermeister Henri Haine meint, dass dieses Zitat sehr gut zu ihr passen würde.

Rätin Karin Seywert bemängelt, dass sie vom Bürgermeister unterbrochen worden sei. Anschließend führt sie aus, dass Demokratie ein Grundrecht sei. Grundrechte würden tagtäglich gelebt, aber auch verletzt – rund um die Uhr und überall. Demokratie beginne bei jedem Einzelnen und erfordere Engagement. Deshalb solle man sich nicht hinter Systemen verstecken, sondern handeln und Verantwortung übernehmen. Demokratie bedeute Freiheit. Anschließend zitiert sie Hannah Arendt: „Das Recht, Rechte zu haben. Der Sinn der Politik ist Freiheit.“ Und ohne Freiheit würde man mit den Leuten anecken. Das Risiko eines Konflikts sei der Preis, den man dafür zahlen müsse. Dieser sei jedoch nicht lebensgefährlich. Leider würde es in der aktuellen Wohlstandsgesellschaft zahlreich verschiedene Demokraten geben. Die langweiligen Demokraten, welche an nichts interessiert seien und nur ja oder nein mit dem Kopf winken, wenn andere es auch tun. Dekadente Demokraten, welche nur nehmen und nichts geben. Dann noch die Demokraten, die nicht wissen wo sie stehen und die, die ihr Rückgrat trainieren, indem sie keinen Konflikt scheuen, Verantwortung übernehmen und Entscheidungen treffen. Außerdem könne Demokratie geübt werden, in dem man neugierig und wissensgierig sei. Jeder Gedanke werfe Fragen auf und jeder der sich Gedanke mache, stelle auch Fragen. Demokratie werde ausgeübt indem Fragen gestellt, gezweifelt, hinterfragt, kritisch gedacht, konfrontiert, kooperiert und Gespräche auf Augenhöhe geführt würden. Also alles in Frage stellt und Verhandlungen geführt werden. Dann sei das Wort Respect mutuel im Text der Resolution vermerkt. Doch sie wolle von ihnen wissen, ob es tatsächlich gegenseitiger Respekt sei, wenn, wie so oft, im Gemeinderat, und auch von den Herren des Schöffenrates, während andere das Wort haben, auf dem Handy gespielt wird. Und ob es gegenseitiger Respekt sei, wenn der Bürgermeister, auf der Rentenfeier eine politische Rede hält und bewusst behaupte, dass sie Lügen verbreiten würden. Sie haben auch dort gesessen, jedoch keine Möglichkeit gehabt sich zu äußern.

Bürgermeister Henri Haine verbessert, dass er nicht geäußert habe, dass sie Lügen verbreiten.

Rätin Karin Seywert legt weiter dar, dass er geäußert habe, dass sie hinsichtlich der Bemühungen des Schöffenrates nichts verstehen würden.

Bürgermeister Henri Haine widerspricht ihr auch in dieser Sache und meint, dass sie jetzt gerade lügen würde.

Rätin Karin Seywert erwidert, dass sie in der geheimen Sitzung weiter darauf eingehen werde.

Bürgermeister Henri Haine meint, dass er ihr sehr gerne seine Rede zukommen lassen wolle.

Rätin Karin Seywert setzt ihre Stellungnahme fort und ergänzt, dass er in seiner Rede erklärt habe, dass sie hinsichtlich der Bemühungen des Schöffenrates für die lokalen Geschäfte, Restaurants, Schanklokale und Gemeindegebäude nichts verstehen würden. Außerdem sei gesagt worden, dass einige scheinbar ein Problem hätten. Damit seien natürlich sie gemeint. Sie erklärt, dass dies ihre Anmerkungen zur Resolution seien. Anschließend habe der Bürgermeister gefragt, welches Gerücht sie meine und wie dieses entstanden sei. Das Gerücht sei am 11.07.2025 entstanden, als Folge auf die Aussage von Rat André Theisen, dass der Punkt betreffend die Vermietung an die Person aus dem Schanklokal einzeln abgestimmt werden

solle. Die Antwort des Bürgermeisters, welche online nachgehört werden könne, sei gewesen, dass die Gemeinde jeweils in der cité Hierzesprong und in der rue Nicolas Pletschette eine Notwohnung habe, welche instandgesetzt worden seien.

Bürgermeister Henri Haine ergänzt, dass er auch das Penning erwähnt habe. Das könne sie sich gerne notieren.

Rätin Karin Seywert fährt fort, dass ebenfalls erklärt worden sei, dass die Mieten auf Grundlage des neuen Gesetzes berechnet würden und dass dieses Gesetz keine reduzierte Miete ab einem bestimmten Alter mehr vorsehe. Dies sei eine Anspielung auf das Problem mit der Dame aus der cité Hierzesprong gewesen, welches sie immer wieder ansprechen würden. Sie kommt dann auf die Person aus dem Schanklokal zu sprechen. Letztere habe bei der Gemeinde Unterstützung beantragt und sie für ein Jahr erhalten, um das Café aufzubauen. Rat André Theisen habe erklärt, dass seine Kritik nicht gegen die Person gerichtet sei, woraufhin der Bürgermeister geschlussfolgert habe, dass sie sich dann gegen ihn richte. Dann habe Rätin Marx im Rahmen des Aufbaues des Schanklokales erwähnt, dass es sich um eine Notsituation handeln würde. Doch die Dame habe bereits im Sommer 2023 im Schanklokal begonnen, daher frage sie, ob es tatsächlich eine Notsituation sei. Alles das seien Frage die sie sich stellen würden.

Rätin Carole Marx legt dar, dass die Notsituation nicht daraus entstanden sei.

Rätin Karin Seywert entgegnet, dass ihnen nie mitgeteilt worden sei, auch nicht als Rat Theisen nachgefragt habe, dass diese Dame sich in einer Notsituation befinden würde. Diese Information hätten sie nicht gehabt. Im Vertrag sei sehr wohl vermerkt, dass es sich um eine Hilfe handelt, doch eine Hilfe könne Vieles sein. Wo sei vermerkt, beziehungsweise gesagt worden, dass sie sich in einer Notsituation befinden würde. Das habe sie weder gehört noch gesehen. Am 25. September habe sie erneut, im Namen ihrer Fraktion, gefragt einen Einblick in diese Akte zu erhalten. Die Antwort sei gewesen, welche Akte. Sie brauche nicht alles aus dieser Akte zu sehen. Da sie aber unter Eid geschworen haben das Gesetz zu respektieren, sowie Rat Theisen es dargelegt habe, hätten sie das Recht die Nachweise anzusehen. Zweimal sei ihnen der Einblick verweigert worden.

Bürgermeister Henri Haine stellt klar, dass später darüber gesprochen werde.

Rätin Karin Seywert meint, dass er doch gefragt habe wie das Gerücht entstanden sei.

Bürgermeister Henri Haine erwidert, dass sie bis jetzt immer noch nicht darauf geantwortet hätten.

Rätin Karin Seywert erklärt, dass sie das jetzt machen werde.

Bürgermeister Henri Haine meint, dass er später auch noch darauf zu sprechen kommen werde.

Rätin Karin Seywert wiederholt, dass sie ihm erläutern werde wie das Gerücht entstanden sei, doch er müsse sie ausreden lassen.

Bürgermeister Henri Haine weist darauf hin, dass sie die ganze Zeit reden würde.

Rätin Karin Seywert gibt zurück, dass sie vor Gericht auch das Recht habe Erklärungen abzugeben und sie habe das Gefühl vor Gericht zu stehen.

Bürgermeister Henri Haine lacht und gibt Rätin Seywert zu verstehen, dass sie sich nicht als Opfer darstellen solle. Ihre Theateraufführung sei perfekt doch sie solle sich nichts als Opfer darstellen.

Rätin Karin Seywert fragt ob sie weiterreden dürfe.

Bürgermeister Henri Haine bejaht die Frage und meint, dass sie ohnehin spreche, wann immer sie wolle.

Rätin Karin Seywert erklärt weiter, dass sie, nachdem ihnen die Einsicht ein weiteres Mal verweigert wurde, am Mittwoch, den 1. Oktober, zum Gemeindesekretär gegangen seien. Rat Theisen habe vorher noch angerufen. Doch im Gesetz sei nirgends verankert, dass man sich als Gemeinderatsmitglied, um Einblick in eine Akte zu erhalten, vorher anmelden müsse. Wenn sie einen solchen Abschnitt finden würden, sollten sie ihr ihn mitteilen.

Bürgermeister Henri Haine kontert wo im Gesetz verankert sei, dass sie das Recht haben, einfach so Einblick in eine Akte zu erhalten. Außerdem seien sie jetzt nicht bei den Fragen.

Rätin Karin Seywert argumentiert, dass er doch wissen wolle welches Gerücht es sei.

Bürgermeister Henri Haine erinnert, dass es auch nicht um die Zimmer über dem Schanklokal gehe, sondern um die Resolution der LSAP.

Rätin Karin Seywert meint, dass der Bürgermeister doch wissen wolle um welches Gerücht es sich handelt.

Bürgermeister Henri Haine unterstreicht, dass sie immer noch keine Erklärungen zu den Gerüchten abgegeben habe und falls es welche geben würde, hätten sie geholfen diese zu verbreiten.

Rätin Karin Seywert will wissen welche Gerüchte er meine.

Bürgermeister Henri Haine wiederholt, dass sie ihm sagen solle, von welchen Gerüchten die Rede sei.

Rätin Karin Seywert erklärt, dass das Gerücht entstanden sei, weil die Betreiberin eines Schanklokals, über welchem sich auch vermietete Wohnungen befinden, eine Reduzierung

der Miete für das gesamte Gebäude von 1.800 Euro auf 800 Euro erhalten habe. Zusätzlich erhalte diese Person nun eine Wohnung in der rue Nicolas Pletschette, weil sie sich angeblich in einer Notsituation befinde. Dies obwohl laut PAL 2021, welcher inzwischen wahrscheinlich abgeändert wurde, zwei Notwohnungen im Penning vorgesehen sind. Sie erhalte also diese Wohnung, obwohl es eine Liste mit vielen Personen geben würde, die dieser Wohnung bedürften. Statistisch gesehen sei Rümelingen in Bezug auf Armut und soziale Schwäche unter den drei ersten Gemeinden des Landes. Viele Menschen auf dieser Liste, würden sich fragen, wie so etwas möglich sein könne. Diese Frau erhalte eine Wohnung, obwohl sie die Möglichkeit habe, über dem Schanklokal zu wohnen. Außerdem erhalte sie die Miete dieser Zimmer. Sie könne sich auch schon denken, welche Erklärung ihr nachher gegeben werde, wem diese Miete zugutekomme. Die Miete der Zimmer sei höher als jene der Gemeindewohnung. Insgesamt seien es drei Zimmer mit einer gemeinsamen Küche und einem Badezimmer. Wenn man dann keinen Einblick in die Akte erhalte, stelle man sich die Frage, ob Zeit gewonnen werde soll. Hier lebe man in einer Demokratie, in der Fragen gestellt werden dürfen. Sie seien die Opposition und somit ein Teil dieser Demokratie. Ihre Aufgabe sei es, Fragen zu stellen, und sie würden über die nötigen Instrumente verfügen. Nirgends sei vermerkt, dass es in einer Demokratie nicht erlaubt sei, etwas in den sozialen Medien zu veröffentlichen.

Bürgermeister Henri Haine wirft ein, dass es vom Inhalt abhängen würde.

Rätin Karin Seywert äußert, dass sie auch Antworten auf den Beitrag erhalten haben, welche nicht sehr sozial gewesen seien. Dann schlussfolgert sie, dass das der Ursprung des Gerüchtes, welches sie verbreitet haben, sei. „Verbreitet" sei jedoch ein großes Wort, denn die Leute hätten sie darauf angesprochen. Es sei doch nachvollziehbar, dass Menschen, welche bereits seit längerer Zeit auf eine Wohnung warten würden, sich diese Frage stellen. Dann hätten sie sich der Sache angenommen, jedoch keine Nachweise erhalten, sodass Zweifel entstehen würden.

Rätin Carole Marx und Bürgermeister Henri Haine fragen gleichzeitig um welches Gerücht es sich handeln würde.

Rätin Karin Seywert betont, dass dies das Gerücht sei.

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass sie mit jedem im Dorf über diese Angelegenheit reden würden und dann würde sich gewundert, dass es Gerüchte gibt.

Rätin Karin Seywert erwidert, dass das eine Unterstellung sei.

Bürgermeister Henri Haine weist daraufhin, dass sie in der Sitzung vom 25. September geäußert habe, dass Gerüchte zirkulieren und sie angesprochen würde. Doch es sei umgedreht. Sie würde die Bürger ansprechen und sei mit verantwortlich das Gerüchte verbreitet werden.

Rätin Karin Seywert ist mit dieser Aussage nicht einverstanden.

Bürgermeister Henri Haine fordert sie erneut auf, offenzulegen, um welche Gerüchte es sich handle. Sie habe schließlich eine lange Rede gehalten und Hannah Arendt zitiert; dann solle sie nun sagen, welches Gerücht gemeint sei. Seit der Gemeindesitzung vom 11. Juli würde sie diesbezüglich nachhaken. In einem Kommentar habe eine Dame geschrieben, dass viele Gemeindeangestellte das Lokal aufsuchen würden und es den Anschein habe, dass dort immer etwas los sei. Er stelle sich jedoch die Frage, wen sie damit meine, denn die meisten würden das Schanklokal „Im Heim" aufsuchen. Außerdem würde er ihren Hund spazieren führen. Das müsse ja tatsächlich ein Skandal sein, dass er mit ihrem Hund spazieren gehe.

Rätin Karin Seywert fragt ob das etwas mit ihr zu tun habe.

Bürgermeister Henri Haine liest einen weiteren Kommentar vor: Solange man „rot ticken" würde, den Mund halte oder das beliebteste Schanklokal in Rümelingen betreiben würde, erhalte man alles. Die CSV habe lediglich geantwortet, dass es ein empfindliches Thema sei und dass es in dieser Angelegenheit nicht um einzelne Personen gehe, sondern um die gesamte Prozedur. Das sei noch das Harmloseste, was er gelesen habe. Rätin Seywert würde zwar sehr viel reden, doch sie offenbare nicht, um welches Gerücht es sich handele. Wenn sie von Gerüchten spreche, dann solle sie auch sagen, welche Gerüchte gemeint sind, beziehungsweise, wenn sie sie nicht verbreitet habe, solle sie preisgeben, wer es sei.

Rätin Karin Seywert antwortet, dass sie hier keine Namen nennen müsse. Das Gerücht sei dadurch entstanden, dass sich einige Fragen gestellt würden. Der Dame sei man doch bereits entgegengekommen, indem man die Miete für das Gebäude auf 800 Euro reduziert habe.

Bürgermeister Henri Haine meint, dass er später noch darauf zu sprechen kommen werde. Man müsse sich doch auf der Zunge zergehen lassen, dass sie ganze 18 Fragen in Bezug auf diese Wohnung gestellt hätten. Vorhin hätten sie über drei Nachträge abgestimmt, doch es sei nicht gefragt worden, was diese Personen verdienen oder auf welcher Basis die Miete berechnet worden sei. Nichts von privater Natur. Dies sei bisher nie der Fall gewesen. Seit er dabei sei, sei bei Abstimmungen über Mieten und Nachträge nie gefragt worden, woher die Menschen kommen oder was sie verdienen würden. Nur jetzt, in diesem einzelnen Fall, sei dies gemacht worden.

Rat André Theisen ist mit dieser Aussage nicht einverstanden.

Bürgermeister Henri Haine wundert es nicht, dass Rat Theisen nicht einverstanden ist.

**** Unverständliche Aussage von Rätin Karin Seywert.**

Bürgermeister Henri Haine antwortet, dass er am 11. Juli bereits Erklärungen abgegeben habe. Seit diesem Datum würde sie sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen und nach allem Möglichen suchen. Es habe jedoch absolut nichts mehr mit der

Wohnung zu tun. Es sei öffentlich im Gemeinderat über eine Gemeindewohnung abgestimmt worden. Sie hätten dagegen gestimmt, weil sie nicht damit einverstanden gewesen seien, was ihr gutes Recht sei. Sie könnten auch sagen, dass es ihnen lieber gewesen wäre, wenn eine ältere Dame die Wohnung erhalten hätte. Auch dies sei ihr gutes Recht. In der Sitzung vom 11. Juli sei ein Vorschlag gemacht und darüber abgestimmt worden. Seitdem würden sie nach allem Möglichen suchen und wollten ihm dann weismachen, dass es nicht um die Person, sondern um die Wohnung gehe. Von wegen!

Rätin Karin Seywert erwidert, dass er der Sache ein schnelles Ende hätte bereiten können, indem er ihnen die Nachweise vorgelegt hätte.

Bürgermeister Henri Haine kontert, dass er ihnen diese Nachweise nicht zeigen müsse. Es gehe niemanden etwas an, denn es seien persönliche Daten.

Rätin Karin Seywert argumentiert, dass sie doch Gemeinderatsmitglieder seien. Wie sollten sie über ein Gesetz abstimmen, wenn keine Transparenz herrsche. Sie könnten doch nicht über etwas abstimmen über das sie nicht Bescheid wissen und es in Frage stellen.

Bürgermeister Henri Haine erinnert, dass man beim Punkt der Resolution sei und möchte wissen ob sie diese nun unterstützen der nicht.

Rat André Theisen fragt sich das Wort und meint, dass der Bürgermeister auch Öl ins Feuer gegossen habe.

Bürgermeister Henri Haine hinterfragt dieser Aussage.

Rat André Theisen erwähnt den Cocktail, welcher so schön präsentiert worden sei.

Bürgermeister Henri Haine meint, dass dies das Resultat von zirkulierenden Gerüchten sei.

Rat André Theisen findet, dass der Bürgermeister auf der Rentnerfeier auch zu weit gegangen sei.

Bürgermeister Henri Haine will wissen ob Rat Theisen seine politische Rede in Frage stelle.

Rat André Theisen verneint und erklärt, dass er die Rede an sich nicht in Frage stelle, sondern dass er dieses Thema in die Rede eingebaut habe.

Bürgermeister Henri Haine fragt Rat Theisen ob er vergessen habe was seit dem 11. Juli seitens der CSV gemacht werde. Sie würden ständig nach Nachweisen fragen.

**** Nach einem Missverständnis zwischen dem Bürgermeister und Schöffe Jimmy Skenderovic erhält Rätin Karin Seywert erneut das Wort.**

Rätin Karin Seywert meint, dass, wenn man den öffentlichen Beitrag analysieren würde, erkennen würde, dass es nicht um Gerüchte gehe. Darauf werde sie später eingehen. Sie wolle lediglich mitteilen, dass der Beitrag nicht von Gerüchten handle. Sie sollten den Kontext des Beitrages betrachten.

Bürgermeister Henri Haine bestätigt, dass auch er später auf den Kontext des Beitrages eingehen werde, um ihnen darzulegen, was falsch sei. Im Vorfeld wolle er aber sagen, dass er in seiner Rede auf der Rentnerfeier nicht gesagt habe, dass sie lügen. Das habe er mit Sicherheit nicht gesagt. Doch sie würden das immer wieder, auch auf Facebook, behaupten. Das müsse dann ihr Verdienst sein, denn sie würde es auch hier behaupten und sie sei als Einzige anwesend gewesen. Doch so etwas habe er nicht gesagt. Das sei gelogen.

Rätin Karin Seywert legt dar, dass sie ihm dazu Erklärungen, in der geheimen Sitzung, geben werde.

Bürgermeister Henri Haine weist erneut darauf hin, dass sie gerade den Punkt der Resolution behandeln. Jedoch hätten sie keine Antwort auf die Frage, welche Gerüchte gemeint seien, erhalten, sondern schöne Theaterstücke vorgespielt und Hannah Arendt zitiert. Das Zitat habe er schön gefunden. Doch es habe den Anschein, dass sie ein Problem mit einer Resolution über die politische Gerechtigkeit, den gegenseitigen Respekt und die Verantwortung der Gemeinderatsmitgliedern haben. Bevor er vorschlagen würde darüber abzustimmen, fragt er ob Schöffe Skenderovic noch etwas sagen wolle.

Schöffe Jimmy Skenderovic gibt an, dass er noch etwas zur Resolution preisgeben möchte.

Rat André Theisen macht darauf aufmerksam, dass Rätin Schelinsky auch etwas sagen möchte.

Bürgermeister Henri Haine gibt ihr das Wort.

Rätin Monique Schelinsky meint, dass sich der Gemeinderat, anstatt der vorliegenden Resolution, ein gesetzlich vorgeschriebenes ROI geben solle, so dass sie eine aktualisierte Version haben anstatt der 50 Jahre alten Version.

Bürgermeister Henri Haine widerspricht und erklärt, dass sie im Jahr 2011 ein ROI gestimmt haben. Außerdem gebe es ein Gemeindegesetz, das jeder einhalten müsse. Darin seien alle Einzelheiten festgehalten, wie ein Gemeinderat zu funktionieren habe. Zudem könne im ROI nichts festgehalten werden, was gegen das Gesetz verstoße. Anschließend erteilt er Schöffe Skenderovic das Wort.

Schöffe Jimmy Skenderovic bedankt sich und scherzt, dass niemand behaupten könne, die Vertreter der LSAP würden hier bevorzugt, denn der Bürgermeister habe einem Oppositionspolitiker bereits viermal das Wort erteilt, bevor er selbst zu Wort gekommen sei. Das beweise den Menschen, dass niemand bevorzugt werde.

Zur Resolution wolle er sich noch kurz äußern. Zunächst bedanke er sich bei seiner Kollegin Marx dafür, dass sie die Resolution im Namen ihrer gemeinsamen Partei vorgetragen habe. Anschließend wolle er auf die Wichtigkeit dieser Resolution eingehen. Auf den Inhalt könne man später noch zurückkommen, da dieser Punkt ohnehin übersprungen worden sei. Es sei tatsächlich so, wie es hier geschildert worden sei. Im Gemeinderat würden alle von Demokratie sprechen, doch außerhalb werde das Gegenteil umgesetzt. Er selbst frage sich manchmal, ob manches wirklich nötig gewesen sei. Er habe stets dafür plädiert, über den Inhalt zu diskutieren, doch die Art und Weise, wie dies nach außen getragen worden sei, halte er für fragwürdig.

Außerdem meint er, dass Rat Bremer, Rat Theisen in seiner vorherigen Rede nicht persönlich angesprochen habe, sondern in dessen Funktion als Fraktionsleiter seiner Partei.

Rat André Theisen gibt an, dass er es auch so aufgenommen habe.

Schöffe Jimmy Skenderovic erläutert, dass die CSV eine staatstragende Partei sei, da sie auf nationaler Ebene während des vergangenen Jahrhunderts rund 80 Jahre Regierungsverantwortung getragen habe. Die Sektion von Rat Theisen sei Teil dieser Partei. Wenn also in einer Zeit, in der die Menschen in den sozialen Medien übereinander herfallen, auf der offiziellen Seite einer etablierten Partei, über die sie kommunizieren, von Gerüchten die Rede sei, stelle er sich nicht nur als gewählter Vertreter, sondern auch als Bürger, Fragen. Deswegen habe er sich auch erlaubt zu kommentieren, eben weil er sich als Wähler angegriffen gefühlt habe. Drei Monate lang sei über diese Angelegenheit diskutiert worden, doch seiner Meinung nach hätten sie andere Themen zu behandeln. In diesem Zusammenhang frage er sich, ob die Bürger sie tatsächlich gewählt hätten, damit sie sich so lange mit dieser Sache beschäftigen. Letztlich würden die Bürger darüber entscheiden. In dem Beitrag seien nicht nur seine politischen Kollegen persönlich angegriffen worden, sondern auch das Gemeindepersonal. Genauer gesagt sei der Gemeindesekretär auf Facebook angegriffen worden. Das sei etwas, das er niemals tolerieren werde. Deshalb habe er geschrieben, man solle ihn oder seine Kollegen angreifen, aber nicht das Personal. Dieses sei nicht dafür angestellt, Politik zu betreiben, und werde auch dann noch da sein, wenn sie selbst nicht mehr im Amt seien. Es sei auch möglich, dass irgendwann ein Vertreter der CSV im Schöffenrat sitzen werde. Wenn sie also die Funktion des Bürgermeisters in Frage stellen und eines Tages vielleicht selbst den Bürgermeister stellen, hätten sie letztlich sich selbst geschadet. Auch sie würden ständig angesprochen, und er höre ebenfalls Gerüchte, darüber dass das Personal aufgehetzt oder gefragt werde, ob es zufrieden oder unzufrieden sei. Es werde nur noch nach irgendetwas gesucht, und er frage sich, ob das wirklich sein müsse. Sei tatsächlich jemand der Meinung, dass sie als Schöffenrat oder als LSAP irgendjemandem etwas verbieten würde. Er bekomme dies zwar nur beiläufig mit, doch das Personal sei durch das Getuschel und die Gerüchte, die draußen kursierten, verunsichert. Der Inhalt der Resolution sei wirklich wichtig, und im Gegensatz zu Rätin Seywert finde er, dass es sauberes Französisch sei. Er sei der Auffassung, dass sich alle – und damit meine er die gewählten Vertreter – künftig an die demokratischen Prinzipien sowie an den Respekt halten sollten, den Rat Theisen zuvor erwähnt habe. An erster Stelle stehe dabei der gegenseitige Respekt, aber ebenso der Respekt nach außen.

Rätin Karin Seywert will wissen wann der Gemeindesekretär angegriffen worden sei.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass er dies in seinen Antworten auf die 18 Fragen offenlegen werde. Es sei eine Leistung, 18 Fragen im Zusammenhang mit einer Wohnung zu stellen. Er wolle jedoch noch etwas hinzufügen. Als Herr Boss vorhin seinen Vortrag gehalten und Nora Back erwähnt habe, habe Rätin Schelinsky gesagt: „Je n'aime pas sa façon d'agir." Sie würden die Vorgehensweise der CSV ebenfalls nicht gutheißen.

Rätin Monique Schelinsky gibt zurück, dass sie das wissen würden.

Bürgermeister Henri Haine wiederholt, dass sie gerade über eine Resolution zu politischem Anstand, politischer Gerechtigkeit, demokratischem Respekt und der Verantwortung der Gemeinderatsmitglieder sprechen würden, welche sie nicht annehmen würden. Dies würde wiederum für sich sprechen, sodass sie vielleicht doch ein schlechtes Gewissen hätten. Es gehe nicht um ihre Vermutungen, sondern um eine Resolution, deren Inhalt eigentlich jedes Gemeinderatsmitglied unterstützen müsste. Sie hätten zwar Hannah Arendt zitiert, wofür er sich bedanke, doch sie hätten immer noch nicht auf ihre Fragen geantwortet. Unter dem Punkt Fragen an den Schöffenrat würden sie auf ihre 18 Fragen eingehen, und er werde dann ebenfalls noch einige Dinge klarstellen. Nun schlage er jedoch vor, zur Abstimmung überzugehen.

Rat André Theisen stimmt gegen die Resolution und argumentiert, dass er einen Eid geleistet habe und sich daranhalten werde.

Bürgermeister Henri Haine erwidert, dass sie in Zukunft also nie wieder über eine Resolution abstimmen müssten.

**** Mit 8 Ja-Stimmen und 3 Gegenstimmen wird die Resolution angenommen.**

PUNKT 8 DER TAGESORDNUNG
Fragen an den Schöffenrat:

**** Die originale Antworten auf die 18 Fragen der CSV können im französischen Teil nachgelesen werde.**

Bürgermeister Henri Haine geht dann zu den 18 Anmerkungen und Fragen der CSV Rümelingen im Zusammenhang mit der Wohnung 01, Erdgeschoss, 2, rue Nicolas Pletschette, über.

So wisse jeder um was es genau gehe. Im Beitrag auf Facebook sei über das Schanklokal geschrieben worden. Bevor er auf die 18 Fragen eingehen werde, wolle er wissen ob sie noch etwas beifügen möchten.

Rätin Karin Seywert fragt ob der Bürgermeister eine Frage nach der anderen beantworten werde.

Bürgermeister Henri Haine verneint, denn er würde jetzt nicht eine Stunde lang, eine Frage nach der anderen beantworten.

Rätin Karin Seywert will wissen ob sie die Antworten auch schriftlich erhalten werden.

Bürgermeister Henri Haine bestätigt, dass sie die Antworten auch schriftlich erhalten werden, doch vorerst wolle er wissen ob sie noch etwas beizufügen haben.

Rätin Karin Seywert wiederholt, ob sie die Antwort nachher erhalten werden.

Bürgermeister Henri Haine bejaht die Aussage, doch vorher wolle er etwas dazu sagen.

Rätin Karin Seywert meint, dass sie später auch noch etwas sagen wolle.

Bürgermeister Henri Haine fordert sie auf das jetzt zu tun.

Rätin Karin Seywert meint, dass sie doch später auf die Fragen des Bürgermeisters antworten könne.

Bürgermeister Henri Haine lacht und offenbart, dass er auf ihre Fragen, welche sie dem Schöffenrat vorgelegt haben, antworten werde und keine Fragen mehr stellen werde. Sie sollen ihm jetzt sagen, ob sie noch etwas beifügen möchten, denn nachdem er geantwortet habe, würden sie nur noch die schriftlichen Antworten erhalten, aber dann sei Schluss. Er hoffe, dass diese Angelegenheit dann endlich abgeschlossen werden könne.

Rätin Karin Seywert ist der Meinung, dass der Bürgermeister Fragen stellen werde.

Bürgermeister Henri Haine unterstreicht, dass es Fragen an den Schöffenrat sei und nicht Fragen an die CSV. Er fragt erneut ob sie noch etwas hinzufügen wollen.

Rätin Monique Schelinsky vermerkt, dass vorhin von der staatlichen Zulassung gesprochen worden sei. Sie würden sich aktuell in einer Übergangsphase bis nächstes Jahr befinden.

Bürgermeister Henri Haine ergänzt, dass die Übergangsphase drei Jahre laufen würde.

Rätin Monique Schelinsky wiederholt, dass sie nächstes Jahr auslaufen werde.

Bürgermeister Henri Haine meint, dass er das später klarstellen werde.

Rätin Monique Schelinsky betont, dass die Phase im September 2026 auslaufen werde. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, ob das Gebäude in der rue Nicolas Pletschette vom Staat anerkannt sei.

Bürgermeister Henri Haine wundert sich über die gestellte Frage. Am 11. Juli sei über die Anpassung der Mieten abgestimmt worden, aber auch über den betreffenden Mietvertrag sowie die anderen Mietverträge und erst jetzt würden sie sich die Frage stellen, ob eine Konvention bestehe oder nicht. Seit dem 11. Juli seien sie damit beschäftigt, Nachforschungen beziehungsweise Untersuchungen anzustellen und Beiträge zu verfassen. Nun würden sie 18 schriftliche Fragen stellen, unter dem Vorwand dieser Wohnung, doch eigentlich gehe es jedoch um das Gesetz. Er habe ihnen in der Sitzung vom 11. Juli ganz klar erklärt – und sie hätten dies vorhin selbst erwähnt –, dass man einer Person in einer Notsituation habe helfen wollen. Es handele sich um eine der gemeindeeigenen Notwohnungen, ebenso wie jene im Hierzesprong. Als dritte Option habe er noch das Penning erwähnt. All dies sei ihnen im Rahmen der Anpassung der Mieten erläutert worden. Es werde also nichts versteckt oder unter den Teppich gekehrt, sondern es sei in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung darüber diskutiert und abgestimmt worden.

In ihren Beiträgen würden sie immer wieder auf das modifizierte Gesetz vom 7. August 2023, also das neue Gesetz über den erschwinglichen Wohnraum, verweisen. Dieses treffe tatsächlich auch auf diese Wohnungen zu, da sie unter den Anwendungsbereich dieses Gesetzes fallen würden. Der Begriff „erschwinglicher Wohnraum“ sei neu eingeführt worden, während im Gesetz von 1979 noch von Mietwohnungen die Rede gewesen sei. Davon betroffen seien alle Wohnungen, die vom Staat zu 75 % mitfinanziert worden seien und für die eine staatliche Konvention bestehe. Außerdem habe er ihnen erklärt, dass es sich hierbei nicht um eine typische Gemeindewohnung, sondern um eine Notwohnung handle, die nicht unter den Anwendungsbereich dieses Gesetzes falle. Er betont, dass dies den Unterstellungen der CSV in ihren 18 schriftlichen Fragen sowie ihren Beiträgen auf Facebook widerspreche. Es könne jedoch auch sein, dass sie das Gesetz nicht richtig auslegen würden oder dem Schöffenrat etwas unterstellen wollten. Als Stadt Rümelingen verfüge man über eine jahrzehntelange Tradition im sozialen Wohnungsbau sowie bei der Vermietung entsprechender Wohnungen. Sie seien tatsächlich immer nach sozialen Kriterien vorgegangen. Diese Tradition hätten sie lange vor dem entsprechenden Gesetz, sowie der Mitfinanzierung des Staates, gehabt. Für den größten Teil der Wohnungen hätten sie sowohl das alte Gesetz als auch nun das neue Gesetz zur Berechnung der Miete angewandt. Dafür seien sie von der Opposition, in der letzten Sitzung sowie in der Sitzung vom 11.Juli, kritisiert worden. Im Mai 2024 habe Rat Theisen geäußert, dass hier nicht richtig gerechnet würde und auf ein Modell der Gemeinde Esch/Alzette verwiesen. Er habe auch gemeint, dass die Miete nur alle zwei Jahre erhöht werden dürfe

mit einem Maximum von 2% oder 5%. Sie selbst würden jedoch nicht wissen, welches Gesetz anzuwenden sei: ob es sich um das Gesetz von 2006 über den „logement à usage d'habitation" oder um das Gesetz über den erschwinglichen Wohnraum handele. Vor Jahren sei ihnen vorgeworfen worden, dass es nicht normal sei, dass immer wieder Nachträge für Verlängerungen angenommen werden müssten. Damals hätten sie gefordert, dass dies wie bei der AIS gehandhabt werden solle, also dass die Wohnungen nur für drei Jahre vermietet würden, damit sie anschließend wieder frei werden und auch andere Geringverdiener die Möglichkeit hätten, eine solche Wohnung zu erhalten. Die Opposition wisse einfach nicht was sie wolle und jedes Mal, wenn etwas Neues vorgestellt würde, würden sie Kritik ausüben und auf ein anderes Gesetz verweisen. Er stelle noch einmal klar, dass diese Wohnung, nicht unter das Gesetz von 2023 falle, weil es keine Konvention mit dem Staat gibt. Es handele sich um eine Notwohnung und nicht um eine typische Gemeindewohnung. Als sie dieses Thema am 25. September erneut, in Form einer Frage an den Schöffenrat, angesprochen hätten, obwohl es nicht auf der Tagesordnung gestanden habe, habe er ihnen dies unmissverständlich mitgeteilt. Da dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung gestanden habe, habe er die Antworten gegeben, die unter diesen Umständen möglich gewesen seien. Er habe in der öffentlichen Sitzung keine Informationen über den Inhalt der privaten Akte preisgegeben und würde das auch nie machen. Niemals werde er in einer Sitzung preisgeben, wie hoch deren Gehalt sei oder in welcher persönlichen Situation sie sich befinden würden. Es sei peinlich genug, dass nach all den Diskussionen, Beiträgen und Gerüchten, dennoch über ihn und die Dame aus dem Schanklokal geredet werde. Und sie würden auch in Zukunft als LSAP dafür Sorgen tragen, oder zumindest so lange er hier sitzen werde, dass solche Informationen nicht in die Öffentlichkeit geraten. Auch wenn die CSV diese Informationen gerne verbreiten würde, werde dies unter ihm nicht passieren. Denn auch Menschen, die in einer sozialen Gemeindewohnung, einer Jugendwohnung oder einer Notwohnung leben, hätten ein Recht auf Privatsphäre und darauf, respektiert zu werden, ohne stigmatisiert zu werden, so wie es die CSV bei dieser jungen Frau getan habe. Dadurch wisse inzwischen jeder, um wen es sich handele und dass sie diese Wohnung erhalten habe. Es sei beschämend, dass die CSV dem Schöffenrat aufgrund des Datenschutzgesetzes vorwerfe, die gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften nicht einzuhalten. Das Gegenteil sei jedoch der Fall, denn sie würden das Gesetz respektieren und deshalb keine solchen persönlichen Daten öffentlich preisgeben. Es sei zudem überraschend und er habe dies bereits zuvor erwähnt, dass bisher noch nie, in keinem einzigen Fall, nach dem Gehalt beziehungsweise nach Nachweisen, wie sie es nennen würden, etwa einer Steuererklärung oder einem anderen Dokument, gefragt worden sei. Nur in diesem einzigen Fall sei dies bis dato verlangt worden, und er wolle den Grund dafür erfahren. Wenn es der CSV tatsächlich um die Sache und nicht um die Personen gehen würde, frage er sich, warum sie am 1. Oktober den Gemeindesekretär aufgesucht und ihm mitgeteilt hätten, dass sie den Grund ihres Besuches im Vorfeld nicht nennen wollten, um ihn zu überraschen.

Rat André Theisen meint, dass der Bürgermeister nicht zu sehr übertreiben solle.

Bürgermeister Henri Haine fragt Rat Theisen mehrmals, ob sie dies also nicht gesagt hätten. Sie seien vorstellig geworden, um ihn zu überraschen. Anschließend hätten sie einen Beamten, der eigentlich der beruflichen Schweigepflicht unterliege, nach einer Akte gefragt. Er finde Fragen zu privaten Daten von Personen äußerst fragwürdig. Es sei offensichtlich, dass sie das einsehen würden, ansonsten würden sie ihnen diese 18 Fragen nicht stellen. Der politische Konkurrenzkampf dürfe nie, wie Rätin Marx bereits erwähnt habe, soweit gehen, dass Menschen diffamiert oder Fakten bewusst falsch dargestellt werden. Doch genau das würden sie gerade machen. Umso lamentabler sei, dass sie, sogar nach dem 6. Oktober, also nach dem Beitrag und den gestellten Fragen, immer noch darauf herumreiten. Er stelle sich die Frage, warum sie sich mit einer ehemaligen Bedienung dieses Schanklokals getroffen hätten und ob tatsächlich über die Wohnung beziehungsweise die Zimmer über dem Schanklokal gesprochen worden sei. Ebenso frage er sich, warum sie die Outreacherin unter einem anderen Vorwand angerufen hätten, um sie anschließend nach ihrer Meinung zu der Angelegenheit bezüglich der Sozialwohnung zu fragen.

Rätin Monique Schelinsky widerspricht, dass das nichts damit zu tun hatte.

Bürgermeister Henri Haine führt weiter aus, dass Rätin Seywert in der Sitzung vom 25. September geäußert habe, dass viele Gerüchte zirkulieren würden und sie deswegen angesprochen werde. Wenn tatsächlich viele Gerüchte zirkulieren würden, seien sie mit ihren trumpistischen Methoden mit Schuld daran, ganz nach dem Motto: Et wäert schon eppes hänke bleiwen. Warum sonst würden sie private Informationen einer jungen Wirtsfrau fragen und öffentlich verbreiten, ob sie wahr seien oder nicht; es scheine ihnen egal zu sein. Auch ihr Beitrag auf Facebook habe es nicht mit der Wahrheit und er werde ihnen erklären was er damit meine. Am 6. Oktober hätten sie geschrieben, dass die Miete des Schanklokales, welche am 24. September 2024 mit der Brauerei auf 1.800 Euro festgesetzt worden war, in der Sitzung vom 9. Dezember 2024, rückwirkend auf den 1. Februar 2024, auf 800 Euro gesenkt worden sei. Doch das sei gelogen. Bereits damals, in der Gemeinderatssitzung, habe er ihnen verdeutlicht, dass die Miete, welche Munhowen der Gemeinde seit Dezember 2024 zahlen würde, bei 2.335 Euro liegen würde und nicht bei 1.800 Euro. Also sei die Miete nicht auf 800 Euro gesenkt worden, sondern auf 1.335 Euro und das sei ein großer Unterschied. Außerdem sei die Miete auch nicht rückwirkend auf den 1. Februar 2024, sowie es die CSV fälschlicherweise in ihrem Beitrag behauptet habe, gesenkt worden, sondern auf den 1. Dezember 2024. So sei es ganz klar im zweiten Nachtrag mit Munhowen vermerkt, welcher am 24. Dezember einstimmig angenommen wurde. Übrigens werde die angenommene Reduktion von 1.000 Euro, ab dem 1.Dezember dieses Jahres auf 800 Euro gesenkt, also steige die Miete um 200 Euro. Sie würden weiterschreiben, dass dieser Nachtrag bereits im Juni 2023 unterschrieben worden sei, also vor den Gemeindewahlen, so dass erst 18 Monate später, im Gemeinderat darüber abgestimmt worden sei. Das sei auch gelogen. Der erste Nachtrag mit Munhowen sei nicht am 23. Juni 2023 unterschrieben worden, sondern am 30. März 2023

und die Abstimmung habe auch nicht 18 Monate nach den Wahlen stattgefunden, sondern am 28. April 2023, also 2 Monate vor den Wahlen. Der Nachtrag sei einstimmig angenommen worden und Rat Theisen habe damals geäußert, dass die Verlängerung von 9 Jahren wunderbar sei, denn es sei eine große Chance und eine Sicherheit einen solchen Vertrag mit Munhowen zu haben. Dann stelle die CSV in Frage wie es möglich sei, dass eine Person eine substantielle Reduktion der Miete erhalten könne, denn die Miete würde normalerweise zwischen der Brauerei und dem Wirt fixiert. Doch woher wolle die CSV das wissen. Auch wenn es niemanden etwas angehe, weil es sich um einen Vertrag zwischen Munhowen und einer privaten Person beziehungsweise einer privaten Gesellschaft handele, möchte er darauf hinweisen, dass die Miete der Dame an Munhowen deutlich höher sei als die Miete von Munhowen an die Gemeinde. Das könne er ihnen versichern und sie könnten die Dame gerne im Schanklokal aufsuchen und sie selbst fragen. Vielleicht würde sie ihnen den Betrag nennen. Auf Facebook würde die Wahrheit nicht so ernst genommen, vor allem nicht, wenn es nicht um die Sache gehe. Er habe vorhin auf einen Kommentar einer Dame hingewiesen, welcher einfach so stehen gelassen wurde. Auf die zahlreichen Gerüchte, welche mit ihrer Hilfe im Dorf verbreitet würden, wolle er nicht eingehen. Sie seien wirklich tief gefallen. Als er klein war, habe sein Großvater ihm gesagt, dass es unter den Klerikalen auch nette Leute geben würde, doch man müsste feststellen, dass es in der CSV wahrscheinlich keine Klerikale mehr geben würde.

Rat André Theisen widerspricht, dass es noch welche geben würde.

Bürgermeister Henri Haine erwähnt erneut die 18 schriftlichen Fragen und verdeutlicht, dass er inzwischen auf das neue Gesetz sowie auf die verschiedenen Arten von Wohnungen der Gemeinde eingegangen sei. Er habe ihnen außerdem klar mitgeteilt, dass stets versucht werde, die Mietberechnung nach sozialen Kriterien vorzunehmen, und dies sei auch in diesem Fall geschehen. Bei einer Notwohnung könnten jedoch andere Kriterien angewandt werden, da man es häufig mit Menschen zu tun habe, die aufgrund einer besonderen Situation, Hilfe benötigen. Die Berechnung der Miete könnte in solchen Fällen, auch wenn diese Personen über ein Einkommen verfügen, anhand anderer Kriterien vorgenommen werden. Er erinnert daran, dass die Mieten, der von der Gemeinde erworbenen Wohnungen, in denen bereits Menschen wohnen, nicht angepasst würden, da diese die Wohnungen bereits zuvor unter bestimmten Bedingungen gemietet wurden. Betreffend der früheren Dienstwohnungen habe die Gemeinde die Bemerkung der Finanzkontrolle erhalten, dass die Mieten nicht hoch genug seien und an das Marktniveau angepasst werden müssten. Dem würden sie nicht nachkommen, das wolle er klar sagen. Doch bei der Vergabe dieser Wohnung seien selbstverständlich die gesetzlich vorgeschriebenen Obergrenzen eingehalten worden. Er wolle sie daran erinnern, dass die Obergrenze für einen einzelnen Erwachsenen bei 3.820 Euro netto im Monat liege. Diese Obergrenze sei nicht überschritten worden, also sei das respektiert. Er habe ihnen bereits sechsmal erklärt, dass man in dieser Situation habe helfen wollen, unabhängig davon, ob sie dies gutheißen würden oder nicht. Es sei ihnen tatsächlich auch ein Anliegen gewesen, dass sie sich mit ihrem Schanklokal eine Zukunft aufbauen könne. Doch wie könne sich eine Zukunft aufgebaut werden, wenn man, seit dem 11.Juli, im Dorf, immer wieder Gegenstand von Gerüchten sei. Und sie würden nicht aufhören. Ihre 18 Fragen betreffend das Gesetz würden schriftlich beantwortet, auch wenn es ihnen eigentlich nur um diese eine Wohnung gehe. Er könne ihnen versichern dass die gesetzlich vorgesehenen Gehälter eingehalten wurden und zittiert: […] le revenu à prendre en considération est la moyenne du revenu net de l'année civile qui précède la date de sa détermination […]. In diesem Fall sei ebenfalls eine Steuererklärung gefragt worden um die gesamte finanzielle Situation zu verstehen. Die Obergrenze von 3.820 Euro netto pro Monat sei hier nicht überschritten worden und das deklarierte Einkommen liege sogar weit unter dieser Grenze. Außerdem sei die Miete, die in der Gemeinderatssitzung vom 11. Juli beschlossen wurde, noch niedriger ausgefallen, wenn sie auf der Grundlage der damals vorliegenden Gehaltsliste berechnet worden wäre. Es sei also eine höhere Miete festgehalten worden, da sie nicht ausschließlich die sozialen Kriterien hätten anwenden wollten. Zusätzlich zu den 426 Euro Miete müssten daher noch 200 Euro Nebenkosten bezahlt werden. Sogar wenn es zu Anpassungen kommen werde, sei diese Wohnung nur für ein Jahr vermietet. In der Gemeinderatssitzung vom 11. Juli habe Rat Theisen dargelegt, dass noch einmal verlängert werden könnte. Ja, es könne noch einmal verlängert werden, wenn es gewollt sei. Doch dann müsse der Gemeinderat es noch einmal annehmen. Dann werde auch im nächsten Jahr, wie jedes Mal, die Miete angepasst, falls festgestellt werde, dass sich das Einkommen inzwischen erhöht oder verringert habe. In diesem Fall müsse eine Neuberechnung vorgenommen werden. Außerdem verfüge die Gemeinde über einen Kassenwart, der dafür sorge, dass alle geschuldeten Beträge eingetrieben würden. Dies wüssten sie genauso gut wie er. Dieser sei eine Vertrauensperson, ebenso wie der Gemeindesekretär, der seinen Verpflichtungen nachkomme. Er wiederholt, dass unter seiner Verantwortung niemals private Informationen in öffentlichen Sitzungen preisgegeben werden würden, da es ein Datenschutzgesetz gebe. Er hoffe, dass sie nicht verlangen würden, dass er jede der 18 Fragen einzeln beantworte, da diese die allgemeine Prozedur betreffen würden, also wie und von wem die Anträge bearbeitet würden. Diese würden selbstverständlich von der Abteilung für Wohnungen behandelt. Er wolle ihnen noch erläutern, dass vor Juli 2025 nicht mit einem Formular gearbeitet worden sei. Seit Juli 2025 werde den Antragstellern jedoch ein Formular ausgehändigt, um zu vermeiden, dass wiederholt fehlende Informationen nachgefragt werden müssten. Sie hätten Fragen, beziehungsweise eine Bemerkung zur Zulassung geäußert. Es sei auch gefragt worden ob das RENLA genutzt werde. Das sei sehr wohl ein gesetzlich vorgeschriebenes, zentrales Koordinationsinstrument, doch sie würden ganz genau wissen, dass es noch nicht einsatzbereit sei. Momentan befinde es sich, mit verschiedenen Gemeinden, noch in einer Testphase. Anfang 2026 soll es dann betriebsfähig sein. Die hiesigen Wohnungen seien selbstverständlich nach der eignen Liste, wie bereits erklärt, verteilt worden. Die Menschen könnten einen Antrag stellen, welcher von der zuständigen Abteilung behandelt würde, um zu sehen welche Möglichkeiten es geben würde. Wenn eine Woh-

nung frei sei, müsse noch überprüft werden, ob sie groß genug sei, denn sie könnten keine 7-köpfige Familie in ein kleines Studio setzen. Dass die ältere Dame aus dem ersten Stockwerk, welche gehbehindert sei, diese Wohnung hätte erhalten sollen, sei lediglich die Meinung der Opposition. In diesem Zusammenhang wolle er jedoch darauf hinweisen, dass Mieter, die alleine wohnen und unter die sozialen Kriterien fallen, grundsätzlich in kleineren Wohnungen untergebracht werden müssten. Die Konsequenz aus der aktuellen Diskussion sei, dass sich die Gemeinde künftig strikt an das Gesetz halten werde. Dies könne jedoch dazu führen, dass einige Mieter nicht in ihren derzeitigen Wohnungen bleiben könnten. Die CSV wolle dies so, daher werde es entsprechend umgesetzt. Alle weiteren Überprüfungen, beispielsweise bezüglich der Eintragung in das RENLA, seien eine Entscheidung des Schöffenrates. Dieser entscheide, welche Wohnungen in das RENLA aufgenommen würden. Bei den Wohnungen, die eingetragen werden müssten, handle es sich ausschließlich um staatlich anerkannte Wohnungen. Dazu gehörten derzeit die Jugendwohnungen sowie die zukünftigen Sozialwohnungen, welche im kommenden Jahr eingeweiht würden. Für alle anderen Wohnungen müsse noch eine Entscheidung getroffen werden, da geprüft werden müsse, ob eine Eintragung in das RENLA überhaupt sinnvoll sei. Dies bleibe jedoch eine Entscheidung des Schöffenrates und nicht der Opposition. Es handle sich um nicht staatlich anerkannte Wohnungen. Sollten diese künftig anerkannt werden, müssten sie selbstverständlich in das RENLA eingetragen werden. Es stehe außerdem außer Frage, dass künftig weiterhin in nahezu allen Wohnungen die gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien angewandt würden. Die CSV habe sich in der Vergangenheit mehrfach darüber beschwert, dass die Mieten gestiegen seien. Diese Erhöhungen seien jedoch darauf zurückzuführen, dass im neuen Gesetz das Kriterium bezüglich Personen über 75 Jahren nicht mehr vorgesehen sei. Deshalb hätten die Mieten neu berechnet werden müssen, wodurch einige Personen im Vergleich zu ihrer früheren Miete eine höhere Miete zahlen müssten. Die Betroffenen würden sich anschließend bei der CSV beschweren und bei der Gemeinde anrufen. Sie würden sogar wissen, wie viel Miete die Betreiberin des Cafés für ein Zimmer verlangen würde oder wie hoch die Miete für eine Wohnung sei. Sie würden scheinbar über all diese Informationen verfügen, und diese könnten sie nur von bestimmten Personen erhalten haben. Er finde es bedauerlich, wie seit dem 11. Juli mit dieser Angelegenheit umgegangen werde, und hoffe, dass sie nun endgültig abgeschlossen werden könne. Es habe eine Abstimmung gegeben, alles sei erklärt worden, und sie würden nun zusätzlich schriftliche Antworten auf ihre 18 Fragen bezüglich der Prozedur erhalten, doch dann sei genug.

Rätin Monique Schelinsky will wissen ob sie richtig verstanden habe, dass die Gemeinde, mit Ausnahme der Jugendwohnungen und den zukünftigen Wohnungen im neuen Gebäude, keine weiteren staatlich anerkannten Wohnungen habe.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, dass sie keine anderen staatlich anerkannten Wohnungen haben mit Ausnahme der Jugendwohnungen und den Wohnungen für welche eine Konvention bestehe.

Rätin Monique Schelinsky schlussfolgert, dass also die Miete entsprechend dem Gesetz von 2023 zu berechnen sei.

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass jede Gemeinde das für sich entscheide und wiederholt, dass sie die Mieten, soweit es möglich gewesen sei, nach dem Gesetz des bezahlbaren Wohnraums, wie es heutzutage genannt werde, berechnet hätten. In der Vergangenheit sei also auch nach sozialen Kriterien gehandelt worden.

Rätin Monique Schelinsky hinterfragt warum es keine Konvention für die anderen Wohnungen geben würde. Die Gemeinde würde ab dem Moment doch mehr staatliche Zuschüsse erhalten.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass sie nun gemeinsam mit den zuständigen Abteilungen überprüfen würden, welche Wohnungen in das RENLA eingetragen werden sollen. Jede Gemeinde nehme derzeit eine solche Prüfung vor, um festzustellen, ob eine Eintragung überhaupt sinnvoll sei oder nicht. Es sei jedoch klar, dass im Falle einer Eintragung der Wohnungen in das RENLA eine Konvention mit dem Staat abgeschlossen werden müsse und letzterer anschließend auch ein gewisses Mitspracherecht haben werde. Gleichzeitig würde dies bedeuten, dass nur noch Personen, die im RENLA registriert seien, Zugang zu einer solchen Wohnung erhalten könnten. Es wäre dann nicht mehr möglich, dass die Dame einer Wohnung einfach in eine andere Wohnung wechseln könne. Die Gemeinde sei im Besitz von Wohnungen für welche diese Entscheidungen getroffen werden könne.

Rätin Monique Schelinsky meint, dass das RENLA hauptsächlich für bezahlbaren Wohnraum sei, also könne auch nicht mehr so einfach entschieden werden, was eine Notwohnung sei.

Bürgermeister Henri Haine erläutert, dass dies weiterhin möglich sein werde. Aus diesem Grund gebe es die Bezeichnung „logement dédié“. Die Art der Wohnungen müsse noch festgelegt werden, und entsprechend würden diese auch im RENLA eingetragen. Als Beispiele nennt er „logement dédié pour jeunes“ oder „logement dédié de réserve“, was sie als Notwohnung bezeichnen würden. Der Begriff „logement dédié de réserve“ sei so im Gesetz verankert. Selbstverständlich würden auch in diesen Fällen soziale Kriterien angewandt. Gleichzeitig wolle man jedoch auch in Zukunft flexibel bleiben und vermeiden, dass die Mieten immer weiter steigen. Dies hätten sie dem Kontrollorgan für Gemeindefinanzen auch geantwortet. Sie wollten zudem das Recht behalten, selbst zu entscheiden, welche Person in welche Wohnung einziehen könne. Er beziehe sich dabei auf die gemeindeeigenen Wohnungen, die nicht staatlich anerkannt seien. Es liege weiterhin in ihrer Entscheidung, ob diese Wohnungen in das RENLA eingetragen würden oder nicht. Auch im Rahmen einer Reservewohnung müsse nicht zwingend nach den sozialen Kriterien berechnet werden, wenn eine Notsituation vorliege. Deshalb habe man entschieden, Reserve- beziehungsweise Notwohnungen nur zeitlich begrenzt zu vergeben, da man hoffe, dass die betroffenen Personen wieder auf die Beine

kommen und eine Wohnung auf dem privaten Markt finden. Sei es beispielsweise nach einem Brand oder aufgrund einer anderen Situation. Auch andere Gemeinden verfügten über Notwohnungen, bei denen die Bedingungen des erschwinglichen Wohnraums nicht unbedingt angewandt würden.

Rätin Monique Schelinsky legt dar, dass die angesprochene Wohnung vorher keine Notwohnung gewesen sei. Diese Entscheidung sei irgendwann gefallen, doch das sei nicht transparent gewesen. Am 11. Juli sei kurz angedeutet worden, dass es jetzt eine Notwohnung sei, doch sie würde es gut finden, wenn ihnen eine solche Information, vor dem Mietvertrag, mitgeteilt würde.

Bürgermeister Henri Haine erinnert, dass sie, als die Wohnungen renoviert wurden, festgehalten haben, dass sie einige Wohnung freihalten werden. Eine auf dem Hierzesprong, eine weitere auf dieser Adresse und die Wohnung im Penning werde seitdem als Notwohnung genutzt. Es würde aber selbstverständlich auch Situationen geben, wo man entscheiden müsse ob sie weiterhin freigehalten werden sollen oder nicht. Es sei gut eine freie Wohnung zu haben, im Falle, wenn etwas passieren würde, doch auf der anderen Seite gerate die Gemeinde immer mehr unter Druck, weil immer mehr Anträge gestellt würden. Darunter seien auch Situationen, in denen man den betroffenen Personen gerne helfen würde, jedoch wisse würde, dass diese die Wohnung wahrscheinlich nie wieder verlassen werden, weil sie wahrscheinlich nie ein ausreichendes Einkommen erzielen beziehungsweise nie in der Lage sein werden, einer regulären Arbeit nachzugehen, um ein entsprechendes Einkommen zu verdienen.

Rätin Monique Schelinsky wiederholt, dass in diesem Fall nie vermerkt worden sei, dass es sich um eine Notsituation handeln würde. Es wäre jedoch nicht schlecht, wenn das in Zukunft dementsprechend definiert würde, dann würden auch weniger Diskussionen aufkommen.

Bürgermeister Henri Haine weist darauf hin, dass er ihnen dies bereits am 11. Juli sowie am 25. September erklärt habe. Einige unter ihnen hätten dies jedoch nicht hören wollen und würden im Dorf herumgehen und mit jedem darüber sprechen. Es gehe gar nicht mehr um die Wohnung und genau das verschlimmere, seiner Meinung nach, die Angelegenheit. Es tue ihm leid, doch so sei es, unabhängig davon, ob sie es akzeptieren würden oder nicht. In diesem Fall gehe es tatsächlich nicht um die Sache. Wenn diese Personen endlich aufhören würden, dumme Gerüchte zu verbreiten und sich mit jedem darüber auszutauschen, wäre die Angelegenheit bereits erledigt. Es sei abgestimmt worden und damit sei die Sache abgeschlossen. Wenn sie nicht einverstanden seien, könnten sie ihren Leuten das schriftlich mitteilen und ihre Erklärungen darlegen, doch alles andere sei lächerlich, bedauerlich und krank. Diese Personen würden eine kriminelle Energie entwickeln, um jemand anderem zu schaden, und es gehe längst nicht mehr um die Wohnung oder um Politik.

Rätin Karin Seywert fragt ob es einen schriftlichen Beschluss des Schöffenrates geben würde, um diese Hilfe zu begründen.

Bürgermeister Henri Haine fragt genervt, welche Hilfe sie denn meine. Diese Hilfe sei hier im Gemeinderat beschlossen worden, und es sei über sämtliche Punkte abgestimmt worden. Der Schöffenrat habe sich allen Diskussionen gestellt, und es sei darüber abgestimmt worden. Auch über die Miete, als der Vertrag mit Munhowen auf der Tagesordnung gestanden habe. Er verstehe nicht was sie noch wolle. Sie würden gerne die Kontrolle haben, doch es sei alles im Gemeinderat gestimmt worden, deswegen verstehe er nicht was sie noch vom Schöffenrat verlange.

Rätin Karin Seywert erklärt, dass sie im Falle eines Brandes oder von Hochwasser die Notsituation klar erkennen würde und will wissen was in diesem Fall die Notsituation war.

Bürgermeister Henri Haine erläutert, dass er ihnen die private Situation eines Menschen, welcher sich diesbezüglich an sie wenden würde, nicht offenlegen werde. Auch nicht, wenn sie davon überzeugt seien, dass dieser Mensch noch über andere Möglichkeiten verfügen würde. Anschließend liest er die aufgeführten Möglichkeiten aus dem Gesetz vor: […] famille monoparentale, personne en cours de séparation ou divorce, violence familiale, logement non décent, logement trop cher, logement insalubre, autres situations sociales ou familiales exceptionnelles […] und fragt, ob ihr diese Aufzählung ausreiche.

Rätin Karin Seywert verweist auf eine Liste und möchte wissen, ob diese Person die Einzige gewesen sei, die diese Voraussetzungen erfüllt habe, oder ob auch andere Personen dafür infrage gekommen wären.

Bürgermeister Henri Haine erwidert, dass er nicht verstehe, worauf Rätin Seywert hinauswolle. Liste hin oder her, es müsse letztendlich auch alles passen. Sie hätten beispielsweise eine siebenköpfige Familie, die sie dort jedoch nicht unterbringen könnten, da die Wohnung nicht groß genug sei. Solche Situationen seien problematisch, insbesondere wenn es sich um größere Familien handle. In der Sparkasse hätten sie Einelternfamilien mit mehreren Kindern untergebracht. Diese sehr großen Wohnungen würden nicht an Einzelpersonen vergeben. Wenn jedoch eine Notsituation bestehe und sie davon Kenntnis hätten, würden sie helfen. Nicht mehr und nicht weniger. Unabhängig davon, ob noch andere Personen infrage gekommen wären, hätte die Wohnung letztendlich einer Person vergeben werden müssen beziehungsweise vergeben werden können. Auch wenn zehn Anträge vorliegen würden, müsse dennoch eine Entscheidung getroffen werden.

Rätin Karin Seywert fragt weiter, ob die Notwohnung im Penning besetzt sei.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, dass die Wohnung, soweit er wisse, frei sei.

Rätin Karin Seywert hält ein Blatt in die Höhe und schlussfolgert, dass für die Wohnungen auf dieser Liste, welche sie am 11. Juli im Rahmen des Punktes 4.3 fixation et adaptation des loyers erhalten hätten, keine Konvention mit dem Staat bestehe.

Die Gemeinde würde die Mieten jedoch auf Grundlage des Gesetzes über den erschwinglichen Wohnraum berechnen, auf welches in diesem Dokument verwiesen werde.

Bürgermeister Henri Haine bestätigt, dass die Mieten der meisten Wohnungen von je her nach den gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien, also den sozialen Kriterien, berechnet wurden.

Rätin Karin Seywert meint, dass es eine gute Sache sei, dass die Berechnung nach dem Gesetz gemacht werde. Da jedoch keine Konvention mit dem Staat bestehe, könne der Schöffenrat demnach anders entscheiden und beispielsweise eine niedrigere Miete als die gesetzlich vorgesehene festlegen.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass sie eigentlich machen könnten wie sie wollen. Die Vergabe der Wohnungen und die Berechnung der Mieten könnten sie machen wie sie wollen. Es müsse aber selbstverständlich im Gemeinderat über die Mieten abgestimmt werden.

Rätin Karin Seywert meint, dass ihnen, beziehungsweise Rat Theisen beim letzten Gespräch über die betroffene Person unterstellt worden sei, sie würden das Gerücht verbreiten, dass der Schöffenrat die Miete eigenmächtig festgelegt oder ein eigenes Berechnungsverfahren angewandt habe. Das Gesetz schreibe jedoch bestimmte Vorgaben vor. Also sei es doch normal, dass sie Fragen stellen würden.

Bürgermeister Henri Haine erwidert, dass dieses Thema nun während drei Gemeinderatssitzungen diskutiert wurde und sie Antworten erhalten haben. Sie würden jetzt noch schriftliche Antworten auf die 18 Fragen betreffend die Prozedur erhalten. Doch er wolle noch einmal klarstellen, dass sie entscheiden ob die Wohnungen im RENLA eingetragen werden. Diese Entscheidung müsse in den kommenden Monaten getroffen werden. Es müsse überprüft werden ob es sinnvoll sei oder ob sie die bisherige Entscheidungsfreiheit behalten wollen. Vor allem würden sie weiterhin vorschlagen Notwohnungen, beziehungsweise logement de réserve, wenn ihnen der moderne Begriff aus dem Gesetz lieber sei, zu behalten. Diese würden in Zukunft auch nicht im RENLA registriert werden.

Rätin Karin Seywert meint, dass er das alles mit Hilfe eines Satzes im Keim hätte ersticken können.

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass er dies am 11. Juli gemacht habe, doch sie habe begonnen lauter Fragen zu stellen, unter anderem warum gerade diese Wirtin die Wohnung erhalten habe. Zum Thema Gerüchte wolle er dann offenlegen, dass sie ihm damals bereits unterstellen wollte, dass er eine Liebesbeziehung zu dieser Frau habe. Dieses Gerücht habe ihr damals schon im Kopf herumgedreht.

Rätin Karin Seywert widerspricht, dass das eine Unterstellung sei, denn sein ziviles Leben würde sie nichts angehen. Sie seien ausreichend mit ihrem eignen Leben beschäftigt

Rat André Theisen findet, dass das etwas übertrieben sei.

Bürgermeister Henri Haine will wissen warum sie dann, in diesem Kontext, jeden angerufen habe um Informationen zu erhalten.

Rätin Karin Seywert fragt ob er dabei war, als sie geäußert hätten, dass er eine Affäre habe.

Bürgermeister Henri Haine verneint.

Rätin Karin Seywert entgegnet, dass er es dann auch nicht behaupten solle. Es würde nicht darum gehen.

Bürgermeister Henri Haine wirft ihr vor, lediglich nach privaten Informationen zu suchen.

Rätin Karin Seywert bestreitet diese Aussage.

Bürgermeister Henri Haine führt weiter aus, dass sie ständig äußern würde, diese Dame würde noch nebenbei Geld verdienen und was sie sonst noch alles machen würde beziehungsweise könnte.

Rätin Karin Seywert zeigt sich verwundert und will wissen ob sie das hier in einer Sitzung geäußert habe.

Bürgermeister Henri Haine bestätigt ihre Aussage, denn sie würde ständig von den Zimmern über dem Lokal sprechen.

Rätin Karin Seywert meint, dass er selbst davon gesprochen habe. Außerdem handele es sich um eine Wohnung.

Bürgermeister Henri Haine fährt fort und möchte wissen warum sie die Outreacherin angerufen und gefragt haben, was sie von den Sozialwohnungen halte.

Rätin Monique Schelinsky dementiert diese Aussage, sie hätten das nie gesagt.

Rätin Karin Seywert ist über diese Aussage sehr empört und meint, dass das eine üble Unterstellung sei und es Konsequenzen haben werde. Sowas hätten sie nie gesagt.

Rat André Theisen findet, dass das zu weit gehe.

Rätin Jessica Tintinger legt dar, dass Rätin Seywert die Outreacherin angerufen habe.

Rätin Karin Seywert bestätigt die Kontaktaufnahme, jedoch habe das nichts mit den Sozialwohnungen zu tun gehabt.

Rätin Jessica Tintinger meint, dass sie sie doch gefragt habe, ob sie sich in Rümelingen sicher fühlen würde.

Rätin Karin Seywert fragt ob sie sich verantworten dürfe. Es habe sich auf den von Schöffe Skenderovic angesprochenen Punkt über die Sicherheit bezogen. Es sei ihr gutes Recht, diese Dame zu fragen, wie sie die Sicherheitslage in Rümelingen ein-

schätze und welche Auffassung sie dazu vertrete. Es sei ausschließlich darum gegangen.

Rätin Jessica Tintinger hält fest, dass sie ihr also Fragen gestellt habe.

Rätin Karin Seywert fragt was das hiermit zu tun habe und warum sie die Person nicht hätte fragen dürfen.

Rätin Jessica Tintinger antwortet, dass sie die Person nicht extra hätte anrufen müssen. Sie hätte sich dabei sehr unwohl gefühlt.

Rätin Karin Seywert widerspricht, dass dem nicht so war, sie könne eine ganz andere Version schildern, doch sie wolle die Frau nicht involvieren. Es sei jetzt Schluss.

**** Teilweise unverständlicher Austausch zwischen den beiden Rätinnen**

Bürgermeister Henri Haine unterbricht das Streitgespräch und erläutert, dass dieses Thema am 11. Juli, 29. September und 14. November ausführlich diskutiert worden sei. Die Zuhörer, beziehungsweise die Leser des Calepin, könnten ausreichend Informationen dazu finden. Die schriftlichen Antworten auf die 18 Fragen, wie prozedural vorgegangen werde, würden ihnen selbstverständlich noch ausgehändigt. Zur Wiederholung hält er fest, dass für diese Wohnung keine Konvention bestehe. Es handele sich um eine Notwohnung. Damit möchte er diesen Punkt abschließen und auf die weiteren schriftlichen Fragen eingehen

Rat André Theisen möchte nur wissen, wann genau sie den Gemeindesekretär angegriffen haben.

Bürgermeister Henri Haine schildert, dass sie beim ihm vorstellig wurden und dann preisgaben, dass sie ihn nicht im Vorfeld informieren wollten um ihn zu überraschen. Dann fragt er ob diese Aussage so getätigt worden sei oder nicht.

Rätin Karin Seywert offenbart sich als Zeuge und meint, dass Rat Theisen das ironisch gemeint habe. Und wenn man ehrlich sei, hätte er sich denken können warum sie vorstellig wurden.

Bürgermeister Henri Haine gibt zu, dass er es sich hätte denken können. Dennoch, wenn sie Fragen an den Schöffenrat hätten, dann sollten sie ihnen die Fragen stellen und nicht dem Gemeindesekretär, welcher seiner Arbeit nachkomme und sich an die berufliche Schweigepflicht halten müsse.

Schöffe Jimmy Skenderovic legt dar, dass im Facebook-Beitrag vermerkt war, dass der Gemeindesekretär die Akte nicht vorbereitet hatte und nicht sofort reagiert hätte.

Rätin Karin Seywert widerspricht, dass das nicht stimme.

Schöffe Jimmy Skenderovic gibt zurück, dass sie es nachlesen könne.

Bürgermeister Henri Haine wiederholt, dass er diese Diskussion abschließen möchte.

**** Unverständlicher Austausch**

Rat André Theisen betont, dass der Gemeindesekretär nie angegriffen worden sei. Er sei kategorisch gegen diese Aussage, denn das sei das letzte was er tun würde.

Bürgermeister Henri Haine nimmt dies zur Kenntnis, fügt jedoch hinzu, dass aufgehört werden solle, als wolle oder dürfe das Gemeindepersonal nicht mit ihnen reden. Es sei niemandem verboten worden, mit ihnen zu reden. Das Personal müsse jedoch seiner Arbeit nachgehen. Wie dies privat gehandhabt werde, sei ihm ehrlicherweise egal, doch hier sollen sie ihrer Arbeit nachkommen. Sie sollen also aufhören sich so zu verhalten als hätte der Schöffenrat dem Personal verboten mit der CSV zu sprechen. Das sei einfach lächerlich. Er werde jetzt auf die anderen Fragen eingehen.

Rat André Theisen meint, dass ihm die Lust vergangen sei, Fragen zu stellen.

Rätin Karin Seywert fragt ob sie die Antworten auf ihre Fragen bezüglich der Kalköfen auch schriftlich erhalten werde.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, wenn es ihnen ausreichen würde, würden sie es schriftlich erhalten.

Rätin Karin Seywert verweist auf den aktuellen Haushalt, dass 500.000 Euro für die Kalköfen vorgesehen seien und möchte wissen wieviel davon bis jetzt genutzt wurde.

Burgermeister Henri Haine antwortet, dass sie das im Rahmen des Haushaltes sehen werde.

Rätin Karin Seywert fährt fort, ob irgendwelche Studien gemacht worden seien.

Bürgermeister Henri Haine fragt ob sie die Antworten schriftlich erhalten wolle oder ob er mündlich antworten solle.

Rätin Karin Seywert erklärt, dass es ihr gleich sei, solange sie Antworten erhalte. Er könne selbst entscheiden, ob er diese schriftlich oder mündlich übermitteln wolle, beziehungsweise ob er sie aushändige. Die Entscheidung liege bei ihm.

Bürgermeister Henri Haine richtet sich an den Gemeindesekretär und fragt ob er ihm die Antworten per E-Mail zuschicken könne, denn er habe sie nicht ausgedruckt.

Gemeindesekretär Jérôme Winckel händigt dem Bürgermeister eine ausgedruckte Version aus.

Bürgermeister Henri Haine liest die Fragen und Antworten vor.

Objet : Réponse du collège des bourgmestre et échevins (CBE) aux 2 Questions posée par les conseilleurs communaux du CSV relatives à la préservation du patrimoine industriel local

Question concernant le pylône du funiculaire détruit:

1. Une plainte a-t-elle été déposée à l'encontre de l'agriculteur, comme évoqué ? Si oui, sur quelle base légale repose-t-elle ?

Réponse du collège des bourgmestre et échevins (CBE) : Non, aucune plainte n'a encore été déposée.

2. Le pylône a-t-il été acquis par la Commune, comme annoncé ?

Réponse du CBE : Non. Selon les dires de l'agriculteur-propriétaire, le champ a été semé, et n'est pas accessible pour l'instant.

3. Une action en justice peut-elle être envisagée tout en souhaitant acquérir auprès de la personne mise en cause le pylône détruit ? Ne serait-il pas plus approprié, dans ce contexte, d'exiger sa cession sans contrepartie ?

Réponse du CBE : Eventuellement. Le CBE est en train d'évaluer la situation.

4. À quelle échéance envisagez-vous de mettre en œuvre la procédure de classement des pylônes comme patrimoine culturel communal ?

Réponse du CBE : En ce qui concerne la protection des autres pylônes, il y a deux options qui pourraient être lancées simultanément :

- **classement au niveau national par une demande dûment motivée auprès du Ministère de la Culture – en général plus d'une année ;**
- **classement au niveau communal par une modification du PAG (Plan d'aménagement général) – en général plus d'une année ;**

Zum letzten Punkt erklärt er, dass dies genauer analysiert werden müsse, weil die Pylonen nicht der Gemeinde gehören, sondern teils auf privatem, staatlichem, und kommunalem Grundstück stehen und in Erfahrung gebracht werden müsse, wer anschließend für die Sanierung zuständig sein werde. Dann geht er auf die Fragen bezüglich der Kalköfen ein.

Question concernant les anciens fours à chaux des anciennes minières Berens, situés au lieu-dit « Kirchbierg » et classés patrimoine culturel national par arrêté du Conseil de Gouvernement du 2 décembre 1988 :

1. Le Collège des bourgmestre et échevins considère-t-il ces éléments comme un patrimoine industriel à préserver ?

Réponse du collège des bourgmestre et échevins (CBE) : Oui, pourvu que l'Etat luxembourgeois prenne en charge l'intégralité des frais d'assainissement.

2. Ce patrimoine suscite-t-il, selon vous, une forme de « nostalgie du minette » ?

Réponse du CBE : Non.

3. En consultant le site Geoportail.lu, nous avons constaté que ces éléments ne semblent pas figurer comme protégés au niveau national dans le Plan d'Aménagement Général. Pouvez-vous confirmer cette observation ? Et si tel est le cas, cette protection est-elle bien représentée dans la partie graphique des documents officiels du PAG ?

Réponse du CBE : Non, nous ne pouvons pas confirmer cette observation. Suivant le Plan d'Aménagement Général (PAG) en vigueur, plus précisément sur la partie écrite (Art. 26) et la partie graphique (Légende), les fours à chaux sont classés comme Immeubles et objets classés monuments nationaux.

4. Le Collège peut-il nous fournir un historique des actions entreprises depuis 2022 par la Commune pour la revalorisation de ce site ?

Bezüglich dieser Frage hätten sie alle Aktion seit 2021 aufgelistet. Allerdings hätten die Ratsmitglieder Kenntnis von allem, denn es sei in den Gemeinderatssitzungen darüber gesprochen worden.

Réponse du CBE : Actions depuis 2021 en fait

- 04.02.2021 : Demande de subsides pour les études de mise en sécurité et de restauration des fours à chaux à Rumelange introduite au Service des sites et monuments nationaux ;
- 02.04.2021 : Lancement de la soumission à procédure négociée pour les travaux de déblaiement des éléments écroulés des fours à chaux
- 14.04.2021 : Viste des lieux par les entreprises intéressées pour remettre une offre de prix pour les travaux ;
- 07.05.2021 : Analyse des quatre offres de prix reçus lors de la soumission à procédure négociée pour les travaux de déblaiement par le bureau d'ingénieurs conseils Schroeder & Associés ;
- 14.05.2021 : Accord de subside d'un taux de 50% pour les études de mise en sécurité et de restauration des fours à chaux à Rumelange par le Service des sites et monuments nationaux ;
- 08.06.2021 : Demande d'abattement des arbres introduit auprès de l'Administration de la nature et des forêts par le service technique de la Ville de Rumelange ;

- 23.09.2021 : Demande de permission de bâtir pour les travaux de déblaiements par le service technique de la Ville de Rumelange ;
- 08.11.2021 : Abattement des arbres dans la zone des travaux prévisionnels par le service régie de la Ville de Rumelange ;
- 23.03.2022 : Visite des lieux et inspection des plateaux des fours à chaux ensemble avec le bureau d'ingénieurs conseils Schroeder & Associés ;
- 22.09.2022 : Echanges avec M. Patrick Diederich du Service des sites et monuments nationaux concernant les travaux de restauration des deux tours des fours à chaux ;
- 17.03.2023 : Relance de la soumission à procédure négociée pour les travaux de déblaiement après la pandémie COVID19 et la pénurie des matériaux de constructions ;
- 24.03.2023 : Prise de décision d'adjudication des travaux de déblaiement à l'entreprise Entrapaulus Construction s.a. par le Collège Echevinal ;
- 31.03.2023 : Signature et engagement de la commande de l'entreprise Entrapaulus Construction s.a. pour les travaux de déblaiement autour des fours à chaux ;
- 31.03.2023 : Demande de subsides pour les travaux de déblaiement des fours à chaux à Rumelange introduite au Service des sites et monuments nationaux ;
- 03.04.2023 : Réunion de démarrage des travaux de déblaiement par l'entreprise Entrapaulus Construction s.a. ;
- 14.07.2023 : Accord de subside d'un taux de 30% pour les travaux de déblaiement des fours à chaux à Rumelange par le Service des sites et monuments nationaux ;
- 16.10.2023 : Travaux de déblaiement l'entreprise Entrapaulus Construction s.a. ;

  27.10.2023 : Arrêt des travaux de déblaiement à cause des conditions météorologiques ;
- 18.04.2024 : Reprise des travaux de déblaiement par l'entreprise Entrapaulus Construction s.a. ;
- 19.07.2024 : Travaux de déblaiement terminés par l'entreprise Entrapaulus Construction s.a. ;
- 23.10.2024 : Réunion de projet avec M. Guillaume Dubois du bureau d'ingénieurs conseils Schroeder & Associés concernant les prochaines étapes de restauration des fours à chaux à Rumelange ;
- 25.02.2025 : Echanges avec M. Patrick Diederich du Service des sites et monuments nationaux concernant les travaux de restauration des deux tours des fours à chaux ;
- 14.05.2025 : Echanges avec M. Patrick Diederich du Service des sites et monuments nationaux concernant le suivi du projet de restauration des fours à chaux ;

Die Antwort auf die letzte Frage sei, dass einige Austauschgespräche zwischen der technischen Abteilung und dem INPA stattgefunden haben um in Erfahrung zu bringen welche Restaurierungsarbeiten akzeptiert würden, beziehungsweise was notwendig sei. Obwohl INPA dem zuständigen Ministerium unterstehe, hätte bis dato aber kein direkter Austausch mit dem Ministerium stattgefunden. Anschließend liest er die Antwort auf die letzte Frage vor.

5. Existe-t-il un plan concret du Collège pour la mise en valeur de ce site ?

Réponse du CBE : Non, il y a eu divers échanges avec le responsable architecte M. Patrick Diederich de l'Institut national pour le patrimoine architectural INPA (anc. Service des sites et monuments nationaux) concernant l'envergure des travaux de restauration et les subsides possibles.

Le problème qui se pose est que la superstructure du four à chaux située à l'accès du lotissement est dans un état délabré. Le recouvrement en béton des armatures dans les colonnes de la structure principale est éclaté, du aux infiltrations d'eaux. Les armatures rouillent et le gonflement des armatures non protégées fait en sorte que le béton éclate et que le reste des armatures est exposé aux intempéries. L'état est très avancé et beaucoup d'armatures ont été rangées avec le temps et ne sont plus en continuité. Ce phénomène se manifeste aussi dans les éléments horizontaux, qui font en sorte de stabiliser la toiture. A presque tous les endroits les armatures inférieures sont mises à nu et détériorées. Leur fonction de reprendre la tension dans l'élément porteur n'est plus donnée. Les poutrelles métalliques de la structure accolée sont rouillées et les ailles inférieures des poutrelles sont considérablement abîmées, de sorte que ces parties du bâtiment risquent de s'effondre.

Une décision en faveur d'une utilisation intégrale (parties supérieures et toiture comprises) sera seulement possible, si un décapage et un traitement à fond des armatures pourrait être envisageable. Cette option est très onéreuse. Sinon une démolition des parties supérieures et toitures avec une utilisation limitée aux parties inférieures (maçonnerie en pierre naturelle) après vérification statique, représente une option beaucoup moins onéreuse et recommandée. Eventuellement un remplacement avec reconstruction des parties supérieures et toitures serait une option envisageable.

L'Institut national pour le patrimoine architectural refuse la démolition et la reconstruction à l'identique de la superstructure du four à chaux, malgré le risque d'effondrement démontré par les avis techniques indépendants de deux bureaux d'ingénieurs-conseils.

La Ville de Rumelange privilégie plutôt une solution moins onéreuse, à savoir la démolition et la reconstruction à l'identique de la superstructure, compte tenu de son état très dégradé. Cette option serait préférable aux travaux coûteux de décapage et de traitement en profondeur

Fazit sei, dass sie sich mit INPA nicht einig seien.

PUNKT 9 DER TAGESORDNUNG
Beratende Kommissionen:

9.1. Rücktritt und Ernennung von Mitgliedern in zwei beratenden Kommissionen

Bürgermeister Henri Haine erinnert daran, dass beim letzten Mal eine Diskussion entfacht worden sei, weil nicht genau verstanden wurde, welche Partei den Kandidaten vorschlage. Dieses Mal würde Rätin Schelinsky im Namen der CSV per E-Mail einen Kandidaten vorgeschlagen. Allerdings fehle die Kandidatur, doch sie seien nicht so kleinlich und würden trotzdem über den Vorschlag abstimmen. Zudem würden zwei schriftliche Rücktrittserklärungen vorliegen, wobei eine davon unterschrieben sei und die andere nicht. Außerdem stimme der Name nicht mit jenem aus der E-Mail überein. Da sie jedoch nicht so kleinlich seien, würden sie vorschlagen, Frau Cotellessa als neues Mitglied in die betreffenden Kommissionen aufzunehmen.

Gemeindesekretär Jérôme Winckel verteilt die Stimmzettel.

**** Die beiden Rücktritte werden einstimmig angenommen. Die Ernennung der Kandidatin in die Jugendkommission wird einstimmig angenommen und die Ernennung in die Familienkommission wird mit 10 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme angenommen.**

In geheimer Sitzung:

PUNKT 10 DER TAGESORDNUNG
Gemeindepersonal:

10.1. Definitive Ernennung eines Gemeindebeamten
10.2. Genehmigung der Schaffung eines Postens
10.3. Genehmigung verschiedener Entschädigungen

Séance du conseil communal du vendredi, 14 novembre 2025

Début de la séance : 09.00 heures
Fin de la séance : 12.40 heures

Présents :
Henri HAINE (LSAP), bourgmestre
Elvedin MUHOVIC (LSAP), Jimmy SKENDEROVIC (LSAP), échevins ; André THEISEN (CSV), Carole MARX (LSAP), Edmond PEIFFER (KPL), Monique SCHELINSKY (CSV), Patrick WAGNER (DP), René BREMER (LSAP), Jessica TINTINGER (LSAP), Karin SEYWERT (CSV), conseillers.

Absent : /

Secrétaire communal : Jérôme WINCKEL

Urne : Patrick WAGNER

En séance publique :

À 9h00, le bourgmestre Henri Haine salue les conseillers communaux et le public. Ensuite il demande au secrétaire communal de lire le rapport de la dernière séance du conseil communal.

**** Le rapport du secrétaire de la séance du jeudi, le 25 septembre 2025, est approuvé à 9 voix pour et 2 abstentions (Peiffer et Wagner).**

POINT 1 DE L'ORDRE DU JOUR
Certificat de démarche qualité en vue de l'obtention du Label QRS :

1.1. Présentation et approbation d'un contrat d'intervention de consultance

Le bourgmestre Henri Haine présente le projet d'obtention d'un label de qualité pour l'administration communale, décidé par le collège échevinal afin d'accompagner l'évolution des services et l'augmentation du personnel communal. L'objectif est d'améliorer l'organisation interne, la collaboration entre les équipes et de prévenir les risques psychosociaux, notamment dans les services en contact avec le public. Le projet sera réalisé avec l'accompagnement d'une équipe multidisciplinaire, comprenant des entretiens individuels et des formations, afin de renforcer le bien-être et la protection du personnel. Ensuite il donne la parole à M. Bos pour la présentation.

M. Christian Bos de la société MAAT remercie le bourgmestre pour la parole et le conseil communal de l'accueillir. Il pense que le bourgmestre aurait pratiquement tout dit au sujet des obligations. L'administration communale pourrait être comparé à une entreprise parce qu'une entreprise aurait également une hiérarchie souhaitant d'assurer une bonne santé mentale et physique pour ses collaborateurs. Aujourd'hui, il aurait une recrudescence de situations présumées de harcèlement moral ou sexuel, de discrimination ou de sexisme. La loi, l'homme, les réseaux sociaux ainsi que les rumeurs évolueraient. La rumeur, comme Victor Hugo l'aurait expliqué à l'époque, lance quelque chose de vraie ou de faux, mais quand elle se termine au bout, elle fait des dégâts. Il en serait de même pour une personne mise en cause d'une situation, ce qui entraînerait également des dégâts. Maintenant, en 2025, il s'apercevrait que ça devienne de pire en pire ou, selon le point de vue, de mieux en mieux. La qualité de vie au travail et les comportements humains seraient très importants, d'où la mention dans leur logo L'humain au cœur de nos actions. Le comportement humain serait leur intérêt principal. MAAT serait une société qui existerait déjà pendant 20 ans, dont 15 ans sur le territoire luxembourgeois. Afin d'expliquer leur légitimité d'existence au Luxembourg, il cite un exemple. En tant que juge au tribunal de la chambre social et médiateur, il aurait donné, il y a presque 15 ans, une conférence sur la médiation, à laquelle l'ancien ministre de la Justice, Félix Braz, aurait participé. Ce dernier lui aurait dit qu'au Luxembourg il manquerait de médiateur formé au niveau du Ministère de la Justice. De ce fait il l'aurait demandé que les français viennent faire leur formation au Luxembourg, ce qu'il aurait accepté. Et, par respect, il aurait mise en place une autre formation, adapté au pays accueillant, ce qu'il trouve tout à fait normal. Donc, depuis 15 ans, il œuvrerait sur tout ce qui est situation conflictuelle dans le domaine professionnel ainsi que privé. A cet effet, le groupe MAAT aurait été créé. Le siège social se trouverait à la Chambre des Métiers au Kirchberg. Leur fonction consisterait à améliorer la qualité de vie au travail, laquelle serait également mise en question au sein de la structure communale. Tous les formations seraient référencées au Luxembourg pour être adaptées au territoire luxembourgeois, notamment la formation du non-verbal. Dès son entrée dans la pièce, il aurait commencé à analyser en permanence les comportements, les regards et la communication non verbale de toutes les personnes présentes, y compris celles qui seraient plus difficiles à analyser. Chaque élément qu'il aurait observé lui aurait fourni des informations sur le lieu et la structure en question. Déjà la manière dont le conseil communal l'aurait salué, aurait été exceptionnelle. Malheureusement la formation sur le non verbal ne serait pas accessible à tout le monde, ce qui serait dommage, car celle-ci permettrait éventuellement d'anticiper certaines problématiques Concernant l'audit, il travaillerait avec un audit systémique sur la qualité du travail, dont il communiquerait les modalités plus tard. Tout à l'heure il aurait expliqué, comme il est aussi conseiller pour les ministères, il constaterait une recrudescence de situations

d'harcèlement. En fait, il n'y aurait pas d'augmentation ni de diminution significative, sauf que les gens en parleraient plus. Les procureurs et juges des juridictions luxembourgeoises, notamment ceux du travail, dont il collabore, lui aurait dit à un moment donné, qu'ils auraient énormément de dossiers à traiter. Donc, des dossiers suite à une plainte d'harcèlement moral, avant que le fond aurait été examiné. Après avoir entendu cette déclaration, il se serait interrogé. Au niveau de la loi, notamment à cause de l'article non-assistance à une personne en danger, les employeurs seraient responsables pour la qualité de vie de leurs collaborateurs et auraient une obligation d'intervenir en cas d'une éventuelle situation d'harcèlement. Une grande partie des démarches commencerait au niveau de l'ITM, puisqu'il formerait également des inspecteurs de l'ITM à devenir des enquêteurs. Au niveau relationnel, comme tout deviendrait de plus en plus compliqué, tout se professionnaliserait. De ce fait il aurait créé l'institut supérieur des enquêteurs en risques professionnels ayant pour mission unique de traiter toutes les situations d'harcèlement moral, sexuel, de discrimination ou de sexisme, plus généralement, les comportements toxiques, grâce à une équipe d'enquêteurs spécialisés. Par la suite, il existerait une école nationale de formation en France ainsi qu'un institut au Luxembourg qui formerait des futurs enquêteurs. Donc, dans ces situations, et puisque l'employeur aurait l'obligation d'intervenir au minimum par un entretien individuel, ces professionnels interviendraient sur place en tant que contrôleurs. De dire que les déclarations seraient des « conneries », ne suffirait plus, mais il faudrait enquêter. En citant la phrase : « La perception n'est jamais le constat d'une réalité objective et pourtant elle guide nos comportements et alimente nos certitudes », il explique que si tout le monde adoptait cette idée, il ne devrait pas être présent aujourd'hui, ni dans les autres entreprises luxembourgeoises, françaises ou européennes. Tout serait une question de perception. Puis il demande le nom du conseiller René Bremer et le remercie de lui permettre d'utiliser sa personne comme exemple. Il s'interroge ensuite sur le fait que René se trouverait dans une posture de fermeture ou non, tout en précisant qu'il s'agit uniquement de sa propre perception.

De retour chez lui, après la présentation et sans changer sa perception, il se dirait que tout le monde aurait été satisfait, sauf René, qui se serait ennuyé et aurait été complètement fermé. Or, il s'agirait uniquement de sa propre interprétation, laquelle pourrait avoir des effets négatifs. En tant que spécialiste du non verbal, il saurait que cette posture ne serait pas une posture de fermeture, mais de confort, ce qui serait également le cas pour le conseiller André Theisen.

Le conseiller René Bremer explique qu'il serait simplement concentré.

M. Christian Bos répète qu'il se trouvait donc dans une position de confort, ce qui ne lui posait aucun problème. Plus bas dans la salle, une autre personne adopterait une posture dubitative. Tout cela ne serait que des interprétations possibles du langage non-verbal. L'objectif unique de son entreprise serait d'améliorer la qualité de vie des conditions de travail (QVCT). Du côté formation, les gens seraient entourés par des personnes spécialisées dans le comportement humain, donc une équipe d'experts. Il saurait très bien que le terme collaborateur n'est pas utilisé dans le cadre d'une mairie, mais il l'utiliserait pour citer une phrase : « Un collaborateur heureux est un collaborateur performant ». Bien entendu, ici, on ne parlerait pas de performance, même si elle est exigée des salariés, sans toutefois l'exprimer. Si un collaborateur se sentait bien dans son entreprise, il ferait un travail de meilleure qualité. Dans le cas contraire, il viendrait uniquement pour accomplir ses tâches et effectuer le travail pour lequel il est rémunéré, sans engagement supplémentaire et sans réflexion approfondie. Alors il s'agirait d'une démotivation, une forme laquelle pourrait être trouvé dans les structures. Grâce à des audits et grâce à une méthodologie, il aurait créé le label QRS – qualité relation sociale. Au total, son entreprise aurait quinze ans d'expérience, près de 12 000 personnes auditées et 8 000 salariés formés. Il énumère ensuite quelques-unes de ses références, au Luxembourg, en France et en Europe. Il aurait formé des enquêteurs et/ou des médiateurs à la Chambre des métiers, à la Cour de justice, au Parlement européen et auprès de la magistrature. Il disposerait donc d'une reconnaissance institutionnelle. Lors de la création de l'école de formation il aurait eu la chance d'accueillir le Ministre du Travail luxembourgeois ainsi que des personnes comme Nora Back. Mais pour être clair, la société serait politiquement neutre et n'aurait aucune appartenance patronale ou salariale. Remarquant le regard dubitatif de la conseillère Seywert, il s'adresse à elle.

La conseillère Karin Seywert confirme qu'elle aurait des doutes par rapport aux noms énumérés. Elle ajoute qu'elle pourrait également observer et constater, en précisant que l'être humain serait doté d'une intuition de lire le langage du corps. En fait, elle aurait réagi à une phrase de sa collègue.

M. Christian Bos se dit d'accord avec le point de vue de la conseillère, mais affirme de ne pas avoir entendu cette phrase.

La conseillère Monique Schelinsky indique qu'elle connaîtrait Nora Back depuis son enfance, mais elle n'apprécierait pas trop sa façon.

Christian Bos affirme avoir perçu une réaction lors de son discours sur la neutralité politique, patronale et salariale.

La conseillère Monique Schelinsky précise qu'elle n'aimerait pas la façon de Nora Back, sans plus.

M. Christian Bos espère qu'il existe, sur cette terre, des personnes qui ne l'apprécient pas, toutefois il aimerait qu'on le lui fasse savoir. Si un jour quelqu'un pense qu'il aurait pris une position politique, patronale ou syndicale, il se retirerait. Mais uniquement s'il existe des preuves, car chacun peut juger une personne comme bonne ou mauvaise, mais cela resterait toujours une interprétation. Il aurait rencontré Nora Back, de ce fait, il connaîtrait son travail. Au sujet de la retraite, elle aurait quand-même réussi de mobiliser les gens dans la rue. On peut l'apprécier ou non, mais elle ferait bouger les choses. Elle serait intervenue lors

d'une conférence consacrée à l'importance de la lutte contre le harcèlement. Tous les partis politiques auraient été invités à cette conférence, et les conseillers auraient probablement reconnu, sur les photos, certains de leurs députés. Tout le monde aurait été présent, car le sujet du harcèlement n'aurait pas de couleur politique. Il s'agirait uniquement de s'assurer que les collaborateurs se sentent bien dans l'entreprise et surtout qu'ils ne se retrouvent pas en situation de dégradation en raison des partis politiques ou des idéologies. Dans le cadre de la reconnaissance institutionnelle il précise qu'il travaillerait aussi avec les Canadiens, les Belges et les Suisses. Il existerait donc plusieurs structures et institutions. De plus il serait également référencé en tant que médiateur et enquêteur expert auprès de l'Organisation internationale du travail. En cas d'un grand conflit international, les Nations unies feraient appel à leurs compétences pour intervenir. Afin de garantir la neutralité, l'indépendance et l'impartialité il exigerait de son équipe qu'elle laisse ces idées en dehors de l'entreprise. En conséquence, il aimerait seulement être jugé sur des éléments factuels. Il continue ensuite sur les équipes dédiées c-à-d celles qui encadrent les gens. Lui-même serait également juge à la chambre sociale et aurait prêté serment. Sylvie Lagodat serait auditrice et cheffe de projet du dossier communal. Thierry … serait un ancien policier spécialisé dans la lutte antiterroriste. Ensuite, l'ensemble de l'équipe comprendrait des docteurs en psychologie et en ressources humaines, ainsi que des juges et magistrats intervenant lors des formations d'enquêteurs. S'y ajouteraient des spécialistes du langage non verbal, des avocats franco-luxembourgeois, ainsi que des gendarmes et policiers. L'équipe inclurait également des docteurs en droit européen, français et luxembourgeois, ainsi que d'autres avocats et des spécialistes du domaine scolaire. Selon son opinion, si le harcèlement reste présent dans le milieu scolaire, il se maintiendrait dans le monde professionnel.

Aujourd'hui les gens oublieraient trop souvent d'éduquer leurs enfants. Le débat autour de l'éducation nationale serait toujours mené, mais selon lui, il s'agirait plutôt d'instruction nationale et l'éducation relèverait avant tout des parents, et non des enseignants. Puis il continue avec les formations clefs pour former des consultants médiateurs. L'avantage serait, comme déjà mentionné tout au début, que Félix Braz aurait accordé qu'un tel médiateur, dès l'achèvement de sa formation, pourrait être reconnu comme médiateur agréé auprès du Ministère de la Justice. Cette formation existerait au Luxembourg et aurait 184 heures, un minimum de 150 requis pour obtenir l'agrément. En outre, il proposerait une formation d'enquêteur en risques professionnels comportement toxique, une formation d'agilité comportement mental, principalement pour les managers et des formations destinées aux référents des travailleurs désignés, délégués syndicaux ou membres d'une société. Tous ces formations seraient accessibles à la Chambre des Salariés. Débutant l'explication du projet il précise que Rumelange serait une commune de taille moyenne, attachée aux valeurs de solidarité, de proximité et de respect. L'objectif de cette démarche serait de fédérer les équipes, valoriser les actions existantes et renforcer les équipes. Pour accomplir ce dernier point, il mettrait en place un audit QRS, dont il s'agirait d'une analyse systémique, menée en deux phases c-à-d que le projet au sein de la commune de Rumelange se ferait dans deux années. Pendant la première année les efforts seraient concentrés sur la certification de la démarche qualité c-à-d sur la labellisation QRS. Les différents objectifs seraient : prévenir les difficultés relationnelles, améliorer les conditions de travail, prévenir les risques, renforcer l'engagement des collaborateurs, optimiser la productivité et la performance des organisations, favoriser la montée de compétence et l'évolution des collaborateurs, diminuer les turnovers et le taux d'absentéisme. De nos jours il serait très compliqué de trouver du personnel, mais à partir du moment où les gens sauraient que la commune serait dans une démarche pour un label qualité, en respectant ses collaborateurs, ils préféreraient de venir travailler à la commune. Il y aurait même des gens qui quitteraient leur administration afin de venir travailler à la commune de Rumelange parce qu'aujourd'hui, ils ne seraient plus à la recherche d'un bon salaire, comme il y a 20 ans, mais d'une bonne qualité de vie au travail et ils accepteraient même une baisse du salaire. Le label QRS serait une finesse attribuée à la fin du processus. La première année serait importante pour recevoir un certificat attestant que la commune est dans une démarche label QRS. D'abord un comité de pilotage aurait dû être créé. Afin de désigner ces personnes, il aurait déjà parlé avec différentes personnes et concerté une liste de tous les collaborateurs. La deuxième étape serait l'évaluation des RPS - risques psychosociaux. Ces dossiers seraient couplés à des entretiens individuels c-à-d toutes les personnes passeraient dans un entretien personnel et confidentiel pour pouvoir recueillir les éléments d'amélioration. Etape 4 consisterait dans la rédaction des pré-rapports et leur restitution. Ensuite une première formation serait entamée. Concernant le comité de pilotage, il s'agirait d'un groupe de travail chargé d'élaborer les plans d'action et de faciliter l'organisation des entretiens. Ces acteurs internes seraient en lien avec le responsable politique et les consultants externes. Il serait proposé que ces personnes participent à des réunions encadrées par les partenaires sociaux, le cabinet ainsi qu'une session de formation. La composition proposée du comité serait la suivante : Henri Haine, Kai Wilhelm, Gilles Krier, Raphaëlle Greco, Jérôme Winckel, Régis Kirsch, Jill Boever, Tanja Kovacevic, Yves Noesen, Mimoza Avdiu, Sacha Rohmann et Lisa Bremer. À l'exception de deux personnes, il ne connaîtrait pas personnellement les membres proposés. Ces derniers auraient été sélectionnés parce qu'il aurait l'impression qu'ils seraient représentatifs pour la masse salariale, parce qu'ils travaillent dans différents domaines, ce qui serait essentiel. Il aurait besoin de personnes capables de le renseigner sur les différents domaines et il pas d'une personne précise, qu'elle soit provoquante, trop gentille ou manipulatrice. Ils devraient apporter des informations sur leur métier et non pas sur leur personnalité. Le comité de pilotage serait dirigé par lui-même et pourrait encore être agrandi par d'autres personnes. Toutefois il serait inutile de faire un comité de pilotage avec trop de personnes. Le comité travaillerait pendant huit demi-journées sur les résultats afin de faire des propositions. Bien évidemment, il ne s'agirait que de propositions, et il faudrait ensuite décider de celles qui seraient appliquées. Ensuite le comité préparerait des plans d'actions. Alors il explique comment évaluer la qualité de travail. Chaque euro investi dans la qualité de vie au travail générerait un retour significatif : de 2 à 4 euros grâce à la diminution de la fatigue

physique et jusqu'à 10 euros grâce à la prévention des problèmes de santé mentale. En effet, la dégradation de la santé mentale d'un collaborateur pourrait avoir des répercussions sur l'ensemble de l'équipe. Par la suite le résultat mesurable serait présenté par des schémas illustrant des points rouges, oranges et verts. Il se concentrerait uniquement sur la zone des points rouges afin de travailler sur le comportement humain. Imaginant une personne qui gagne 3.000 euros mais elle aimerait gagner 30.000 euros. L'écart entre ce qu'elle a et ce qu'elle rêve est si grand que cela dégraderait sa qualité de vie. Il s'agirait d'un rêve, et plus la différence entre ce que l'on a et ce que l'on rêve est grande, plus la qualité de vie serait mauvaise. En fin de compte, il reviendrait sur l'idée que tout serait une question d'interprétation et que tous les audits devraient viser à remettre en perspective l'écart entre ce que l'on a et ce que l'on souhaiterait avoir. La personne souhaitant gagner 30.000 euros devrait réduire son objectif à 5.000 euros, afin qu'il soit réalisable et qu'elle soit motivée à l'atteindre. Le but des audits serait de donner la parole à chaque collaborateur et d'identifier les risques psychosociaux. Chaque salarié pourrait, pendant une heure, s'échanger avec un professionnel afin d'exprimer librement ce qui fonctionne bien ou moins bien dans son environnement de travail. Cette démarche permettrait ensuite de construire des plans d'action concrets. Tous les domaines seraient pris en compte : rémunération, évolution de carrière, horaires, relations avec les collègues et la hiérarchie, organisation du travail, environnement physique, équipements et outillage, support, répartition des tâches, relations sociales et syndicales, ainsi que la reconnaissance du travail effectué, en total 34 domaines seraient développés avec chaque collaborateur. Toutefois il serait rare qu'une administration donnera la parole à tout le monde. En général il prendrait une masse salariale de 10% à 20% et il y aurait toujours des collaborateurs qui réclament parce qu'ils auraient voulu participer. La commune de Rumelange aurait décidé de donner la parole à tout le monde. Les entretiens individuels, notamment l'étape 3, serait fait dans la stricte confidentialité. Chacun signerait une attestation de présence et personne ne saurait ce que l'autre a dit. Il ne serait pas important de savoir qui aurait dit quoi, mais ce qu'ils ont dit. Ensuite un pré-rapport serait rédigé afin de proposer des éléments et plans d'action concrets pour déterminer les champs de travail. Si un des conseillers aimerait être entendu dans le cadre du label QRS, il faudrait juste l'en informer. Ils ne seraient pas d'office accueillis pendant l'audit comme ils ne seraient pas des salariés communaux, mais il serait à leur disposition. Personne ne serait refusé et il aurait la main libre sur sa démarche. Il féliciterait la commune de Rumelange pour cette approche. Pendant l'étape 5, tous les collaborateurs suivraient une formation intitulée « Savoir-être pour savoir-faire », afin de prendre conscience de l'impact de leurs comportements sur les collègues. En effet, le comportement aurait toujours un impact et cette formation viserait à améliorer la communication. Par ailleurs, les conseillers communaux participeraient également à une journée de formation spécialement conçue pour eux. Dans le cadre de l'attribution finale du label QRS, une deuxième phase de formation serait mise en place, incluant les modules sur les droits et devoirs ainsi que sur le harcèlement moral. Il s'agirait d'une obligation afin que l'ensemble des collaborateurs soient informés de ce que prévoit la loi en matière de harcèlement moral, sexuel, etc., dans le but de prévenir ces situations et de les traiter correctement Les collaborateurs suivraient également une formation sur la gestion des incivilités, un phénomène en hausse permanente. Toutes les personnes qui accueillent du public auraient ainsi la compétence, face à un interlocuteur insultant, de répondre de manière respectueuse. Il ne s'agirait pas de la loi du plus fort, mais d'apprendre à adopter un comportement respectueux. Une obligation serait également de veiller à ne pas laisser les collaborateurs souffrir dans les services après-vente ou à l'accueil, où ils seraient en permanence confronter par les plaintes. Il conviendrait de les former afin qu'ils puissent gérer ces situations et répondre de manière respectueuse. Le collaborateur n'interviendrait pas en son propre nom, mais en tant que représentant de la commune. Une autre formation, intitulée « Agité comportementale », serait destinée à tous les managers de la structure. Cette formation s'appuierait sur un questionnaire portant sur le profil et les valeurs humaines. L'étape 6 consisterait en la restitution finale avec la mise en place d'une charte de qualité relationnelle. Celle-ci serait mise en place dans toute la structure, suivie et signée par tous les collaborateurs. De cette manière, chacun s'engagerait à respecter une charte dont il aurait contribué, ce qui serait mieux qu'imposer une charte. L'étape 7 consisterait en un accompagnement à la mise en œuvre et au suivi du plan d'actions à l'aide du comité de pilotage. Une réévaluation systémique serait ensuite réalisée, sur la base du même diagnostic qu'au départ, afin de mesurer les améliorations (passage du rouge à l'orange ou au vert). En cas de résultats positifs, le label QRS serait attribué à la commune. Ce label serait valable deux ans lors de la première attribution, puis cinq ans par la suite. Ensuite, personne ne pourrait se débarrasser de lui facilement et comme il a été mandaté, il assurerait encore un suivi d'au moins de 5 ans. En cas de souhait, il pourrait également s'impliquer dans l'organisation communale. La Ville de Rumelange serait la première structure communale au Luxembourg à recevoir ce label QRS. Actuellement, deux autres communes seraient en phase d'étude, mais la Ville de Rumelange serait la première à avoir démarré le processus. Enfin, il remercie les conseillers communaux pour leur attention.

Le bourgmestre Henri Haine remercie M. Christian Bos pour les informations présentées et constate que les membres auraient presque bénéficié d'une formation. Il souligne l'importance de disposer de l'ensemble de ces éléments afin de bien comprendre les intentions de la commune. Il invite ensuite les membres du conseil à poser d'éventuelles questions.

La conseillère Karin Seywert aimerait savoir si cette présentation aurait été faite dans le but que la commune recevrait ce label, comme mentionné dans le titre du point 1 QRS.

M. Christian Bos répond que la commune commencerait par l'obtention du certificat de démarche label QRS. Le suivi serait étape par étape. La première étape serait le certificat et ensuite le label.

La conseillère Karin Seywert demande de nouveau si le but serait de recevoir ce label.

M. Christian Bos espère que la commune recevrait le label, ce qui serait bien évidemment l'objectif. La certification serait faite dans le but d'obtenir le label QRS. Les conseillers iraient constater que tout le monde serait impliqué. Il mettrait seulement en place une locomotive et l'ensemble des collaborateurs aurait un objectif commun. Le rôle de son équipe serait uniquement d'accompagner les collaborateurs en leur montrant une autre façon de travailler.

Le conseiller André Theisen trouve, en tant qu'ancien petit commerçant ayant employé 15 personnes, ce label serait une bonne idée, parce que la société aurait évolué. De ce fait il félicitera la commune d'avoir pris cette initiative. Selon lui, le personnel actuel ne serait pas suffisamment formé, y compris les responsables. A l'époque il aurait toujours dit à son personnel qu'ils formaient un ensemble. Au sujet du comité de pilotage il aimerait savoir, comme M. Bos Christian a expliqué qu'il ne connaisse personne, à part de Monsieur le bourgmestre, comment ces personnes auraient été désignées.

M. Christian Bos explique qu'il aurait reçu une liste de l'ensemble des collaborateurs avec leurs fonctions et leur secteur d'activité. Logiquement, en fonction des secteurs, il ne choisirait pas quatre personnes du service technique s'ils étaient quinze au total, mais uniquement un représentant. Si l'effectif total de l'office social était de vingt-cinq personnes, il en sélectionnerait trois. L'objectif serait que le comité soit représentatif de l'ensemble de la structure. Il choisirait donc ces personnes en tenant compte de leur ancienneté, de leur poste et de leur fonction. Peut-être certains représentants ne seraient pas intéressés d'y participer, donc d'autres personnes seraient désignées. Il attendrait des membres du comité de pilotage un certain engagement, notamment celui de constater si la commune a évolué. À l'époque, une parole était une parole : on se serrait la main et l'engagement était considéré comme acquis. Aujourd'hui, ce ne serait plus forcément le cas. Un autre élément aurait fortement diminué, notamment le respect, comme il l'aurait constaté lors de la présentation. Le respect signifierait accepter que l'autre personne peut avoir un point de vue différent du sien. Le fait de regarder un collègue, de faire des mimiques pendant une intervention serait déjà un manque de respect envers l'interlocuteur.

Le conseiller André Theisen est absolument d'accord avec cette déclaration.

M. Christian Bos continue que cela devrait être expliqué au gens, car ils ne seraient pas toujours conscients de cet impact. En montrant un désaccord à une personne qui parle, à cause de ses propres convictions et valeurs, serait déjà un manque de respect. Malheureusement à ce moment elles n'auraient plus de sens parce qu'elles seraient mal exposées. La commune serait encadrée par une équipe pluridisciplinaire. En cas de constat de situation de harcèlement ou de conflits internes, des médiateurs et enquêteurs pourraient intervenir rapidement. Toutefois, ces interventions se feraient toujours sous la gouvernance de la direction, et aucune décision ne serait prise sans accord. Par la suite, il remet des documents d'information à l'ensemble des conseillers, les remercie à nouveau pour leur attention.

**** M. Christian Bos se prépare afin de quitter la salle et la séance du conseil communal continue en langue luxembourgeoise**

Le conseiller André Theisen demande pourquoi le CIGL, bien qu'étant une structure autonome, est intégré au projet et soulève la question du coût.

Le bourgmestre Henri Haine explique que l'intégration du CIGL permet d'améliorer la coordination entre les équipes, notamment avec les encadrants, et précise que le projet comprend des entretiens individuels, des formations et un accompagnement global du personnel communal, de la Maison Relais et du CIGL. L'objectif est préventif, afin d'améliorer le bien-être du personnel, la collaboration interne et de prévenir d'éventuels problèmes futurs.

Les conseillères communales Monique Schelinsky et Karin Seywert questionnent principalement la procédure de passation du marché, estimant que plusieurs offres auraient dû être demandées en raison du montant et s'interrogent sur le respect des règles relatives aux marchés publics. Elles demandent également des précisions sur la consultation éventuelle d'autres prestataires, l'existence d'une décision du collège échevinal et l'utilisation de l'acompte prévu au contrat.

Le bourgmestre Henri Haine maintient que la procédure légale a été respectée, que le seuil imposant une consultation de plusieurs prestataires n'a pas été dépassé et que le choix de cette entreprise repose sur son expérience et ses compétences spécifiques.

L'échevin Jimmy Skenderovic souligne que la commune serait parmi les premières à obtenir ce label.

Le conseiller Edmond Peiffer soutient le projet, estimant qu'il contribuera à améliorer la sécurité, la communication et la collaboration au sein des différentes structures.

**** Le contrat est approuvé à 8 voix pour (LSAP, KPL, DP) et 3 abstentions (CSV).**

POINT 2 DE L'ORDRE DU JOUR
Informations et correspondance :

2.1. Informations du collège des bourgmestre et échevins
2.2. Syvicol - Compte rendu du comité

POINT 3 DE L'ORDRE DU JOUR
Projets communaux :

3.1. Approbation du projet définitif concernant le croisement rue de la Croix, Grand-Rue, rue du Cimetière

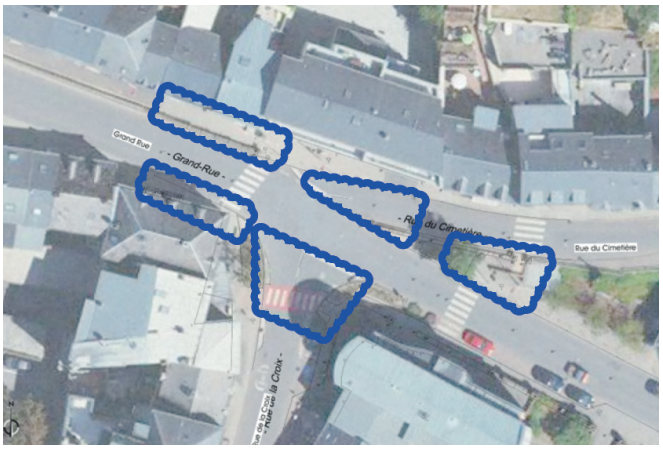
Le bourgmestre Henri Haine explique que le point suivant concerne le projet définitif de la rue de la Croix. Il est prévu que l'ingénieur du service technique présente le projet.

L'ingénieur Tom Ostrihon présente le projet définitif de réaménagement du carrefour de la rue de la Croix. Il explique que plusieurs études préalables ont été réalisées, notamment une étude de trafic datant de 2022 ayant relevé environ 9.000 passages de véhicules par jour sur l'axe N33 (Grand-Rue – rue d'Esch). Ces analyses étaient nécessaires pour définir les solutions d'amélioration et pour répondre aux exigences de l'Administration des Ponts&Chaussées.

Il indique que l'analyse de la situation a identifié plusieurs problèmes :

- manque de visibilité pour les piétons, notamment au niveau du bâtiment 87, Grand-Rue ;
- trottoirs trop étroits et non conformes aux normes PMR ;
- absence ou insuffisance d'aménagements sécurisés pour les piétons ;
- escaliers et passages non adaptés aux personnes à mobilité réduite ;
- difficultés liées à la topographie du carrefour, notamment le risque que certains véhicules touchent le sol en montant vers la rue du Cimetière ;
- stationnement trop proche des passages piétons réduisant la visibilité des usagers.

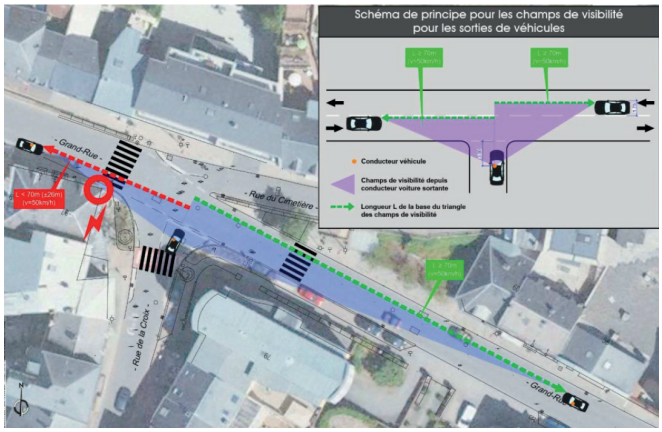
L'objectif du projet est donc d'améliorer la sécurité routière, l'accessibilité et les conditions de circulation au niveau de ce carrefour fortement fréquenté.



Le bourgmestre Henri Haine rappelle que le conseil communal avait déjà discuté et approuvé le reclassement de la rue du Cimetière et de la rue de la Fontaine côté Kayl en voies locales communales. Cette mesure permettra de réduire le trafic et d'apaiser la circulation dans le secteur. Il précise également que Kayl prévoit l'installation de bornes dans la rue de la Fontaine après son reclassement et qu'une nouvelle liaison entre la rue de la Fontaine et la rue de Rumelange sera aménagée sur le site du crassier.

L'ingénieur Tom Ostrihon explique que la visibilité des automobilistes en sortie de la rue de la Croix vers le centre du village sera conforme aux normes. En revanche, dans l'autre direction, la maison d'angle limite la visibilité à 26 mètres au lieu des plus de 70 mètres requis.

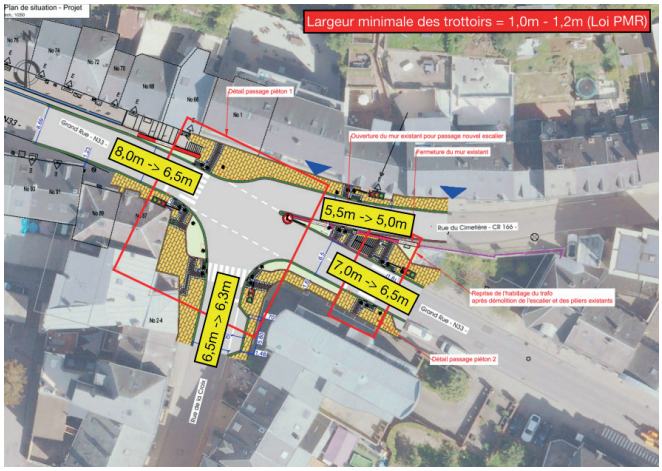
Le bourgmestre Henri Haine ajoute que les piétons en attente au passage pour piétons ne sont pas assez visibles en venant du centre du village, ce qui représente également une situation dangereuse.

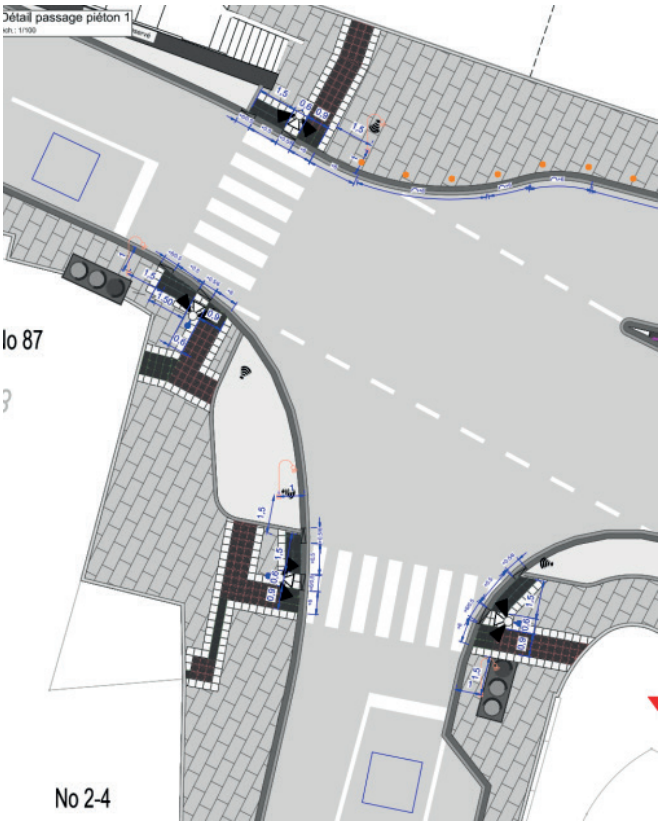


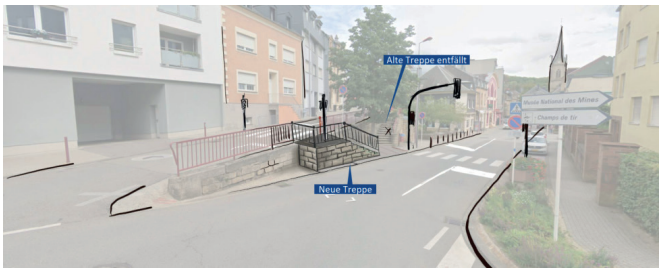
L'ingénieur Tom Ostrihon présente les principaux éléments du projet de réaménagement du carrefour de la rue de la Croix. Il explique que plusieurs mesures sont prévues afin d'améliorer la sécurité et la visibilité : réfection complète de la voirie (bordures, macadam, trottoirs, passages piétons), mise aux normes PMR et adaptation des largeurs de chaussée selon les prescriptions de Ponts&Chaussées.

La chaussée sera notamment rétrécie à certains endroits afin d'apaiser la circulation. Les passages piétons seront modernisés, éclairés et équipés de feux pour les automobilistes et les piétons. Une nouvelle rampe d'escalier moins pentue sera également créée entre la Grand-Rue et la rue du Cimetière. Le principal obstacle identifié reste le bâtiment d'angle, qui limite fortement la visibilité. Il est donc prévu de le démolir afin d'améliorer la visibilité pour tous les usagers. Les trajectoires des véhicules d'intervention (pompiers, collecte des déchets) ont également été vérifiées.

Enfin, il précise que la topographie du site pourra seulement être légèrement améliorée, notamment par une réduction de la pente de la rue du Cimetière. L'installation de feux de circulation permettra de mieux réguler les mouvements dans le carrefour et d'éviter les blocages au centre de l'intersection.





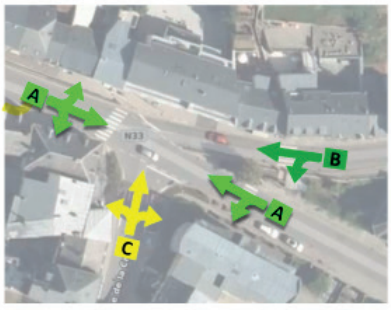


Au sujet de l'installation feux de circulation il clarifie qu'elle entraînera une circulation plus régulée mais avec des temps d'attente légèrement plus longs. Selon l'étude de trafic, le carrefour présente actuellement un niveau de service C le matin et B le soir, avec des attentes pouvant atteindre 70 secondes. Avec les feux, le niveau resterait C le matin mais passerait à D aux heures de pointe du soir en raison des temps d'attente supplémentaires. L'avantage principal serait toutefois une meilleure maîtrise des vitesses et une circulation plus sécurisée, notamment grâce à la coordination possible des feux avec ceux situés près du Précoce, dans la rue de la Croix et devant la commune, afin d'éviter la formation de bouchons dans le centre du village.

Au sujet de l'estimation financière du projet, il mentionne un coût de 605.000 € HTVA pour les travaux et environ 105.000 € HTVA pour les prestations des bureaux d'études, géomètre, etc., donc un coût total estimé à 831.000 €. Il précise que la procédure de soumission sera lancée en décembre via le portail des marchés publics, avec une ouverture des offres prévue en janvier. Après analyse par le bureau d'études, le collège échevinal pourra attribuer le marché. Deux procédures distinctes seront réalisées : une pour les travaux de génie civil et une pour l'installation des feux de circulation. Le début des travaux est prévu pour avril, avec une durée estimée à six mois en raison des interventions sur la circulation. La fin du projet est prévue pour novembre, en tenant compte des congés collectifs. Le dossier a également été transmis à Ponts&Chaussées pour approbation, avec l'objectif d'obtenir leur accord au plus tard en mars.

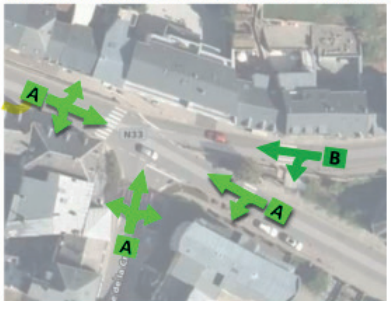
Bestandsanalyse
HBS Berechnung - Bestand

Morgendliche Spitzenstunde (07h00 – 08h00 Uhr)



Verkehrsstrom	Wartezeit [s]	QSV HBS
K1	3,6	A
K2	22,1	C
K3	3	A
K4	15	B
Σ		C

Abendliche Spitzenstunde (17h30 – 18h30 Uhr)



Verkehrsstrom	Wartezeit [s]	QSV HBS
K1	2,7	A
K2	7,4	A
K3	2,3	A
K4	11,7	B
Σ		B

Verkehrstechnische Analyse
HBS Berechnung – LSA + neue Treppe

Morgendliche Spitzenstunde (07h00 – 08h00 Uhr)



Verkehrsstrom	Wartezeit [s]	QSV HBS
K1	14	A
K2	38	C
K3	21	B
K4	53	C
Σ		C
Fußgänger		D

Abendliche Spitzenstunde (17h30 – 18h30 Uhr)



Verkehrsstrom	Wartezeit [s]	QSV HBS
K1	21	B
K2	46	C
K3	28	B
K4	53	D
Σ		D
Fußgänger		D

Schroeder & Associés

Réaménagement du carrefour N33/CR166 à Rumelange

Devis estimatif

Montant des travaux (hors TVA)	605 000,00 €
Honoraires ingénieur (hors TVA)	105 105,71 €
TVA sur travaux 17%	102 850,00 €
TVA sur honoraires 17%	17 867,97 €
Total travaux, honoraires et TVA comprise	830 823,68 €
Arrondi à	831 000,00 €

**** Le projet est approuvé unanimement.**

POINT 4 DE L'ORDRE DU JOUR
Règlements communaux :

4.1. Adaptation du règlement de la gestion des déchets

L'échevin Jimmy Skenderovic présente les modifications du règlement sur la gestion des déchets et précise que les changements sont principalement des clarifications du texte. La principale adaptation concerne la suppression temporaire de la caution pour les poubelles, afin de faciliter la mise en œuvre du système et d'éviter des retards liés au paiement préalable de cette somme. Il précise que cette caution pourra être réintroduite ultérieurement. Les autres modifications n'apportent pas de changement de fond au règlement.

Le conseiller André Theisen ainsi que la conseillère Monique Schelinsky remettent en question la procédure, notamment les échanges avec le ministère compétent ainsi que l'absence d'adaptations au niveau des commissions consultatives concernées.

**** L'adaptation est approuvée à l'unanimité.**

POINT 5 DE L'ORDRE DU JOUR
Urbanisme :

5.1. Approbation d'un acte de vente d'un terrain – rue du Cimetière

*** L'acte de vente est approuvé unanimement.**

POINT 6 DE L'ORDRE DU JOUR
Logement :

6.1. Approbation de plusieurs avenants aux contrats de bail pour les logements pour jeunes
6.2. Approbation de plusieurs avenants aux contrats de bail

**** Les avenants sont approuvés unanimement.**

POINT 7 DE L'ORDRE DU JOUR
Résolutions :

7.2. Résolution relative à la sortie du nucléaire et au développement des énergies renouvelables

Le bourgmestre Henri Haine présente la résolution contre la prolongation de l'exploitation de l'énergie nucléaire, une initiative lancée par le bourgmestre de Roeser, Tom Jungen, et soutenue par plusieurs communes du Sud. Il rappelle les inquiétudes liées aux centrales nucléaires anciennes, notamment Cattenom, dont la durée d'exploitation a été prolongée malgré son ancienneté. Il souligne les risques liés aux accidents nucléaires, à la gestion des déchets radioactifs et aux anciennes installations, tout en reconnaissant que le nucléaire reste actuellement une source importante de production d'électricité en Europe. Il estime toutefois que la prolongation permanente de centrales vieillissantes représente un risque, particulièrement pour un petit pays comme le Luxembourg exposé aux installations voisines. La résolution vise à réaffirmer le soutien aux énergies renouvelables et à demander aux autorités nationales et internationales de s'opposer à la prolongation des anciennes centrales nucléaires. Elle reprend également des propositions des communes participantes et s'inscrit dans la continuité des démarches déjà entreprises lors des procédures publiques concernant Cattenom.

Séance du conseil communal du 14 novembre 2025

Objet :

Résolution relative à la sortie du nucléaire et au développement des énergies renouvelables

Le collège des bourgmestre et échevins,

Considérant que l'Autorité de sûreté nucléaire et de radioprotection (ASNR) française a autorisé les prescriptions génériques pour la poursuite de l'exploitation de la centrale nucléaire de Cattenom au-delà de 2026, et que des prescriptions spécifiques pour la prolongation de la durée de vie du réacteur n°1 devraient être arrêtées début 2027 ;

Considérant que l'énergie nucléaire présente des risques technologiques majeurs, qu'elle reste une source d'énergie ni renouvelable, ni durable, et qu'aucun accident grave ne peut jamais être exclu, comme l'ont démontré Three Mile Island (1979), Tchernobyl (1986) et Fukushima (2011) ;

Considérant que la présence de fissures dues à la corrosion sous contrainte à Cattenom demeure sans solution technique définitive, et constitue une menace grave pour la sécurité des habitants et l'environnement naturel des communes luxembourgeoises ;

Considérant que les réacteurs de Cattenom, conçus pour une durée de vie initiale de 40 ans, présentent aujourd'hui des risques accrus liés au vieillissement des matériaux, à la difficulté d'inspection de certaines infrastructures, et à des protections jugées insuffisantes contre certains scénarios d'accident majeur, notamment les crashs d'avion ;

Considérant que l'énergie nucléaire produit des déchets radioactifs dont la gestion sûre et définitive n'est toujours pas garantie, et qu'elle transfère aux générations futures des risques et des coûts considérables, en contradiction avec les principes de durabilité et de précaution ;

Considérant que les réacteurs nucléaires, tels que ceux de Cattenom, dépendent fortement de la disponibilité en eau pour leur refroidissement, et que les effets du changement climatique (sécheresses accrues, hausse de température des cours d'eau) aggravent les difficultés de refroidissement et augmentent les risques pour la sûreté nucléaire ainsi que pour les écosystèmes aquatiques ;

Considérant que la prolongation de la durée de vie des centrales nucléaires ou la construction de nouveaux réacteurs mobilise des ressources financières considérables, qui, si elles étaient affectées au développement des énergies renouvelables et à l'efficacité énergétique, permettraient d'accélérer l'atteinte d'un approvisionnement énergétique sûr, durable et compétitif ;

Considérant que, malgré les aides substantielles accordées au niveau national et européen en faveur du développement des énergies renouvelables, la poursuite d'investissements considérables dans le nucléaire constitue une contradiction

majeure et risque de compromettre l'atteinte rapide de la neutralité carbone ;

Considérant que le Luxembourg, du fait de sa taille et de ses limites de production interne, doit renforcer ses coopérations européennes (Benelux, North Seas Energy Cooperation, Forum Pentalatéral de l'Énergie) et investir dans des projets transfrontaliers afin de garantir un accès à l'électricité renouvelable, notamment issue de l'éolien offshore en mer du Nord ;

Considérant que, depuis la précédente prolongation de la centrale de Cattenom, de nouvelles capacités de production d'énergie renouvelable (photovoltaïque, éolienne, biogaz) ont été mises en service au Luxembourg et dans la Grande Région, ce qui impliquerait la fermeture progressive d'installations nucléaires plutôt que la prolongation de leur durée d'exploitation ;

Considérant que la prolongation de la centrale de Cattenom devrait, conformément aux obligations internationales, faire l'objet d'une étude d'impact environnemental transfrontalière, et que la France n'a pas respecté cette exigence, contrairement au principe de coopération entre États voisins ;

Considérant que les communes allemandes voisines s'engagent également contre la prolongation de la centrale de Cattenom, et qu'une coopération transfrontalière renforcée est indispensable pour défendre la sécurité des populations de la Grande Région ;

Considérant que les communes luxembourgeoises, réunies dans l'Alliance contre l'énergie nucléaire, représentent aujourd'hui plus de trente collectivités qui partagent une position claire de rejet du nucléaire et d'engagement en faveur de la transition énergétique ;

Considérant que les communes, en tant qu'échelons de proximité, jouent un rôle central pour sensibiliser la population, promouvoir les énergies renouvelables locales (solaire, éolien, biogaz, géothermie, pompes à chaleur, réseaux de chaleur, électromobilité), et soutenir l'évolution vers un système énergétique décentralisé et résilient ;

Vu la délibération du 9 mai 1986 portant autorisation de représenter l'administration communale devant les tribunaux pour défendre les intérêts des citoyens contre la centrale nucléaire de Cattenom ;

Vu la délibération du 2 juillet 1987 portant décision de contester les décrets d'autorisation de la centrale nucléaire de Cattenom des 29 février 1984 et 24 juin 1982;

Vu la délibération du 12 décembre 1988 portant décision d'introduire un recours contre les arrêtés autorisant le rejet d'effluents radioactifs liquides et gazeux par le centre de production nucléaire de Cattenom ;

Vu la délibération du 26 avril 1995 décidant de faire appel du jugement du Tribunal administratif de Strasbourg rejetant les requêtes des communes luxembourgeoises contre les arrêtés autorisant le rejet d'effluents radioactifs par Cattenom ;

Vu la délibération de 2011 relative à la sortie du nucléaire et aux démarches intercommunales en la matière ;

Vu le Plan national intégré en matière d'énergie et de climat (PNEC) du Luxembourg pour la période 2021-2030 ;

Vu l'objectif de neutralité carbone du Luxembourg à l'horizon 2050 ;

Vu la loi communale modifiée du 13 décembre 1988.

propose

1. De réaffirmer son opposition ferme à l'énergie nucléaire et de rejeter toute prolongation de la durée de vie de la centrale de Cattenom, ainsi que toute construction de nouvelles unités nucléaires dans les pays voisins ;

2. De rappeler que la politique énergétique luxembourgeoise doit être guidée par le principe de précaution et par la justice intergénérationnelle, et de rejeter tout choix technologique qui reporte sur les générations futures des risques ou des charges liés aux déchets nucléaires ;

3. De confirmer son opposition explicite non seulement à la prolongation de Cattenom, mais plus généralement à l'énergie nucléaire comme option énergétique, car elle est incompatible avec les objectifs climatiques et de transition énergétique ;

4. D'exiger du gouvernement luxembourgeois une politique nationale claire et résolument anti-nucléaire, cohérente avec les objectifs climatiques et énergétiques du Luxembourg et de l'Union européenne ;

5. De soutenir activement le développement des énergies renouvelables et de l'efficacité énergétique, et de demander la suppression des obstacles administratifs et réglementaires qui entravent les initiatives locales en la matière ;

6. De participer activement aux consultations publiques relatives à la prolongation de Cattenom et, le cas échéant, d'introduire des recours afin de défendre les intérêts de la population ;

7. De renforcer la coopération intercommunale et transfrontalière au sein de l'Alliance des communes contre l'énergie nucléaire, en vue de démarches politiques, juridiques et citoyennes communes ;

8. De continuer à informer et sensibiliser la population sur les risques du nucléaire et sur les alternatives renouvelables existantes, notamment via l'utilisation d'électricité verte, l'autoconsommation et le partage d'énergie renouvelable ;

9. De mandater le bourgmestre ou son délégué pour représenter la commune dans le dialogue avec le ministre de l'Énergie, avec les autorités nationales et européennes compétentes, et au sein de l'Alliance des communes.

**** La résolution est approuvée unanimement.**

7.1. Résolution sur l'équité politique, le respect démocratique et la responsabilité des membres du conseil communal présenté par le groupe LSAP

La conseillère Carole Marx présente la résolution visant à rétablir un climat politique basé sur le respect, la dignité et la responsabilité des élus. Elle revient sur les critiques et commentaires diffusés publiquement concernant l'attribution d'un logement d'urgence à une entrepreneuse locale et demande aux représentants de la CSV de préciser quelles sont exactement les «rumeurs» auxquelles ils font référence dans leur publication Facebook. Elle critique la diffusion d'informations et d'allégations qui, selon elle, ne correspondent pas toujours à la réalité et peuvent porter atteinte à la réputation des personnes concernées. Elle rappelle que les décisions communales doivent être discutées dans le cadre du conseil communal et non à travers les réseaux sociaux. Elle souligne également que la commune a toujours soutenu les commerçants locaux et aidé des personnes en situation difficile dans le respect des règles établies. Elle appelle ainsi à un retour à un débat politique respectueux, basé sur les faits et non sur les attaques personnelles.

Résolution sur l'équité politique, le respect démocratique et la responsabilité des membres du conseil communal présenté par le groupe LSAP

Le Conseil communal de la Ville de Rumelange

Considérant que :

- la démocratie locale repose sur la confiance mutuelle, la coopération et la responsabilité partagée entre les élus, quelles que soient leurs sensibilités politiques ;
- les élus communaux incarnent la première ligne du service public et ont donc un devoir d'exemplarité vis-à-vis des citoyens ;
- la société traverse une période où la désinformation, la rumeur et la polarisation fragilisent la vie démocratique et le lien social ;
- le conseil communal, en tant qu'institution représentative, doit être un exemple de courtoisie, de modération et de vérité dans la conduite du débat public ;
- la qualité du dialogue politique local influence directement la confiance des habitants dans leurs institutions ;

Le Conseil communal :

- réaffirme son attachement à la dignité du débat démocratique, au respect mutuel et à la vérité dans la communication publique ;
- souligne que la confrontation politique doit toujours porter sur les idées et les projets, et jamais sur les personnes ;
- s'engage à renoncer à tout langage injurieux ou discriminatoire dans les échanges publics ou privés liés à l'activité politique ;
- condamne de manière générale, mais tout particulièrement lorsque cela émane de représentants de partis politiques, les attaques politiques, la diffusion d'informations fausses, de rumeurs ou d'insinuations susceptibles de porter atteinte à la réputation d'autrui quelle qu'en soit la forme
- invite les partis politiques à ne pas soutenir, relayer ni propager de rumeurs ou d'informations non vérifiées concernant d'autres membres du Conseil communal ;
- encourage un climat de collaboration loyale et de respect mutuel, condition essentielle à la bonne gouvernance locale ;
- affirme que le comportement des élus doit servir de modèle civique pour la jeunesse et renforcer la confiance dans les institutions démocratiques ;
- exprime sa volonté collective de promouvoir une culture politique fondée sur la responsabilité, la transparence et la courtoisie

Le conseiller Edmond Peiffer soutient la résolution, tout en rappelant l'importance de la transparence. Il estime que les questions doivent être discutées dans le cadre du conseil communal et non par le biais de polémiques sur les réseaux sociaux. Il souligne que la diffusion de rumeurs peut avoir des conséquences importantes sur les personnes concernées, tant sur le plan humain que moral et politique.

Le conseiller René Bremer critique la manière dont certains débats politiques sont actuellement menés. Il rappelle qu'auparavant, les désaccords étaient toujours exprimés avec respect au sein du conseil communal. Il estime que la situation actuelle correspond à une forme de politique populiste et dénonce les attaques personnelles. Il reproche notamment à la CSV d'avoir contribué à exposer publiquement une jeune femme et considère cela comme une forme de harcèlement plutôt qu'un exercice démocratique. Il invite les élus à revenir à un dialogue basé sur le respect.

Le conseiller André Theisen affirme qu'il n'a jamais cherché à attaquer une personne individuellement, mais uniquement à poser des questions sur la procédure d'attribution du logement communal et sur l'équité entre les citoyens. Il rappelle son ancienneté au conseil communal depuis 1986 ainsi que son engagement à respecter son serment d'élu et la dignité humaine. Il estime que de nombreuses personnes sont en attente d'un logement et cite l'exemple d'autres personnes qui auraient également pu être prioritaires. Il considère que ses questions relèvent de son rôle d'opposition et déclare que le bourgmestre a également contribué à alimenter la polémique par certaines déclarations publiques.

La conseillère Karin Seywert rappelle que la démocratie constitue un droit fondamental qui nécessite l'engagement, la liberté d'expression et la possibilité de poser des questions. Elle souligne que le débat démocratique implique de douter, de remettre en question les décisions, de dialoguer et d'assumer ses responsabilités. Elle cite notamment Hannah Arendt sur le lien entre politique et liberté. Elle estime que le respect mutuel évoqué dans la résolution doit également s'appliquer dans les faits et questionne certains comportements au sein du conseil communal, notamment lorsque des élus consultent leur téléphone pendant les interventions des autres conseillers. Ensuite elle précise que les interrogations de son groupe résultent de questions soulevées par certains citoyens concernant l'attribution du logement communal à la bénéficiaire. La rumeur dans la population proviendrait du fait qu'une personne exploitant un café communal aurait obtenu une réduction de loyer pour le bâtiment ainsi qu'un logement communal en raison d'une prétendue situation d'urgence, alors que d'autres personnes figurent également sur des listes d'attente pour un logement. L'absence d'accès aux éléments justificatifs aurait renforcé les doutes et affirme que leur démarche visait à obtenir davantage de transparence.

La conseillère Monique Schelinsky estime qu'au lieu d'une résolution sur le respect politique, le conseil communal devrait plutôt disposer d'un règlement d'ordre intérieur actualisé afin de clarifier les règles de fonctionnement.

L'échevin Jimmy Skenderovic rappelle que le CSV est un parti établi ayant assumé de nombreuses responsabilités au niveau national et que la section locale fait partie de cette structure. Il estime que, lorsque des rumeurs sont évoquées sur la page officielle d'un parti, il est normal que les élus et les citoyens se posent des questions. C'est pour cette raison qu'il a réagi publiquement, car il s'est senti concerné en tant qu'électeur. Il soutient la résolution et souligne l'importance d'un débat politique respectueux. Il estime qu'il est légitime de critiquer des décisions, mais que les attaques personnelles et les publications sur les réseaux sociaux dépassent les limites. Il regrette également que le personnel communal, notamment le secrétaire communal, ait été impliqué dans cette polémique. Selon lui, les élus doivent respecter les principes démocratiques, la responsabilité liée à leur mandat et le respect mutuel, tant au sein du conseil communal qu'à l'extérieur.

Le bourgmestre Henri Haine précise qu'un règlement d'ordre intérieur existe déjà depuis 2011 et que le fonctionnement du conseil communal est également encadré par la loi communale. Il estime que le refus de l'opposition d'adopter cette résolution pourrait laisser penser qu'elle a quelque chose à se reprocher. Il souligne qu'il ne s'agit pas de suppositions, mais des principes défendus, qui devraient être soutenus par chaque conseiller communal. Ensuite il remercie la conseillère Seywert pour la citation d'Hannah Arendt, mais constate qu'une réponse à la question concernant les rumeurs fait toujours défaut. Il indique qu'ils reviendront sur les 18 questions déposées par l'opposition lors du point consacré aux questions au collège échevinal, où il apportera également des précisions.

**** Le contrat est approuvé à 8 voix pour (LSAP, KPL, DP) et 3 voix contre (CSV).**

POINT 8 DE L'ORDRE DU JOUR
Questions au collège échevinal :

Diverses questions, critiques, remarques ou suggestions ont été adressées au collège des bourgmestre et échevins de la part de :

Le bourgmestre Henri Haine passe ensuite aux 18 remarques et questions introduites par le CSV Rumelange concernant le logement n°01 au rez-de-chaussée, situé au 2, rue Nicolas Pletschette.

Réponses du collège des bourgmestre et échevins aux 18 questions de la CSV concernant le logement :

Réponse du collège des bourgmestre et échevins (CBE) à la *« Demande d'informations relatives à la mise en location du logement abordable – Appartement 01, RDC, 2, rue Nic. Pletschette »*, et aux 18 questions y relatives posées par les conseilleurs communaux du CSV.

Le collège des bourgmestre et échevins (CBE) aimerait, dans un premier temps, situer le contexte.

La **loi modifiée du 7 août 2023** relative au logement abordable, à laquelle le CSV fait référence, définit le cadre légal applicable aux **logements bénéficiant d'un soutien financier de l'État**, notamment ceux construits avec une participation publique importante. Les critères fixés par cette loi concernent donc exclusivement les logements qualifiés de logements abordables tombant sous le champ d'application de la prédite loi, c'est-à-dire ceux faisant l'objet d'une convention avec l'État.

Il est cependant clairement établi que le **logement en question ne relève pas du champ d'application de la loi** précitée, contrairement à ce que votre demande semble laisser entendre, car à priori il n'existe pas de convention y relative en vigueur, et l'administration communale est libre de décider de l'attribution du logement en question. Nous partons du principe qu'il s'agit là d'une méprise due à une méconnaissance du contexte légal et non d'une intention malveillante. En effet, le logement en question se trouve dans un ancien bâtiment scolaire qui a été transformé pour accueillir des logements locatifs il y a plusieurs décennies.

Notre Ville dispose d'une longue tradition en matière de logements sociaux, et ce même bien avant que l'État n'ait mis en place des aides substantielles pour la promotion du logement communal. Toutes ces habitations ont toujours été attribuées selon des considérations sociales sous la supervision et l'accord du conseil communal, et ce depuis plusieurs décennies, sans la moindre contestation ni remarque de la part des autorités de tutelle.
La situation est différente pour les nouveaux logements réalisés avec une participation financière de l'État à hauteur de 75 %. Dans ces cas-là, la commune ne dispose que d'un droit de regard limité en matière d'attribution. Ce sont précisément ces logements qui relèvent de l'application de la loi modifiée du 7 août 2023 relative au logement abordable. Mais en fait, même si certains logements de notre commune ne sont pas conventionnés avec l'Etat, la commune a toujours appliqué les critères de la loi modifiée du 7 août 2023 ou des lois précédentes dans la très grande majorité des cas. D'ailleurs, le CSV a souvent critiqué la majorité LSAP d'avoir appliqué ladite loi lors de l'adaptation des loyers !
Toutefois, et même si cette loi ne s'applique pas au logement que vous mentionnez, dans la mesure où il ne s'agit pas d'un logement tombant dans le champ d'application de la loi précitée, ni d'un logement social au sens propre mais d'un logement d'urgence (logement dédié de réserve) – ce qui explique d'ailleurs la durée

limitée du bail à un an, fait sciemment passé sous silence par le CSV – **des critères relatifs à la situation familiale, aux revenus, aux conditions de non-propriété d'un logement et de légalité de séjour ont dans le cas précis également été pris en considération**.

Ceci dit, la commune, sous le contrôle du Conseil communal et de l'autorité de tutelle, se réserve toutefois le droit de faire preuve, à l'avenir comme par le passé, d'une certaine souplesse dans d'autres situations particulières.
La commune n'appliquera pas nécessairement à l'avenir pour ses propres logements non conventionnés avec l'Etat et qui ne relèvent pas du champ d'application de la loi, l'ensemble des dispositions prévues par cette même loi, car cela impliquerait même une augmentation partielle de certains loyers, sans pour autant respecter le contexte historique. Le collège échevinal n'a pas l'intention de contribuer à une hausse générale des loyers et ne veut pas être tenu pour responsable d'une telle évolution. Nous partons du principe que cette position est également partagée par les auteurs de la question du parti CSV.

Ce qui est surprenant : en ce qui concerne l'attribution des logements communaux ou les loyers appliqués, lors des différents votes au conseil communal au cours des décennies, les seules pièces à l'appui étaient les contrats de bail respectivement les loyers calculés par les fonctionnaires compétents. Jamais, le CSV n'a exigé la présentation de fiche de salaires ou autres données privées sensibles. Sauf maintenant dans ce cas précis. Pourtant le CSV continue à prétendre qu'il ne vise pas à nuire des personnes, mais qu'il s'intéresse uniquement aux procédures appliquées. Honni soit qui mal y pense !
Il est évident que le bourgmestre ne divulguera pas publiquement le contenu d'un dossier personnel de la locatrice avec sa situation en matière de salaire ou autre. Ceci n'a jamais été fait. Le LSAP garantira que ceci ne se fera pas non plus à l'avenir. Les dossiers personnels des locataires doivent être protégés, seuls les agents autorisés peuvent y accéder. Même les personnes qui bénéficient d'un logement social, d'un logement pour jeunes ou d'un logement dédié de réserve ont droit au respect de leur vie privée et ne seront pas stigmatisées comme le fait le CSV avec la locatrice en question depuis la séance du conseil communal du 11 juillet 2025, ou des rumeurs non vérifiées se répandent et des informations de nature privée concernant l'appartement et le Café exploité par la locatrice sont divulguées sur la place publique.
Il est lamentable - qu'à cause de cette politique de protection des données - d'insinuer que le collège du bourgmestre et des échevins ne respecte pas les lois et règlements alors que le contraire est le cas. Tel qu'expliqué au conseil communal en séance du 11 juillet 2025 et du 25 septembre 2025, le logement en question a été attribué à la locatrice dans une situation d'urgence.
Les éléments précédents étant exposés, et même si par conséquent une réponse aux questions posées par le CSV est superfétatoire, car elles ne visent que l'appartement mentionné sous rubrique, alors que l'attribution des autres logements, les loyers calculés et les salaires déclarés par les autres locataires ne semblent pas intéresser le CSV, nous répondrons néanmoins auxdites questions :

a. *Quels sont les critères précis d'éligibilité appliqués par la commune pour l'accès à un logement abordable ?*

Réponse du CBE : Nous partons du principe que le questionneur fait référence aux logements de la commune ; le terme « logements abordables » pourrait prêter à confusion, puisqu'il résulte de la nouvelle loi du 7 août 2023.
De façon générale, les critères appliqués sont la situation familiale du demandeur, la non-propriété d'un logement, le revenu et la légalité de son séjour.

Quant à la loi modifiée du 7 août 2023 relative au logement abordable, celle-ci prévoit les conditions suivantes pour l'attribution de logements :

1. Être une personne physique majeure au moment de l'introduction de la demande ;
2. Ne pas être propriétaire d'un logement, ni usufruitier, emphytéote ou bénéficiaire d'un droit d'habitation d'un logement, que ce soit au Luxembourg ou à l'étranger. Cette condition s'applique également à l'ensemble des membres du ménage ;
3. Disposer d'un revenu mensuel du ménage inférieur ou égal au plafond fixé selon la composition du ménage ;

   → A titre d'exemple, pour un ménage composé d'une seule personne adulte, le plafond mensuel net s'élève actuellement à 3 820 € ;
4. Justifier d'un droit de séjour supérieur à trois mois au moment de l'introduction de la demande.

b. Comment est vérifiée la condition de non-détention d'un autre logement par le demandeur ou sa communauté domestique ?

Réponse du CBE : En cas de doute, la Ville de Rumelange exige la présentation d'un certificat de non-propriété d'un logement, délivré par le Service des évaluations immobilières.

c. La commune prévoit-elle des dispositions particulières pour les situations spécifiques (familles monoparentales, personnes en séparation, etc.) ?

Réponse du CBE : Certaines situations particulières peuvent être considérées lors de l'instruction de la demande, notamment :

- familles monoparentales,
- personnes en cours de séparation ou de divorce,
- violence familiale,
- logement non décent, trop cher, …
- Autres situations sociales ou familiales exceptionnelles.

d. *Est-ce que l'appartement concerné a été attribué selon les critères prédéfinis ?*

Réponse du CBE : Comme le démontrent les éléments précédents, les critères ont été respectés, indépendamment du fait qu'un tel examen n'aurait pas été nécessaire, puisqu'il s'agit d'un logement d'urgence (logement dédié de réserve) dont la durée d'occupation est limitée à un an, limitation expressément prévue dans le contrat de location. Toute éventuelle prolongation devrait par conséquent faire l'objet d'une nouvelle décision du conseil communal. La limitation du contrat de bail à un (1) an, et l'éventuelle prolongation à soumettre au vote du conseil communal, toutefois, a été jusqu'à présent passé sous silence par l'auteur de la question, que ce soit de manière consciente ou involontaire.

2. Revenus et plafonds

a. Quels sont les plafonds de revenus actuellement utilisés pour l'éligibilité, et à quel indice de l'échelle mobile des salaires sont-ils liés ?

Réponse du CBE : Les plafonds de revenus utilisés pour déterminer l'éligibilité au logement abordable au Luxembourg sont établis par la loi du 7 août 2023 relative au logement abordable. Ces plafonds varient en fonction de la composition du ménage et sont indexés sur l'échelle mobile des salaires.

Plafonds de revenus selon la composition du ménage

Les plafonds de revenus mensuels, exprimés en euros et indexés à la cote d'application de l'échelle mobile des salaires de 968,04, sont les suivants :

- 1 adulte : 3820€
- 2 adultes – 0 enfant à charge : 5730€
- 1 ou 2 adultes – 1 enfant à charge : 7258€
- 1 ou 2 adultes – 2 enfants à charge : 8787€
- 1 ou 2 adultes – 3 enfants à charge : 10315€
- Enfant à charge supplémentaire : +1146€
- Adulte supplémentaire : +1527€

Ces montants sont basés sur l'indice de l'échelle mobile des salaires de 968,04, tel qu'établi par les paramètres sociaux en vigueur au 1er mai 2025.

Indexation sur l'échelle mobile des salaires

Les plafonds de revenus sont automatiquement indexés sur l'échelle mobile des salaires. Cette indexation permet d'ajuster les plafonds en fonction de l'évolution du coût de la vie et des salaires, assurant ainsi que les critères d'éligibilité restent adaptés à la situation économique.

b. *Comment est calculé le revenu net disponible du ménage ? est-il basé sur les revenus de l'année précédente ou sur les revenus actuels ?*

Réponse du CBE : Explication du calcul du revenu net disponible du ménage (RND) :

Le RND du ménage correspond à l'ensemble des revenus nets imposables de toutes personnes composant le ménage.

Il comprend :

1. Les salaires
2. Les revenus de remplacement (Revis, chômage, pension, …)
3. Les revenus d'indépendant ou de capitaux
4. Les allocations ou aides financières régulières

Période de référence : revenus actuels ou précédents ?

Le revenu pris en compte pour déterminer l'éligibilité est le revenu actuel du ménage, c.-à-d. celui au moment de la demande.

Cependant :

- À défaut de revenus stables, ou en cas de changement de situation (séparation, perte d'emploi), la commune peut demander des justificatifs supplémentaires pour évaluer la situation financière réelle et actuelle.

c. Des ajustements sont-ils prévus pour les personnes en situation précarité ou sans revenus stables ?

Réponse du CBE : La Ville de Rumelange applique les dispositions de la loi modifiée du 7 août 2023 relative au logement abordable, qui ne prévoit pas de plafonds de revenus spécifiques pour les personnes en situation de précarité ou sans revenus stables.

d. Comment sont traitées les demandes présentant des fluctuations importantes de revenus ?

Réponse du CBE : Lorsqu'un demandeur ou un ménage présente des revenus variables ou fluctuants, la Ville de Rumelange applique les principes prévus par la loi modifiée du 7 août 2023 relative au logement abordable.

e. Quels revenus ont été pris en considération pour l'attribution de l'appartement en question (année, catégorie de revenu) ?

Réponse du CBE : La loi modifiée du 7 août 2023 prévoit que le revenu à prendre en considération est la moyenne du revenu net de l'année civile qui précède la date de sa détermination. Par ailleurs, la commune dispose également de la déclaration pour l'impôt. Le plafond de revenus utilisé pour déterminer l'éligibilité au logement abordable établis par la loi modifiée du 7 août 2023 relative au logement abordable a été respecté, qui, rappelons-le, est actuellement de 3.820 euros nets par mois pour une personne adulte seule. Le revenu déclaré est inférieur à ce montant. Qui plus est, le loyer voté pour l'appartement en question par le conseil communal en date du 11 juillet 2025 est trois fois supérieur au loyer obtenu sur base du revenu déclaré suivant calcul relatif au loyer abordable au sens de la loi du 7 août 2023 relative au logement abordable.

3. *Processus d'attribution et gestion des candidatures*

a. Quels sont les critères de priorité retenus pour l'attribution des logements (ancienneté, situation familiale, urgence sociale, etc.) ?

Réponse du CBE : Les principaux critères pris en compte sont les suivants :

1. L'urgence de la situation sociale ou familiale, notamment en cas :
    - De perte soudaine de logement (incendie, expulsion, séparation, violence familiale, etc.),
    - De conditions de logement insalubres ou inadaptées,
    - De situations de vulnérabilité (personnes âgées, handicapées, familles monoparentales, etc.) ;
2. La composition et la taille du ménage, afin d'assurer une adéquation entre la structure familiale et la taille du logement disponible ;
3. L'ancienneté de la demande, lorsque plusieurs dossiers présentent une situation comparable ;
4. La résidence sur le territoire communal, la commune pouvant donner priorité aux personnes déjà domiciliées à Rumelange ou y exerçant une activité professionnelle principale ;
5. Les revenus du ménage, qui doivent demeurer inférieurs aux plafonds

Les dossiers sont examinés au cas par cas et évidemment selon disponibilité.

b. La commune utilise-t-elle le Registre National des Logements Abordables (RENLA) pour la gestion des candidatures ?

Réponse du CBE : Le RENLA, instauré par la loi modifiée du 7 août 2023 relative au logement abordable, constitue un outil central de coordination mis à disposition des

communes et des gestionnaires de logements abordables. Tel que déjà indiqué par Monsieur le Bourgmestre lors de la réunion du conseil communal du 11 juillet 2025, notre commune a introduit une demande d'agrément comme bailleur social. La ville de Rumelange a finalement obtenu à compter du 25 août 2025 un agrément provisoire pour une durée de trois ans.

Le programme RENLA toutefois ne peut évidemment pas encore être utilisé, puisqu'il est en phase d'essai et seulement quelques communes ont été retenues pour y participer. Il sera opérationnel début 2026. Comme exposé plus haut, la Ville de Rumelange a conservé jusqu'à présent sa propre liste communale de demandes de logements abordables, tout en ayant la possibilité d'utiliser à l'avenir le RENLA comme outil complémentaire pour le suivi et la traçabilité des dossiers, et ceci pour les logements conventionnés avec l'Etat.

Cette pratique permet à la commune de garder une gestion locale et flexible de ses dossiers, tout en assurant la compatibilité avec le dispositif national du Ministère du Logement et de l'Aménagement du Territoire.

c. *Une publicité a-t-elle été faite concernant la mise en location de ce logement ? Si oui, par quels moyens (site internet, presse locale, etc.) ?*

Réponse du CBE : Comme toutes les autres communes du pays, la Ville de Rumelange n'effectue pas de publication concernant la mise en location d'un logement abordable précis. Les demandes de logement sont directement traitées par la commune selon les critères d'éligibilité et de priorité définis cités en haut.

d. Les candidats intéressés ont-ils eu la possibilité de transmettre leur dossier de candidature ? si oui, selon quelle procédure et dans quels délais ?

Réponse du CBE : Les candidats intéressés par un logement abordable à Rumelange ont toujours et à tout moment la possibilité de soumettre leur dossier de candidature à la commune :

- Avant juillet 2025 : les demandes étaient faites par courrier ou demande écrite, sans formulaire standardisé, avec les documents nécessaires fournis au cas par cas.
- Depuis juillet 2025, la commune dans un souci de transparence a mis en place un formulaire uniforme, permettant aux candidats de soumettre une demande complète et d'y joindre tous les documents requis pour l'évaluation de l'éligibilité.

Afin d'éviter toute contrainte bureaucratique, il n'existe pas de délais précis pour la soumission des demandes. Les dossiers sont traités au fur et à mesure de leur réception et les logements libres sont attribués selon les critères légaux et communaux.

Cette procédure permet de garantir :

- Une uniformisation des dossiers pour un traitement équitable,

- La clarté et la complétude des informations,
- Le respect des critères pour l'attribution des logements.

Encore faut-il qu'un logement soit adapté à la composition du ménage du demandeur.

e. Quel service de l'administration communale examine les candidatures ?

Réponse du CBE : Le Service s'occupant des logements est responsable de la réception, de l'encodage et de la première examination des candidatures pour les logements abordables.

Ce service assure :

- L'enregistrement de chaque dossier.
- La vérification de l'éligibilité selon les critères définis.
- La préparation des propositions d'attribution.

Après cette première étape, les dossiers et propositions sont transmis au Conseil échevinal qui, une fois délibéré, les soumets et au Conseil communal pour décision finale et attribution des logements.

f. *Quelles mesures sont prises pour garantir la transparence du processus d'attribution ?*

Réponse du CBE : Par ce qui précède, le Collège des Bourgmestre et Echevins vient d'exposer tout le processus et la transparence concernant l'attribution de logements abordables. Nous rappelons par ici en résumé mesures mises en place :

1. Critères d'éligibilité clairement définis.
2. Traitement uniforme des dossiers par un formulaire standardisé.
3. Examen par le service compétent.
4. Conservation des dossiers.

En effet, ces mesures garantissent que chaque candidature est évaluée sur la base de critères objectifs, que les décisions d'attribution sont traçables et justifiables, et que la commune respecte ses obligations légales tout en assurant une gestion équitable et transparente des logements abordables.

4. *Suivi et obligations des locataires*

a. Comment la commune assure-t-elle le suivi annuel des revenus des locataires ?

Réponse du CBE : La Ville de Rumelange assure un suivi annuel des revenus des locataires de logements abordables afin de garantir le respect des critères d'éligibilité et des plafonds de loyers.

1. Signalement des changements
    - Chaque locataire est tenu de signaler tout changement dans la composition de son ménage ou dans ses revenus au cours de l'année.
    - Si un changement n'est pas signalé, le Service Logement se réserve le droit de recalculer le loyer de manière rétroactive, lors de la révision annuelle ou dès constatation d'une anomalie.
2. Révision annuelle des loyers
    - Les loyers sont révisés chaque année au 1er mai.
    - La révision prend en compte :
        - L'évolution des revenus du ménage, pour que le loyer reste conforme à la limite de 35 % du revenu net disponible,
        - L'indice de l'échelle mobile des salaires, pour adapter le loyer aux conditions économiques.
    - Le nouveau loyer n'est applicable qu'après adoption par le Conseil communal.
3. Procédure de suivi et de vérification
    - Les locataires doivent fournir des justificatifs récents de revenus et de composition du ménage (fiches de salaire, attestations, etc.).
    - Le Service Logement examine ces documents, met à jour les dossiers, et, le cas échéant, ajuste le loyer conformément à la législation.

Cette procédure garantit que les loyers restent conformes, équilibrés par rapport aux revenus des ménages, et que le processus est transparent, équitable et contrôlable. Comme indiqué dans l'introduction, la commune se réserve toutefois le droit de rester flexible en particulier en cas de détresse du locataire.

b. Quels sont les mécanismes de révision du loyer en fonction de l'évolution des revenus ?

Réponse du CBE : Cette question est presque analogue à la question 4a ci-dessus. La Ville de Rumelange applique des mécanismes de révision du loyer afin de garantir que les logements abordables restent accessibles aux locataires tout en respectant notamment e critère de la limite de 35 % du revenu net disponible du ménage.

Ces mécanismes permettent de garantir que le loyer reste équitable, adapté aux revenus des locataires, et que la commune respecte les obligations légales dans la gestion des logements abordables.

Au sujet des pylônes du funiculaire :

Objet : Réponse du collège des bourgmestre et échevins (CBE) aux 2 Questions posée par les conseilleurs communaux du CSV relatives à la préservation du patrimoine industriel local

Question concernant le pylône du funiculaire détruit:

1. Une plainte a-t-elle été déposée à l'encontre de l'agriculteur, comme évoqué ? Si oui, sur quelle base légale repose-t-elle ?

Réponse du collège des bourgmestre et échevins (CBE) : Non, aucune plainte n'a encore été déposée.

2. Le pylône a-t-il été acquis par la Commune, comme annoncé ?

Réponse du CBE : Non. Selon les dires de l'agriculteur-propriétaire, le champ a été semé, et n'est pas accessible pour l'instant.

3. Une action en justice peut-elle être envisagée tout en souhaitant acquérir auprès de la personne mise en cause le pylône détruit ? Ne serait-il pas plus approprié, dans ce contexte, d'exiger sa cession sans contrepartie ?

Réponse du CBE : Eventuellement. Le CBE est en train d'évaluer la situation.

4. À quelle échéance envisagez-vous de mettre en œuvre la procédure de classement des pylônes comme patrimoine culturel communal ?

Réponse du CBE : En ce qui concerne la protection des autres pylônes, il y a deux options qui pourraient être lancées simultanément :

- **classement au niveau national par une demande dûment motivée auprès du Ministère de la Culture – en général plus d'une année ;**
- **classement au niveau communal par une modification du PAG (Plan d'aménagement général) – en général plus d'une année ;**

Au sujet des fours à chaux :

Question concernant les anciens fours à chaux des anciennes minières Berens, situés au lieu-dit « Kirchbierg » et classés patrimoine culturel national par arrêté du Conseil de Gouvernement du 2 décembre 1988 :

1. Le Collège des bourgmestre et échevins considère-t-il ces éléments comme un patrimoine industriel à préserver ?

Réponse du collège des bourgmestre et échevins (CBE) : Oui, pourvu que l'Etat luxembourgeois prenne en charge l'intégralité des frais d'assainissement.

2. Ce patrimoine suscite-t-il, selon vous, une forme de « nostalgie du minette » ?

Réponse du CBE : Non.

3. En consultant le site Geoportail.lu, nous avons constaté que ces éléments ne semblent pas figurer comme protégés au niveau national dans le Plan d'Aménagement Général. Pouvez-vous confirmer cette observation ? Et si tel est le cas, cette protection est-elle bien représentée dans la partie graphique des documents officiels du PAG ?

Réponse du CBE : Non, nous ne pouvons pas confirmer cette observation. Suivant le Plan d'Aménagement Général (PAG) en vigueur, plus précisément sur la partie écrite (Art. 26) et la partie graphique (Légende), les fours à chaux sont classés comme Immeubles et objets classés monuments nationaux.

4. Le Collège peut-il nous fournir un historique des actions entreprises depuis 2022 par la Commune pour la revalorisation de ce site ?

Réponse du CBE : Actions depuis 2021 en fait

- 04.02.2021 : Demande de subsides pour les études de mise en sécurité et de restauration des fours à chaux à Rumelange introduite au Service des sites et monuments nationaux ;
- 02.04.2021 : Lancement de la soumission à procédure négociée pour les travaux de déblaiement des éléments écroulés des fours à chaux
- 14.04.2021 : Viste des lieux par les entreprises intéressées pour remettre une offre de prix pour les travaux ;
- 07.05.2021 : Analyse des quatre offres de prix reçus lors de la soumission à procédure négociée pour les travaux de déblaiement par le bureau d'ingénieurs conseils Schroeder & Associés ;
- 14.05.2021 : Accord de subside d'un taux de 50% pour les études de mise en sécurité et de restauration des fours à chaux à Rumelange par le Service des sites et monuments nationaux ;
- 08.06.2021 : Demande d'abattement des arbres introduit auprès de l'Administration de la nature et des forêts par le service technique de la Ville de Rumelange ;
- 23.09.2021 : Demande de permission de bâtir pour les travaux de déblaiements par le service technique de la Ville de Rumelange ;
- 08.11.2021 : Abattement des arbres dans la zone des travaux prévisionnels par le service régie de la Ville de Rumelange ;
- 23.03.2022 : Visite des lieux et inspection des plateaux des fours à chaux ensemble avec le bureau d'ingénieurs conseils Schroeder & Associés ;
- 22.09.2022 : Echanges avec M. Patrick Diederich du Service des sites et monuments nationaux concernant les travaux de restauration des deux tours des fours à chaux ;
- 17.03.2023 : Relance de la soumission à procédure négociée pour les travaux de déblaiement après la pandémie COVID19 et la pénurie des matériaux de constructions ;
- 24.03.2023 : Prise de décision d'adjudication des travaux de déblaiement à l'entreprise Entrapaulus Construction s.a. par le Collège Echevinal ;
- 31.03.2023 : Signature et engagement de la commande de l'entreprise Entrapaulus Construction s.a. pour les travaux de déblaiement autour des fours à chaux ;
- 31.03.2023 : Demande de subsides pour les travaux de déblaiement des fours à chaux à Rumelange introduite au Service des sites et monuments nationaux ;
- 03.04.2023 : Réunion de démarrage des travaux de déblaiement par l'entreprise Entrapaulus Construction s.a. ;
- 14.07.2023 : Accord de subside d'un taux de 30% pour les travaux de déblaiement des fours à chaux à Rumelange par le Service des sites et monuments nationaux ;
- 16.10.2023 : Travaux de déblaiement l'entreprise Entrapaulus Construction s.a. ;

27.10.2023 : Arrêt des travaux de déblaiement à cause des conditions météorologiques ;

- 18.04.2024 : Reprise des travaux de déblaiement par l'entreprise Entrapaulus Construction s.a. ;
- 19.07.2024 : Travaux de déblaiement terminés par l'entreprise Entrapaulus Construction s.a. ;
- 23.10.2024 : Réunion de projet avec M. Guillaume Dubois du bureau d'ingénieurs conseils Schroeder & Associés concernant les prochaines étapes de restauration des fours à chaux à Rumelange ;
- 25.02.2025 : Echanges avec M. Patrick Diederich du Service des sites et monuments nationaux concernant les travaux de restauration des deux tours des fours à chaux ;
- 14.05.2025 : Echanges avec M. Patrick Diederich du Service des sites et monuments nationaux concernant le suivi du projet de restauration des fours à chaux ;

des armatures, qui doivent en outre être réalisés en hauteur et présentent des risques importants pour les équipes.

POINT 9 DE L'ORDRE DU JOUR
Commission consultative :

9.1. Commission consultative

**** Les deux démissions sont acceptées à l'unanimité. La nomination de la candidate Cotellessa Lindsay à la commission de la jeunesse est également approuvée à l'unanimité, tandis que sa nomination à la commission de la famille est acceptée avec 10 voix pour et 1 voix contre.**

En séance à huis clos :

POINT 10 DE L'ORDRE DU JOUR
Personnel communal :

10.1. Nomination définitive d'un fonctionnaire communal
10.2. Approbation d'une création de poste
10.3. Approbation de différentes indemnités

STAD RËMELENG

Avis au public

Par la présente, il est porté à la connaissance du public que la délibération numéro 16'506-2 du 30 janvier 2026 portant fixation d'une modification du règlement de taxe relatif à la gestion des déchets a été approuvée par arrêté par Son Altesse Royale, le Grand-Duc Guillaume en date du 13 mars 2026 et par Monsieur le Ministre des Affaires intérieures en date du 17 mars 2026.

Le texte modifié du règlement de taxe est à la disposition du public à l'Hôtel de Ville au secrétariat communal où il peut en être pris copie sans déplacement.

Après sa publication par voie d'affiche, le règlement de taxe prend effet rétroactivement au 1er janvier 2026, incluant une période transitoire couvrant le premier trimestre 2026, comme le dispose l'article 17 du même règlement de taxe.

Un recours en annulation de la décision de Son Altesse Royale, le Grand-Duc Guillaume et de Monsieur le Ministre des Affaires intérieures, est ouvert devant le Tribunal Administratif endéans un délai de 3 mois à partir de la notification de la présente décision.

Rumelange, le 23 mars 2026

Le collège des bourgmestre et échevins,

Henri HAINE, bourgmestre,
Elvedin MUHOVIC et Jimmy SKENDEROVIC, échevins

Ville de Rumelange - Gr.-D. de Luxembourg

STAD RËMELENG

Avis au public

Conformément à l'article 82 de la loi communale modifiée du 13 décembre 1988, il est porté à la connaissance du public que le règlement communal relatif à l'octroi des subsides aux associations de la Ville de Rumelange a été approuvée par le conseil communal dans sa séance du 26 mars 2026.

Le texte de la délibération, portant le numéro 16'545, est à la disposition du public à l'Hôtel de Ville au secrétariat communal où il peut en être pris copie sans déplacement.

Le règlement devient obligatoire trois jours après sa publication par voie d'affiche. Un recours en annulation de la décision est ouvert devant le Tribunal administratif endéans un délai de 3 mois à partir de la notification de la présente décision.

Rumelange, le 27 mars 2026

Le collège des bourgmestre et échevins,

Henri HAINE, bourgmestre,
Elvedin MUHOVIC et Jimmy SKENDEROVIC, échevins

Ville de Rumelange - Gr.-D. de Luxembourg -

STAD RËMELENG

Avis au public

Par la présente, il est porté à la connaissance du public que la délibération numéro 16'544 du 26 mars 2026 portant fixation du changement de la taxe du bois de chauffage a été approuvée par Monsieur le Ministre des Affaires intérieures en date du 5 juin 2026.

Le texte modifié de la taxe du bois de chauffage est à la disposition du public à l'Hôtel de Ville au secrétariat communal où il peut en être pris copie sans déplacement.

Le règlement devient obligatoire trois jours après sa publication par voie d'affiche. Un recours en annulation de la décision est ouvert devant le Tribunal administratif endéans un délai de 3 mois à partir de la notification de la présente décision.

Rumelange, le 8 juin 2026

Le collège des bourgmestre et échevins,

Henri HAINE, bourgmestre,
Elvedin MUHOVIC et Jimmy SKENDEROVIC, échevins

Ville de Rumelange - Gr.-D. de Luxembourg

STAD RËMELENG

Avis au public

Conformément à l'article 82 de la loi communale modifiée du 13 décembre 1988, il est porté à la connaissance du public que le règlement modifié relatif à la gestion des déchets a été approuvé par le conseil communal dans sa séance du 30 janvier 2026 et arrêté par Monsieur le Ministre des Affaires intérieures en date du 1er avril 2026.

Le texte de la délibération, portant le numéro 16'506-1, est à la disposition du public à l'Hôtel de Ville au secrétariat communal où il peut en être pris copie sans déplacement.

Après sa publication par voie d'affiche, le règlement prend effet rétroactivement au 1er janvier 2026, incluant une période transitoire couvrant le premier trimestre 2026, comme le dispose l'article 22 du même règlement. Un recours en annulation de la décision est ouvert devant le Tribunal administratif endéans un délai de 3 mois à partir de la notification de la présente décision.

Rumelange, le 2 avril 2026

Le collège des bourgmestre et échevins,

(s) Henri HAINE, bourgmestre,
Elvedin MUHOVIC et Jimmy SKENDEROVIC, échevins

Ville de Rumelange - Gr.-D. de Luxembourg -

STAD RËMELENG

Avis au public

Il est porté à la connaissance du public que dans sa séance du 26 mars 2026, le conseil communal a approuvé de fixer pour l'année 2027 les taux de perception de l'impôt foncier et le taux multiplicateur de l'impôt commercial.

Les décisions de notre conseil communal du 26 mars 2026 numéro 16'542 et 16'543 ont été approuvé par arrêté par Son Altesse Royale, le Grand-Duc Guillaume, en date du 18 juin 2026 et par Monsieur le Ministre des Affaires intérieures en date du 24 juin 2026.

Les taux seront applicables pour l'année 2027.

Rumelange, le 24 juin 2026

Le collège des bourgmestre et échevins,

(s) Henri HAINE, bourgmestre,
Elvedin MUHOVIC et Jimmy SKENDEROVIC, échevins

Ville de Rumelange - Gr.-D. de Luxembourg

www.rumelange.lu

STAD RËMELENG